



# Protokoll

der 35. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 8. November 2023, um 7:23 Uhr

**Vorsitz:** *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*  
**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*  
**Abwesende:** *Belà Bartha (GAB), Leonie Bolz (SP), Nicola Goepfert (GAB)*

## Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung .....	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte.....	3
3.	Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 - 2027, Bericht und Antrag der WVKo .....	3
4.	Zahl der den Wahlkreisen der Stadt Basel und den Gemeinden Bettingen und Riehen im Grossen Rat zustehenden Sitze, Wahlen 2024, Ratschlag des RR.....	4
5.	Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich Basler Clubförderung für die Jahre 2023–2026, Bericht der BKK.....	6
6.	Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Ausstellungsraum Klingental für die Jahre 2024 bis 2026, Ausgabenbericht des RR.....	16
7.	Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Basler Kunstverein für die Jahre 2024 bis 2027, Ratschlag des RR.....	18
8.	Bewilligung eines Staatsbeitrags an GGG Migration für die Jahre 2024–2027, Ratschlag des RR.....	20
9.	Neubau Hebelschanze für den Sonderbestand Universitätsbibliothek sowie Instandsetzung und Erweiterung Bernoullianum zur Ausgabenbewilligung für die Projektierung sowie Zonen- und Linienänderung für die Hebelschanze im Bereich Hebelstrasse, Schönbeinstrasse, Klingelbergstrasse sowie Zonenänderungen im Bereich Pestalozzistrasse und St. Johannis-Ring und Abweisung der Einsprachen, Bericht der BRK.....	24
10.	Petition P464 "Für eine sichere Veloroute auf dem Luzernerring", Bericht der PetKo .....	33
11.	Petition P465 "Tempo 30 für die Neuweilerstrasse", Bericht der PetKo .....	35



## Beginn der 35. Sitzung

Mittwoch, 8. November 2023, 09:00 Uhr

## 1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[08.11.23 09:00:08]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

### Rücktritt aus dem Grossen Rat

Christian von Wartburg hat **als Mitglied des Grossen Rates** auf den 8. Dezember 2023 den Rücktritt erklärt. Wir werden Christian von Wartburg in seiner letzten Sitzung im Grossen Rat am 6. Dezember 2023 gebührend verabschieden.

### Rücktritte von zwei Gerichtspräsidentinnen

Kathrin Giovannone und Susanne Nese haben fristgerecht ihren Rücktritt als Präsidentinnen am Strafgericht per 31. Dezember 2024 eingereicht. Ich danke Kathrin Giovannone und Susanne Nese für die dem Staat geleisteten Dienste. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ansetzung der Ersatzwahl.

### Stellvertretung in der Petitionskommission

Die Fraktion SP teilt mit, dass in der Zeit vom 1. November 2023 bis 25. Februar 2024 Christine Keller Leoni Bolz in der Petitionskommission vertreten wird.

### Hinweis verkürzte Sitzung am 6. Dezember 2023

Wie bereits früher kommuniziert, weisen wir Sie darauf hin, dass die Dezembersession verkürzt wird. Dies aufgrund der Feierlichkeiten zum Nationalrats- und dem Ständeratspräsidium von Eric Nussbaumer und Eva Herzog. Die Nachmittagssitzung am 6. Dezember beginnt schon um 14:00 Uhr und endet um 16:00 Uhr. Die Nachtsitzung fällt aus.

### Neue Interpellationen

Es sind zwölf neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 141, 142, 143, 144, 145 und 147 werden mündlich beantwortet.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung. Gibt es Anträge zur Tagesordnung? Eric Weber wünscht das Wort.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich möchte einen Antrag stellen zur Tagesordnung. Weil ich als Grossrat ausscheide und nicht mehr kandidiere, möchte ich noch ein paar Akzente setzen. Ich beantrage, dass die wichtige Interpellation der Patricia von Falkenstein jetzt um 9 Uhr behandelt wird. Ich möchte das auch kurz begründen. Mich beschäftigt das Thema auch und ich habe auch eine schriftliche Anfrage eingereicht. Ich bin im täglichen Kontakt mit dem Wahlbüro wegen diesen Skandalen per Telefon, per Mail, per Whatsapp, dann bin ich vom Wahlbürochef auf Whatsapp blockiert worden. Ich habe umgehend Protest eingelegt, habe mich gefreut über die Interpellation, die ganz wichtig ist. Ich habe den Text Tag und Nacht durchgelesen und ich habe dem Wahlbüro gedroht, dass ich im Parlament rede, wenn man mich nicht entblockt bei Whatsapp.

Ich möchte noch kurz begründen, warum die Interpellation von Patricia von Falkenstein so wichtig ist. Ich habe wegen dieser Interpellation einen Termin im Wahlbüro, am Montag, 13. November 9 Uhr 30. Meine Tochter hat das Wahlcouvert doppelt bekommen, einmal aus Basel und einmal aus Bern. Patricia von Falkenstein sagt in der Interpellation, was da passiert ist. Ich habe das Wahlcouvert auch doppelt bekommen. Ich hatte so eine Angst, dass ich alles in den Müll geworfen habe. Ich habe wieder neue Vorladungen der Staatsanwaltschaft bekommen. Damit ich nichts Falsches mache, habe ich alle Wahlcouverts vernichtet und entsorgt. Es war eine Pannenwahl. Und dann kommt noch ein Brief, in dem steht, dass der Wohnort fehle. Darum werde ich dann auch heute Nachmittag die Diskussion zu dieser Interpellation beantragen.

Früher durften nur Adlige dem Grossen Rat angehören. Und wenn wir jetzt mit Patricia von Falkenstein die letzte Adlige hier in diesem schönen Parlament haben, dann bitte ich, dass wir zu ihrer Interpellation reden.



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Eric Weber beantragt, Interpellation Nummer 140 jetzt zu traktandieren. Wir stimmen darüber ab. Wer dem Antrag zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

Sie haben den Antrag abgelehnt mit 87 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und keiner Enthaltung. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Sie haben somit die Tagesordnung stillschweigend genehmigt.

## 2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[08.11.23 09:07:23]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es liegen keine Wortmeldungen zu Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an Kommissionen vor. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

## 3. Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 - 2027, Bericht und Antrag der WVKo

[08.11.23 09:07:58, 23.5354.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Wahlvorbereitungskommission beantragt, Philip Vlahos als Richter am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer zu wählen. Eine inhaltliche Diskussion über kandidierende oder vorgeschlagene Personen findet gemäss § 31 Absatz 1 der Geschäftsordnung nicht statt.

Für die Kommission hat das Wort André Auderset. Er verzichtet. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen.

Eintreten ist obligatorisch. Gemäss § 31 Abs. 1 GO findet die Wahl geheim statt. Wenn nicht mehr Kandidatinnen oder Kandidaten vorgeschlagen sind, als gewählt werden können, kann der Grosse Rat mit zwei Dritteln der Stimmen offene Wahlen beschliessen. Ich beantrage Ihnen offene Wahl. Wir stimmen darüber ab.

### Abstimmung

#### Abstimmung über offene Wahl (Zweidrittelmehr)

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl

### Ergebnis der Abstimmung

**90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001902, 08.11.23 09:09:26]

### Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahl

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie habe sich für offene Wahl entschieden mit 90 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung.

Wir kommen zur Wahl.



## Abstimmung

### Wahl

Wer dem Antrag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl von Philip Vlahos zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### Ergebnis der Abstimmung

**91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001904, 08.11.23 09:10:11]

### Der Grosse Rat wählt

Philip Vlahos (geb. 1989, whft. in 4058 Basel)

als nebenamtlichen Richter am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2027.

Die Wahl ist zu publizieren.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben dem Antrag zugestimmt mit 91 Ja-Stimmen bei einer Neinstimme und keiner Enthaltung. Ich gratuliere Philip Vlahos zur Wahl als Richter am Strafgericht und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt. (Applaus)

## 4. Zahl der den Wahlkreisen der Stadt Basel und den Gemeinden Bettingen und Riehen im Grossen Rat zustehenden Sitze, Wahlen 2024, Ratschlag des RR

[08.11.23 09:10:42, 23.1353.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungspräsident Beat Jans.

*Regierungspräsident Beat Jans:* Gemäss unserem kantonalen Wahlgesetz ist vor jeder Gesamterneuerungswahl des Grossen Rates die Zahl der Sitze mittels Grossratsbeschluss festzulegen, diejenigen Sitze, die den Wahlkreisen jeweils zustehen. Wie Sie dem Ratschlag entnehmen können, hat das statistische Amt für die Wahlen im kommenden Jahr die gleiche Sitzverteilung ermittelt wie anlässlich der letzten Wahl. Es ergeben sich also keine Sitzverschiebungen zwischen den Wahlkreisen.

Ich möchte im Folgenden auf den Begriff der Bevölkerung noch etwas näher eingehen, denn der ist für die Sitzverteilung jeweils massgebend. Für die Berechnung der Sitzverteilung wird die Bevölkerungszahl des jeweiligen Wahlkreises ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerungszahl des Kantons gesetzt. Massgeblich für die Gesamtbevölkerungszahl ist gemäss Wahlgesetz das Ergebnis der eidgenössischen Volkszählung, und dabei handelt es sich um die sogenannte ständige Wohnbevölkerung aus der Statistik der Bevölkerung und der Haushalte des Bundesamts für Statistik. Wie im Ratschlag ausgeführt, liegt dieser Wert bei rund 196'800 Personen. Diese Zahl entspricht nicht der Zahl der wirtschaftlichen Wohnbevölkerung gemäss kantonaler Bevölkerungsstatistik. Die wirtschaftliche Wohnbevölkerung beinhaltet zusätzlich auch nicht ständige Wohnbevölkerung am Hauptsitz, zum Beispiel Personen im Asylprozess mit Gesamtufenthalt unter 12 Monaten sowie Wohnbevölkerung am Nebenwohnsitz, also Wochenaufenthalter. Damit ist die Gruppe der wirtschaftlichen Wohnbevölkerung weiter gefasst. Sie beinhaltet rund 206'200 Personen. Das Wahlgesetz schreibt unmissverständlich vor, dass für die Berechnung der Sitzverteilung auf die Zahlen des Bundesamtes für Statistik und damit auf die ständige Wohnbevölkerung am Hauptwohnsitz abzustellen ist. Der Vollständigkeit halber kann ich Ihnen aber noch mitteilen, dass die Sitzverteilung auch mit der wirtschaftlichen Wohnbevölkerung als Basis die gleiche gewesen wäre.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt Ihnen der Regierungsrat, den vorgelegten Beschlusssentwurf anzunehmen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine Fraktionssprechenden eingetragen. Somit kommen wir zu den Einzelsprechenden Eingetragenen hat sich Eric Weber.



*Eric Weber (Fraktionslos):* Wahlen sind halt mein Thema. Ich habe eine Frage an die Kommission: Ich bin der einzige Grossrat ohne Sitz in einer Kommission und daher rauscht immer alles an mir vorbei. Wie ist das? Man darf Fragen stellen, wenn man etwas nicht versteht. Wir sind hier wie in einer Schule. Wo ich einig gehe und ich mich freue, ist, dass der Wahlkreis Kleinbasel keinen Sitz verliert. Ich freue mich auch, dass mein alter Wahlkreis Grossbasel West auch keinen Sitz verliert. 1984 und 1988 wurde ich in West gewählt und erst 2012 ging ich ins Kleinbasel. Daher spreche ich jetzt als Grossrat aus dem Kleinbasel. Ich glaube, ich bin der einzige Grossrat in diesem so schönen Parlament, der schon in mehreren Wahlkreisen gewählt worden ist.

So frage ich mich, wie ist es im Wahlkreis Ost oder gar in Riehen und Bettingen? Ich komme zum Schluss: die Sache ist nicht so einfach, sie erinnern sich alle an die Grossratswahlen 2000, an die Sitzverteilung. Es gab die Sperrklausel wegen mir. Und daher trat die PdA in Bettingen an und sagte, wir sind dort über 5 Prozent in einem Wahlkreis, also müssen wir in die Sitzverteilung kommen. Aber es ist eben nicht so leicht mit diesen Wahlkreisen. Darum bin ich überrascht, dass ich wieder der einzige Redner bin und dass das da einfach durchgeht ohne Diskussion.

Ich habe den Beschluss, den der Regierungspräsident jetzt erwähnt hat, genau zweimal durchgelesen. Dort steht etwas von einem Wahlgesetz von 1994. Auch das war wegen mir, weil ich 1988 mit 3 Prozent einen Sitz gemacht habe. Ich möchte sagen, die Sache mit den Wahlkreisen ist sehr spannend und darum wünsche ich mir als Grossrat eine Diskussion. Aber es ist einfach schade, dass es keine Diskussion gibt. Die Volksaktion ist mit diesem Beschluss einverstanden. Auch wenn ich bei dieser Wahl nicht mehr kandidieren werde, interessiert es mich trotzdem, denn meine Freunde werden kandidieren.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute zur Grossratswahl. Ich mache nicht mehr mit. Ich habe meine Liste an die Coronamassnahmengegner verkauft.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:*

Eintreten ist obligatorisch Rückweisung wurde nicht beantragt.

**Detailberatung** des Grossratsbeschlusses Seite 6 des Berichts

Titel und Ingress

Römisch I

Ziffer 1, Abs. 1

Ziffer 2 Abs. 1

Römisch II Schlussbestimmungen

## **Abstimmung**

### **Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### **Ergebnis der Abstimmung**

**88 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001907, 08.11.23 09:18:35]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

I.

Ziff. 1

1 In den einzelnen Wahlkreisen der Stadt Basel und in den Gemeinden Bettingen und Riehen werden die Mitglieder des Grossen Rats nach folgender Aufteilung gewählt:

#### **Grossbasel-Ost**

Wohnbevölkerung

53'721



Anzahl Sitze 27

**Grossbasel-West**

**Wohnbevölkerung 67'272**

Anzahl Sitze 34

**Kleinbasel**

Wohnbevölkerung 52'559

Anzahl Sitze 27

**Riehen**

Wohnbevölkerung 21'946

Anzahl Sitze 11

**Bettingen**

Wohnbevölkerung 1'288

Anzahl Sitze 1

**Total Kanton**

Wohnbevölkerung 196'786

Anzahl Sitze 100

Ziff. 2

1 Diese Sitzverteilung findet für die Gesamterneuerungswahlen des Grossen Rats vom 20. Oktober 2024 Anwendung. Auf diesen Zeitpunkt wird der Grossratsbeschluss betreffend die Sitzverteilung des Grossen Rats auf die Wahlkreise der Stadt und die Landgemeinden vom 15. Januar 2020 aufgehoben.

II. Schlussbestimmung

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 88 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung.

## 5. Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich Basler Clubförderung für die Jahre 2023–2026, Bericht der BKK

[08.11.23 09:18:51, 23.0398.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 4'249'000 zu bewilligen. Für die Kommission das Wort hat deren Vize-Präsidentin Catherine Alioth.

*Catherine Alioth (LDP):* Mit der neuen Club-Förderung soll die Basler Club-, Nacht- und Festivalkultur gestärkt werden. Im Rahmen der Umsetzung der Trinkgeldinitiative hat der Regierungsrat eine Auslegeordnung der bestehenden Fördermöglichkeiten für die Jugend- und Alternativkultur vorgenommen und darüber hinaus neue Handlungsfelder identifiziert, die bei einem Ausbau der Mittel für die Alternativkultur besonders berücksichtigt werden sollen. Als eines der wichtigsten Anliegen und als neues Handlungsfeld wurde darin die Etablierung einer Klubförderung genannt.

Basel verfügt seit vielen Jahren über eine vielfältige und lebendige Club-, Nacht- und Festivalkulturszene. Mit dem vorgeschlagenen Modell soll erreicht werden, dass auch kleinere Veranstalterinnen und Veranstalter eine längerfristige und übergreifende Programmplanung sowie branchenübliche Honorare und Gagen realisieren können. Für die Veranstalterinnen und Veranstalter wird Kontinuität ermöglicht und die Vielfalt und Qualität des Angebots für das Publikum wird erhalten und ausgebaut. Gleichzeitig zielt das Modell auf die Verbesserung der betrieblichen Infrastruktur, die Entschärfung von



Konflikten, zum Beispiel in Lärmfragen ab, aber auch in der Vermittlung zwischen den Anspruchsgruppen, der Beratung im Behördenkontext, der Unterstützung im Bewilligungswesen und auch in Fragen der Sicherheit, der Prävention in Bezug auf Gewalt- und Betäubungsmittelmisbrauch. Dazu soll eine neue Koordinations- und Beratungsstelle eingerichtet werden, die auf einer Tandemstruktur mit einem oder einer Verwaltungsexternen Nachtmanager/-managerin und einem verwaltungsinternen Beauftragten oder Beauftragten für Club- und Festivalkultur basiert.

Beispiele aus anderen Städten wie Amsterdam, Stuttgart und Köln haben gezeigt, dass eine Tandemstruktur die komplexen Herausforderungen am besten bewältigen kann. Die Funktion des Nachtmanager beziehungsweise der Nachtmanagerin soll beim Verein Kultur und Gastronomie angesiedelt werden, der seit über 20 Jahren die alternative Gastro- und Kulturbranche vertritt, und Kommunikator beziehungsweise Kommunikatorin in die Szene sein. Der beziehungsweise die Beauftragte für Club- und Festivalkultur wird im Präsidentialdepartement angesiedelt und vermittelt verwaltungsintern zwischen Veranstaltenden, Kulturschaffenden, Anwohnern und Anwohnerinnen und Verwaltung. Hierfür wird ein erstmaliger Betriebsbeitrag für Personal- und Sachmittel ausgerichtet. In dieser neugeschaffenen Koordinations- und Beratungsstelle sollen externe und interne Kompetenzen und Netzwerke gebündelt werden.

Die BKK kann das Konzept und die Stossrichtung der neuen Club-Förderung, soweit sie diese heute beurteilen kann, grundsätzlich nachvollziehen. Sie begrüsst und befürwortet einstimmig, dass die Programmförderung der Clubs durch das Musikbüro, das im Bereich Populärmusik über eine hohe inhaltliche Kompetenz als Förderinstanz verfügt, abgewickelt wird. Hierfür soll das Musikbüro einen zusätzlichen, zweckgebundenen Staatsbeitrag für die Programmförderung Clubs erhalten, um die zusätzlichen Personal und Sachkosten für die Umsetzung und Durchführung der Programmförderung zu decken.

Die neue Koordinations- und Beratungsstelle im Präsidentialdepartement wurde kritisch diskutiert. Zum einen wurde das Pflichtenheft der Nachtmanagerin beziehungsweise des Nachtmanagers als zu umfangreich angesehen. Zudem sei die Auseinandersetzung mit Lärmfragen Sache des Kantons und sollte nicht auf die Clubs abgewälzt werden. Andere Stimmen zeigten sich hingegen vom Tandemmodell überzeugt, da es einen wichtigen Beitrag zur Konfliktprävention und Früherkennung leisten könne. Die verwaltungsexterne Person sei für das Tandem in diesen Fragen besonders wertvoll. Das Tandem stellt explizit keinen Ersatz oder eine Ergänzung zur Polizei dar.

Die BKK regt an, die Club-Förderung künftig mit dem Projekt Safer Dance Basel zu verknüpfen. Safer Dance Basel ist ein szenenahes Night-Life-Präventionsprojekt der Suchtshilfe der Region Basel und des Vereins SubsDance. Die Kommission weist darauf hin, dass es sich bei der Förderperiode 2023 bis 2026 um eine Pilotphase handelt. Die BKK erwartet, dass die Ergebnisse der ersten Förderperiode, insbesondere auch die Wirkung der neugeschaffenen Tandemstruktur für die Koordinations- und Beratungsstelle verwaltungsintern evaluiert und die Ergebnisse im Rahmen einer möglichen Antragstellung für die Förderperiode 2027 bis 2030 abgebildet werden. Sofern das Programm nach Abschluss des Pilots weitergeführt wird, erwartet die Kommission nach Abschluss der zweiten Förderperiode, wie im Ratschlag ausgeführt, eine externe Evaluation über die Wirksamkeit des neuen Fördermodells.

Die BKK beantragt dem Grossen Rat, den Grossratsbeschluss 1, Staatsbeitrag an den Verein Musikbüro für die Jahre 2023 bis 2026, den Grossratsbeschluss 2, Staatsbeitrag an den Verein Kultur und Gastronomie für die Jahre 2023 bis 2026 und den Grossratsbeschluss 3, Rahmenausgabenbewilligung für die Infrastrukturbeiträge für die Jahre 2023 bis 2026 und 29 für die Finanzierung der Personalkosten für die Stelle Beauftragte/Beauftragter für Club- und Festivalkultur zu bewilligen. Die beantragten Mittel gehen vollumfänglich zu Lasten des Budgets zur Umsetzung der Trinkgeldinitiative.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungspräsident Beat Jans.

*Regierungspräsident Beat Jans:* Der Ratschlag betreffend die Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich Basler Kulturförderung für die Jahre 2023 bis 2026 ist ein Meilenstein in der Basler Kulturpolitik. Basel geht neue Wege, macht Pionierarbeit schweizweit und schafft ein Gefäss zur Unterstützung für junge Talente im Kulturbereich, die bis jetzt kaum gefördert wurden.

Es geht um Club-Förderung. Das ist ein wichtiger Bestandteil der Trinkgeldinitiative, das wissen Sie, und diese wurde mit knapp 58 Prozent im November 2020 angenommen. Das Parlament hat bereits über den Umsetzungsvorschlag dieser Initiative entschieden. Damals am 28. September 2021 hat die Regierung Ihnen einen Ratschlag unterbreitet und dort eine Auslegeordnung gemacht. Club-Förderung war damals ein wichtiger Bestandteil darin. Es wurde festgestellt, dass die Jugend und Alternativkultur noch nicht genügend unterstützt wird und dass es eben in diesem Bereich insbesondere ein Manko gibt.

Club-Kultur ist ein Phänomen, bei dem sich Menschen im Rahmen von Veranstaltungen an geschützten Orten zum Tanzen, Musikhören und sozialen Austausch treffen. Die Veranstaltenden der Club- und Nachtkultur bieten einem Kulturschaffenden eine Bühne, das es ohne diese Orte nicht geben würde und das eben besonders junge Menschen anzieht. Wenn Sie wie ich zwei Teenager zu Hause haben, dann wissen Sie, dass diese Kultur besonders gerne dann geniessen, wenn es eben spät ist.



Sie haben am 23. März 2022 diesem Vorschlag zur Umsetzung zugestimmt. Die Initiantinnen und Initianten haben deshalb die Initiative zurückgezogen. Aus diesem Grund gab es keine zweite Volksabstimmung und aus diesem Grund sind wir auch verpflichtet, jetzt diese Umsetzung zu machen. Hier geht es um die Frage, wie machen wir das konkret. Wir haben Ihnen in den letzten Monaten eine ganze Reihe von Berichten bereits zugestellt, denen Sie zugestimmt haben. Erwähnen möchte ich insbesondere die Erhöhung der Fördermittel beim Musik-Büro für die Populärmusik, die Zustimmung zur neuen Jugendkulturförderung inklusive Staatsbeitrag an den GGG-Kulturkick und Ihre Zielzustimmung zur Kulturpauschale bei der Abteilung Kultur.

Das Fördermodell Clubkultur, das wir Ihnen hier jetzt vorstellen, besteht aus drei Bestandteilen: Erstens die Programmförderung, das soll durch das Musikbüro erfolgen. Zweitens Förderung von Infrastrukturmassnahmen, das soll die Abteilung Kultur jeweils bewilligen und dann drittens die Förderung des Kompetenzaufbaus dieser Clubs, das soll eben ein Tandem als Koordinations- und Beratungsstelle tun, ein Tandem, das einerseits aus dem Verein Kultur und Gastro und andererseits aus der Abteilung Kultur besteht.

Zur Programmförderung: Es geht darum, ein qualitativ hochwertiges und vielfältiges Programm, also Kultur- und Musikprogramm zu fördern. Das sind nicht nur DJ's, das können auch kleine Bands sein, Spoken Word, Comedians-Menschen, die eben nachts Junge begeistern wollen. Es geht aber auch darum, mit dieser Programmförderung die Arbeitssituation und Entlohnung dieser Kulturschaffenden zu verbessern. Wir wollen die Professionalisierung in diesem Bereich stärken und sprechen deshalb einen Staatsbeitrag ans Musikbüro von rund 730'000 Franken pro Jahr, was auf vier Jahre einen Beitrag von 2,895 Millionen Franken ausmacht. Pro Veranstaltungsprogramm kann man zwischen 10'000 75'000 Franken lösen. Die Gelder sollen primär für Gagen und programmbezogene Kosten eingesetzt werden. Es ist aber ein Eigenfinanzierungsgrad gefordert.

Zur Infrastrukturförderung: Das ist zweite Aspekt neben der Programmförderung. Hier geht es darum, dass diese Clubs eben Konflikte mildern können, zum Beispiel die Lärmsituation verbessern können, dass sie Sicherheitsmassnahmen finanzieren können in ihren Clubs, aber auch die Nachhaltigkeit sollen Sie verbessern können, Energieaufwand reduzieren, Hygienestandards erfüllen, Inklusion möglich machen. Es geht im Wesentlichen hier auch um technische Massnahmen und um bauliche Massnahmen. Die Abteilung Kultur will hier 80'000 Franken pro Jahr als Rahmenausgabe über vier Jahre sprechen. Pro Club können das maximal 50'000 Franken sein. Auch hier ist ein Eigenfinanzierungsanteil gefordert von 20 bis 30 Prozent.

Und der dritte Teil ist dieses Tandem Nachtmanager/in oder Beauftragte/r für Club- und Festival-Kultur. Dieses Team soll vermitteln zwischen Anspruchsgruppen. Es soll unterstützen bei Konflikten, es soll im Behördenkontext beraten. Es ist nicht immer einfach für Private herauszufinden, an welche Stellen sie sich wenden müssen, wenn sie ein Problem haben. Da soll Unterstützung geboten werden. Es geht hier um einen Staatsbeitrag an den Verein Kultur und Gastronomie in der Höhe von 160'000 Franken pro Jahr und um Personalkosten bei der Abteilung Kultur von 178'500 Franken pro Jahr. Diese sind vorerst befristet bis 2026. In Basel besteht bereits seit längerem das Bedürfnis nach einer solchen Koordinations- und Beratungsstelle. Es wurden verschiedene Modelle evaluiert, die im Ausland erfolgreich waren. Wie gesagt, in der Schweiz können wir nicht auf Erfahrungswerte zurückgreifen, weil wir hier Pionierarbeit machen. Es wurden verschiedene Modelle evaluiert und wir haben den Eindruck, dass das Stuttgarter Modell mit ebendiesem Tandem doch das erfolgsversprechendste und das erfolgreichste der Modelle ist, die wir geprüft haben.

Wir sind wie gesagt mit diesem Modell Pionier in der Schweiz. Es gibt ähnliche Modelle nur in Deutschland oder Österreich. Die Kulturstadt Basel soll damit auch für Junge attraktiv sein und bleiben, und da gehören ebendiese Angebote der Nachtkultur zwingend mit dazu. Da es so neu ist, muss dieses Modell erprobt werden und gegebenenfalls für eine zweite Periode angepasst werden. Der Regierungsrat hat deshalb entschieden, dass die erste Förderperiode bis 2026 als Pilotphase zu verstehen ist. Es sollen vertiefte Erfahrungen gesammelt werden.

Wir haben uns sehr gefreut, dass die BKK den Vorschlag des Regierungsrates im Grundsatz unterstützt. Wir sehen auch, dass dieses Tandemmodell, eben diese Struktur mit der Koordinations- und Beratungsstelle auch kritisch angesehen wird von Mitgliedern des Grossen Rates. Wir bitten Sie aber trotzdem, dem Gesamtpaket zuzustimmen und dieser Innovation jetzt eine Chance zu geben. Ich habe immer die Meinung vertreten, dass Kultur und auch Politik manchmal Fehler machen dürfen. Wenn wir Fortschritte machen wollen, müssen wir Innovation zulassen, auch im politischen Bereich, und darum geht es hier. Geben Sie diesem Modell eine Chance. Es gibt Dinge, die findet man nicht heraus, wenn man sie nicht ausprobiert. Geben Sie also der Clubkultur und damit den Bedürfnissen der Jungen als Teil der Kulturstadt Basel diese Chance.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

*Jenny Schweizer (SVP):* Die SVP-Fraktion stimmt den Grossratsbeschlüssen 1 und 2 zu. Beim Grossratsbeschluss 3 geben wir aber nur Punkt 1 unsere Zustimmung. Punkt 2, die neu zu kreierende Stelle eines oder einer Beauftragten im





Präsidialdepartement lehnen wir ab. Sie haben einen Änderungsantrag als Tischvorlage vorliegen. Wir sind der Meinung, dass eine verwaltungsinterne Stelle zur Vermittlung nicht nötig ist. Die Trinkgeldinitiative ist dazu gedacht, Kulturschaffende in der Jugend- und Alternativkultur zu unterstützen. Dass mit der Club-Förderung ein neues Gefäss unterstützt werden soll, ist begrüssenswert. Weniger begrüssenswert ist die Tatsache, dass der Verwaltungsapparat dadurch vergrössert wird. In der Person des Nachtmanagers (Grossratsbeschluss 2) wird bereits eine Person bewilligt, die einen hohen Vernetzungsgrad in der Szene aufweisen muss. Beim Profil der oder des Beauftragten hat die Vernetzung innerhalb der Verwaltung oberste Priorität. Wir schlagen deshalb vor, diese zwei Profile in einer Person entweder zusammenzufassen oder aber die angedachten verwaltungsinternen Aufgaben bei der bereits existierenden verwaltungsorientierten Koordinationsstelle für Grossveranstaltungen anzusiedeln. Diese bestehende Koordinationsstelle verfügt schon über alle nötigen verwaltungstechnischen Voraussetzungen, um die Aufgaben der Beauftragten zu übernehmen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Clubförderung ein neues Gefäss ist und wir nicht von Anfang an einen ganzen Apparat aufbauen müssen, wenn wir nicht einmal sicher sein können, dass die Clubförderung ein Erfolgsmodell wird und wir auch nicht wissen können, wie die zeitliche Auslastung überhaupt ausschaut. Bis jetzt wird davon ausgegangen, dass etwas mehr als 10 Clubs für eine solche Förderung in Frage kommen. Ob da eine 60 Prozent-Stelle nötig ist, die Aufgaben wie Gesuchs-Prüfung, Verbesserung von Rahmenbedingungen, verwaltungsinterne Beratung, Berichtswesen gegenüber der Regierung und Einsitz in interdepartementalen Gremien hat, nötig ist und dann noch aus dem Topf der Trinkgeldinitiative bezahlt wird, erschliesst sich uns nicht.

Und überborden wir doch nicht gleich, indem wir uns mit Wien oder Amsterdam vergleichen und gleich ihr ganzes Tandemsystem kopieren. Dort handelt es sich um Weltstädte, deren Clubszene grösser und bedeutender ist als die von Basel. Erst wenn die erste Evaluation gemacht ist und sich herausstellt, dass diese Förderung von Clubs so enorm vom Erfolg gekrönt ist, dass zusätzliche verwaltungsinterne Lösungen gefunden werden müssen, sollte über mehr Stellenprozente in der Verwaltung nachgedacht werden. Aber zu Beginn sollten wir darauf achten, dass das Geld der Trinkgeldinitiative eher zu den Kulturschaffenden gelangt, als dass es zu der Verwaltung fliesst.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es liegt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber vor. Sie wird angenommen.

*Johannes Sieber (GLP):* Mich interessiert, was Sie genau von der Bedeutung der Clubszene in verschiedenen Städten verstehen.

*Jenny Schweizer (SVP):* Im Ratschlag wurde ja ausgeführt, dass Amsterdam und Wien diese Club-Förderung genauso kennen, wie wir sie jetzt aufbauen wollen. Daher denke ich, ist es ein Copy-Paste.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Nicole Kuster-Simon.

*Nicole Kuster-Simon (LDP):* Vorliegend handelt es sich um die Umsetzung der Trinkgeldinitiative. Die zur Debatte stehende Förderperiode 2023 bis 2026 ist eine Pilotphase. Für die darauffolgende Förderperiode 2027 bis 2030 wird eine verwaltungsinterne Evaluation der Ergebnisse erwartet.

Mit drei Massnahmen soll sodann die Club-Förderung ausgestaltet werden. Es werden Gelder für ein vielfältiges und qualitativ hochstehendes Liveprogramm gesprochen und es sollen faire Löhne ermöglicht werden. Zudem sollen Gelder zur Infrastrukturförderung gesprochen werden. Ein dritter Teil des Geldes wird für eine sogenannte Tandem-Koordinations- und Beratungsstelle gesprochen. Kritisch begegnet die LDP der neu geschaffenen verwaltungsinternen Beratungsstelle, kann dieser aber im Rahmen eines Pilots zustimmen. Wichtig ist uns jedoch, dass der Schwerpunkt auf der kulturellen Vielfalt und Entwicklung liegt und nicht einfach eine neue Verwaltungsstelle geschaffen wird.

Die Zukunft wird es weisen und wir werden im Rahmen der nächsten Beitragsperiode spannende Diskussionen führen können, welche Entwicklungen die Clubszene durch die gesprochenen Fördergelder erfahren durfte. Im Namen der LDP empfehle ich Ihnen, die beantragten Gelder zu sprechen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Um eine Zwischenfrage von Johannes Sieber vorwegzunehmen: Ich verstehe wenig von der Clubkultur. Ich bin zu alt für sie. Wenn das Bild nicht stimmt, dann kann auch der Antrag nicht stimmen. In diesem Ratschlag,



wahrscheinlich «ghost gewritten» von der Abteilung Kultur wird viel von Tandem geredet. Ich habe in der Kommission die Frage gestellt, ob ich es richtig sehe, dass bei einem Tandem jemand vorne und jemand hinten sitzt, jemand die Richtung bestimmt und jemand einfach mitstrampeln muss. Und ich habe dann gefragt, wer in diesem Modell, das uns vorgeschlagen wird, vorne und wer hinten sitzt. Eine Antwort, die mich überzeugt hat – aber eben, ich habe begrenzte geistige Fähigkeiten – , habe ich nicht erhalten. Und das zeigt, dass die Problematik dieses Antrages, wie diese beiden Personen – wir können sie auch Duo Nocturnale oder Duo informale nennen – zusammenarbeiten sollen, ist nicht klar. Ich glaube, da werden Erwartungen geschürt, die nicht eingehalten werden können. Und ob man die Versuchsphase abwarten soll, wie die geduldigere LDP, weiss ich nicht.

Ich meine, der Staat genügend Ressourcen, um das, was er zu tun hat, auch zu bewältigen. Und wenn wir jetzt diesen Beitrag streichen würden, dann würden wir den Inhalt des Topfes, der noch für die Förderung der Jugend- und Alternativkultur zur Verfügung steht, entsprechend wieder vermehren und könnten dies besser einsetzen als in der Aufblähung des Staatsapparates.

Die FDP konnte als Fraktion diesen Antrag nicht besprechen. Ich sage Ihnen, es gibt gewisse Sympathien für diesen Streichungsantrag. In der Schussabstimmung werden wir selbstverständlich zustimmen, wie auch immer es herauskommen wird. Aber ich bitte doch die Regierung und vor allem in einem Ratschlag, der wirklich aus der Kultur kommt, mehr Sorgfalt zu üben in der Verwendung von Metaphern, auch wenn diese sich in Deutschland schon eingespielt haben. Wir müssen nicht alles übernehmen. Und in diesem Sinne bitte ich Sie, dieses Geschäft nach bestem Wissen und Gewissen zu erledigen und manchmal nachzudenken, welche Begriffe da in die Welt gesetzt werden.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Dennoch möchte Johannes Sieber eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

*Johannes Sieber (GLP):* Ich kann mir die Frage nicht verkneifen. Haben Sie schon einmal Nebeneinander-Tandem oder Parallel-Tandem geogelt?

*David Jenny (FDP):* Ich weiss nicht, ob das mit unserem SVG vereinbar ist. Diese Antwort konnte mir die Abteilung Kultur nicht geben in der Kommissionssitzung. Und auch wenn, was kommt heraus, wenn beide steuern? Chaos, was vielleicht das Wesen der Nachtkultur ist.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Heidi-Mück.

*Heidi Mück (GAB):* Das GAB stimmt dem vorliegenden Ratschlag zu und unterstützt die Basler Club-Förderung. Die Club-Förderung ist ja ein ganzes Paket aus verschiedenen Massnahmen. Manche sind mehr, andere weniger nachvollziehbar. Für mich sind doch noch einige Fragen offen, insbesondere zum Modell der Nachtmanagerin, des Nachtmanagers. Die Pilotphase wird zeigen, ob die Idee, die von grossen Städten wie Amsterdam oder Wien inspiriert wurde, hier im kleinräumigen Basel tatsächlich auch funktioniert. Die Hoffnungen sind gross und die Aufgaben, die die Nachtmanagerin oder der Nachtmanager übernehmen soll, sind wirklich vielfältig. Sie reichen von Nachbarschaftsarbeit bei Lärmklagen zu Beratung von Clubs bei Unsicherheiten im Umgang mit Bewilligungen und sonstigen Verwaltungsaufgaben bis zum Angehen von Problemen mit Drogenkonsum.

Und auch die Zusammenarbeit im Tandem mit einer Beauftragten oder einem Beauftragten für Club- und Festival-Kultur in der Verwaltung ist absolutes Neuland in Basel und muss sich erst bewähren. Aber es ist eben ein Versuch wert und deswegen lehnen wir auch den Antrag der SVP ab. Uns interessiert es, wie die Aufgaben verteilt werden, was dann die Person aus der Verwaltung übernimmt, was die Person aus der Club-Szene und wie das zusammen funktioniert. Also deswegen würden wir dem gern eine Chance geben.

Die Klubprogrammförderung und die Infrastrukturförderung sind da einfacher zu verstehen. Hier muss sich aber zeigen, dass die Hauptakteure, die hier zum Handkuss kommen, also das Musikbüro Basel, ehemals RFV und der Verein Kultur und Gastronomie, auch über den eigenen Tellerrand hinausschauen können und die Fördermittel nicht nur im eigenen Kreis unter den eigenen Mitgliedern, sondern nach klar nachvollziehbaren Kriterien verteilen. Ich muss ehrlich zugeben, auch nach dem Hearing in der BKK erschliessen sich mir die ganze Organisationen und die Strukturen dieser beiden Vereine und ihre Verandelung mit Kulturstadt jetzt immer noch nicht ganz.

Aber bei allen vorbehalten: Das Geld ist vorhanden, die erfolgreiche Trinkgeldinitiative muss umgesetzt werden. Es ist eine Pilotphase, die hier finanziert werden soll. Das ist doch gut so. Das vorgeschlagene Modell muss sich nun beweisen, es dürfen auch Fehler passieren, aus denen gelernt werden kann. Es fiel mir auf, dass in dieser Debatte mehrfach der Begriff



Fehler erwähnt wurde. Das ist schon noch auf fallend in diesem Bereich. Die Club-Förderung wird intern und hoffentlich später auch extern evaluiert und soll sich dynamisch und nach den Bedürfnissen der Clubs und der Bevölkerung entwickeln. Da ist durchaus Potenzial vorhanden.

Ein letztes noch: Sie Verknüpfung von Safer Dance mit der Club-Förderung das ist eine Anregung der BKK, die es wirklich verdient, ernstgenommen zu werden. In diesem Sinn bitte ich Sie im Namen des GAB, dem vorliegenden Ratschlag zuzustimmen und den Antrag der SVP abzulehnen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Amina Trevisan.

*Amina Trevisan (SP):* Die SP-Fraktion setzt sich für eine lebendige Kulturstadt ein und unterstützt vielfältige Kultur, weshalb sie alle Formen von Kultur unterstützt, so auch die Basler Club-Kultur. Dass in der vielseitigen und lebendigen Basler Club- und Nachtkulturszene Kunst und Kultur eine Bühne finden, die es ohne diese nicht geben würde, ist unbestritten. Die Relevanz der Clubkultur ist anerkannt. Die Basler Clubs und Spielstätten tragen zudem massgeblich zur Erschliessung und Entwicklung von neuen Arealen und Stadtteilen bei. Als Teil der Nachtökonomie sind die Kulturbetriebe und Spielstätten ein wichtiger Faktor für die Wirtschaft, Innovation und Kreation. Darüber hinaus leisten sie einen wichtigen Beitrag an Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt, an die kulturelle Teil habe durch die Milieus sowie die Attraktivität des Standorts Basel.

Auch Tourismus Basel setzt sich mit seiner neuen Marketingstrategie im Bereich des Freizeittourismus für eine Bewerbung des Nachtlebens ein, das insbesondere für eine jüngere Generation von Städtereisenden attraktiv ist. Eine vielseitige Nacht-Kultur ist somit in sozialer, wirtschaftliche und kultureller Hinsicht wichtig für Basel.

Die neue Basler Club-Förderung ist Teil der Umsetzung der kantonalen Volksinitiative Aktive Basler Jugendkultur stärken - Trinkgeldinitiative und soll aus drei Massnahmen bestehen. Die SP-Fraktion findet alle drei Massnahmen zentral und innovativ. Mit der Programmförderung Club wird für mehr Planungssicherheit und ein vielfältiges und qualitativ hochstehendes Liveprogramm gesorgt. Mit der Programmförderung werden die Arbeitsbedingungen verbessert und faire Löhne für Künstlerinnen und Künstler sowie Technikerinnen und Techniker ermöglicht werden. Denn bislang haben die Kulturschaffenden aus Goodwill und Leidenschaft praktisch unbezahlt oder zumindest deutlich unterbezahlt gearbeitet, weil für bessere Löhne die Einnahmen fehlten.

Die Infrastrukturförderung Club dient zur Verbesserung der betrieblichen Infrastruktur und Abmilderung von Konflikten, zum Beispiel bei Lärmfragen. Und auch die dritte Massnahme überzeugt die SP-Fraktion, und zwar ein Tandem als Koordinations- und Beratungsstelle zur Vermittlung zwischen den Anspruchsgruppen, Unterstützung bei Konflikten und Beratung im Behördenkontext.

Eine verwaltungsinterne und später nach Abschluss der zweiten Förderperiode eine externe Evaluation wird auch von der SP-Fraktion begrüsst. Für die SP-Fraktion ist wichtig, dass bei der Club-Förderung gleichzeitig lokale Künstlerinnen und Künstler sowie internationale Künstlerinnen und Künstler auftreten können, wodurch in der Clubszene ein Austausch stattfinden kann. Die SP-Fraktion anerkennt den grossen Stellenwert der Club- und Nachtkulturszene für das gemeinsame Zusammenleben. Die Fördermittel helfen dabei, die mit viel Leidenschaft aufgebauten Orte des Erlebens und die grosse kulturelle Vielfalt in Basel zu erhalten. Deshalb bitte ich Sie im Namen der SP, die beantragten Gelder zu sprechen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die Fraktion die Mitte / EVP ist die Brigitte Gysin.

*Brigitte Gysin (Mitte-EVP):* Im Namen der Fraktion die Mitte / EVP bitte ich Sie auch, den Ratschlag zu überweisen und keiner Änderung zuzustimmen. Ich möchte nur auf diesen letzten Punkt eingehen, warum dieser Änderung nicht zuzustimmen ist. Jenny Schweizer hat gesagt, sie möchte zuerst die Pilotphase abwarten und wenn sich es bewährt hat, könne man dann über die Stelle reden. Ich stelle mir vor, ich bekomme eine Balkonpflanze geschenkt. Sie gefällt mir nicht besonders und ich denke, bei mir überlebt sie sowieso nicht. Ich bin aber ja höflich, es ist ein Geschenk, ich schmeisse sie nicht fort. Ich sehe auf dem Schildchen, dass sie viel Sonnenlicht mag. Und weil ich gerne recht habe, stelle ich sie in die dunkelste Ecke auf dem Balkon, gebe nicht zu viel Wasser und tatsächlich, ich stelle nach ein paar Wochen fest, ich hatte recht, sie hat nicht überlebt. Ich hätte aber die Pflanze auch in die Sonne stellen können. Möglicherweise hätte sie trotzdem überlebt. Bei mir wäre das sogar recht wahrscheinlich. Aber dann könnte ich sagen, okay, hat nicht funktioniert. Die Pilotphase hat gezeigt, es geht nicht, ich muss sie wegschmeissen. Oder ich muss feststellen, dass sie sehr gut gewachsen und erblüht ist, und die Grösse haben und zugeben, okay, die Idee war vielleicht doch einigermassen gut.

Darum denke ich, man sollte jetzt nicht herumbasteln an dieser neuen Idee und einfach eine Hälfte des Tandems, ich wage den Begriff zu gebrauchen, weglassen. Um auf diesen Einwand einzugehen: Wenn man jetzt tatsächlich aus, ich weiss nicht



sachlichen oder linguistischen Gründen ein Problem mit dem Tandem hat, dann frage ich mich, warum man dann nicht auch gleich noch den Grossratsbeschluss 2 ablehnt und sagt, die ganze Idee ist nicht umsetzbar. Ich habe eigentlich nur noch darauf gewartet, dass irgendwo noch ein Parkplatzproblem auftauchen könnte. Das ist aber nicht geschehen. Ich bitte Sie also im Namen der Fraktion die Mitte / EVP, diesen Beschluss so zu bewilligen, wie er vorliegt.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die GLP ist Johannes Sieber.

*Johannes Sieber (GLP):* Ich muss dem Votum von Brigitte Gysin eigentlich gar nichts mehr hinzufügen, sie hat das so schön und so bildlich geschildert. Aber trotzdem noch dies, auch in der Fraktion der GLP hatten wir Diskussionen zu diesem Ratschlag. Wir haben diese Diskussion geführt und sind zum Schluss gekommen, dass wir selbst selbstverständlich diesen Ratschlag überweisen.

Man muss sehen, es ist erstens ein Volkswille. Es ist in einer guten Arbeit ausgearbeitet worden, wie dieser Volkswille umgesetzt werden soll. Dieser Ratschlag bringt das zum Ausdruck. Jetzt an diesem Ratschlag rumbasteln, wie Brigitte Gysin das gesagt hat, macht einfach keinen Sinn. Man muss sich jetzt überlegen, ob man diesen Volkswillen umsetzen will oder nicht. Wir sind klar dafür, dass man das tun soll. Nach vier Jahren soll man evaluieren, wie sich das entwickelt hat und kann dann immer noch justieren oder Anpassungen vornehmen, die man für richtig hält.

In diesem Sinne bittet die grünliberale Fraktion Sie, das Paket wie es vorliegt zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Jenny Schweizer. Sie wird angenommen.

*Jenny Schweizer (SVP):* Wieso finden Sie, dass es ein Rumbasteln ist, wenn ich in meinem Votum vorschlage, dass bereits intern vorhandene Stellen diese Tandem-Koordination oder diese Tandem-Aufgabe übernehmen können?

*Johannes Sieber (GLP):* Es gibt einen Volkswillen, der jetzt umgesetzt wird. Dieser Ratschlag ist das Resultat einer Arbeit von den Beteiligten und Betroffenen und denen, die diesen Volkswillen angestossen haben. Ich finde, es macht keinen Sinn, ohne Kenntnisse der Clubs und ohne Wissen über die Bedeutung der Clubszene an diesem Ratschlag herumzubasteln.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt noch eine Zwischenfrage von David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Können Sie mir bitte belegen, wann und wie im Abstimmungskampf über die Initiative die Tandem-Frage, sei es die Form hintereinander oder nebeneinander, diskutiert wurde?

*Johannes Sieber (GLP):* Das kann ich Ihnen nicht belegen. Aber die Leute, die diese Initiative angestossen haben und diesen Ratschlag mit ausgearbeitet haben wünschen das genau so. Und ich möchte doch sehr empfehlen, das jetzt so zu tun und diesem Versuch einen Raum zu geben.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es liegt eine weitere Zwischenfrage vor von Heidi-Mück. Nehmen Sie sie auch an? Sie wird angenommen.

*Heidi Mück (GAB):* Wenn ich Ihnen zuhöre, frage ich mich, ob nur Expertinnen und Experten über gewisse Themen in der Politik mitbestimmen dürfen.

*Johannes Sieber (GLP):* Natürlich nicht, Sie können ja jetzt Ja oder Nein stimmen. Ich bin dafür, dass wir das jetzt so annehmen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Erste Einzelsprecherin ist Jo Vergeat.



*Jo Vergeat (GAB):* Nur ganz kurz vorweg: Nein, wir können diese Aufgabe nicht in einer bestehenden Stelle im PD ansiedeln. Es gibt Bereiche dieser Stelle, zum Beispiel die Koordination der Festivals, die jetzt schon koordiniert und besprochen werden müssen, und da stossen wir seit Jahren auf sehr grosse Hindernisse. Es fehlt an Know-How, es fehlt an Zeit und es ist extrem wichtig und wir können damit wirklich etwas bewegen, wenn wir es schaffen, in der Verwaltung auch eine verantwortungsvolle Position zu schaffen, die die Zeit und die Ressourcen hat, sich für diese Themen einzusetzen.

Wir sprechen heute eine grosse Summe, die wir so noch nie gesprochen haben und ich merke, die Euphorie ist irgendwie mässig. Das finde ich eigentlich schade. Oft reden wir hier drin über etablierte Fördergelder mit einer langen Fördertradition für Vereine oder Institutionen und dann sind wir meistens voller Freude und Euphorie für diese Kulturszene. Meine Euphorie ist riesig, Sie sehen es, ich habe extra noch ein bisschen mehr Euphorie eingepackt. Mit dem letzten Häppchen der Trinkgeldinitiative, das wir heute umsetzen, schaffen wir es, diese Orte zu fördern, wo Nachtkultur lebt und sich entwickelt. Wir können mit gutem Gewissen diesen Volksentscheid heute umsetzen, denn an diesem Modell haben gemeinsam mit der Verwaltung viele direkt Involvierte aus der Branche lange und in Ruhe und über viele Jahre gearbeitet. Es ist keine Hauruckaktion und einfach eine schnelle Umsetzung, um Geld irgendwo hinzuwerfen, sondern wir haben ein gutes und hart verhandeltes Modell für eine Förderung, die es so noch nicht gab.

Mit der Programm- und Infrastrukturförderung werden die Veranstaltungsmöglichkeiten für die Kulturschaffenden in der Nachtkultur gefördert. Es braucht Orte, wo Kultur gelebt und gezeigt werden kann. Es reicht aus unserer Sicht nicht, eben die Kulturschaffenden alleine zu fördern, sie müssen auch Möglichkeiten haben, auftreten zu können. Und auch das Personal in der Branche wird profitieren, weil es ein ganzheitlicher Ansatz ist, und die Veranstaltungsorte, die lokale und regionale Kultur fördern möchten, können das jetzt tun, ohne das Risiko ganz alleine zu tragen. Ich glaube, das ist etwas, das wir in anderen Bereichen auch tun. Wir unterstützen grosse Kulturinstitutionen. Das sind Häuser, wo Kulturschaffende aus anderen Bereichen, aus anderen Genres auftreten können, und wir tun das gerne und mit viel Euphorie.

Mit dieser Tandemstelle schaffen wir ein zentrales Element aus anderen Fördermodellen von anderen Städten. Ja, man kann jetzt sagen, das sind Grossstädte, die haben mit uns nichts am Hut. Gleichzeitig ist es doch ein hervorragender Ansatz, Modelle aufzunehmen, die woanders gut funktionieren und zu versuchen, sie hier umzusetzen. Ich bin sicher, wir können das herunterskalieren, so dass das dann auch in Basel funktioniert. Diese Stelle schafft auf beiden Seiten Know-How und Verständnis. Das ist wirklich zentral für die Nachtkulturförderung, weil sie eben sehr komplex ist. Das sieht man an dem Aufgabenbuch des Nachtsmanagers.

Wenn ich während Corona etwas gelernt habe, ist es, dass dieses Verständnis fehlt. Es tut mir Leid, das so zu sagen, aber bei der Verwaltung haben sich ganz grosse Probleme aufgetan. Ich bin sehr froh, dass wir hier jetzt zusammen mit der Verwaltung auch eine Lösung finden, das angehen zu können, dass wir da weiterkommen und zum Beispiel auch diese Anwohner:innenkonflikte besser umzusetzen.

Diese Euphorie ist vielleicht auch etwas niedriger, weil wir nicht alle hier drin ein Flair haben für diese Nachtkultur oder diese Clubkultur oder die elektronische Musik. Ich kann Sie beruhigen: Wenn wir das Gelder für das Sinfonieorchester sprechen, dann bin ich sicher, dass Sie auch schon einmal in einem Konzert des Sinfonieorchesters gesessen sind, vielleicht war es zeitgenössische Musik, und haben sich gesagt, das ist jetzt irgendwie nicht so meins. Genau so ist das mit der Nachtkultur. Die ist extrem vielfältig und wir schaffen es, unsere Kulturstadt so in ihrer Vielfältigkeit noch mehr zu fördern und diesem Modell Rechnung zu tragen.

Ich bin überzeugt, dass das ganz engagierte Menschen sind, die da an diesen Veranstaltungsorten arbeiten. Wir sind sehr froh darüber, dass wir das jetzt anpacken und ausprobieren können und auch Fehler machen dürfen in einem neuen Fördermodell. In diesem Sinne freue ich mich heute über ein wegweisendes Modell, das der Kulturstadt Basel in ihrer Ganzheit etwas bietet und auch ihren zahlreichen Geniesser:innen. Ich bin überzeugt, Sie alle haben auch schon von der Nachtkultur profitiert. Ich bin sogar ziemlich sicher, wenn ich hier in diese Gesichter schaue, dass ich viele von euch auch schon mal abends an einem Live-Konzert gesehen habe. Also hat das nicht unbedingt etwas mit Alter zu tun, Herr Regierungspräsident, sondern einfach mit unterschiedlichem Interesse an Kultur.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Somit hat in der zweiten Runde Regierungspräsident Beat Jans das Wort und er wünscht es.

*Regierungspräsident Beat Jans:* Besten Dank für ihre interessanten Voten und Anregungen. Ich nehme die gerne entgegen und ich finde die Diskussion wertvoll. Ich möchte noch etwas sagen zum Vergleich mit den grossen Städten: Vergessen Sie nicht, wir haben vor allem nach Stuttgart geschaut und uns dort wirklich mit der Administration ausgetauscht. Auch wenn Stuttgart eine deutlich grössere Stadt ist, glaube ich, dass wir durchaus vergleichbar sind, weil wir ja nicht nur die Bewohner unserer Stadt sind, sondern ein Einzugszentrum haben gerade für diese Kulturinstitutionen, das doch etwa 800'000 bis eine Million Personen umfasst. Deshalb ist das nicht verwegen.



Der zweite Grund ist folgender. Wir sind schon lange immer auch stolz gerade auf unsere Kultur, im Standortmarketing, im Tourismus wird das stark hervorgehoben, und wir können uns nicht leisten, einen blinden Fleck zu haben genau dort, wo die Kultur jung, dynamisch und modern ist. Deshalb macht das auch aus diesem Grund aus unserer Sicht sehr Sinn, dass wir uns in diesem Bereich engagieren und uns zum Beispiel an Stuttgart orientieren. Daran haben wir uns auch nicht zuletzt deshalb orientiert, weil das Modell eben funktioniert, weil sie zufrieden sind damit. Andere Städte, die ein einseitiges Verwaltungsmodell gewählt haben, sind offenbar die Kulturschaffenden immer wieder unzufrieden, weil sie nicht weiterkommen, weil es ein Gegeneinander ist. Und umgekehrt, wenn man es Privaten überlässt, das zu machen, dann ist die Verwaltung unzufrieden respektive dann kommt man immer wieder zum Punkt, dass die Gesetze nicht eingehalten werden. Deshalb macht dieses Tandemmodell aus unserer Sicht Sinn, auch wenn ich zugeben muss, David Jenny, dass Sie den Finger auf einen Punkt gelegt haben. Das Modell könnte man auch besser benennen. Vielleicht sollten wir es Duett nennen, oder wenn es dann nicht so harmonisch ist Duo. Aber es geht ja nicht darum, dass jemand vorne und jemand hinten strampelt, sondern es geht darum, dass man sich ergänzt.

Und dieses Modell ist ja nicht ganz unbekannt in unserer Stadt. Ich möchte nochmal daran erinnern, dass mit Marcel Meier im Präsidentsdepartement eine Person ist, die bereits diese Scharnierfunktion übernimmt. Er hilft zum Beispiel, dem Bebbi sy Jazz als Ansprechperson alle Hürden zu nehmen, die es gibt. Und das sind viele, wie Sie sich vorstellen können, mit so vielen Bühnen, so vielen theoretischen Lärmproblemen, auch so vielen Bewilligungen. Und das macht der super. Em Bebbi sy Jazz ist völlig begeistert, dass es diese Möglichkeit gibt, dass hier jemand da ist, der ihnen quasi den Weg bereitet, möglichst mit geringem Aufwand alle Hürden zu nehmen.

Und das ist eigentlich die Idee, die wir hier jetzt auch für die Clubs einsetzen wollen. Wir hoffen, es funktioniert und sind eigentlich durchaus zuversichtlich. Ja, wir brauchen diese Stelle, Jenny Schweizer. Ich hätte gerne sagen können, dass das die Abteilung Kultur auch noch schafft, aber sie schafft es wirklich nicht auch noch. Wir haben eine Betriebsanalyse gemacht, haben uns verglichen mit ähnlichen Kantonen und mit ähnlichen Städten und haben schon jetzt festgestellt, dass wir für die Menge Geld, die wir verwalten als Abteilung Kultur, deutlich weniger Personal haben als die vergleichbaren Kantone und Städte.

Wir haben also schon jetzt ein Problem. Mit der Trinkgeldinitiative kommen nicht nur drei Millionen zusätzliche Gelder dazu, die wir sinnvoll einsetzen wollen und müssen, sondern eben auch unzählige Verträge, die wir abschliessen werden. Das braucht zusätzliches Personal. Gerade in diesem Bereich, bei dem wie, wie Jo Vergeat richtig gesagt hat, schon lange ein Defizit festgestellt wurde, dass wir ein Defizit haben. Wir haben in der Abteilung Kultur niemanden, der diese Nachtkultur wirklich versteht und nahe dran ist.

In diesem Sinne möchte ich jetzt vor allem auch der Kommission danken, aber auch den Leuten der Abteilung Kultur. Sie haben jetzt wirklich sehr viel gemacht in den letzten Jahren, um dieses Modell zu ermöglichen. Es hatte einen extrem positiven Effekt, dass sich jetzt der Dialog zwischen der Verwaltung und der Kulturszene mit diesem Projekt enorm verbessert hat. Ich glaube, der Vorwurf, den man früher dem Präsidentsdepartement gemacht hat, dass es nicht im Dialog steht mit der Kulturszene, ist weg. Das spürt man. Man geht gemeinsam in die Zukunft. Das finde ich super, und deshalb sehr herzlichen Dank.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Eintreten wurde nicht besprochen. Eine Rückweisung wurde nicht beantragt.

#### **Detailberatung** des Grossratsbeschlusses I Musikbüro Basel (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziger Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

#### **Abstimmung**

##### **Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**92 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001909, 08.11.23 10:09:59]

**Der Grosse Rat beschliesst**



Für den Verein Musikbüro Basel werden, zusätzlich zum bestehenden Staatsbeitrag, zweckgebundene Ausgaben zur Umsetzung der Programmförderung Clubs in der Höhe von Fr. 2'895'000 für die Jahre 2023–2026 bewilligt (Fr. 705'000 für das Jahr 2023 und Fr. 730'000 p. a. für die Jahre 2024–2026).

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:*

**Detailberatung** des Grossratsbeschlusses II Verein Kultur & Gastronomie (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Publikationsklausel

### **Abstimmung**

#### **Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### **Ergebnis der Abstimmung**

**94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001911, 08.11.23 10:10:51]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Für den Verein Kultur & Gastronomie werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 640'000 für die Jahre 2023–2026 bewilligt (Fr. 160'000 p. a.).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:*

**Detailberatung** des Grossratsbeschlusses III Beauftragte/r für Club- und Festivalkultur (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

1. Infrastrukturbeiträge

2. Personalkosten

Hier liegt ein Änderungsantrag der Fraktion SVP vor. Sie beantragen, den Punkt 2 zu streichen.

### **Abstimmung**

#### **Abstimmung Änderungsantrag SVP**

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**17 Ja, 76 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001913, 08.11.23 10:12:28]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Den Änderungsantrag abzulehnen.



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:*

Wir führen die Detailberatung weiter:

Publikationsklausel

## **Abstimmung**

### **Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**84 Ja, 6 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001915, 08.11.23 10:13:13]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Für Infrastrukturbeiträge an Betriebe der Clubkultur wird eine Rahmenausgaben-bewilligung von Fr. 320'000 (Fr. 80'000 p. a.) für den Zeitraum von 2023 bis 2026 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Präsidialdepartements (Abteilung Kultur) bewilligt. Dabei können Förderentscheide bis 31. Dezember 2026 getroffen werden und daraus resultierte Ausgaben bis 31. Dezember 2029 getätigt werden.

2. Für die Finanzierung der Personalkosten für die Stelle eine/s Beauftragte/n für Club- und Festivalkultur im Präsidialdepartement, Abteilung Kultur, werden Ausgaben in der Höhe von Fr. 394'000 für die Jahre 2023–2026 bewilligt (Fr. 98'500 p. a.).

**Dieser Beschluss ist zu publizieren.**

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben mit 84 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen zugestimmt.

## **6. Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Ausstellungsraum Klingental für die Jahre 2024 bis 2026, Ausgabenbericht des RR**

[08.11.23 10:13:27, 23.1278.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 861'915 zu bewilligen.

*Franziska Roth (SP):* Der Ausstellungsraum Klingental wird von einem Verein getragen, der von engagierten Kunstschaffenden und Kunstsachverständigen ehrenamtlich geleitet wird. Dem Verein steht zurzeit eine Geschäftsstelle mit 50 Stellenprozent und eine Kommunikationsstelle mit sieben Stellenprozent zur Verfügung. Mit dieser 57 Prozent bezahlter Arbeit kann die operative Leitung des Ausstellungsraums nicht vollständig geleistet werden und die Mitglieder des ehrenamtlichen Vorstandes leisten nebst der strategischen Arbeit auch noch operative Aufgaben.

Die Räumlichkeiten des Ausstellungsraums, die sich in der Klingentalkirche befinden, sind im Besitz des Kantons Baselstadt und wurden im Rahmen der Sanierung der Kaserne auch renoviert. Während der Sanierungsarbeiten musste der Ausstellungsraum temporär andere Räumlichkeiten beziehen. Mit dem Wiedereinzug im Jahr 2020 in die Klingentalkirche ist die Brutto-Miete für den Ausstellungsraum gestiegen. Da die Mietkosten über den Staatsbeitrag abgedeckt werden, wurde diese Erhöhung in der laufenden Staatsbrei Beitragsperiode einmalig durch Mittel des Dispositionsteils der Kulturvertragspauschale kompensiert. Im Staatsbeitrag ab 2024 sind die gesamten Mietkosten nun aber wieder integriert.





Im Hinblick auf die Rückkehr in die Klingentalkirche wurde ein professionelles Nutzungs- und Raumkonzept erarbeitet, welches eine Verbesserung der physischen Sichtbarkeit auf dem Kasernenareal, eine höhere Publikumsfreundlichkeit sowie bessere betriebliche Abläufe erwirkte. Entsprechend entwickeln sich die Publikumszahlen sehr gut. Aktuell liegen die Zahlen bereits deutlich über den anvisierten Durchschnittszahlen von 5'000 Personen pro Jahr. Ebenfalls wurde zur nachhaltigen Sicherung des Betriebs ein Organisationsentwicklungsprozess angestossen. Das Resultat ist ein Strategie- und Massnahmenplan, der die Prioritäten einerseits für die interne Weiterentwicklung der Organisation, andererseits für das Wirken des Ausstellungsraums nach aussen für die nächsten vier Jahre definiert.

Aus verschiedenen Gründen, aber auch für die Umsetzung dieses Strategie- und Massnahmenplans hat die Trägerschaft um Erhöhung der Betriebsbeiträge um 138'135 Franken pro Jahr ersucht. Mit dieser Erhöhung soll die Geschäftsstelle um 50 Prozent aufgestockt und die Honorare der ausstellenden Künstlerinnen und Künstler angehoben werden, sodass diese Löhne den Richtlinien des Branchenverbandes Visarte sowie den Empfehlungen des Bundesamtes für Kultur entsprechen. Zudem möchte das Team des Ausstellungsraums ein Beratungsangebot für Künstlerinnen und Künstler einrichten und die Vermittlungstätigkeit zu Gunsten einer erhöhten Zugänglichkeit und Attraktivität erhöhen. Und zuletzt soll die bereits erwähnte Mietkostenerhöhung im Staatsbeitrag integriert sein.

Der vorliegende Ratschlag beinhaltet nun die Beiträge für die Aufstockung der Geschäftsstelle, da der Ausstellungsraum mit dieser Grösse und Programmdichte mit einer 50 Prozent-Stelle deutlich unterdotiert ist. Zudem ist die Aufstockung grundlegend, um das heutige Leistungsniveau zu stabilisieren. Ebenfalls soll das Entrichten von angemessenen Honoraren an die ausstellenden Künstlerinnen und Künstler berücksichtigt werden. Dies entspricht einem Erhöhungsbeitrag von 96'535 Franken pro Jahr. Ich nenne diese Summe bewusst, weil der Betrag in der Tabelle des Ratschlages nicht stimmt. Die Weiterführung der Staatsbeiträge soll einmalig nur um drei Jahre, also für die Jahre 2024 bis 2026 erneuert werden. Angestrebt wird so eine Synchronisierung mit der Rahmenausgabenbewilligung der Kulturpauschale ab 2027.

Nicht berücksichtigt werden soll hingegen der Antrag für das Beratungsangebot und die Vermittlungstätigkeit. Beratungsleistungen seien primär Leistungen der Branchenverbände, zudem werden sie teilweise auch bereits von anderen Plattformen erbracht. Das Vermittlungsprojekt sei zwar grundsätzlich richtig, aber nicht prioritär. Zudem sei es gerade für solche Projekte möglich, Drittmittel zu generieren und es bestehe auch die Möglichkeit, via Impulsförderung der Abteilung Kultur zusätzliche Mittel zu bekommen.

Die BKK kann die Begründung des Regierungsrats für den Erhöhungsantrag aber auch für die Nichtberücksichtigung einzelner beantragten Teile nachvollziehen. Darum war der Ratschlag in der Kommission auch unbestritten. Einziger der Umstand, dass die Betriebsbeiträge an den Ausstellungsraum zu Lasten der Mittel zur Umsetzung der Trinkgeldinitiative gehen, hat etwas zu reden gegeben. Im Kulturgesetz ist aber festgehalten, dass unter anderem die Kunsträume der Trinkgeldinitiative zugerechnet werden, und dies ist aus fachlicher Sicht voll stimmig so. Zudem begrüsst es die BKK, dass mit den Geldern aus der Trinkgeldinitiative bestehende Institutionen stärker unterstützt werden.

Die BKK unterstützt den vorliegenden Ratschlag mit den beantragten Erhöhungsbeiträgen einstimmig und empfiehlt dem Grossen Rat, dem Ratschlag zuzustimmen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat das Wort hat Regierungspräsident Beat Jans.

*Regierungspräsident Beat Jans:* Weil die BKK-Präsidentin wirklich alles gesagt hat, was ich auch sagen wollte, der Ratschlag ja noch weiterführende Informationen enthält und Sie in der BKK einstimmig diesem Ratschlag zugestimmt haben, verzichte ich darauf, alles zu sagen, was ich eigentlich sagen wollte und werde vor allem einen Dank aussprechen gegenüber dem Verein Ausstellungsraum Klingental, der den Auftrag hat, regionales Kunstschaffen zu präsentieren und eben eine Plattform zu schaffen letztlich für Nachwuchskünstler:innen und Kurator:innen und damit eben wie gesagt auch einen Teil der Trinkgeldinitiative mit erfüllt.

Der Vorstand leistet Grosses. Da wird sehr viel ehrenamtliche Arbeit geleistet und in diesem Sinn gebührt auch diesem Verein ein grosser Dank. Die Kultur, wir haben es gehört, ist zurück, auch die Zuschauerzahlen in diesem Ausstellungsraum sind wieder dort, wo wir sie haben wollen. Das ist eigentlich grossartig, und in diesem Sinn sind die auch die zusätzlichen Ausgaben für diesen Teil unserer Kunstszene gerechtfertigt. Der Regierungsrat freut sich, dass er diesen Ausstellungsraum unterstützen kann und freut sich, dass Sie das auch so sehen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:*

**Detailberatung** (Seite 18 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

Einziger Absatz



Publikationsklausel.

## Abstimmung

### Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### Ergebnis der Abstimmung

**94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001917, 08.11.23 10:22:20]

### Der Grosse Rat beschliesst

Für den Ausstellungsraum Klingental werden Ausgaben in Höhe von Fr. 861'915 (Fr. 287'305 p. a.) für die Jahre 2024 bis 2026 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 94 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung.

## 7. Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Basler Kunstverein für die Jahre 2024 bis 2027, Ratschlag des RR

[08.11.23 10:22:36, 23.1277.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von Fr. 3'800'000 zu bewilligen.

*Franziska Roth (SP):* Beim vorliegenden Ratschlag handelt es sich um eine Erneuerung der Finanzhilfe an den Basler Kunstverein für die Jahre 2024 bis 2027. Die BKK hat sich bei einem Hearing mit der Abteilung Kultur über den Ratschlag informieren lassen und kann ihm einstimmig zustimmen. Die Kommission geht mit dem Regierungsrat einig, dass die Löhne auf ein branchenübliches Niveau angehoben werden, damit die Personalstruktur erhalten werden kann. Und sie unterstützt auch die Erhöhung der Finanzhilfe für Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen, die aufgrund der Teuerungsentwicklung nötig ist.

Dass nicht dem gesamten Erhöhungsantrag stattgegeben werden kann, ist für die BKK ebenfalls nachvollziehbar. So hat der Grosse Rat in der laufenden Staatsbeitragsperiode 2020 bis 2023 den Renovationsfonds um 45'000 Franken erhöht, zudem berechnet der Kunstverein dem Stadtkino, das in den Räumlichkeiten des Kunstvereins eingemietet ist, eine höhere Miete. Diese Mietzinserhöhung wiederum wird über den Staatsbeitrag dem Stadtkino ausgeglichen.

Wie gesagt stimmt die BKK dem Ratschlag einstimmig zu und empfiehlt dem Grossen Rat, das auch zu tun.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsräsident Beat Jans.

*Regierungspräsident Beat Jans:* Der Basler Kunstverein ist die Trägerschaft der Kunsthalle Basel am Steinenberg. Das ist eine international renommierte Institution. Sie vermittelt zeitgenössische Kunst in Basel und gehört neben dem Kunstmuseum, der Fondation Beyeler sowie dem Museum Tinguely zu den wichtigsten Playern im Bereich der Bildenden Kunst unserer Region. Seit 1872 gibt es diesen Kunstverein, und er hat schon grossen Künstlern als Sprungbrett gedient einer davon ist Jean Tinguely, wie Sie wahrscheinlich wissen. Er vermittelt primär junge vielversprechende Kunst,



Künstlerinnen und Künstler aus aller Welt, aber auch viele aus der Schweiz können hier oft zum ersten Mal eine ganz grosse Ausstellung machen. Und das ist etwas Wertvolles für die Kunstszene.

Die Kunsthalle Basel realisiert jährlich sieben bis neun komplexe Ausstellungen auf internationalem Niveau, inklusive Vermittlungsprogramme und Begleitpublikationen. Im letzten Jahr lag der Akzent vermehrt auf Projekten, die gängige Ausstellungsformate reflektieren und auf Performancekunst setzen. Die Trägerschaft umfasst immerhin 1'500 Mitglieder und erreicht pro Jahr rund 30'000 Personen. Mit dem Betrieb und der Pflege historisch städtebaulich wichtiger Gebäude, mit der Betreuung der öffentlich zugänglichen Bibliothek sowie dem digitalen Fotoarchiv erfüllt der Kunstverein neben dieser Ausstellungstätigkeit, die bekannt ist, eben auch wichtige Rollen im Erhalt des regionalen kulturellen Erbes.

Die Kunsthalle ist beliebte Kooperationspartnerin von diversen Kulturinstitutionen, von Hochschulen oder Festivals, ist also immer mit dabei, wenn etwas läuft und beteiligt sich als Stammhaus auch an der Werkschau der Regionale. Der Kunstverein besitzt die Liegenschaft am Steinenberg 7 und verpachtet die Räumlichkeiten an das Restaurant Kunsthalle sowie an die Kulturinstitutionen SAM Schweizerisches Architekturmuseum und an das Stadtkino Basel. Die Liegenschaftserträge sind ein wichtiger Faktor für die Finanzierung des Kunstvereins, das wird im Ratschlag ausgeführt. Die künstlerische Direktion ist seit 2014 sehr erfolgreich mit Elena Filipovic unterwegs. Sie wissen, im Moment wird ihre Nachfolge gesucht, weil Elena Filipovic Direktorin des Kunstmuseums wird.

Das Gesamtbudget der Institution liegt bei rund drei Millionen Franken. 27% übernimmt der Kanton Basel-Stadt, 25% sind weitere Subventionen., 20% ist Liegenschaftsertrag, 18% etwa sind Spenden und Einnahmen, und 10% sind die Mitgliederbeiträge und die Eintritte. Es gibt also einen Eigenwirtschaftlichkeitsgrad von rund 70 Prozent, was bemerkenswert ist. Die finanzielle Situation ist grundsätzlich stabil, auch wenn die Jahre 2021 und 2022 Covid bedingt schwierig waren.

Neben der regulären Ausstellungs- und Vermittlungsarbeit profiliert sich die Kunsthalle eben auch als innovative Kommunikationsvermittlerin, welche gezielt möglichst breit aufgestellte Communities niederschwellig bedienen will. Charakteristisch ist auch ein breites Spektrum der Kunstvermittlung, das in der Kunsthalle gelebt wird.

Um ihre Ziele zu erreichen, beantragte die Institution eine Erhöhung von total 85'000 Franken des Beitrags unseres Kantons. Es geht um die allgemeine Teuerung, es geht die um die gestiegenen Kosten in den letzten Jahren aufgrund des niedrigen Lohnniveaus des Personals, das man verbessern muss. Davon sollen 50'000 Franken in Sachkosten, 25'000 Franken in Personalkosten und 10'000 Franken in Vermittlung fließen. Auch das wird im Ratschlag detailliert ausgeführt. Der Regierungsrat unterstützt insgesamt 50'000 Franken Erhöhung, aufgeteilt in 25'000 Franken zur Stabilisierung des Lohnniveaus und 25'000 Franken Anteil Teuerung und Sachkosten. Die Trägerschaft ist mit dem Vorschlag einverstanden. Das Musterbudget für die neue Periode ist erstellt. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass mit diesem Staatsbeitrag ein attraktives und einmaliges Angebot der internationalen zeitgenössischen Kunst für ein breites Basler Publikum ermöglicht wird. Wir freuen uns, dass die BKK das auch so sieht und bitten Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:*

**Detailberatung** des Grossratsbeschlusses Seite 16 des Ratschlags

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

## **Abstimmung**

### **Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

## **Ergebnis der Abstimmung**

**92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001919, 08.11.23 10:31:06]



### Der Grosse Rat beschliesst

Für den Basler Kunstverein werden Ausgaben in Höhe von Fr. 3'800'000 (Fr. 950'000 p. a.) für die Jahre 2024 bis 2027 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 92 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung.

## 8. Bewilligung eines Staatsbeitrags an GGG Migration für die Jahre 2024–2027, Ratschlag des RR

[08.11.23 10:31:27, 23.1272.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 2'532'796 zu bewilligen.

*David Jenny (FDP):* Die JSSK hat den Ratschlag betreffend Bewilligung eines Staatsbeitrags an die GGG Migration für die Jahre 2024 bis 2027 an ihrer Sitzung vom 19. Oktober 2023 beraten. Das Geschäft wurde ihr vorgestellt von meinem Banknachbarn Regierungspräsident Beat Jans und der neuen Co-Leiterin der Abteilung Gleichstellung und Diversität Frau Jenny Pieth. Unsere Kommission empfiehlt Ihnen einstimmig, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und der GGG Migration pro Jahr 633'199 Franken, aufgerundet wird nicht, zu bewilligen. Laut der Kreuztabelle haben dies sämtliche Fraktion vor. Damit könnte ich mein Votum als Kommissionssprecher schliessen. Dies wäre aber der Bedeutung der Arbeit der GGG Migration nicht angemessen.

Wie im Ratschlag ausgeführt ist die GGG Migration die älteste und grösste Anlaufstelle für Migrantinnen und Migranten in unserem Kanton. Ihr Angebot wird rege genutzt. Sie geniesst als neutrale Anlaufstellen hohes Vertrauen bei ihrer Kundschaft. Mit Staatsbeiträgen unterstützt werden namentlich die Bereiche Beratung und Information und Vermittlung, nicht subventioniert werden Tätigkeiten in den Bereichen Übersetzungsdienst und Steuererklärung. Die Beratung erfolgt in 14 Fremdsprachen. Die Themen decken Bereiche beispielhaft wie Finanzen, Aufenthalt, Sozialversicherung, Arbeit, Ehe, Familie, Wohnen ab. Im Bereich Information und Vernetzung ist die Kontaktaufnahme mit und die Kontaktpflege zu Migrationsvereinen zentral. Die Details Fitness im Ratschlag.

Der grösste Teil des zu sprechenden Beitrages, nämlich etwa 470'000 Franken pro Jahr, wird der Abgeltung qualifiziert, das heisst der GGG Migration wird eine gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe übertragen. Falls wir für diese Übertragung heute nicht die notwendigen Mittel sprechen würden, müsste der Staat diese Aufgaben selbst erfüllen oder einem anderen Anbieter übertragen. Im Weiteren wird ein Bundesbeitrag von 125'000 Franken pro Jahr weitergegeben und auch Finanzhilfe für Projekte von 40'000 Franken pro Jahr ausgerichtet.

Wie dem Ratschlag zu entnehmen ist, ersuchte die GGG Migration um Erhöhung des jährlichen Staatsbeitrages. Der Regierungsrat ist diesem Antrag teilweise gefolgt, insbesondere in Bezug auf die zusätzliche Beratungssprache Ukrainisch. Er unterstützt auch die Erhöhung des Bundesbeitrages aufgrund des Weiterbildungsprogramms für religiöse Leitungs- und Begleitpersonen. Die Kommission kann sich den Beurteilungen des Regierungsrates anschliessen.

Wie schon eingangs erwähnt, empfiehlt die JSSK einstimmig, den Anträgen des Regierungsrates zu folgen. Die Kommission verbindet dies mit dem ausdrücklichen Dank an die GGG Migration und ihre Mitarbeitenden für die geleistete wertvolle Arbeit.

*Regierungspräsident Beat Jans:* Ich kann mich dem Lob und dank anschliessend gegenüber dieser wertvollen Institution, die im Auftrag unseres Kantons grosse Arbeit leistet. Die GGG Migration engagiert sich seit über 60 Jahren für die Migrationsbevölkerung und für ein gutes Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zugezogenen. Sie ist die wichtigste und älteste Partnerorganisation des Kantons im Integrationsbereich und übernimmt dem Kanton also einen Beratungsauftrag ab, der im Integrationsgesetz verankert ist. Damit ist sie ein unverzichtbares Element der kantonalen Integrationsförderung. Die GGG Migration erhält seit Mitte der Siebzigerjahre einen Staatsbeitrag des Kantons. Der Regierungsrat schätzt die langjährige gute Zusammenarbeit, wir haben grosses Vertrauen in diese bewährte Anlauf- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten.



Die Beratung ist niederschwellig professionell und stellt mit ihrem Angebot sicher, dass fremdsprachige Personen integrationsrelevante Informationen in diversen Sprachen erhalten und verstehen. Die Beratung wird auch von Behörden, sozialen Institutionen wie auch von Arbeitgebenden sehr geschätzt und rege genutzt. Der Bereich Information und Vernetzung übernimmt für den Kanton verschiedene operative Aufgaben und entlastet damit die Verwaltung. Der Bereich ist zudem das kantonale Kompetenzzentrum für Integration, wie es vom Bund gefordert wird.

Der aktuelle Staatsbeitragsvertrag mit gegen GGG Migration läuft per Ende 2023 aus. Die GGG Migration hat die Weiterführung des Staatsbeitrags für die Jahre 2024 bis 2027 und eine Erhöhung von jährlich insgesamt 103'801 Franken beantragt. Die zusätzlichen Gelder wurden beantragt für das erweiterte Sprachangebot Russisch und Ukrainisch, für den höheren Aufwand aufgrund der zunehmenden Komplexität der Beratungsfälle sowie für das neue Angebot Weiterbildung von religiösen Leitungs- und Begleitpersonen, das der Umsetzung des Anzugs Barbara-Heer und Konsorten betreffend Weiterbildung für religiöse Leitungspersonen entspricht.

Die finanzielle Situation der Institution ist stabil, auch dank der grosszügigen Unterstützung der GGG Dachorganisation. Mit der vergangenen Staatsbeitragsperiode hat GGG Migration die Zielvorgaben gemäss Vertrag zur vollen Zufriedenheit des Kantons erfüllt. Der Regierungsrat sieht den Bedarf nach einer Erweiterung des Angebots von GGG Migration als gegeben und schlägt vor, den Staatsbeitrag fortzuführen und den Erhöhungsantrag teilweise zu gewähren. Neu soll GGG Migration jährlich insgesamt 633'199 Franken erhalten. Das sind 67'000 Franken mehr als bisher. Der zusätzliche Betrag setzt sich folgendermassen zusammen: Es soll eine Abgeltung in der Höhe von total 468'200 Franken pro Jahr für die Beratung geben, eine Finanzhilfe von 40'000 Franken pro Jahr für Projekte und eine Finanzhilfe aus Bundesgeldern aus dem kantonalen Integrationsprogramm in der Höhe von 125'000 Franken pro Jahr für den Bereich Information und Vernetzung, inklusive das neue Weiterbildungsangebot für religiöse Leitungs- und Begleitpersonen.

Ich bitte Sie, dem Antrag des Regierungsrats Folge zu leisten und damit die Weiterführung und den Ausbau des Angebotes von GGG Migration für die Jahre 2024 bis 2027 zu sichern.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Fraktionsprechenden eingetragen. Somit ist erster Einzelsprecher Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich stelle fest, dass ich der einzige Redner bin. Ich als Einthemenpartei zu diesem Thema reden. Sie machen es mir leicht als Einthemapartei, wenn Sie da nicht mitdiskutieren. Ich stelle auch fest, Herr Präsident und ich bitte um die Verbesserung, dass mein Name nicht mehr eingeblendet wird. Ich bitte, dass mein Name eingeblendet wird.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Das ist nicht das Thema. Sie können auch kurz nach hinten schauen, Sie würden da Ihren Namen sehen, aber nicht im Livestream.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich spreche als Grossrat vom Kleinbasel, der das Thema behandelt, aber ich spreche auch als Präsident der Liste Ausländer Stopp, aber ich spreche auch als Präsident der Volksaktion gegen zu viele Ausländer und Asylanten in unserer Heimat.

Ich stelle als Einthemapartei zwei Anträge: Nichteintreten und Rückweisung. Sie verstehen mich, das ist mein Thema, es soll erneut viel Geld für Ausländer ausgegeben werden. Es kommen viele Schweizer zu mir und sagen mir, Eric für uns Schweizer ist nichts mehr da oder Herr Weber, bitte helfen Sie uns. Und um diese schweigenden Mehrheit hier im Parlament ein Wort zu geben in meinen letzten 12 Monaten muss ich ganz klar Stellung beziehen. Es geht auf keinen Fall, dass man da wieder so viel Geld ausgeben will für Ausländer. Die Menschen draussen auf der Strasse. bewundern mich für meinen Mut. Ich bin der einzige Grossrat, der hier ganz klar sagt, was das Volk tief im Inneren denkt. Ich wurde so erzogen, ich kann es nicht ändern. Mein Vater war Grossrat und Parteichef und Nachfolger von Doktor James Schwarzenbach, Nationalrat. Wir waren in vielen Dingen voraus und würde es nach unserem in der Partei gehen, würde die GGG gar kein Geld bekommen. Ich finde, die GGG soll doch Spendenaufrufe machen, aber das wird nicht gemacht.

Die GGG holt sich da Geld beim Kanton, bei uns Steuerzahlern. Und das will das Volk nicht. Darum werde ich Nein, Nein und nochmals Nein stimmen. Das ist mein Wählerauftrag, den ich noch mitgenommen habe und ich erfülle meinen Wählerauftrag bis zum letzten Sitzungstag. Ich habe Gespräche geführt bei der GGG an der Schiffflände. Ich bin dort empfangen worden von einer Dame, aber nachdem sie dann erfahren hat, wer ich bin, bin ich gemein abgefertigt worden. Das vergesse ich nicht. David Jenny. hat gesagt, dass die Gelder gegeben werden für 2024 bis 2027. Er hat gesagt, gemäss Kreuztabelle sei alles klar, trotzdem wolle er reden. Von der SVP bin ich enttäuscht, dass sie nicht reden will. Die Sache geht nicht einstimmig durch.



Wir brauchen keine Beratung und man muss auch nicht vorstellen, was die GGG macht, das ist bekannt. Ich stimme Nein, für Nichteintreten und Rückweisung.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Fleur Weibel.

*Fleur Weibel (GAB):* Ich habe es leider verpasst, mich als Fraktionssprecherin einzutragen und spreche deshalb jetzt als Einzelsprecherin. Ich möchte mich ausdrücklich meinen Vorrednern David Jenny und Regierungspräsident Beat Jans und ihren lobenden Worten anschliessen für die wichtige Arbeit, die die GGG-Migration für unseren Kanton macht.

Die GGG Migration ist seit 1962 die wichtigste Anlaufstelle für Migrant:innen und hat sich zu einem inzwischen unverzichtbaren Kompetenzzentrum für Integrationsförderung in unserem Kanton entwickelt. Regierungspräsident Beat Jans und David Jenny haben auch das ganze Dienstleistungsangebot, das breite Spektrum, das geboten wird, aufgeführt und haben auch darauf hingewiesen wie rege das genutzt wird. Genau wegen dieser erhöhten Nachfrage und auch der Komplexität der Fälle, die zunimmt, wird jetzt nicht nur eine Weiterführung des Staatsbeitrags für die GGG Migration GEF gefordert, sondern auch eine Erhöhung des Staatsbeitrags, dem der Regierungsrat zu einem Teil nachkommt.

Ich möchte an dieser Stelle einfach noch einmal betonen, dass wir es mit der GGG Migration mit einer Institution zu tun haben, die einen unverzichtbaren Beitrag für das gute Zusammenleben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Kanton leistet. Es freut mich auch sehr zu sehen, dass sowohl in der Kommission, als wir den Staatsbeitragsantrag besprochen haben, wie auch jetzt im Grossen Rat zumindest gemäss Kreuztabelle die Erhöhung des Staatsbeitrags unbestritten ist. In diesem Sinne möchte ich die Gelegenheit nutzen und im Namen der Fraktion Grünalternatives Bündnis der GGG Migration meinen Dank für ihre wertvolle Arbeit aussprechen. Selbstverständlich werden wir dem Staatsbeitrag zustimmen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Annina von Falkenstein.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Auch für die LDP-Fraktion ging es etwas schnell, ich habe das Knopfdrücken versäumt. Deshalb bitte ich Sie auch im Namen der ganzen Fraktion, den Staatsbeitrag in beantragter Höhe für die Jahre 2024 bis 2027 zu sprechen.

Die im Ratschlag beschriebenen Aufgaben sind sehr wichtig für die Integration der Migrationsbevölkerung und damit auch für ein friedliches Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen in unserem Kanton. Die Beratung ist unerlässlich, wenn das Ziel eines selbstständig geführten Lebens und die Befolgung der hier geltenden Gesetze und Gewohnheiten mit Aussicht auf Erfolg angestrebt werden soll. Und dies ist sehr wichtig. Wer die Institutionen und Unterstützungsangebote, die allen Einwohnerinnen und Einwohnern zustehen, nicht kennt, riskiert grosse Nachteile. Solche Nachteile können sich auch negativ auf Dritte auswirken. Dies gilt es zu verhindern mit umfassender und stufengerechter niederschwelliger Beratung.

Information und Vernetzung der GGG bildet das kantonale Kompetenzzentrum für Integration und erfüllt somit eine Forderung des Bundes, der dies auch mitfinanziert. Migrationsvereine sind geeignet, die Information zu transportieren, die Mitglieder kennen die Vereine und haben Vertrauen zu den Exponenten. Das sichert die Niederschwelligkeit. Weiterbildungen und Schulungen sind unerlässlich. Zusätzliche Leistungen wurden sehr rasch nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine geschaffen mit dem Helpdesk Ukraine. Auch dieses Angebot wirkt segensreich und überdies, wie auch die anderen Leistungen der GGG, staatsentlastend. Das befürworten wir von der sehr.

Die Entwicklung der seit Jahren sehr nützlichen Leistungen der GGG zeigt, dass ein Mehrbedarf an Mitteln besteht. Die Qualität der Dienstleistungen rechtfertigt auch eine Beitragserhöhung im vom Regierungsrat vorgesehenen Ausmass. Wir können dankbar sein, dass neben dem kantonalen Beitrag auch weitere Mittel seitens der GGG beigesteuert werden. Diese Partnerschaft mit einer urbaslerischen Institution hat sich über Jahrzehnte bewährt. Grosser Dank und viel Respekt gebührt überdies auch all den Personen, die sich freiwillig für diesen und auch andere Zwecke der GGG einsetzen.

Ich bitte Sie im Namen der LDP-Fraktion um Zustimmung zum Antrag des Regierungsrats.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Voten mehr eingetragen. An dieser Stelle möchte ich Sie bitten, sich zukünftig rechtzeitig oder frühzeitig anzumelden, ob sie als Fraktion oder als Einzelsprecherin oder -sprecher reden möchten.

Regierungsrat Beat Jans verzichtet auf ein zweites Votum. Eintreten wurde bestritten von Eric Weber. Wir stimmen ab.



## Abstimmung

### Abstimmung über das Eintreten

Wer auf das Geschäft eintreten will, stimmt JA. Wer nicht eintreten will stimmt NEIN

### Ergebnis der Abstimmung

**90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001923, 08.11.23 10:51:34]

### Der Grosse Rat beschliesst

Auf das Geschäft einzutreten.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie sind auf das Geschäft eingetreten mit 90 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung.

Rückweisung wurde beantragt von Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.

## Abstimmung

### Abstimmung über die Rückweisung

Wer den Ratschlag zurückweisen will, stimmt JA. Wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN

### Ergebnis der Abstimmung

**1 Ja, 90 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001925, 08.11.23 10:52:18]

### Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:*

### Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 12 des Ratschlags)

Titel und Ingress

1. Gesamtbetrag Dieser teilt sich auf in:

Abgeltung

Finanzhilfe für Projekte

Bundesbeitrag

Publikations- und Referendums Klausel

## Abstimmung

### Schlussabstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### Ergebnis der Abstimmung

**90 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001927, 08.11.23 10:53:16]



### Der Grosse Rat beschliesst

Für GGG Migration werden Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 2'532'796 (Fr. 633'199 p. a.) für die Jahre 2024–2027 zuzüglich der Teuerung auf die Abgeltung gemäss § 12 Abs. 1 des Staatsbeitragsgesetzes bewilligt. Dieser Betrag teilt sich wie folgt auf:

Abgeltung (indexiert) Fr. 468'199 p. a.

Finanzhilfe für Projekte und Veranstaltungen Fr. 40'000 p. a.

Bundesbeitrag aus dem Kantonalen Integrationsprogramm 2024-2027 Fr. 125'000 p. a.

(Nicht indexiert)

Gesamtbetrag Fr. 633'199 p. a.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und keiner Enthaltung.

## 9. **Neubau Hebelschanze für den Sonderbestand Universitätsbibliothek sowie Instandsetzung und Erweiterung Bernoullianum zur Ausgabenbewilligung für die Projektierung sowie Zonen- und Linienänderung für die Hebelschanze im Bereich Hebelstrasse, Schönbeinstrasse, Klingelbergstrasse sowie Zonenänderungen im Bereich Pestalozzistrasse und St. Johannis-Ring und Abweisung der Einsprachen, Bericht der BRK**

[08.11.23 10:53:32, 22.0872.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 1'400'000 zu bewilligen.

*Michael Hug (LDP):* Die Universitätsbibliothek und das Kollegiengebäude am Campus Petersplatz spielen eine zentrale Rolle im geistigen und wissenschaftlichen Leben der Universität Basel. Die Universität verfolgt eine strategische Planung, die die UB als zentralen Standort unterstützt, um die Immobilienstrategie der Universität umzusetzen. Diese Strategie sieht vor, die universitären Aktivitäten möglichst nahe beieinander zu konzentrieren, um den wissenschaftlichen Austausch und die effiziente Nutzung von Zentralfunktionen zu fördern.

Das Hauptgebäude der UB, das im Inventar der schützenswerten Bauten aufgeführt ist, wurde 1968 fertiggestellt und ist nach über 50 Jahren intensiver Nutzung dringend sanierungsbedürftig. Eine umfangreiche Studie hat gezeigt, dass eine umfassende Sanierung und Anpassung an aktuelle Betriebsanforderungen einschliesslich Erdbebensicherheit erhebliche Eingriffe in die bestehende Substanz erfordern würde. Die Sanierung müsste unter laufendem Betrieb erfolgen, was aufgrund des historischen Sonderbestands, der vor Ort genutzt wird und nicht ausgeliehen werden darf, äusserst aufwendig wäre. Selbst nach einer Sanierung würden die erforderlichen langfristig stabilen sicherheitstechnischen und klimatischen Bedingungen für den kostbaren historischen Bestand nicht erreicht. Daher wird der Bau eines Neubaus in Erwägung gezogen, um den historischen Bestand unter idealen Bedingungen aufzubewahren und zu erforschen. Dieser Neubau ist auf der Hebelschanze geplant, direkt neben dem Bernoullianum. Der Fokus liegt auf Nachhaltigkeit und effizienter Bodennutzung, wobei die historische Bausubstanz geschützt wird. Das Bernoullianum von 1874 soll denkmalgerecht restauriert werden und zum Ort der Lehre, Forschung und universitären Begegnungen werden. Die Anbindung an das Bernoullianum ermöglicht die Präsentation des historischen Bestands in einem bereits vorhandenen Vortragssaal, ohne einen zusätzlichen Vortragssaal bauen zu müssen. Dieser Standort ist öffentlich zugänglich und gut erreichbar. Die Nähe zur UB ermöglicht einen effizienten Betrieb ohne zusätzliche Kosten für Verwaltung und Transport.

Die Universitätsbibliothek verfügt über einen umfangreichen Bestand von über 6,85 Millionen physischen und 1,32 Millionen elektronischen Medien, was sie zu einer der grössten Bibliotheken in der Schweiz macht. Ihr historischer Bestand umfasst wertvolle Antiquitäten wie antike Papyri, mittelalterliche Handschriften, frühe Drucke, Karten, Musikstücke, Porträts und bedeutende Archive von ehemaligen Mitgliedern der Universität Basel.





Es ist geplant, das schweizerische Wirtschaftsarchiv, das sich derzeit im Jakob Burkhardt-Haus in der Nähe des Bahnhof SBB befindet, mit dem historischen Bestand der UB am Hauptstandort zusammenzuführen. Dies wird Synergien in der Verwaltung des Bestandes schaffen und das neue Bauprojekt für die Wirtschafts- und juristische Fakultät entlasten. Die botanischen Sammlungen der Universität, darunter das historische Herbarium von Caspar Bauhin und Johann Jakob Hagenbach, die zu den ältesten wissenschaftlichen Herbarien weltweit gehören, sind einzigartig. Weitere wichtige Sammlungen stammen von Werner de Lachenal und anderen. Diese historischen Herbarien gehören dem Kanton Baselstadt und werden derzeit unter suboptimalen Bedingungen und an verschiedenen Standorten aufbewahrt. Die geplanten Aufbewahrungen im Neubau an der Hebelschanze bietet eine ideale Lösung, da sie unter optimalen konservatorischen Bedingungen erfolgen kann und das botanische Institut in unmittelbarer Nähe ist.

Die Bau und Raumplanungskommission anerkennt die Notwendigkeit der Sanierung der UB und der zeitgemässen Lagerung des historischen Sonderbestands. Allerdings gibt es Kontroversen bezüglich des Standorts für den Neubau des Sonderbestands an der Hebelschanze und der Schaffung ausreichender Ersatzflächen für verlorene Grünflächen. Ein von der Bevölkerung geschätzter Park könnte verloren gehen, ohne dass ein vergleichbarer Ersatz geplant ist. Gleichzeitig führt die geplante Verdichtung beim Campus Gesundheit des Unispitals mit dem Klinikum 3 zu einer Verkleinerung des Spitalgartens.

Die Kommission konnte nach der Anhörung der Verwaltung die Standortwahl für den Neubau und der Hebelschanze nicht gänzlich nachvollziehen. Hauptargument für den Standort Hebelschanze sei die Nähe zu UB, dies scheint insbesondere deshalb nicht einleuchtend, da heute beispielsweise Teile der Zeitschriftensammlung in der Speicherbibliothek Büro im Kanton Luzern Bad ausgelagert werden.

Eine weitere Anhörung hat ergeben, dass ein anderer Standort mit Verlusten von Grünflächen und erhaltenen Gebäuden einhergehe, was problematisch ist, da der Kanton Basel-Stadt keine verfügbaren Baulandreserven hat. Eine erneute Standortbewertung würde zudem Jahre in Anspruch nehmen. Die überzeugende städtebauliche Qualität, die Schaffung zusätzlicher grosszügiger Flächen sowie die Verwendung als Provisorium bei der Sanierung der UB haben aus Sicht der Verwaltung für die Umsetzung dieser Variante gesprochen.

Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder spricht sich trotz Bedenken für einen Neubau an der Hebelschanz aus, betont jedoch die Notwendigkeit, Grünflächenverluste durch die Schaffung von Ersatzflächen komplett auszugleichen. Um mehr Kontrolle über die Schaffung von Grünraum zu haben, kommt die Kommission einstimmig zum Schluss, den Zeitpunkt für die geplante Zonenänderung anzupassen und diese erst nach Vorliegen der Projektstudie zu genehmigen, obwohl dies das Risiko birgt, dass die Wettbewerbsergebnisse möglicherweise nicht überzeugen und es zu Zeitverzögerungen kommt.

Eine von der Verwaltung vorgestellte Variante, welche ebenfalls das Vor- und Bauprojekt aus dem Ratschlag nehmen wollte, aber an der Zonenplanänderung festhielt, konnte die BRK nicht überzeugen. Die Kommission erachtet es als sinnvoller, wenn zuerst auf Grundlage eines erweiterten Betrachtungsperimeters ein Wettbewerb durchgeführt wird und erst dann eine entsprechende Zonenplanänderung durchgeführt wird.

Im Rahmen des Projekts soll der Perimeter insgesamt aufgewertet werden. Hierbei strebt die Kommission einen offenen Wettbewerb mit einem erweiterten Betrachtungsperimeter an, der die Schaffung einer campusartigen Fläche zwischen dem Bernoullianum und der Universitätsbibliothek ermöglichen würde. Dies könnte für Studierenden eine Verbesserung bedeuten, jedoch wird der Verlust der Hebelschanze als erheblich für Familien mit Kleinkindern angesehen. Die Kommission fordert daher, angemessene parkartige Ersatzflächen für die Hebelschanze in Betracht zu ziehen.

Eine Minderheit in der Kommission zweifelt an der Notwendigkeit des Baus in unmittelbarer Nähe zur Universitätsbibliothek, da es in Basel keinen traditionellen Campus gibt und die meisten Fakultäten über die Stadt zerstreut sind. Zudem betrifft der geplante Neubau nur einen kleinen Teil der Studierenden. Die Minderheit ist auch besorgt über den Verlust von Grünflächen und den Ersatzprozess. Aus diesen Gründen wurde in der Diskussion der Antrag auf Rückweisung des Ratschlages gestellt. Der Antrag auf Rückweisung des Ratschlages wurde dann aber mit 9 zu 2 Stimmen abgewiesen.

Letztlich stimmte die BRK mit 11 Stimmen einstimmig sich für das Vorgehen aus, welches zunächst nur einen Kredit für eine Planer-Evaluation, also einen Wettbewerb für das Projekt Neubau Magazin Sonderbestand Universitätsbibliothek Hebelschanze und Erweiterung und Instandsetzung Bernoullianum in der Höhe von 1,4 Millionen Franken erfordert. Die BRK beantragt dem Grossen Rat einstimmig mit 11 Stimmen, den nachfolgenden Grossratsbeschluss anzunehmen.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit und die gute Zusammenarbeit innerhalb der Kommission und mit den Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung und der Regierung. Noch eine kurze Endbemerkung: Es ist so, dass das Projekt nicht nur diesen Neubau beinhaltet, sondern eben auch die Restaurierung und Instandsetzung der Universitätsbibliothek und des Bernoullianums, und die sollte auch als Chance wahrgenommen werden.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller.



*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Zuerst einmal vielen herzlichen Dank an die Kommission für die sorgfältige Beratung. Wir sind doch mit einer relativ grossen Delegation zu Ihnen gekommen, mit Vertretenden auch vom Erziehungsdepartement und von der Uni, weil wir natürlich mehrere Player sind, die involviert sind.

Die Schwierigkeit bei diesem Projekt ist der Standort. Ich glaube, unbestritten ist der Bedarf, diese Kulturgüter besser zu schützen und auch besser zugänglich zu machen als heute. Auch die unmittelbare Nähe zur Universitätsbibliothek ist natürlich ein entscheidender Faktor, beispielsweise für die Effizienz des Betriebs, aber auch für den Campus-Gedanken, für die kurzen Laufwege für die Studierenden.

Nun ist der Standort, der in Frage kommt, eine Grünfläche und das wird und wurde übrigens auch intern kontrovers diskutiert. Es ist klar und sehr sehr wichtig für die Mehrheitsfähigkeit dieses Projekts, das dafür ein angemessener Ersatz geschaffen wird, wenn möglich sogar mehr. In Zeiten des Stadtklimakonzepts, wo wir mehr unversiegelte Flächen schaffen möchten, werden wir uns auch darum bemühen, dass am Ende auch mehr unversiegelte Fläche bei diesem Projekt herauspringt.

Ich bin überzeugt, dass das machbar ist. Wenn Sie sich die Situation vor Ort denken mit dieser grossen versiegelten Fläche zwischen Bernoullianum und Universitätsbibliothek mit einer überdimensionierten Verkehrsfläche, bin ich überzeugt, dass, wenn wir jetzt den Fächer öffnen und den Perimeter grösser denken, wir hier ein gutes Projekt entwickeln können, das eben auch Ersatz für diese Grünfläche und mehr schafft und so wirklich auch ein Mehrwert ist. Denn diese Fläche ist dann zugänglicher, ist näher auch an diesen Institutionen, beispielsweise bei der Universitätsbibliothek, als es die alte Fläche ist.

Deshalb kann sich die der Regierungsrat auch der Variante der BRK anschliessen, dass man das jetzt in einem Verfahren macht, das noch eine weitere Stufe beinhaltet, dass man ebendiese Zonenänderung erst macht, wenn da eine grössere Klarheit herrscht. Auch hier denken wir, dass das zur Mehrheitsfähigkeit des Projekts beitragen kann. Das wird etwas länger dauern, aber wenn es dazu beiträgt, dass man auch das Vertrauen gewinnt, dass das Gesamtprojekt wirklich ein Gewinn ist, dann ist das zu rechtfertigen. Die Regierung und auch die Uni würden sich deshalb sehr über die Zustimmung von Ihnen zu diesem Projekt bedanken.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für die Fraktion GAB ist Tonja Zürcher.

*Tonja Zürcher (GAB):* Es ist absolut unbestritten, es braucht eine Lösung für den historisch wertvollen und beeindruckenden Sonderbestand. Ich kann mich den Ausführungen des Kommissionspräsidenten anschliessen. Ich denke, das wurde deutlich. Grundsätzlich wäre auch ein Standort in der Nähe der Universitätsbibliothek absolut sinnvoll und eine zentrale Lage begrüssenswert. Die Standortevaluation hat aber gezeigt, dass kein solcher Standort ohne negative Auswirkungen besteht. Entweder fehlte die gewünschte öffentliche Präsenz, also die prominente Lage, oder es gäbe Eingriffe beim botanischen Garten oder eben, wie jetzt beim vorgeschlagenen Projekt, die Überbauung des Hebelschanze-Parks.

Diese Standortevaluation wurde 2012 durchgeführt. Geprüft wurden nur Standorte in unmittelbarer Nähe zur Universitätsbibliothek. Die Überbauung der Hebelschanze, die Überbauung der Grünfläche, wurde zwar als negativer Punkt aufgeführt, jedoch nicht wirklich als problematisch wahrgenommen. Ich finde es schon erstaunlich, dass diese Überbauung einer Grünfläche als weniger wichtig berücksichtigt oder gewichtet wurde, als eine nicht so sehr prominente Lage

Wir vom GAB sind überzeugt, man würde heute diese Standortevaluation anders machen, jedenfalls wenn man das Stadtklimakonzept auch nur halbwegs ernstnehmen wird. Die Hebelschanze ist nicht riesig. Sie ist aber im immer dichter bebauten Gebiet rund um Biozentrum, ETH-Neubau, Campus Gesundheit und so weiter ein wichtiger Grün- und Erholungsraum, dessen Bedeutung in Zukunft noch zunehmen wird. Dass das Pärkli heute oft aber nicht intensiv genutzt wird, macht einerseits gerade seinen Charme aus, aussen herum läuft sehr viel, man hat hier einen kleinen Ort der Ruhe, andererseits ist auch das Aufwertungspotenzial gross und es gibt die Möglichkeit, dieses Pärkli besser sichtbar zu machen, so dass es auch für Studierende oder Mitarbeitende der Universität besser erkennbar ist.

Wir lehnen diese Überbauung des Parks ohne vorangehende Standortevaluation über den ganzen Kanton ab und beantragen deshalb die Rückweisung an den Regierungsrat. Eine zentrale Lage ist zwar grundsätzlich wünschenswert und wir sehen auch betriebliche Vorteile einer Nähe zur Universitätsbibliothek, aber das kann die Zerstörung einer Grünfläche nicht rechtfertigen. Warum soll der Sonderbestand nicht beispielsweise beim Lysbüchel in der Nähe des Staatsarchivs Platz finden oder beim Dreispitz bei der FHNW und beim zukünftigen Unistandort und ich habe gehört, dass auch beim Schellenmätteli noch nicht ganz alles in Stein gemeisselt ist. Vielleicht gibt es auch da noch eine Option. Und es gibt ganz viele weitere Optionen im bebauten Kantonsgebiet, die nicht geprüft wurden.

Wir sind überzeugt, dass es Alternativen gibt zu dieser Zerstörung der Grünfläche, Alternativen, die auch gut erreichbar sind mit dem ÖV und die eine Nähe zu anderen universitären Standorten bieten. Wir bezweifeln aber auch, dass die angedachte Aufwertung der Grün- und Restflächen um das Bernoullianum herum und insbesondere zwischen dem Bernoullianum und



der UB ein gleichwertiger Ersatz für die Hebelschanze sein kann. Es ist unbestritten, dass diese Rasenfläche zwischen Bernoullianum und UB Aufwertungspotenzial hat und Aufwertungsmöglichkeiten braucht und da ein wirklich ein aktiver Platz für Studierende und Unimitarbeitende geschaffen werden kann. Es bleibt aber eine Fläche entlang einer stark und schnell befahrenen Strasse, die für Familien oder Grosseltern mit kleinen Kindern kaum passend ist. Gerade für diese ist die erhöhte und von der Klingelbergstrasse abgetrennte Hebelschanze deutlich geeigneter. Die Aufwertung der Rasenfläche zwischen Bernoullianum und UB ist zudem auch möglich, ohne die Hebelschanze zu überbauen. Wir haben einen ziemlich gut gefüllten Mehrwertabgabepf, aus dem wir diese Aufwertung finanzieren könnten. Wir müssen nicht eine Grünfläche zerstören, um eine andere zu verbessern.

Aus unserer Sicht ist der BRK-Vorschlag mit der Verschiebung der Zonenplanänderung zwar eine Verbesserung, sie löst aber das grundsätzliche Problem der fehlenden Standortevaluation in einem grösseren Perimeter nicht. Wir bitten Sie deshalb, das Geschäft an den Regierungsrat für eine Evaluation weiterer Standorte im ganzen Kanton zurückzuweisen. Wir wollen nicht weitere Jahre schlechte Projekte durchwinken, nur weil vor vielen Jahren falsche Entscheide getroffen wurden und seither nicht mehr viel passiert ist. Wir sind der Meinung, dass wir heute Entscheide fällen müssen, die den heutigen Herausforderungen gerecht werden, und das sind eben gerade die Herausforderungen an das Stadtklima und die Notwendigkeit von zusätzlichen Grünflächen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster nächste Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Ratschlag zurückzuweisen. Ich kann mich hier in vielen Bereichen Tonja Zürcher anschliessen. Wir wollen nicht zurückweisen, weil wir bezweifeln, dass Sanierungsbedarf herrscht und dass wir eine Lösung finden müssen für diesen Sonderbestand, aber es ist einmal mehr Fakt, dass wir als umweltfreundliche Partei hier in diesem Kanton Grünflächen verteidigen müssen. Es ist immer spannend, wie sich Parteien hier ganz gross Klimaschutz und Entsiegelung auf die Fahne schreiben und in Wirklichkeit überall bereit sind, Grünflächen zu zerstören, ob Stadtrandentwicklung, ob Freizeitgärten oder hier bei der Hebelschanze, überall hat Zerstörung von Grünflächen hier in diesem Grossen Rat eine Mehrheit. Wenn Sie wirklich für Klimaschutz sind, wenn Sie wirklich für eine Verbesserung beim Stadtklima sind, dann soll es eigentlich Priorität Nummer 1 sein, aktuelle Grünflächen zu erhalten, um diese nicht zu zerstören.

Die Hebelschanze ist eine wertvolle Grünfläche, ein schöner Park. Viele Familien und Kinder verbringen dort ihre Freizeit zur Erholung und aus diesem Grund sind wir nicht dafür, dass wir diese Grünfläche abschaffen. Bei dieser Zerstörung wird die SAP-Fraktion nicht mitmachen. Der Regierungsrat konnte auch nicht glaubhaft und überzeugend darlegen, ob hier wirklich adäquate Ersatzflächen geschaffen werden können. Deshalb hat auch die BRK der Zonenänderung noch nicht zugestimmt, sondern nur diesem Ideenwettbewerb zugestimmt. Und weil wir der Meinung sind, dass es sehr schwierig ist, hier diesen adäquaten Ersatz zu garantieren, finden wir Rückweisung den besseren Weg.

Auf diesen Perimeter direkt vor der UB hier ein Bäumchen pflanzen, dort ein Bäumchenpflanzen und dann vielleicht adäquat gleich viel Grünflächen haben, wie vorher, das geht doch wirklich nicht auf. Es ist wie im Fussball. Sie schaffen eine Grünfläche ab, gehend zunächst einmal 0 zu 3 in den Rückstand, schaffen damit ein paar Bäumchen, vielleicht den Anschlusstreffer, und mit viel viel Glück dann den Ausgleich. Aber Gewinnen tun Sie in diesem Bereich nicht und Sie werden keine Grünflächengewinnen, sondern Sie werden sie eher verlieren.

Frau Regierungsrätin Esther Keller, wenn Sie sagen, Sie möchten hier Verkehrsflächen abschaffen und dort neue Grünflächen erreichen, dann ist es ja wieder so, dass sie wieder irgendjemanden etwas weggenommen haben. Dann haben Sie eine Anspruchsgruppe eine Verkehrsfläche weggenommen. Dann haben wir doch unter dem Strich keinen Mehrwert, wenn wir zunächst etwas abschaffen und den anderen wieder etwas wegnehmen, um wieder die adäquate Form zu erreichen. Das bringt doch wirklich niemanden etwas. Hier haben Sie eine Niederlage mit diesem neuen Projekt und sicherlich keinen Sieg im Bereich der Grünfläche.

Dann auch zum Thema Standortevaluation: Auch das überzeugt uns wirklich nicht. Es wurde immer nur einseitig den Fokus darauf gelegt, dass dieser Standort ganz nahe bei der Universitätsbibliothek sein muss. Basel ist doch nun wirklich kleinräumig. Sämtliche Fakultäten sind in der ganzen Stadt verteilt, man überlegt sogar in den nächsten Jahren, dass man Fakultäten in den Kanton Baselstadt auslagern möchte, beispielsweise nach Liestal. Also auch dort gibt es gewisse Wege, die Studierende nehmen müssen. Dann können Sie mir doch nicht sagen, dass es das Allerwichtigste ist, dass dieser Standort jetzt genau 50 Meter neben der Universitätsbibliothek sein muss. Das ist jetzt wirklich völlig kleinkariert gedacht. Und schauen wir doch einmal, wie die Studierenden die Universitätsbibliothek nutzen. 90 Prozent gehen in die Universitätsbibliothek, um zu lesen, die allermeisten haben das eigene Material dabei, es gibt dann vielleicht noch etwas Basisliteratur, die man konsumiert, und wenn man dann noch etwas aus dem Sonderbestand benutzt, dann kann man ja auch auf für 10 oder 20 Minuten woanders hingehen und dann diesen Sonderbestand benutzen. Das ist nun wirklich kein Problem in unserer kleinräumigen Stadt. Man ist in 10 Minuten von der Unibibliothek im Kleinbasel, man ist in 10 Minuten am Bahnhof, man ist in 10 Minuten im tiefsten St. Johann. Also machen Sie sich doch wirklich keine Sorgen um diesen Standort.



Das muss wirklich nicht 50 Meter nebeneinander stehen, und dafür eine wertvolle Grünfläche, einen wertvollen Park zu opfern, ist wirklich kein Mehrwert.

Aus diesem Grund bitten wir Sie, diesen Ratschlag zurückzuweisen. Denn eines ist ja klar, wenn wir hier zustimmen, dann haben wir dem Projekt noch nicht zugestimmt, da bin ich einverstanden. Es gibt einen Ideenwettbewerb, einen Projektierungskredit und dann muss der Bau auch referendumsfähig beim Volk bestehen. Aber wenn wir hier schon zustimmen und haben wir für den Standort schon zugesagt, und wir haben zu 90 Prozent auch dieser Grünflächenüberbauung zugestimmt. Deshalb wäre es wichtig, wenn wir von Anfang an sagen das Geschäft zurück an den Absender senden mit dem Auftrag, eine bessere Standortevaluation zu machen und ein Projekt vorzulegen, bei dem nicht einfach willkürlich Grünflächen überbaut werden.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*Tim Cuénod (SP):* Als Student habe ich in diesem Park hin und wieder ein Sandwich gegessen, aber wie kommen Sie zur Behauptung, dieser Park werde oft von Familien benutzt? Er ist stark lärmbelastet und wirklich nicht besonders angenehm von der Aufenthaltsqualität her.

*Pascal Messerli (SVP):* Die Ersatzfläche, die Sie genau bei der Hauptstrassen neu evaluieren möchten, ist nun wirklich nicht der bessere Weg. Also es gibt durchaus auch Familien, die dort sind, aber auch Studenten. Es ist jedenfalls ein Park, der wertvoll ist und auch ein Beitrag leistet für das Stadtklima.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Stefan Wittlin.

*Stefan Wittlin (SP):* Die SP-Fraktion spricht sich gegen eine Rückweisung aus und bittet Sie, die beantragten Mittel für die Durchführung eines Varianzverfahrens für den Neubau des Sonderbestands der Universitätsbibliothek zu genehmigen.

Kritisiert wurde in den beiden vorangegangenen Reden vor allem der gewählte Standort. Es ist aber durchaus nachvollziehbar, dass der Sonderbestand in direkter Umgebung der Universitätsbibliothek zu liegen kommen muss, nicht nur für den Betrieb, sondern auch, um dessen Zugänglichkeit für Studierende, Lehrende und Forschende sicherzustellen. Die Standortevaluation erfolgte folgerichtig in einem engen Perimeter rund um die Universitätsbibliothek und hier erwies sich die Hebelschance als beste Option. Unbestritten ist, dass durch den Neubau ein wertvoller Freiraum verloren geht, ganz unabhängig davon, welche Qualitäten dieser tatsächlich hat und wie gut dieser tatsächlich auffindbar ist. Es ist deshalb sicherzustellen, dass dieser Grünraum möglichst gut kompensiert wird und die heute überdimensionierten Verkehrsflächen zurückgebaut werden.

Deshalb begrüßen wir auch die von der BRK eingebrachte zeitliche Verschiebung der Zonenänderung. So vermeiden wir, dass eine optimale Planung durch eine vorgängig erfolgte Zonenzuweisung erschwert oder gar verunmöglicht wird. Die im Zonenplan ausgewiesenen Quadratmeter sind für uns am Ende aber nicht die relevante Masseinheit. Entscheidend sind die tatsächlich entsiegelten und begründeten Flächen und die tatsächlich gepflanzten Bäume. Deshalb ist es so wichtig, dass der Freiraum nun in einem erweiterten Perimeter und als integraler Bestandteil des Architekturwettbewerbs geplant wird. Wir sind zuversichtlich, dass damit in der unmittelbaren Umgebung des Bernoullianums, die heute von versiegelten Verkehrsflächen geprägt ist, künftig Grün- und Freiräume geschaffen werden mit einem hohen ökologischen Wert, mit einer relevanten stadtklimatischen Wirkung und mit einer hohen Aufenthaltsqualität für uns Menschen.

Aufgrund dieser Ausführung bitten wir Sie, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Andreas Zappalà.

*Andreas Zappalà (FDP):* Im Namen der FDP bitte ich Sie, dem Antrag der BRK zuzustimmen. Die Mehrheit der FDP-Fraktion wird dies auch so tun.

Meine Vorrednerin und meine Vorredner haben ihre Standpunkte eindeutig und klargemacht. Für mich ist dieses Geschäft ein klassisches Beispiel dafür, wie zwei wichtige Anliegen und Interessen aufeinanderprallen und kaum oder nur schwer unter einen Hut zu bringen sind. Mich persönlich haben die Argumente der Unibibliothek überzeugt, wieso dieser Neubau für



den Sonderbestand in unmittelbarer Nähe zur Universitätsbibliothek stehen muss. Für mich ist es wichtig, dass diese alten historischen Bestände, die besonders gelagert und geschützt werden müssen, ihren Ort dort bekommen. Ich habe aber auch durchaus Verständnis für jene, die das anders sehen und deshalb den Erhalt der Hebelschanze befürworten.

Der Antrag der BRK ist unter diesem Aspekt nur ein kleiner oder in einem gewissen Teil als Kompromiss anzusehen. Der Kredit für den Wettbewerb von 1,4 Millionen Franken geht klar vom Standort Hebelschanze aus. Der BRK-Antrag bedeutet eine Verschiebung der Zonenänderung gegenüber dem Ratschlag der Verwaltung. Aber grundsätzlich werden die Personen oder die Fachleute, die am Wettbewerb teilnehmen, dort am Ort der Hebelschanze planen. Und für mich wäre es unglücklich, wenn jetzt nur diesem Projekt respektive dem Wettbewerbsprojekt stattgegeben wird, wenn man heute ja schon weiss, dass man diesem Standort dort keinesfalls zustimmen kann. In diesem Fall wäre es ehrlicher zu sagen, dass man eben nicht für diesen Standort ist und man deshalb den Antrag der BRK und den Ratschlag des Regierungsrates nicht unterstützen kann.

Für die FDP ist es wichtig, dass man den Wettbewerb durchführen kann, dass an diesem Ort ein Neubau erstellt werden kann und besonders wichtig ist es auch, dass gleichwertige Ersatzflächen und nicht nur angemessene Ersatzflächen geschaffen werden, sodass wieder in nächster Umgebung ein Ort geschaffen werden kann, wo sich Familien und andere in einem Grünraum wiederfinden können.

Aus diesem Grund ersuchen wir Sie, dem Antrag der BRK stattzugeben.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die Fraktion LDP ist Catherine Alioth.

*Catherine Alioth (LDP):* Ich möchte jetzt weniger auf das Bauliche eingehen, sondern auf die Bedeutung der Bibliothek für die Universität. Der Sonderbestand der Universitätsbibliothek ist ein Kulturgut, ein Teil unseres kulturellen Erbes. Es ist gesammeltes Wissen, Quelle von Wissen und Identität für das geistige und wissenschaftliche Leben der Universität. Dieses möglichst nahe bei der UB an dieser zentralen Lage zu konzentrieren ist für den wissenschaftlichen Austausch und die effiziente Nutzung von Zentralfunktionen von grosser Wichtigkeit. So kann die UB ihren institutionellen Auftrag zur Beschaffung, Erschliessung, Bereitstellung wie auch zur Vermittlung und Sicherung von Basler Kulturgut und Informationsdienstleistungen für die Basler Öffentlichkeit und zur Unterstützung der akademischen Lehre und Forschung erfüllen.

Das Hauptgebäude der UB wird zu einem dynamischen Lernzentrum mit Lernplätzen. Der Neubau sorgt für optimale Lagerbedingungen und im Sinne des Kulturgüterschutzes für eine sichere Aufbewahrung. Die direkte Anbindung des Neubaus an das Bernoullianum ermöglicht zudem die Präsentation des Sonderbestands im bestehenden Hörsaal, ohne dass ein zusätzlicher Vortragssaal gebaut werden muss. Die räumliche Nähe des Hauptgebäudes, der UB, die übrigens zu einer der grössten Bibliotheken der Schweiz gehört, und des geplanten Neubaus für den Sonderbestand, der um die Sammlung des schweizerischen Wirtschaftsarchivs und der botanischen Sammlungen erweitert werden soll, stellt eine Win-Win-Situation für die Universität, für den wissenschaftlichen Austausch und die wissenschaftlichen Aktivitäten dar. Der Architekturwettbewerb soll die beste Lösung in städtebaulicher, funktionaler, ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht nach allen Kriterien der Nachhaltigkeit ermitteln.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der LDP-Fraktion, dem Antrag der BRK zuzustimmen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die Fraktion die Mitte / EVP ist Andrea Elisabeth Knellwolf.

*Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP):* Ich kann es kurz machen, auch die Fraktion die Mitte / EVP bittet Sie, dem Antrag der BRK zuzustimmen. Ausschlaggebend für uns ist, dass wir eine Bildungspolitik haben, welche gewisse Rahmenbedingungen vorgibt. Das kann man diskutieren, aber nicht an dieser Stelle und entsprechend sind die Optionen für einen Neubau für eine Erweiterung limitiert. Diese wurden evaluiert und es ist sehr zu bedauern, dass kein weniger grüner Standort gefunden werden konnte. Es tut wirklich sehr weh, dass man dieses kleine Parklein aufgeben muss für einen Neubau. Ich muss aber schon auch Pascal Messerli widersprechen. Es ist kein wahnsinnig schöner, sehr rege genutzter familienfreundlicher Superpark, im Gegenteil, es ist grün. Punkt, Schluss. Es tut trotzdem weh, dass das wegkommt.

Darum finden wir die Lösung, die die BRK ausgearbeitet hat mit dem Varianzverfahren, richtig, es soll über die Bücher gegangen werden, es sollen verschiedene Ideen evaluiert werden, wie man das möglichst schonend und möglichst für den ganzen Bereich gewinnbringend umsetzen kann, dass möglichst allen gedient ist. Wir suchen nach der Eier legenden Wollmilchsau und hoffen, dass es wirklich schlaue Ideen gibt in diesem Varianzverfahren.

In diesem Sinne bitte ich Sie, zuzustimmen und die Daumen zu drücken.



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Die Hebelschanze, früher auch bekannt als grüne Schanze, ist Teil der Geschichte von Hebels Gedicht z'Basel an mym Rhy. Ich fange jetzt nicht an zu singen, aber ich möchte trotzdem kurz auf eine Strophe dieses Gedichts eingehen, es handelt sich um «s Seilers Redli springt, los, der Vogel singt springt los der Vogel singt, Summervogeli jung und froh, zieh'n de blaue Blume no, alles singt und springt.»

Bei der Hebelschanze im Graben neben der Hebelschanze hat früher ein Seiler seine Seile gemacht, das ist ein Teil von Hebels Gedicht. Das Ganze habe ich nicht über eine KI-Seite gefunden, ich habe im Internet recherchiert, auf der Seite der Hebelstiftung kann man das alles nachlesen.

Ich meine, in der Zeit der Digitalisierung, wo sie sehr viele Recherchen eben über das Internet gemacht werden, bin ich nicht wirklich sicher, ob wir eine Bibliothek erweitern müssen, ob eine Bibliothek in Zukunft mehr Fläche haben sollte. Wir arbeiten ja mit dem Erweiterungsbau für den Sonderbestand, und wir wollen wirklich in Zukunft, wo in vielen anderen Ländern Bibliotheken reduziert werden, weil sie viel weniger Bedürfnisse haben, die Bibliothek erweitern.

Eine Bibliothek wird in Zukunft sicher auch ein Ort sein, wo man sich trifft. Man lernt zusammen und begegnet sich. Es gibt ganz neue Konzepte von Bibliotheken. Aber ob man jetzt wirklich eine Erweiterung machen muss für unserer Bibliothek, das stelle ich wirklich stark in Frage. Der Aspekt dieses grünen kleinen Fleckchens Hebelschanze haben wir schon genug diskutiert. Wir haben das auch im Rahmen der Abstimmung zum Naturhistorischen Museum und Staatsarchiv vor vier Jahren schon gefragt, ob man dort Platz für den Sonderbestand habe. Man hat damals schon gesagt, es ist alternativlos, es gibt keine andere Möglichkeit, man könne es nur dort machen. Ich höre relativ oft in dieser Stadt, dass etwas alternativlos ist, und dann wird das Projekt einfach durchgezwingt. Ich habe alle diese Argumente gehört von Mehrwert. Ich glaube, es gibt wirklich eine bessere Lösung für den Standort und darum unterstütze ich entgegen meiner Fraktion Rückweisung des Geschäfts.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Jo Vergeat. Sie wird angenommen.

*Jo Vergeat (GAB):* Wissen Sie, dass auch Digital Humanities einen Platz finden sollen in dem neuen Bau? Das wäre ja dann gemäss Interesse der FDP sehr zukunftsfähig.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich kenne ehrlich gesagt nicht alle Details des neuen Baus, aber ich bin grundsätzlich der Meinung, dass eine Bibliothek heute nicht mehr Fläche braucht, sondern eher weniger.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* In der zweiten Runde für den Regierungsrat haben sich angemeldet Regierungsrat Conradin Cramer und Esther Keller. Zuerst spricht Regierungsrat Conradin Cramer.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Regierungsrätin Esther Keller und ich teilen uns das Schlusswort auf, wir versprechen, dass es dadurch aber nicht doppelt so lang wird. Ich erlaube mir ein paar Bemerkungen aus Sicht der Universität. Ich bin etwas erschrocken über die Ausführungen von Pascal Messerli. Zunächst bin ich erschrocken, weil Sie von Verlegungen nach Liestal gesprochen haben. Ich habe eigentlich gedacht, wir hätten diese Diskussion vor einigen Jahren erfolgreich erledigen können, und ich bitte Sie, diese Gerüchte nicht weiter zu verbreiten. Es wird keinen Campus Liestal geben in den nächsten Jahrzehnten, sondern wir planen die juristische und die wissenschaftliche Fakultät auf dem Dreispitz, wie Sie wissen. Das hat herzlich wenig mit dem Sonderbestand der Universität zu tun.

Wir haben in den letzten Jahren den Campus-Gedanken der Universität weiterverfolgt, namentlich auf dem Areal Schellemätteli, wo wir für die Naturwissenschaften einen immensen Campus bauen mit dem Biozentrum, mit der ETH, mit der Nähe zum Universitätsspital, zum UKBB, in der Nähe zur Physik und zur Chemie, im Wissen darum, dass eben durch den Austausch an einem Ort neue Erkenntnisse, neue Beziehungen unter Forschenden und Studierenden entstehen können. Das ist ganz wesentlich für den Erfolg einer Top-Universität, dass sie Leute zusammenbringt und eben nicht jeder im stillen Kämmerlein nur sein Ding macht. Und was uns für die Naturwissenschaften und Naturwissenschaftler lieb und teuer ist, das sollten wir auch den Geisteswissenschaften und Geisteswissenschaftlern ermöglichen.

Selbstverständlich können die alle ins Tram steigen und auf das Velo. Unsere Studierenden und Forschenden sind alle sehr mobil, aber darum geht es nicht. Es geht darum, dass sie zusammen in einem Campus arbeiten können, sich austauschen



können, zusammen Mittag essen. Das ist ganz entscheidend. Und der Petersplatz ist nun einmal das Zentrum für das geistige und wissenschaftliche Leben unserer Universität. Das ist seit etlichen Jahrhunderten so und soll es auch bleiben.

Wenn wir von den Sonderbeständen der Universität reden, dann sprechen wir nicht einfach von einer Bibliothek, die man am besten digitalisieren und verkleinern kann, sondern das sind nichts weniger als unsere Kronjuwelen. Basel ist alles andere als eine Monarchie, aber wenn wir eine wären, dann wären das unsere Kronjuwelen. Das sind die alten Handschriften, das sind die Zeugnisse des frühen Buchdrucks, und der frühe Buchdruck hat Basel zu einem grossen Teil zu dem gemacht, was es heute ist. Es sind gigantische Herbarien von Weltbedeutung, im Ratschlag ist das alles im Detail ausgeführt, eine grosse Masse an Belegen, die einfach auch eine zeitgemässe Aufbewahrung nötig haben und verdienen. Wir müssen Sorge tragen zu unserem kulturellen Erbe und wir wollen es in unserer Stadt behalten. Wir wollen es in der Nähe zur Universitätsbibliothek halten. Das ist schon ein sehr wichtiges Anliegen der Universität, und ich finde, es sollte ein wichtiges Anliegen des kulturellen Basels sein.

Für die Universität entsprechend auch wichtig ist die zeitliche Dimension, dass endlich gelegentlich angefangen werden kann, weil die Sonderbestände im Moment leiden. Sie sind nicht gut, nicht nach modernen Grundsätzen aufbewahrt, also auch hier der Appell seitens Universität. Selbstverständlich darf man alles genau prüfen, nochmals diskutieren, selbstverständlich auch noch einmal mehr den Grossen Rat beschliessen lassen. Wenn möglich sollte es nicht zu Lasten der Zeitachse gehen, denn wir ja müssen hier vorwärts machen, damit wir eine adäquate Aufbewahrung unserer Kronjuwelen, unserer Handschriften und Sonderbestände sicherstellen können.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich bin froh, dass Regierungsrat Conradin Cramer dies noch einmal gut nachweisen konnte. Wir haben uns diesen Entscheid auch nicht leicht gemacht. Es ist uns absolut bewusst, dass der Verlust dieser Grünfläche sehr kontrovers diskutiert werden wird und dennoch sind wir davon überzeugt, auch deshalb, weil wir gute Alternativen schaffen können. Ich möchte noch kurz auf das Votum von Tonja Zürcher eingehen. Sie haben gesagt, dass wir die Grünfläche, den Rasen aufwerten werden. Das ist wirklich nicht alles. Also wir möchten da grossflächig entsiegeln. Es ist nicht die Idee, einfach die bestehende Grünfläche, die kaum genutzt wird, einfach ein bisschen mehr zu bepflanzen oder ein paar Wildblumen darauf zu stellen.

Ich gebe Pascal Messerli Recht, es werden Verkehrsflächen dafür geopfert, aber man muss sagen, dass an dieser Stelle die Verkehrsfläche absolut überdimensioniert ist. Es gibt da zwei Ein- und Ausfahrten mit wenig Verkehr. Da kann man problemlos einen Teil dieser Verkehrsfläche aufheben, neu organisieren und man wird weiterhin die Funktionalität und die Anlieferung in diesem Perimeter sicherstellen können. Wir werden diesen Perimeter grösser denken. Es sind ja nicht nur Architekten, sondern auch Landschaftsarchitekten am Werk, und ich bin überzeugt, dass sie eine gute Lösung finden werden, die dann die Abgrenzung gegenüber der doch starkbefahrenen Strasse machen kann.

Also noch einmal, ich glaube, wir können das Vertrauen haben, dass wir mit diesem grösseren Perimeter eine gute und wirklich hochwertige Lösung finden, die dann auch etwas besser zugänglich ist.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es liegen zwei Zwischenfragen vor. Sie werden angenommen. Die erste Zwischenfrage ist von Tonja Zürcher.

*Tonja Zürcher (GAB):* Meine Frage richtet sich an an Regierungsrat Conradin Cramer. Ich habe mir noch gewundert, dass das Zeitfaktorenargument bis jetzt nicht gekommen ist, aber weshalb hat man seit der Standortevaluation von 2012 so lange gewartet, um jetzt diesen Entscheid vorzulegen, wenn es zeitlich so dringlich ist?

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Das ist eine gute Frage und selbstverständlich hätte sich die Universität gewünscht, dass wir schon schneller unterwegs gewesen wären. Das heisst aber nicht, dass es jetzt nicht wichtig ist, schnell voranzumachen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die nächste Zwischenfrage ist von Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Herr Regierungsrat, ich habe keine Gerüchte in die Welt gesetzt, ich habe nur gesagt, dass es diskutiert wird. Aber warum ist es so ein grosses Problem, wenn der Bestand beispielsweise zehn Minuten von der



Unibibliothek entfernt ist und alle anderen Fakultäten ja ohnehin breit in der Stadt verteilt sind. Ich verstehe diese Kleinräumigkeit nicht in diesem Bereich.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Ich werde Ihnen mein Votum schicken, sobald das Wortprotokoll vorliegt. Ich glaube, ich habe das im Detail ausgeführt.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Für die Kommission hat das Wort Michael Hug.

*Michael Hug (LDP):* Ich will nur noch kurz auch für diejenigen, die den Bericht nicht genau gelesen haben, noch einmal zu Protokoll geben, dass Sie jetzt mit diesem Entscheid einfach Geld bewilligen, damit ein Varianzverfahren gemacht wird mit einem weiteren Betrachtungsperimeter, der eben Ihre Kritiken auch aufnehmen kann und eine bessere eine bessere Lösung vorstellen kann. Danach gibt es noch zwei Mal die Möglichkeit, dieses Thema in der BKK und im Grossen Rat zu behandeln.

Ich gehe davon aus, dass wir die Zeit im Auge behalten müssen und mit einer Rückweisung besteht dann die Gefahr, dass man noch viel länger hat, als jetzt über diesen Weg zu gehen und im Notfall immer noch die Reisleine ziehen zu können.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung an den Regierungsrat wurde von Tonja Zürcher beantragt. Wir stimmen ab.

## **Abstimmung**

### **Abstimmung über die Rückweisung an den Regierungsrat**

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA. Wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN

### **Ergebnis der Abstimmung 23 Ja, 64 Nein, 4 Enthaltungen.**

*[Abstimmung # 0001929, 08.11.23 11:40:38]*

### **Der Grosse Rat beschliesst**

keine Rückweisung.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:*

### **Detailberatung** des Grossratsbeschlusses (Seite 9 des Berichts)

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Publikationsklausel

## **Abstimmung**

### **Schlussabstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA, wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

### **Ergebnis der Abstimmung**

**72 Ja, 15 Nein, 5 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 0001931, 08.11.23 11:41:27]*

### **Der Grosse Rat beschliesst**





Für die Durchführung einer Planerevaluation (Wettbewerb) für das Projekt Neubau Magazin Sonderbestand Universitätsbibliothek Hebelschanze und Erweiterung und Instandsetzung Bernoullianum werden zu Lasten der Planungspauschale des Finanzdepartements, Immobilien Basel-Stadt einmalige Ausgaben von insgesamt Fr. 1'400'000 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 52 Ja-Stimmen bei 15 Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen.

## 10. Petition P464 "Für eine sichere Veloroute auf dem Luzernerring", Bericht der PetKo

[08.11.23 11:41:39, 23.5225.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert sechs Monaten zu überweisen.

*Christian C. Moesch (FDP):* Ich freue mich, Ihnen heute wiederum zwei Geschäfte präsentieren zu dürfen, welche Petitionskommission in den vergangenen Monaten bearbeiten durfte.

Zur Petition 464 für eine sichere Veloroute auf dem Luzernerring: Bei dieser Petition ist die Kommission seit der Behandlung und der erstmaligen Beschlussfassung des Geschäfts von neuen Begebenheiten eingeholt oder quasi überholt worden. Ich komme am Schluss der Berichterstattung dazu, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem zwischenzeitlich revidierten Entscheid der Kommission.

Zum Inhalt der Petition: Seit Jahren fordert pro Velo beider Basel eine sichere Veloverbindung am Luzernerring. Am 13. April 2021 ereignete sich dort ein tödlicher Unfall, bei welchem ein Lastwagen eine Velofahrerin auf der Höhe der Burgfelderstrasse erfasste und diese tödlich verletzte. Die Velofahrerin war auf einer offiziellen Veloroute unterwegs. Am Unfallort fehlt ein Velostreifen genau dort, wo zwei Autofahrspuren auf eine Spur reduziert werden. Diese stellt für Velofahrende eine tödliche Gefahr dar, worauf pro Velo bereits seit Jahren hinweist.

Doch auch zwei Jahre nach dem tödlichen Unfall wurde die Gefahrenstelle nicht behoben. Ein von der Verwaltung im Auftrag gegebenes Gutachten belegt, dass die Umwandlung eine Autospur in eine gemischte Velo- und Busspur die sicherste Lösung ist, wobei es während gewisser Stunden einen Rückstau für den Autoverkehr geben könnte. Die Unterzeichnen verlangten vom Grossen Rat und vom Regierungsrat, die Sicherheit von Velofahrenden höher zu Gewichten als die Vermeidung von eventuellem temporären Autorückstaus. Dazu hat die Petentschaft diverse Massnahmen vorgeschlagen.

Das nationale Velo-Gesetz verlangt zudem, dass Velorouten frei und sicher mit dem Velo befahren werden können. Das kantonale Umweltschutzgesetz hält fest, dass umweltfreundliche Verkehrsmittel zu bevorzugen sind und Verkehrsteilnehmende vor Gefährdungen geschützt werden sollen.

Zum Anliegen der Präsidentschaft: Im Teilrichtplan Velo des Kantons Baselstadt ist die Achse, Wasgenring-Luzernerring als Velopendlerroute deklariert. Jeder fehlen im Bereich des Knotens Luzernerring Burgfelderstrasse allerdings durchgängige Velomassnahmen. In Fahrtrichtung Kannenfeld/St. Johann sind vor dem Knoten drei Spuren für den motorisierten Individualverkehr markiert, daneben befindet sich ein Velostreifen- Der Velostreifen wird nach dem Knoten allerdings nicht fortgeführt. Nach der dortigen Bushaltestelle Felix Platter-Spital reduziert sich die Zahl der MIV-spuren überdies von zwei auf noch eine, erst danach ist wieder ein Velostreifen markiert. Für Velofahrende handelt es sich um eine Gefahrenstelle.

Im April 2021 ist es auf der Höhe der Spurreduktion, wie bereits erwähnt, zu diesem tragischen Unfall mit Todesfolge gekommen. Die Petition fordert auf dem Luzernerring durchgehende Velomassnahmen zwischen der Hegenheimerstrasse und der Flughafenstrasse. Ermöglicht werden soll dies mittels Reduktion der Zahl der Fahrspuren für den MIV bei der Kreuzung Burgfelderstrasse. Vor dem Knoten soll die rechte Spur dem Velo- und Busverkehr sowie dem nach rechts abbiegenden MIV vorbehalten bleiben. Für den geradeaus, über den Knoten verkehrenden MIV stünde nur noch die mittlere der drei Spuren zur Verfügung. Darüber hinaus fordert die Petition einen vorgezogenen Haltebalken für Velos vor der Lichtsignalanlage und Ausstellflächen in der Burgfelderstrasse auf beiden Seiten des Luzernerrings.

Ich erlaube mir an dieser Stelle nun eine kurze zeitliche Einordnung. Der Grosse Rat hat die Petition 464 Für eine sichere Veloroute auf dem Luzernerring an seiner Sitzung vom 10. Mai der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung



überwiesen. Die Kommission hat die vorliegende Petition anlässlich einer Sitzung am 21. August dieses Jahres behandelt und sowohl die Petentschaft wie auch die Vertreter der Verwaltung zu einem Hearing eingeladen. Zu diesem Zeitpunkt lief bereits die Evaluation über die neue Verkehrsführung, welche der Kanton initiiert hat und die im April 2023 gestartet wurde. Dabei wurde grundsätzlich die auch von der Petentschaft vorgeschlagene neue Verkehrsführungsmöglichkeit berücksichtigt. Die Petentschaft zeigte sich daher anlässlich des Austausches auch sehr zufrieden, insbesondere mit der Spurumwidmung vor dem Lichtsignal, wies jedoch auch auf die Problematik hin, dass nach dem Knoten auf einer Länge von rund 30 Metern aber noch ein durchgehender Velostreifen fehle.

Um die Forderung der Petition zu erfüllen, müssten überdies ein vorgezogener Haltebalken und Aufstellflächen auf beiden Seiten der Burgfeldstrasse realisiert werden. Die mit der geänderten Verkehrsführung geschaffene Situation sei aber für Velofahrende bereits deutlich angenehmer und weniger gefährlich. Würden sie zum Definitivum, wäre die wichtigste Forderung der Petition erfüllt.

Zur Haltung seitens der beiden Departemente: Wasgenring und Luzernerring sind gemäss Auskunft der Vertreter der Verwaltung nach der Eröffnung der Nordtangente umgestaltet worden. Damit war das Ziel verbunden, die Achse für den Velo- und Fussverkehr zu verbessern, die Wohnlichkeit zu erhöhen und mehr Grünflächen zu schaffen. Aufgrund von Widerstand gegen das Projekt – es wurde in einer Volksabstimmung im Jahr 2009 nur knapp angenommen – hat man aber versucht, die Kapazität der Strasse möglichst zu erhalten. Während die meisten Projektziele aus fachlicher Sicht erreicht worden sind, wurde bereits kurz nach der Eröffnung der erneuten Strasse festgestellt, dass der in der vorliegenden Petition thematisierte Knoten Luzerring/Burgfelderstrasse für die Velofahrenden unbefriedigend ist. Vor der Kreuzung gibt es ein Linksabbiege- und zwei Geradeausspuren, für den MIV und einen Velostreifen, auf dem Knoten noch zwei Spuren und keinen Velostreifen, danach aus Platzgründen nur noch eine Fahrspur, ebenfalls ohne Velostreifen. Die Abteilung Verkehrssicherheit der Kantonspolizei würde diese Gestaltung gemäss eigenen Angaben heute nicht mehr zulassen. Sie geht mit der Petentschaft einig, dass es sich um eine für die Velofahrenden gefährliche Situation handelt, die zwingend verbessert werden muss.

Ende Mai und Ende Juni 2023 wurde analysiert, wie sich das Verkehrsaufkommen wo verändert hat, wie sich das auf die Sicherheit auswirkte und ob sich die Fahrzeiten des ÖV verlängern. Die Erkenntnisse der ersten drei Monate liessen sich gemäss den Vertretern der Verwaltung wie folgt zusammenfassen: Während die Rückstaus weniger stark zugenommen haben als vermutet, lagen sie in der Belfortstrasse und im Hegenheimermattweg deutlich über der Erwartung. Mehr Verkehr zu verzeichnen ist auch in der Burgfelderstrasse und auf dem Spalenring, in diversen Quartierstrassen und vermutlich auch in Allschwil Dorf. Der Kreisel Wasgenring ist seit dem Start des Versuchs an mehreren Stunden pro Tag zugestaut, was es schwierig macht, sich dort in den Verkehrsfluss einzufügen. Im Kreisel sind neue Risikosituationen geschaffen worden, unter anderem für Velofahrende. In der Hegenheimerstrasse, ebenfalls eine offizielle Veloroute, überholten Velofahrer die im Stau stehenden Autos vermehrt links und weichten auf das Trottoir aus. Auch dies führt zu neuen Gefahren. Mehrere Buslinien oder auch die Tramlinie 3 weisen längere Fahrzeiten auf. Einzig die Linie 36 profitiert von der Spurumwidmung.

Gemäss der zweiten Erhebung hat der Verkehr in insbesondere in der Strassburgerallee um 66 Prozent oder 1'300 Fahrzeuge pro Tag zugenommen. Dabei handelt es sich um eine unerwünschte Entwicklung, befinden sich dort doch ein Schulaus und mehrere Kindergärten. Zudem handelt es sich auch bei der Strassburgerallee um eine wichtige Veloverbindung. Insbesondere die letzte Feststellung der Verkehrsuntersuchung hat am Ende dazu geführt, dass der Verkehrsversuch nun vorzeitig abgebrochen wurde. Sie haben dies wahrscheinlich auch in den vergangenen Wochen den Medien entnehmen können.

Feststellungen und Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission stellt zum einen fest, dass der Knoten Luzernerring/Burgfelderstrasse eine Gefahrenstelle für Velofahrerinnen und Velofahrer ist, zum anderen, dass die im April 2023 vorgenommene Spurumwidmung allein keine zufriedenstellende Variante ist. Der von der Petentschaft eingebrachte Vorschlag ist zwar umsetzbar, löst aber lediglich das lokale Problem und führt daneben zu negativen Auswirkungen an anderen Stellen und auf andere Verkehrsteilnehmende.

Mit Befriedigung zur Kenntnis nimmt die Petitionskommission, dass die Verwaltung nach einem absehbaren Abbruch des Versuchs nicht zum bisherigen Zustand zurückkehren will. Eine bereits eingesetzte Arbeitsgruppe suchte nach Anschlusslösung. Konkrete Aussagen dazu waren am Hearing allerdings aus nachvollziehbaren Gründen keine gemacht worden. Gemäss Medienmitteilung vom 25. April 2023 sollte der Verkehrsversuch ein Jahr dauern, allerdings vorzeitig abgebrochen werden, wenn Rückstaus anderenorts zu gefährlichen Situationen führen oder neue Spurteilungen uu starker Verspätung beim ÖV führt.

Die Vertreter der Verwaltung haben den Versuch zwar am Hearing als de facto gescheitert, bezeichnet aber keine Aussage über einen möglichen vorzeitigen Abbruch gemacht. Das war damals. Aufgrund der Befristung auf maximal ein Jahr müsste spätestens Ende April 2024 eine Anschlusslösung vorliegen. In der Zwischenzeit ist nun, ich habe es vorhin bereits erwähnt, seitens der Verwaltung der Entscheid gefallen, den Versuch effektiv vorzeitig zu beenden. Es wurde insbesondere festgestellt, dass der Ausweichverkehr durch die Strassburgerallee und vorbei am Primarschulhaus Isaac Iselin massiv zugenommen hat.



Ursprünglich beantragt ihn die Kommission, die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert sechs Monaten zu überweisen, damit dieser im April oder Mai 2024 über das weitere Vorgehen berichten kann. Mit dem Abbruch des Versuchs und der Implementierung einer Übergangslösung ist die Petitionskommission nun aber auf ihren ursprünglichen Entschluss zurückgekommen. Denn es erscheint angesichts der neuen Situation nicht mehr zielführend, die Petition zur Stellungnahme zu überweisen. Vielmehr ist die Kommission nachträglich und einstimmig zum Entscheid gelangt, dieses Geschäft zwar nicht abzuschreiben, dafür ist und bleibt es zu wichtig, aber mit den durch die Petitionskommission aufgeworfenen Fragen an den Regierungsrat weiterzugeben.

Antrag: Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat somit einstimmig, die Petition für eine sichere Veloroute auf dem Luzernerring dem Regierungsrat zur abschliessend Behandlung zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Besten Dank. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt als der neu gestellte Antrag der Petitionskommission.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

## **11. Petition P465 "Tempo 30 für die Neuweilerstrasse", Bericht der PetKo**

[08.11.23 11:54:41, 23.5335.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Für die Petitionskommission hat das Wort Christian Moesch.

*Christian C. Moesch (FDP):* Zum Inhalt der Petition: In der Neuweilerstrasse überschreiten die Lärmwerte des Strassenverkehrs tagsüber mit 56 Dezibel und nachts mit 55 Dezibel regelmässig die Grenzwerte in Wohngebieten. Doch die Lärmobergrenze in Wohngebieten liegt mit 50 Dezibel am Tag und 40 Dezibel in der Nacht um bis zu 15 Dezibel tiefer. Die letzte Verkehrszählung fand gemäss dem Angaben des BVD von 2016 bis 2017 statt und weist einen mittleren Tagesverkehrswert von rund 400 Fahrzeugen pro Stunde aus. Leider verfügt die Neuweilerstrasse zwischen Neuweilerplatz und Allschwil Grenze noch immer über keinen Flüsterbelag, der den Strassenlärm um 6 bis 8 Dezibel reduzieren könnte, was in der Folge die gefühlte Lärmbelastung deutlich wahrnehmbar verringern würde. Zusätzlich sind die Anwohnerinnen und Anwohner im ganzen Neubad-Quartier neben der Erschütterung der immer schwerer werdenden Tramzüge auch von morgens um 6 Uhr bis um 23 Uhr nachts oft auch darüber hinaus mit Fluglärm belastet. Die Lärmspitzenwerte im Neubad liegen oft über 70 Dezibel. Aus diesen Gründen fordert die Petentschaft, ein Tempo 30 Zone im Perimeter zwischen Neuweilerplatz und der Kantonsgrenze.

Zum Vorgehen: Der Grosse Rat hat die Petition 465 an seiner Sitzung vom 28 Juni der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Die Kommission hörte sich am 4. September 2023 im Rahmen eines Hearings eine Vertreterin/einen Vertreter der Petentschaft und aus dem Amt für Mobilität den stellvertretenden Abteilungsleiter Verkehrstechnik und einen Projektleiter Verkehrsnetz an.

Zum Anliegen der Petentschaft: Die Petentschaft wünscht sich auf der Neuweilerstrasse eine Reduktion der erlaubten Höchstgeschwindigkeit von 50 auf 30 km/h. Damit soll zum einen der Verkehrslärm reduziert und zum anderen die Sicherheit für die zu Fuss Gehenden und Velofahrenden verbessert werden. Die Vertreterin der Petentschaft hat die Neuweilerstrasse am Hearing mit der Petitionskommission als nervöse Strasse bezeichnet, denn Verkehrsaufkommen, Autos, Tram, Velos, sei hoch, gleichzeitig befinden sich viele Wohnhäuser und diverse für das Quartier wichtige Dienstleistungen und Gastronomiebetriebe an der Strasse. In den Hauptverkehrszeiten stauet sich der Verkehr aufgrund der vielen Pendlerinnen und Pendler aus Allschwil und Elsass regelmässig, am Morgen stadteinwärts, am Abend stadtauswärts. In den Tageszeiten ohne Rückstau würden hingegen viele Autos aus dem Gewerbegebiet Allschwil mit unveränderter Geschwindigkeit in die Neuweilerstrasse und über den Neuweilerplatz stadteinwärts fahren. Einige bögen sogar mit hoher Geschwindigkeit in Querstrassen ein, in denen Tempo 30 gilt. Aufgrund der Fahrgeschwindigkeit sei das Queren der Neuweilerstrasse an den Fussgängerstreifen schwierig und gefährlich. Viele Autofahrende würden an diesen nicht anhalten. Die Eltern müssten deshalb ihre Kinder in den Kindergarten oder in die Schule bringen. Eine Herausforderung sei das Queren der Strasse auch für mobilitätseingeschränkte und ältere Person. Dass die Neuweilerstrasse auch bei Tempo 30 eine Pendlerstrecke bliebe, ist den Petentinnen und Petenten bewusst. Sie weisen aber darauf hin, dass es sich bei ihrer Strasse nicht nur um eine Pendlerroute, sondern auch um eine Strasse handelt, an der gewohnt wird. Das Argument, der Verkehr müsse am Abend in Richtung Allschwil und Elsass abfliessen und deshalb mit 50 km/h gefahren werden können, bezeichnet die Petentschaft als



nicht stichhaltig, könne doch gerade in dieser Zeit aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens sowieso nicht zu schnell gefahren werden. Hingewiesen hat die Vertretung der Petentschaft schliesslich darauf, dass die Neuweilerstrasse über keinen Lärm mindernden Belag, sogenannten Flüsterbelag, verfügt. Der Strassenlärm, der Fluglärm und die Erschütterung des Trams führten in der Kombination dazu, dass Anwohnende Tag und Nacht ein gewisser Lärmpegel ausgesetzt sind. Welche Massnahmen zur Reduktion des Lärms ergriffen werden, ist für die Petentschaft zweitrangig, wichtig ist, dass die Lärmbelastung so rasch wie möglich auf ein erträgliches und die Grenzwerte einhaltendes Mass reduziert wird.

Zur Haltung des Bau und Verkehrsdepartements: Die beiden Vertreter des Bau und Verkehrsdepartements haben bestätigt, dass die gesetzlichen Lärmwerte an der Neuweilerstrasse überschritten werden. Die Strassenbelastung lässt sich grundsätzlich sowohl mit einer Temporeduktion als auch mit lärmminderndem Belag reduzieren. An der Neuweilerstrasse könnte der für den Tag geltende Grenzwert mit einem lärmmindernden Belag unter Beibehaltung von Tempo 50 eingehalten werden, der für die Nacht geltende Grenzwert nur mit einem lärmmindernden Belag und Tempo 30. Unfallschwerpunkte gibt es an der Neuweilerstrasse gemäss Kantonspolizei keine. Unbestritten ist, dass Unfälle mit Beteiligung von Autos bei tieferer Geschwindigkeit in aller Regel weniger gravierend sind. Kaum reduziert würde mit Tempo 30 die Verkehrsmenge. Eine Verlagerung in umliegende Quartierstrasse wäre nicht erwünscht.

Die beiden Anliegen der Petition, mehr Sicherheit und weniger Lärm, werden gemäss den Vertretern der Verwaltung derzeit auf übergeordneter Ebene in zwei Projekten bearbeitet. Die dem Regierungsrat vom Grossen Rat überwiesene Motion Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend integrale Signalisation von Tempo 30 in der Basel-Stadt mit gleichzeitiger Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs gemäss Kantonsverfassung § 30 verlangt, grundsätzlich auf dem ganzen Kantonsgebiet Tempo 30 zu signalisieren. Basierend auf dem Ausgabenbericht betreffend Planungskosten für die Strassenlärmsanierung in der Stadt Basel und auf Kantonsstrassen in den beiden Einwohnergemeinden werden für etwa 75 Strassen mit übermässiger Lärmbelastung Massnahmen evaluiert. Ziel ist es, dass die Lärmgrenzwerte nicht mehr überschritten werden. Die Neuweilerstrasse ist sowohl im Paket Integral Tempo 30 als auch im Paket Strassenlärmsanierung enthalten. Längerfristig zu einer Verkehrsreduktion führen könnten in der Neubaustrasse die Verlängerung der Tramlinie 8 nach Allschwil und Massnahmen zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs zwischen der Kantonsgrenze und dem Neuweilerplatz. Die Strassennetzhierarchie unterscheidet zwischen verkehrsorientierten und nichtverkehrsorientierten Strassen. Sie wird im Rahmen der Bearbeitung der erwähnten Motion überarbeitet. Gemäss der aktuell geltenden Hierarchie gehört die Neuweilerstrasse zu den verkehrsorientierten Strassen. Die mögliche Begründung für Tempo 30 auf so qualifizierten Strassen sind im Strassenverkehrsgesetz des Bundes festgehalten. Bei örtlichen Verkehrsanordnungen ist jeweils die Massnahme mit den geringsten Einschränkungen zu wählen. Um auf einer verkehrsorientierten Strasse Tempo 30 einzuführen, muss deshalb in ein Verkehrsgutachten nachgewiesen werden, dass es keine alternative Massnahme mit geringeren Einschränkungen gibt. Bei einer Prüfung zur Einführung von Tempo 30 in der Neuweilerstrasse wäre der Strassenlärm, die möglichen Verlagerungseffekte auf umliegende Strassen und die Auswirkungen auf den ÖV die Hauptthemen. Für die Neuweilerstrasse ist im Rahmen der im Sommer 2024 anstehenden Beantwortung der Motion eine Grobprüfung für durchgehend Tempo 30 vorgesehen. Sie ist auch eine der 75 Strassen, bei denen im Rahmen der Strassenlärmsanierung Massnahmen evaluiert werden. Der Regierungsrat wird dem Grossen Rat voraussichtlich anfangs 2025 einen Ratschlag zur Finanzierung dieser Massnahmen unterbreiten.

Erwägungen der Petitionskommission: Die Petitionskommission kann den Wunsch der Petentschaft nach Tempo 30 in der Neuweilerstrasse nachvollziehen. Die mit dem Strassenverkehr verbundenen Emissionen beeinträchtigen die Wohn- und Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner ohne Zweifel. Die Kommission stellt fest, dass in der Verwaltung derzeit an zwei Projekten gearbeitet wird, die zu einer Reduktion des Strassenlärms und zur Einführung von Tempo 30 auf weiteren auch verkehrsorientierten Strassen führen werden. Welche konkreten Massnahmen in der Neuweilerstrasse umgesetzt und ob die Forderung der Petition damit erfüllt werden, ist derzeit noch offen. Da die Lärmgrenzwerte überschritten werden, ist allerdings ausgeschlossen, dass der Status Quo bestehen bleibt.

Die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen, empfände die Petitionskommission angesichts der Ausgangslage trotz Sympathie für die darin formulierten Anliegen als nicht sinnvoll, denn der Regierungsrat muss sich im Rahmen der vorher erwähnten Motion Raphael Fuhrer und Konsorten ohnehin damit befassen. Darüber hinaus Zusatzaufträge für einzelne Strassen zu erteilen, ist aus Sicht der Petitionskommission nicht nötig. Ein falsches Signal wäre es aufgrund der heutigen Situation aber auch, die Petition als erledigt zu erklären. Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat deshalb einstimmig, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung im Rahmen der Motion Raphael Fuhrer und Konsorten zu überweisen.

Zur Prüfung mitgeben möchte die Kommission der Verwaltung die Idee, die Neuweilerstrasse allenfalls auch kurzfristig mittels Markierung weiterer Fussgängerstreifen zu entschleunigen. Je geringer der Abstand zwischen Fussgängerstreifen ist, desto weniger lässt sich ein Fahrzeug beschleunigen.

Antrag: Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat mit 12 zu 0 Stimmen, die Petition Tempo 30 für die Neuweilerstrasse an den Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung im Rahmen der Motion Raphael Fuhrer und Konsorten zu überweisen.



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Erster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Die Petition und die Situation der Strasse zeigen es, Eingriffe in Hauptverkehrsachsen oder Ringstrassen sind eben nicht ganz so einfach, wie man manchmal meint. Sie führen zu Behinderung, Ausweichverkehr und Unzufriedenheit vieler. Anfang 2022 wurden die Parkplätze der Neuweilerstrasse aufgehoben aus Sicherheitsaspekten für die Velofahrer. Jetzt beklagt man sich darüber, dass die wilden Autofahrer sich nicht an Verkehrsregeln halten. Belege dafür sieht man keine, Unfallschwerpunkte gibt es auch nicht. Es wird auch noch erwähnt in der Petition, dass die schwerer werdende Tramzüge zu Erschütterungen führen. Die Tramzüge sind also offensichtlich auch ein Problem.

Ich gehe jetzt nicht auf die weiteren Details ein. Ich frage mich nur am Schluss, wenn die Petentschaft sich auch über die Erschütterung der Trams beklagt hat, ob dann wirklich die Empfehlung der Petitionskommission, die Behandlung im Rahmen der Motion betreffend integraler Signalisation und Tempo 30 und Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs wirklich dem entspricht, was die Petentschaft sich wünscht. Die FDP ist für Abschreiben.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Daniel Seiler beantragt, sie als erledigt zu erklären. Wir stimmen ab.

#### **Abstimmung**

JA heisst an RR zur abschliessenden Behandlung, NEIN heisst die Petition ist Erledigt.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**68 Ja, 7 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001934, 08.11.23 12:06:38]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Die Petition zur abschliessenden Behandlung dem Regierungsrat zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie sind dem Antrag der Petitionskommission gefolgt mit 68 Ja-Stimmen bei 7 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen.

#### **Schluss der 35. Sitzung**

12:06 Uhr



# Protokoll

der 36. Sitzung, Amtsjahr 2022 / 2023

Mittwoch, den 8. November 2023, um 15:00 Uhr

<b>Vorsitz:</b>	<i>Bülent Pekerman, Grossratspräsident</i>
<b>Protokoll:</b>	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Tamara La Scalea, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Textfassung</i>
<b>Abwesende:</b>	<i>Georg Mattmüller (SP), Leonie Bolz (SP), Nicola Goepfert (GAB), Belà Bartha (GAB)</i>

## Verhandlungsgegenstände:

12.	Neue Interpellationen.....	3
12.1.	Interpellation Nr. 136, Beat K. Schaller betreffend das traurige Bestattungswesen von Basel .....	3
12.2.	Interpellation Nr. 137 Christian C. Moesch betreffend Darlehen des Kantons sowie Gesamtfinanzierung zur baulichen Entwicklung des Universitätsspitals Basel (Campus Gesundheit).....	3
12.3.	Interpellation Nr. 138 Eric Weber betreffend Bau-Sicherheit im Grossen Rat .....	3
12.4.	Interpellation Nr. 139 Andrea Strahm betreffend Erschliessung von Grossbasel mit Fernwärme bis zur Kantons- resp. Landesgrenze .....	4
12.5.	Interpellation Nr. 140 Annina von Falkenstein betreffend Fehlleistungen der Staatskanzlei bei den National- und Ständeratswahlen .....	4
12.6.	Interpellation Nr. 141 Beda Baumgartner betreffend unwürdige Unterbringung von geflüchteten Menschen in Basel-Stadt .....	5
12.7.	Interpellation Nr. 142 Nicola Geopfert betreffend «erneute Grundrechtseinschränkung durch Repression und polizeiliche Eskalation» .....	7
12.8.	Interpellation Nr. 143 Pascal Messerli betreffend «Asylnotstand im Kanton Basel-Stadt?».....	8
12.9.	Interpellation Nr. 144 Ivo Balmer betreffend drohende Insolvenz der Signa-Gruppe und mögliche Auswirkungen auf den Globus-Neubau in Basel.....	10
12.10.	Interpellation Nr. 145 Raffaella Hanauer betreffend Rechtsstaatlichkeit des radikalen Demoverbotes der Kantonspolizei Basel-Stadt.....	11
12.11.	Interpellation Nr. 146 Joël Thüring betreffend Grüsel-Belag! Wird der millionenteure und bereits verdreckte Belag in der Freien Strasse einfach so akzeptiert?.....	13
12.12.	Interpellation Nr. 147 Lisa Mathys betreffend radikales Demoverbot kostet Basel Ansehen - und viel Geld .....	13
13.	Antrag 1 Andrea Strahm und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative zur Einführung einer nationalen Elternzeit .....	15
14.	Antrag 2 Joël Thüring auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend "Mehr Geld zum Leben – Reduzierter Mehrwertsteuersatz für Strom" .....	19
15.	Motion 1 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velopasserelle vom Gundeli über die Bahngelise zum Elsässertor.....	22
16.	Motion 2 Joël Thüring und Konsorten betreffend «Verlängerung der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage» .....	23
17.	Motion 3 Patrick Fischer und Konsorten betreffend «Anpassung des Datenschutzgesetzes in Bezug auf die Videoüberwachung» .....	23
18.	Motion 4 Luca Urgese und Konsorten betreffend automatisch ausgefüllte Steuererklärung.....	29
19.	Motion 5 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend «Wider die Auswüchse bei Lohnvergleichsanalysen im kantonalen Beschaffungswesen».....	29
20.	Motion 6 Luca Urgese und Konsorten betreffend Gleichbehandlung von Ehegatten und Konkubinatspaaren bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer .....	33



21.	Motion 7 René Brigger und Konsorten betreffend Anpassung Basler Baurecht an die Solaroffensive .....	36
22.	Anzug 1 Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Ausbreitung der Tigermücke.....	36
23.	Anzug 2 Daniel Seiler und Konsorten betreffend defizitären Versorgungsgrad des Kantons mit Hausärztinnen und Hausärzten .....	36



## Beginn der 36. Sitzung

Mittwoch, 8. November 2023, 15:00 Uhr

## 12. Neue Interpellationen

[08.11.23 15:00:12]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und ich habe Ihnen keine Mitteilungen zu machen. Wir starten mit den Interpellationen.

### 12.1. Interpellation Nr. 136, Beat K. Schaller betreffend das traurige Bestattungswesen von Basel

[08.11.23 15:00:33, 23.5541.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Interpellation Nummer 136 Beat K Schaller betreffend das traurige Bestattungswesen von Basel. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

### 12.2. Interpellation Nr. 137 Christian C. Moesch betreffend Darlehen des Kantons sowie Gesamtfinanzierung zur baulichen Entwicklung des Universitätsspitals Basel (Campus Gesundheit)

[08.11.23 15:00:55, 23.5555.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation ebenfalls schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

### 12.3. Interpellation Nr. 138 Eric Weber betreffend Bau-Sicherheit im Grossen Rat

[08.11.23 15:01:14, 23.5556.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Die Angelegenheit ist wirklich sehr wichtig. Ich habe diese Interpellation schon lange bevor Bekanntwerden der Probleme des Globus eingereicht. So ein grosses Bauloch direkt neben dem Rathaus, das kann nicht gehen. Ab Frühling 2023 habe ich gespürt, wie die Wände zittern. Zuerst wussten wir alle nicht, dass der ganze Globus verschwinden wird, wir dachten an eine Renovierung. Ein grosses Loch kann viele Probleme machen, es kann auch unser Rathaus zum Einsturz bringen. Wenn der Leuchter an der Decke herunterfällt, dann werden zehn Grossräte aufgespiesst. Sie erinnern sich an das Staatsarchiv Köln, das eingestürzt ist. Es gab 15 tote Menschen. Über uns ist auch ein Staatsarchiv. Wenn es zu viel Erschütterungen gibt, stürzt die Decke ein.





Die meisten wissen gar nicht, was über dem Grossratssaal ist. Über uns befinden sich Tausende von Büchern. Das Gewölbe drückt schon nach unten. Dazu kommt die Baustelle, das Gleichgewicht ist nicht mehr vorhanden. Es kann doch nicht sein, dass über uns Tonnen von Büchern lagern, die zum Einsturz des Parlaments führen können. Haben Sie schon einmal etwas von Statik gehört? Die Zeitungen würden dann titeln: Unglück in Schweizer Kantonsparlament - zehn Abgeordnete von Kronleuchter aufgespiesst.

Unser ehemaliger Alterspräsident könnte Ihnen sagen, dass ich wieder einmal Recht habe, ich habe die Gefahr erkannt. Meine Fragen sind wichtig. Ich habe diese Interpellation eingereicht, weil ich vor dieser Baustelle Angst habe. Sie haben die Bilder in der Basler Zeitung gesehen, so ein riesiges Loch hat es in Basel noch nie gegeben. Darum frage ich, ob getestet werde, wie sicher der Kronleuchter über dem Grossratssaal hänge. Welches Gewicht an Büchern über dem Grossratssaal gelagert werden dürften, damit die Decke nicht einstürze, und schliesslich, ob es Absprachen gebe zwischen dem Globus und dem Rathaus über das grösste Bauloch der Schweiz, wenn nein, warum nicht, denn es kommt doch zu Rissen in den angrenzenden Gebäude.

Ich bin gespannt auf die Antworten der Regierung.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

#### **12.4. Interpellation Nr. 139 Andrea Strahm betreffend Erschliessung von Grossbasel mit Fernwärme bis zur Kantons- resp. Landesgrenze**

[08.11.23 15:06:51, 23.5557.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen. Sie möchte es und hat das Wort.

#### **12.5. Interpellation Nr. 140 Annina von Falkenstein betreffend Fehlleistungen der Staatskanzlei bei den National- und Ständeratswahlen**

[08.11.23 15:06:52, 23.5558.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie möchte es und hat das Wort.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Gerne möchte ich kurz begründen, da meine Interpellation sich auf den vergangenen Wahlsonntag bezogen hat, und bis die Antwort vorliegt und das Traktandum tatsächlich behandelt wird, wird viel Zeit vergehen. Mir ist wichtig, dafür zu sensibilisieren, dass wir alle auf die Resultate warten mussten und dass es Verzögerungen geben kann, sondern es geht mir darum, dass die Verlässlichkeit der Behörden sehr zentral ist, und dass deshalb die Rolle der Staatskanzlei wahrgenommen und ernst genommen werden muss.

Der 22. Oktober, der letzte nationale Wahlsonntag, war von zahlreichen Pannen der Staatskanzlei dominiert. Es ging nicht um das Warten an sich, sondern um den Wohnort, der auf den Listen gefehlt hat, was gerade für die ländlichen Orte zentral ist, weil es dort noch andere Gremien gibt und es wichtig zu wissen ist, in welcher Gemeinde die Personen wohnen. Zudem wurden die Fehlerhinweisschreiben doppelt versandt, wie auch Wahlcouverts. Es gab eine Verzögerung der Resultate und Kommunikationspannen. Zudem gab es einen Fehler im Ständeratsresultat und die Zwischenresultate zu den Nationalratswahlen waren in einem viel schlankerem Format geliefert als vor vier Jahren, was einen Vergleich schwierig macht. Hinzu kommt, dass die relativ rasch aufgeschalteten Protokolle unübersichtlich waren und sich viele Personen einlesen mussten, bis sie verstanden haben, was sie genau lesen, was die Aussagekraft, die bei Resultaten doch sehr wichtig ist, verschlankt hat. Gerade in Anbetracht dessen, dass Basel-Stadt einen Nationalratssitz an Zürich verloren hat, hätte die grundsätzlich nervöse Grundstimmung der Staatskanzlei wahrgenommen und in den Auftritten am Wahlsonntag besser abgefedert und empathischer entgegnet werden können.



Gerade weil wir uns auf die Exaktheit der Arbeit der Staatskanzlei verlassen können müssen, finde ich es sehr wichtig, dass der Regierungsrat dies aufarbeitet und diese Fragen beantwortet. Ich hoffe, dass durch diese Beantwortung die Staatskanzlei ihre eigene Rolle noch einmal reflektiert und dafür sensibilisiert wird, wie wichtig die Arbeit der Staatskanzlei für die Bevölkerung ist. Ich bin gespannt auf die Antworten und hoffe, dass nicht oberflächlich darauf eingegangen wird, weshalb man warten musste. Es geht nicht darum, sondern darum, dass sehr viele Pannen passiert sind, die eigentlich nicht vorkommen sollten.

## 12.6. Interpellation Nr. 141 Beda Baumgartner betreffend unwürdige Unterbringung von geflüchteten Menschen in Basel-Stadt

[08.11.23 15:10:32, 23.5559.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zurzeit sind viele Menschen auf der Flucht. Dies ist eine grosse Herausforderung insbesondere für die Staaten in unmittelbarer Nachbarschaft der Konflikte - aber auch für die Schweiz. Der Regierungsrat setzt sich, insbesondere seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine, dafür ein, genügend Unterkunftsplätze für die geflüchteten Menschen bereitstellen zu können.

Zu Frage 1: Aufgrund der Fluchtbewegungen kommt es zu steten Zuweisungen des SEM an die Kantone. Für die Erstaufnahme benötigt der Kanton grössere Wohnkomplexe. Die Menschen verbringen dort die ersten Monate und werden aufs selbständige Wohnen vorbereitet und beim Zurechtfinden im Basler Alltag unterstützt. Danach werden sie auf kleinere Unterkünfte im Kanton verteilt. Zusätzlich fällt per Ende November das Hochhaus an der Heuwaage weg, welches der Kanton seit Frühling 2022 zwischennutzen konnte. Die Suche nach einem zusätzlichen geeigneten Objekt ist im Gang, verlief bis heute aber leider erfolglos.

Zu Frage 2: Wenn befristet und nicht anders möglich, ist Wohnen unter Tag zumutbar. Die Unterkunft verfügt über Betten, genug von einander abgegrenzte Schlafräume, einen recht grossen Aufenthaltsraum und vor allem auch die Möglichkeit, sich draussen in Natur und frischer Luft zu bewegen. Der Regierungsrat will aber wenn immer möglich die Unterbringung unter Tag vermeiden, bzw. diese so kurz wie möglich gestalten.

Zu Frage 3: Die Armeeliegestelle Grün80 ist bisher dreimal als temporäre Asylunterkunft in Betrieb genommen worden: 2008, 2011 und 2015. Die Erfahrungen waren positiv, es gab keine grösseren Probleme. Sehr vereinzelt war ein Polizeieinsatz nötig, wenn Bewohner untereinander Konflikte hatten. In medizinisch begründeten Einzelfällen wurden Bewohner unplatziert. Mit guter Betreuung und Versorgung ist ein Aufenthalt in dieser Unterkunft verantwortbar.

Zu Frage 4: Anfang Oktober zeichnete sich der Engpass in der Erstaufnahme ab. Für Situationen dieser Art hat die Sozialhilfe mit der Betreuungsfirma ORS ein Rückfallszenario vereinbart, dass innerhalb von einem Monat ein Betreuungsteam aktiv werden kann. Die zuständigen Dienste im JSD brauchen rund drei Wochen, um die Anlage technisch bereit zu stellen.

Zu Frage 5: Die Bewohner sind nur vorübergehend unterirdisch untergebracht. Das wird bei Eintritt auch entsprechend kommuniziert. Danach werden sie auf Wohnungen über Tag untergebracht.

Zu Frage 6: Durchschnittlich drei bis sechs Monate. Bewohner der Anlage sollen aber nur solange dort wohnen, bis in den Erstaufnahmestrukturen über Tag ein Platz frei wird; nach Möglichkeit also nicht während der ganzen Erstaufnahmephase.

Zu Frage 7: Seit dem Ukrainekrieg ist die Sozialhilfe stetig daran, zusätzliche Unterkunftsplätze für geflüchtete Menschen zu finden. Für das individuelle Wohnen gibt es noch genügend Plätze, für die Erstaufnahmen fehlen diese zurzeit leider über Tag.

Zu Frage 8: Das Problem liegt nicht an der Finanzierung. Sondern es liegt daran, dass es keine zusätzliche Unterkunft in der notwendigen Grösse gibt, die dem Kanton zur Verfügung gestellt wurde.

Zu Frage 9: Der Kanton prüft auch immer wieder die Unterbringung in Hotels. So wurden zum Beispiel während der Covid 19-Pandemie und zu Beginn des Kriegs gegen die Ukraine Hotels genutzt. Zurzeit läuft gerade wieder eine Umfrage beim Basler Hotelier-Verein.



Zu Frage 10: Für die technische Bereitstellung der Anlage (z.B. Heizung, Belüftung, Wasserversorgung, Bettgestelle mit feuerfesten Matratzen aufstellen) ist der Bereich Rettung vom JSD zuständig. Die Anlage in Brüglingen ist gut ausgestattet: Es hat genug Duschen und WC für 90 Personen, genug von einander abgegrenzte Schlafräume, einen recht grossen Aufenthaltsraum und vor allem auch die Möglichkeit, sich draussen in Natur und frischer Luft zu bewegen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Beda Baumgartner (SP):* Die Unterbringung von geflüchteten Menschen im Kanton Basel-Stadt ist ein zentrales Thema in vielen Aspekten. Es ist die Frage, wie wir Menschen begegnen, die nach einem sehr beschwerlichen Weg am Ende dem Kanton Basel-Stadt zugeteilt werden, es ist die Frage, wie wir den Menschen begegnen, wie sie sich integrieren können, wie sie hier ankommen können, aber auch konkret, wie sie und wo sie die ersten Momente einer gewissen Ruhe und auch einer gewissen Sicherheit verbringen. Und in diesem Kontext finde ich es grundsätzlich sehr wichtig und gut, dass der Regierungsrat immer gesagt hat, dass er vermeiden möchte, an den Punkt zu kommen, wo wir dem Kanton Basel-Stadt zugeteilte Asylbewerber unter Tage unterbringen.

Nun sind wir trotzdem an diesem Punkt angelangt. Ich möchte Ihnen ganz klar sagen, ich habe eine grosse Erwartung an den Regierungsrat, dass er alle Möglichkeiten ausschöpft, auch auf kreative Art und Weise, um diese Situation wirklich zu vermindern. Es ist gut zu hören, dass der Regierungsrat versucht, die Anlage so gut wie möglich auszustatten. Es ist auch gut zu hören, dass dieser Aufenthalt begrenzt sein soll. Aber wenn wir von einem halben Jahr Aufenthalt unterirdisch in der Grün 80 reden, können wir nicht wirklich davon reden, dass wir eine gute Integration von diesen Personen, ein gutes Ankommen sicherstellen können.

In diesem Kontext kommt auch, wie so oft in dem Bereich Migration, ein Politikbereich zum Tragen, den man vielleicht nicht direkt verbinden würde. Vielleicht sind wir wirklich an dem Punkt angelangt, dass wir in diesem Saal noch einmal seriöser über ein Vorkaufsrecht des Kantons für gewisse Liegenschaften diskutieren müssen. Denn es ist schon absurd, dass wir teilweise eine sehr grosse Bereitschaft haben auf Seiten der Regierung, andere Lösungen zu realisieren, sich diese aber im momentanen Wohnungsmarkt schlichtweg nicht realisieren lassen. Ich finde es darum wichtig, dass man diesen Themenbereich früher oder später wieder thematisiert.

Grundsätzlich finde ich es auch gut zu hören, dass der Regierungsrat versucht, andere Zwischenlösungen, wie auch im Bereich Hotels zu finden. Ich möchte einfach mit Nachdruck noch einmal daran appellieren, dass man diese Möglichkeiten seriös und intensiv prüft. Wir haben in der Covid-Pandemie schnell und unbürokratisch Lösungen gefunden und ich finde, es gilt für alle Geflüchteten, egal welcher Herkunft, egal welchen Geschlechts, egal welchen Fluchtgrunds, dass man sich für sie in diesem Masse bemüht.

Ich bin darum mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden. Ich verstehe das Handeln des Regierungsrates, die Situation an sich ist aber nicht zufriedenstellend und ich hoffe sehr, dass wir diese in den nächsten Monaten verbessern können und dass wir im Kanton Basel-Stadt schlussendlich nie an dem Punkt sein werden, dass uns zugeteilte Asylbewerbende unter Tage leben müssen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

An dieser Stelle hat Eric Weber einen Antrag gestellt und zwar auf Diskussion zu dieser Interpellation.

Wir stimmen darüber ab.

## **Abstimmung**

Abstimmung

Ja heisst die Diskussion zu dieser Interpellation, NEIN heisst keine Diskussion.

## **Ergebnis der Abstimmung**

**1 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001943, 08.11.23 15:19:42]

**Der Grosse Rat beschliesst**



den Ordnungsantrag/Änderungsantrag abzulehnen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Antrag mit 80 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und keiner Enthaltung abgelehnt.

An dieser Stelle möchte ich eine kurze Mitteilung machen. Auf der Tribüne begrüsse ich eine Klasse des Basler Zentrums für Bildung mit Lehrperson Bastian Berger. Hallo zusammen, schön seid ihr da, herzlich willkommen.

## **12.7. Interpellation Nr. 142 Nicola Geopfert betreffend «erneute Grundrechtseinschränkung durch Repression und polizeiliche Eskalation»**

[08.11.23 15:20:19, 23.5560.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Ich beantworte diese Interpellation in Namen des Regierungsrats wie folgt:

Zu Frage 1: In erster Linie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Darüber hinaus aber auch die Durchsetzung des Kundgebungs- und Demonstrationsverbotes.

Zu Frage 2: Ja. Die Kantonspolizei Basel-Stadt hat erfolgreich die Auseinandersetzungen zwischen zwei grossen Gruppen, mit teilweise gewaltbereiten Personen verhindert.

Zu Frage 3: Zunächst wurden die Demonstrierenden und Gegendemonstrierenden von Dialog-Teams der Kantonspolizei angesprochen und abgemahnt. Dann wurden Personenkontrollen durchgeführt und Platzverweise ausgesprochen. Und schliesslich musste gegen vermummte, mit Schutzmaterial ausgerüstete und vereinzelt sogar mit Eisenstangen bewaffnete Demonstrierende durchgegriffen werden.

Zu Frage 4: Die Videoaufnahmen wurden gesichert und werden gemäss den strafprozessualen Bestimmungen der Strafverfolgungsbehörde zur Verfügung gestellt.

Zu Frage 5: Nein. Die Verfeuerung der Treibpatronen erzeugt im Mehrzweckwerfer MZW 73a lediglich den erforderlichen Druck, diese sind aber ohne Projektil ausgestattet.

Zu Frage 6: Bei der Kantonspolizei Basel-Stadt stehen bis dato nur bei der Sondereinheit 40mm Werfer der Firma B&T im Einsatz. Künftig werden aber auch andere geschulte und ausgebildete Mitarbeitende das Einsatzmittel «Safe Impact Round» – kurz SIR – einsetzen können. Dabei handelt es sich um ein sehr präzises Wuchtgeschoss, welches aufgrund der Wundballistik als nichttödlich eingestuft ist und bei geringem Verletzungsrisiko eine sehr gute Stoppwirkung auf einzelne Gewalttäterinnen oder Gewalttäter bewirkt.

Zu Frage 7: Es wurde von der Kantonspolizei am 21. Oktober 2023 weder eine neue Waffe noch das neue Einsatzmittel SIR eingesetzt. Der Vollständigkeit halber sei aber darauf hingewiesen, dass das SIR in der Schweizer Polizeilandschaft und im Polizeikonkordat Nordwestschweiz ausser bei der Kantonspolizei Basel-Stadt bei allen Polizeikörpern längst im Einsatz ist.

Zu Frage 8: Einer Person wurden aufgrund des Einsatzes von Pfefferspray von medizinisch geschultem Personal der Kantonspolizei die Augen ausgewaschen und eine andere Person erlitt eine Platzwunde am Kopf.

Zu Frage 9: Die Anhaltungen von 47 Demonstranten und Gegendemonstranten fanden an verschiedenen Orten statt. Die Demonstrierenden wurden in eine Gefangenensammelstelle in Arlesheim und die Gegendemonstrierenden, darunter fünf Minderjährige, in die Gefangenensammelstelle in Basel verbracht. Ab 19:30 Uhr wurden die an die Staatsanwaltschaft rapportierten Personen wieder entlassen.

Zu Frage 10: Die Abwehr einer Gefahr und Durchsetzung der Rechtsordnung. Die rechtlichen Grundlagen finden sich in den §§ 34 ff. des kantonalen Polizeigesetzes.



Zu Frage 11: Das betroffene Wahllokal im Kleinbasel befindet sich in der Polizeiwache Clara. Durch das Umherziehen von gewaltbereiten Splittergruppen einer Szene, die schon mehrfach polizeiliche Standorte angegriffen hat, musste das Wahllokal aus Sicherheitsgründen eine Stunde geschlossen werden.

## 12.8. Interpellation Nr. 143 Pascal Messerli betreffend «Asylnotstand im Kanton Basel-Stadt?»

[08.11.23 15:24:08, 23.5561.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er möchte es und hat das Wort.

*Pascal Messerli (SVP):* Einzelne Kantone haben bereits den Asylnotstand erklärt. Mehrere Kantone stehen bevor. Italien und Albanien stehen vor einem Deal, dass Asylgesuche nicht mehr in Italien verarbeitet werden, sondern in Albanien. Bundeskanzler Olaf Scholz, Sozialdemokrat, spricht davon, dass man in grossem Stil abschieben muss und dass man Asylverfahren ins Ausland auslagern muss. Deutschland führt Grenzkontrollen ein, zu Basel jedes Tram der Linie 8 wird aktuell kontrolliert 2015 hat die Bundeskanzlerin Merkel noch gesagt «Wir schaffen das». Die Aussagen von Bundeskanzler Olaf Scholz und die jetzigen Grenzkontrollen zeigen eher den Fakt auf, dass man es eben nicht geschafft hat.

Und auch in Basel ist man offenbar an der Grenze zum Asylchaos, wenn man jetzt die Bonergasse, die Asylunterkunft schliessen möchte, weil einfach zu viele zugeteilt werden und zu viele Gesuche momentan langfristig eingehen. Dabei war es jetzt schon so, dass in der Quartierbevölkerung sehr viele Reklamationen eingegangen sind von der Bonergasse oder in der Region im Kleinhüningen, weil dort einfach sehr viele Einbruchsdelikte stattgefunden haben, Frauen belästigt wurden, es viel Lärm in diesen Strassen gab.

Dementsprechend ist es einfach so und ein Fakt, dass Asylunterkünfte in Quartieren gescheitert sind. Die Anwohner bei der Bonergasse, werden sich freuen, dass die Unterkunft jetzt geschlossen wird, Anwohner der Grün 80 vielleicht weniger, und dementsprechend ist es einfach so, dass hier andere Lösungen gefunden werden müssen. Bevor jetzt die grosse Rassismuskeule geschwenkt wird, ich arbeite selbst wöchentlich im Asylbereich. Ich kann Ihnen sagen, es ist nicht nur im Kanton Basel-Stadt so, es ist überall so, wo grosse Gruppen auftreten, überall, wo viele junge Männer aus dem Migrationsbereich auftreten, gibt es Probleme mit der Kriminalität. Das heisst selbstverständlich nicht, dass alle kriminell sind. Ja, das gebe ich auch zu und das muss man auch deklarieren. Aber es ist natürlich so, dass überall in diesen Unterkünften oder im Umfeld Probleme mit der Kriminalität herrschen. Ich bin auch im engen Austrag im Mengen Austausch mit dem jeweiligen Sicherheitspersonal und hier werden mir von verschiedenen Standorten gleiche Berichte wiedergegeben.

Anstatt hier dieses Chaos anzuerkennen und auch beim Bundesrat zu intervenieren, sehe ich einfach vom Regierungsrat keine nachhaltige Lösung bei diesem Problem. Er sagt, man baut hier noch etwas, man man eröffnet hier und da noch etwas und zieht keine Grenze. Wir halt schon der Meinung, dass es vielleicht einfach auch eine Obergrenze benötigt und dass man vor allem auch beim Bund intervenieren muss oder auch sich einsetzen muss, dass wir den Grenzkontrollen eingeführt werden, so wie das unsere Nachbarländer jetzt zum Teil auch machen.

Ich bin sehr gespannt auf die Antwort des Regierungsrates und werde mich nachher noch einmal äussern.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat hat das Wort der Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der Regierungsrat beantwortet diese Interpellation wie folgt:

Zurzeit sind viele Menschen auf der Flucht. Dies weil in ihren Herkunftsländer Krieg herrscht, die Menschenrechte missachtet oder ihre materielle Grundversorgung nicht gewährleistet ist. Schuld an diesen Bewegungen ist also nicht der Bundesrat, sondern es sind die Fluchtursachen. Dem Regierungsrat ist es wichtig, den Basel-Stadt zugewiesenen Menschen eine angemessene Unterkunft zu ermöglichen.

Zu Frage 1: Die Anlage an der Bonergasse war von Anfang an eine befristete Unterstützung für den Bund, der gesamtschweizerisch mit einem Unterbringungsengpass in den Bundeasylzentren zu kämpfen hatte und immer noch hat. Leider hat der Ständerat verhindert, dass der Bund zusätzliche Plätze aufbauen kann und so auch in Zeiten hoher Asylgesuche genügend Strukturen hat, um seine Aufgaben zu erfüllen. Ist das nicht der Fall, schickt der Bund mehr Geflüchtete ohne Asylentscheid in die Kantone.



Die Situation an der Bonergasse wurde eng begleitet. Am ersten «Runden Tisch» im Mai 2023 wurden die Beschwerden aus der Nachbarschaft, der Schule an der Bonergasse und von Quartierorganisationen gesammelt. Massnahmen zur Verbesserung der Lage wie z.B. bessere Kommunikation zwischen der Zentrumsleitung an der Bonergasse nach aussen, häufigere Patrouillen der Sicherheitskräfte rund um die Anlage oder nachdrückliche Information an die neuen Bewohner, was Nachtruhe oder Abfall entsorgen betrifft, haben zur Beruhigung der Lage geführt. Erst im Spätsommer gab es dann wieder mehr Beschwerden. Aber nicht alle hatten mit der Bonergasse zu tun. Die Polizei war und ist dort präsent. Sie stand im September an einer gut besuchten Quartiersveranstaltung zum Thema Sicherheit Red und Antwort.

Zu Frage 2: Nein. Flucht und Migration sind eine Realität. Diese gilt es mit Strukturen und Menschlichkeit zu organisieren. Strukturen zu schaffen für rund 100'000 Geflüchtete letztes Jahr war eine Herkulesaufgabe. Bund und Kantone haben sie gemeistert. Dieses Jahr werden rund 50'000 Geflüchtete erwartet. Auch das ist anspruchsvoll, aber weiterhin zu bewältigen. Von Chaos kann keine Rede sein.

Zu Frage 3 a: Jeder Mensch hat das Recht, in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen. Es obliegt dem Bund, das entsprechende Asylverfahren rasch und fair zu vollziehen. Migranten, die kein Asylgesuch stellen, wollen meistens die Schweiz nur durchqueren, um in ein anderes Land zu gelangen.

Zu Frage 3 b: Die Richtung der Migrationsbewegungen zeigt auch in Basel klar nach Norden. Es gibt kaum Migranten, die aus Deutschland in die Schweiz kommen wollen oder in Richtung Süden unterwegs wären. Grenzkontrollen auf Schweizerboden bedeuten, dass illegal anwesende Personen von der Schweiz in ihre Heimatländer zurückgebracht werden müssten oder dass die Schweiz auf allfällige Asylgesuche eintreten müsste.

Zu Frage 3 c: Der Regierungsrat hat kürzlich eine interdepartementale Arbeitsgruppe beauftragt, Massnahmen für eine Verbesserung der Sicherheitslage in Kleinbasel auszuarbeiten.

Zu Frage 4: Aktuell sind mehrere Zentren und zahlreiche Asyl-Liegenschaften auf dem ganzen Stadtgebiet verteilt und nirgendwo gibt es gravierende Probleme. Abgesehen davon sind im Stadtkanton Alternativen zu Standorten in Wohnquartieren eher bescheiden. In Industrie- und Gewerbebezonen ist Wohnen nicht zulässig.

Zu Fragen 5 und 6: Asylsuchende sind in Basel-Stadt nur in der Empfangsphase in grösseren Unterkünften untergebracht. Danach werden sie auf kleinere Strukturen verteilt. Die Sozialhilfe mietet laufend neue Liegenschaften und einzelne Wohnungen für den Asylbereich an und wird dabei von Immobilien Basel-Stadt unterstützt. Mietverträge sind häufig auf Zwischennutzungen befristet.

Zu Frage 7: Gemäss Bundesprognosen werden Basel-Stadt auch in den kommenden Monaten rund 60 Personen monatlich zugewiesen.

Zu Frage 8: Die Hauptherkunftsländer sind derzeit Afghanistan, Türkei, Syrien und Algerien. Rund 10 Prozent von den zugewiesenen Geflüchteten sind jeweils unbegleitete minderjährige Asylsuchende.

Zu Frage 9: Die Aufgaben im Asylbereich können absehbar weiterhin in den ordentlichen Strukturen bewältigt werden. Der «Notfall Asyl» wird erst angerufen, wenn das nicht mehr möglich ist und die Kantonale Krisenorganisation aktiviert werden muss.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit dieser Antwort zufrieden ist.

*Pascal Messerli (SVP):* Ich bin mit der Beantwortung nicht zufrieden. Ich habe das Gefühl, der Regierungsrat lebt hier in einer eigenen Bubble, während in allen anderen Ländern explizit Massnahmen gefordert werden, weil man die Situation gerade nicht mehr im Griff hat, sagt der Regierungsrat, es gäbe hier kein Asylchaos. Man argumentiert, dass man in den vergangenen Jahren das Problem immer mal wieder in den Griff gekriegt hat. Das mag ja sein, aber ich glaube, irgendwann ist es halt einfach mal zu viel des Guten und dementsprechend müssen hier entsprechende Massnahmen eingeleitet werden. Ich kann Ihnen jetzt schon versichern, die SVP wird in diesem Thema dranbleiben. Wir werden ja heute noch das Sicherheitspaket diskutieren

Ich finde ich es auch sehr widersprüchlich, wenn ich beispielsweise die Interpellationsbeantwortung auf die Interpellation Kabakci höre. Dort hat der Regierungsrat ganz klar zugegeben, dass ein absoluter Missstand in Kleinbasel herrscht. Vor ein paar Monaten hat man die SVP noch ausgelacht, als man davon gesprochen hat. Nun, bei meiner Interpellation macht mal wieder so, „als gäbe es überhaupt keine Probleme oder als gäbe es diese Probleme nicht im Zusammenhang mit dem Asylmissbrauch.

Dementsprechend kann ich mit der Beantwortung nicht zufrieden sein. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir an diesem Thema dranbleiben und entsprechend weitere Vorstösse, falls nötig, einreichen werden.



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **12.9. Interpellation Nr. 144 Ivo Balmer betreffend drohende Insolvenz der Signa-Gruppe und mögliche Auswirkungen auf den Globus-Neubau in Basel**

[08.11.23 15:33:35, 23.5562.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit hat stellvertretend für Regierungsrätin Esther Keller Regierungsrätin Tanja Soland das Wort.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 7: Der Neubau des Globus ist ein privates Vorhaben. Der Kanton war als Baubewilligungsbehörde involviert, er hat jedoch keinerlei Eingriffsmöglichkeiten bezüglich der finanziellen Aspekte.

Weil es sich beim Globus-Neubau um ein Projekt an exponierter Lage handelt, verfolgt der Regierungsrat die Vorgänge selbstverständlich genau. Wie bei solchen Grossprojekten üblich, besteht ein regelmässiger Kontakt mit der Bauherrschaft. Laut deren Auskunft ist die Finanzierung des Projekts gesichert, die Bauarbeiten seien in vollem Gang.

Weitergehende Fragen nach der Finanzierung sowie zum weiteren Verlauf der Bauarbeiten bzw. einem allfälligen Baustopp, kann der Regierungsrat nicht beantworten; sie müssten direkt der Bauherrschaft gestellt werden. Der Regierungsrat verfügt über keine Grundlage, die Finanzierung privater Projekte zu hinterfragen. Vice versa sind Private nicht verpflichtet, dem Kanton über die Finanzierung ihrer privaten Projekte Auskunft zu erteilen.

Inwiefern Massnahmen des Kantons bei einem Baustopp sinnvoll beziehungsweise überhaupt rechtlich zulässig wären, wäre vertieft abzuklären. Vorderhand denkbar wäre lediglich ein Eingreifen, falls von der Baustelle im Zusammenhang mit der Stilllegung eine Gefahr ausginge oder wenn die Bewilligung für die Nutzung des öffentlichen Raums für die Baustelleninstallation ausläuft.

Aufgrund des Bankkundengeheimnisses darf die Basler Kantonalbank keine Auskunft über einzelne Geschäftsbeziehungen geben. Generell lässt sich festhalten, dass die Basler Kantonalbank eine breit diversifizierte Risikopolitik verfolgt und keine Klumpenrisiken eingeht.

Zu Frage 8: Mit der Lex Koller (Bundesgesetz vom 16. Dezember 1983 über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland, BewG, SR 211.412.41) verfügt die Schweiz grundsätzlich über ein Instrument, das den Grundstückerwerb in der Schweiz durch Personen im Ausland beschränkt. Grundstücke, die für einen wirtschaftlichen Zweck genutzt werden (die so genannten Betriebsstätte-Grundstücke), können jedoch ohne Bewilligung erworben werden. Ausländische Anleger und Anlegerinnen können solche Liegenschaften somit als blosses Kapitalanlage kaufen.

Zu Frage 9: Es gibt keine gesetzliche Grundlage, auf die sich der Regierungsrat stützen könnte, um einen Leerstand oder eine Bauruine zu verhindern. Geht ein Investor Konkurs, fällt seine Liegenschaft in die Konkursmasse, die von der zuständigen Konkursverwaltung verwaltet und liquidiert wird.

Zu Frage 10: Der Regierungsrat sieht kein grundsätzlich anderes Risiko für Leerstände oder Bauruinen bei Geschäftsliegenschaften aufgrund der 1997 erfolgten vollständigen Liberalisierung des Erwerbs von Geschäftsliegenschaften. Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass Leerstände oder Bauruinen bei ausländischen Eigentümerschaften wahrscheinlicher sind als bei Schweizer Eigentümerinnen und Eigentümern.

Zu Frage 11: Aufgrund der Antwort auf Frage 10 sieht der Regierungsrat keinen Handlungsbedarf, um sich auf Bundesebene für die Verschärfung der «Lex Koller» einzusetzen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.



*Ivo Balmer (SP):* Es ist klar, das Thema der Globus-Baustelle beschäftigt unsere Bevölkerung, und das kann man auch der Berichterstattung der letzten Wochen in den nationalen und auch lokalen Medien klar entnehmen. Was auch klar ist: Immobilienspekulation findet statt und das zeigt sich ganz konkret hier in Basel, dass wir eben nicht wissen und auch quasi der Regierungsrat nicht weiss, ob alles auch wirklich so abgeschlossen und finanziert werden kann wie angedacht. Und das ist die konkrete Auswirkung dieser Bilanz getriebenen Immobilienbewirtschaftungspraxen der Immobilienkonzerne.

Ich denke, hier müssen wir hoffnungsvoll bleiben in Basel, dass alles gut kommt und es zu keinem Baustopp kommt. Nichtsdestotrotz erwarte ich schon vom Regierungsrat, gerade wenn er im regelmässigen Austausch steht mit der Bauherrin, darüber auch zu informieren und der Bevölkerung für dieses wichtige Bauwerk aufzuzeigen, wo das gerade steht und wie das ist. Denn Baustopps sind Realität in Deutschland. In Hamburg wird nicht mehr gebaut bei den Signa-Projekten, in Berlin wird heute seit heute auch nicht mehr gebaut bei den Signa-Projekten, und das verunsichert mich immer noch.

Ein wenig befremdlich finde ich, dass nicht einmal die konkrete Frage, wer hier jetzt die Bauherrin ist, beantwortet wird. Man kann es den Medien entnehmen. Ich hoffe, das stimmt, ansonsten muss man halt das entsprechende Baugesuch selbst noch einmal überprüfen.

Das Prinzip Hoffnung wird uns hier weiterleiten und dass ich bei der Lex Koller keine Verbündeten im Regierungsrat gefunden habe, erstaunt mich nicht weiter. Ich bin deshalb teilweise zufrieden mit der Beantwortung meiner Interpellation.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **12.10. Interpellation Nr. 145 Raffaella Hanauer betreffend Rechtsstaatlichkeit des radikalen Demoverbotes der Kantonspolizei Basel-Stadt**

[08.11.23 15:41:42, 23.5564.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen und hat das Wort.

*Raffaella Hanauer (GAB):* Die Grundrechte der Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit sind ein hohes Gut und wertvoll für die Demokratie. Sie dürfen nur im Rahmen einer Einzelfallprüfung und verhältnismässig eingeschränkt werden. Es gab beim radikalen Demoverbot vom vorletzten Wochenende weder eine Einzelfallprüfung von Kundgebungen noch ist es verhältnismässig, jegliche Demonstrationen mit der Begründung des Nahostkonfliktes zu verbieten, und das noch dazu an einem Wahlwochenende. Warum sollte eine Kundgebung gegen den Rechtsrutsch verboten werden mit der Begründung des Nahostkonfliktes? Warum sollte eine Demo zum Beispiel für den Erhalt der Biodiversität oder für bessere Arbeitsbedingungen des Lehrpersonals oder was es auch sonst noch an sehr legitimen Anliegen gibt, verboten sein aufgrund des Nahostkonfliktes?

Weitere Fragen stellen sich mir auch zur Rechtsstaatlichkeit und zur juristischen Zulässigkeit dieses Radikalverbots. Warum und seit wann und mit welchem Recht kann die Polizei generelle Verbote aussprechen? Gemäss Polizeigesetz ist Notrecht in der Kompetenz des Gesamtregierungsrates. Daher stellen sich einige wichtige Fragen, die geklärt werden müssen. Kritik kommt nicht nur von mir und anderen in diesem Saal. Kritik kommt auch von anderen Absendern. Das UNO-Menschenrechtsbüro und Amnesty international übten scharfe Kritik am radikalen Demoverbot aus, welches die Polizei unter der Führung der Departementsvorsteherin erlassen hat. Das war kein Regierungsratsbeschluss. Und damit haben das Departement und die Departementsvorsteherin auch mein Vertrauen verloren in ihre Fähigkeit, das JSD grundrechtskonform zu leiten.

Nun, ich erhoffe mir, dass durch die Beantwortung meiner Fragen ein gewisses Vertrauen wiederhergestellt werden kann.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Ich beantworte diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt:

Zu Frage 1: In jüngster Vergangenheit gab es kein vergleichbares generelles Kundgebungs- und Demonstrationsverbot.





Zu Frage 2: Die Einschränkungen an einem einzelnen Wochenende sind nach Ansicht des Regierungsrates aufgrund der angespannten Sicherheitslage im internationalen Kontext vertretbar.

Zu Frage 3: Zu einer Verlagerung kam es nicht. Bei einer Demonstration war von Anfang an ein trinationaler Marsch geplant. Die Kantonspolizei stand im Austausch mit den Behörden in Deutschland und Frankreich.

Zu Frage 4: Nein.

Zu Frage 5: Aufgrund der schrecklichen Ereignisse im Nahen Osten und der damit verbunden sorgfältigen Lagebeurteilung drohte die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch die Kantonspolizei im Falle von gewalttätigen Ausschreitungen anlässlich von Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen nicht mehr gewährleistet werden zu können. Aus diesem Grund wurden Demonstrationen und Kundgebungen für einen sehr begrenzten Zeitraum verboten.

Zu Fragen 6 und 7: Die Kantonspolizei hat sich beim Erlass der Polizeivorschriften vom 18. Oktober 2023 nicht auf Notrecht, sondern auf ihre Kompetenz zur Bewilligung von Umzügen, Demonstrationen und Kundgebungen in § 14 der Strassenverkehrsverordnung sowie §§ 1 und 2 des Polizeigesetzes gestützt.

Zu Frage 8: Die Polizeivorschriften werden von der Kantonspolizei Basel-Stadt verfügt, wie es jeweils auch im Ingress ausdrücklich festgehalten ist.

Zu Frage 9: Sowohl die Individualverfügung als auch die Allgemeinverfügungen regeln einen bestimmten Sachverhalt im Einzelfall und stützen sich im Kanton Basel-Stadt auf die §§ 38 ff. des Organisationsgesetzes. Die Allgemeinverfügung richtet sich an einen offenen Adressatenkreis und die Individualverfügung an ein Individuum.

Zu Frage 10: Das Instrument der Polizeivorschrift als solches ist nicht gesetzlich geregelt. Die Kantonspolizei nutzt die Bezeichnung Polizeivorschrift für Allgemeinverfügungen wie die Fasnachts- oder Feuerwerksvorschriften.

Zu Frage 11: Das generelle Kundgebungs- und Demonstrationsverbot wird angesichts der heiklen Lage und der kurzen Zeitdauer als verhältnismässig angesehen.

Zu Frage 12: Die Allgemeinverfügung wurde in den Printmedien, im Radio, Fernsehen sowie im Internet bekannt gemacht und anschliessend auch noch im Kantonsplatz publiziert, leider tatsächlich unter der falschen Rubrik.

Zu Frage 13: Jede Demonstration geniesst grundrechtlichen Schutz, aber dieser kann bekanntlich mit gesetzlicher Grundlage, im öffentlichen Interesse und unter Wahrung der Verhältnismässigkeit eingeschränkt werden.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Raffaella Hanauer (GAB): Es ist auch nach den Antworten für mich immer noch höchst fragwürdig, ob dieses Verbot rechtsstaatlich haltbar ist. Die Fragen in meiner Interpellation waren klar formuliert, wie auch schon die Fragen zum Polizeieinsatz von Nicolas Goepfert. Die Antworten hingegen waren ausweichend und unklar. Schon bei der Begründung des Verbots hat das JSD und die Polizei es nicht geschafft, eine konkrete Herleitung dieses Verbots zu liefern. Auch dies wurde mehrfach kritisiert in den Medien.

Jetzt wäre ein wichtiger Moment gewesen, um wieder Vertrauen in die Polizei und die Departementsvorsteherin herzustellen. In meinen Augen hat man diese Chance nun verstreichen lassen. Es ist wichtig, dass man darauf vertrauen kann, dass das JSD und die Polizei die Grundrechte der Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit gewährleisten und schützen.

Meine Frage zur jüngsten Vergangenheit, ob es so ein Demonstrationsverbot schon einmal gab, haben Sie mit Nein beantwortet. Ich erinnere an die Corona-Pandemie, und ich hätte mir hier tatsächlich eine kompetentere Einordnung in die jüngste Geschichte gewünscht. Auf die wichtigsten Fragen gab es heute keine Antworten. Ich verweise auf die Fragen 5 und 6. Die Frage 5 stellte ich wie folgt: Auf welcher Rechtsgrundlage begründet die Kantonspolizei, dass sie das Recht hat, allgemeingültige Verbote über längere Zeit zu erlassen? Und die Frage 6 bezieht sich auf § 8 Abs. 1 des Polizeigesetzes und lautet: Kann einzig der Regierungsrat ein Notrecht anordnen? Warum hat sich die Kantonspolizei nicht an den Regierungsrat gewandt?

Beide Fragen wurden nicht beantwortet, hingegen sagen Sie, dass Sie sich mit diesem Demonstrationsverbot auf § 14 der Strassenverordnung stützen. Dort geht es um die Bewilligungspflicht. In diesem Paragraph ist geregelt, dass die Polizei Bewilligungen erteilen oder nicht erteilen kann. Dieser Paragraph gibt der Polizei jedoch in keiner Weise die Kompetenz, allgemeingültige Verbote auszusprechen. Sie können nicht einfach ein Verbot erlassen und damit aber nur meinen, dass Sie keine Bewilligungen mehr erteilen. Das ist nicht dasselbe. Und das sollte eigentlich auf der Hand liegen. Auch Kundgebungen ohne Bewilligungen haben einen grundrechtlichen Schutz, das hat auch der Staatsrechtsprofessor Markus Schefer schon öfters ausgeführt.



Ich befürchte, dass die Kantonspolizei hier auf ihrem Deeskalationskurs ihre Kompetenzen überschritten hat. Ich stelle zudem unter der Führung von Regierungsrätin Stephanie Eymann eine starke Tendenz fest, die Grundrechte immer stärker einzuschränken und deshalb werden wir ein Auge darauf halten. In diesem Fall ist es angebracht, und es wird bestimmt ein juristisches Nachspiel haben.

Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Regierungsrätin Stephanie Eymann möchte eine Replik zur Interpellation und hat das Wort.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Ich möchte nicht auf die persönlichen Anschuldigungen eingehen. Das ist nicht der Rahmen hier um zu replizieren, aber doch ein Wort. Was Sie am Schluss doch richtig erkannt haben, aber nicht unbedingt in ihrer Stellungnahme auf unsere Antwort.

Es sind diverse Rekurse hängig in dieser Sachfrage und dementsprechend werden diese Fragen genau da geklärt, wo sie geklärt werden können und müssen, nämlich auf dem Gerichtsweg. Deshalb ist es hier auch schlicht nicht mehr möglich, irgendwelche Ausführungen zu machen, weil der Rechtsweg bereits beschritten wurde. Dies einfach zu zur Klarstellung.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

### **12.11. Interpellation Nr. 146 Joël Thüning betreffend Grüsel-Belag! Wird der millionenteure und bereits verdreckte Belag in der Freien Strasse einfach so akzeptiert?**

[08.11.23 15:51:43, 23.5565.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet.

### **12.12. Interpellation Nr. 147 Lisa Mathys betreffend radikales Demoverbot kostet Basel Ansehen - und viel Geld**

[08.11.23 15:52:01, 23.5566.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen und hat das Wort.

*Lisa Mathys (SP):* Ich möchte ganz kurz begründen. Es gibt mir wirklich zu denken und macht mir Sorgen, wenn Basel-Stadt öffentlich von der UNO gerügt wird. Es ist ein echt schlechtes Gefühl zu erleben, wie eine solch massive Mobilisierung von Polizeikräften in unserer Stadt stattfindet, ohne zu erkennen, dass irgendeine Verhältnismässigkeit gegeben wäre. Es macht mir eben auch Sorgen, mir vor Augen zu führen, wie viel Geld wir für einen solchen Einsatz ausgeben. Ich bin sehr gespannt auf die Beantwortung.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Ich beantworte diese Interpellation im Namen des Regierungsrats wie folgt:

Zu Frage 1: Eine Sprecherin des UNO-Menschenrechtsbüros hat die Behörden via Presse aufgerufen, unnötige oder unverhältnismässige Versammlungsbeschränkungen mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Ob das für ein einzelnes



Wochenende geltende Kundgebungs- und Demonstrationsverbot unverhältnismässig war, kann letztlich nur ein Gericht entscheiden. Gegen die Allgemeinverfügung der Kantonspolizei sind Rekurse hängig.

Zu Frage 2: Die Städte haben die Kundgebungs- und Demonstrationsverbote abgesprochen. Nach sorgfältiger Lageeinschätzung für Basel-Stadt erachtete die Kantonspolizei das von Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen ausgehenden Risiko von Eskalationen aufgrund der schrecklichen Ereignisse im Nahen Osten als so gross, dass sie ein generelles Verbot erliess.

Zu Frage 3: Nein. Der Regierungsrat wüsste auch nicht, worauf er und die anderen Städte reagieren sollten. Offiziell ist von der UNO nie etwas eingegangen.

Zu Frage 4: Die Gesamtkosten können noch nicht ermittelt werden – zumal die externen Kosten noch nicht in Rechnung gestellt wurden.

Zu Frage 5: Die Luftwaffe der Schweizer Armee war mit einem Helikopter im Einsatz, weil die Kantonspolizei Luftaufklärung benötigte.

Zu Frage 6: Aus dem Helikopter wurden aktuelle Lagebilder an die Kantonspolizei übermittelt. Der Helikopter stand etwa drei Stunden im Einsatz. Aufgrund des den Kantonen zur Verfügung stehenden Flugkontingents fallen keine Kosten an.

Zu Frage 7: Der Helikopter flog bewusst in einer Höhe zwischen 1800 und 3000 Metern über Meer. Die Lärmemissionen waren dadurch verhältnismässig gering.

Zu Frage 8: Nein. Dank des Einsatzes der Kantonspolizei konnten nennenswerte Sachbeschädigungen mutmasslich erst verhindert werden.

Zu Frage 9: Tatsächlich wurden durch den Einsatz von Zwangsmitteln zwei Personenwagen leicht beschädigt. Die Schadenssumme ist noch nicht beziffert, dürfte aber gering sein. Zudem touchierte ein Fahrzeug der Stadtpolizei Zürich ein parkiertes Auto. Es handelt sich jeweils um rapportierte Haftpflichtfälle, welche über Versicherungen abgewickelt werden.

Zu Frage 10: Ja. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung darf nicht aufgrund von Kostenfolgen eingeschränkt werden.

Zu Frage 11: Nein. Die Kantonspolizei gelangte aufgrund der Situation im Nahen Osten zur Einschätzung, dass Demonstrationen aus Sicherheitsgründen heikel gewesen wären. Das generelle Demonstrationsverbot bezweckte denn auch einzig die Deeskalation.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Lisa Mathys (SP):* Ich möchte noch einmal betonen, dass es mir echt grosse Sorgen macht, wenn unser Kanton von der UNO gerügt wird und es die Regierung weder für angemessen hält, nachzufragen, noch medial zu dieser Rüge Stellung zu nehmen. Mit der Äusserung einer solchen Organisation sollte nicht so leichtfertig umgegangen werden.

Zu den Gesamtkosten: Wir kennen ja die Zahlen des Einsatzes vom 1. Mai, damals haben Sie gesagt, dass es 600'000 Franken kostete, natürlich nicht eingerechnet der Helikopter, dazu kommen wir noch. Ich möchte an dieser Stelle meine Erwartung formulieren, dass die Zahlen auch für diesen Einsatz noch nachgeliefert werden und die Medienschaffenden dazu einladen, bei Gelegenheit nachzufragen. Ich gehe schon davon aus, dass das in einem ähnlichen Rahmen sich belaufen muss wie beim 1. Mai.

Zum Helikopter: Sie sagen, dass dieser Einsatz nichts kostet, weil es Flugkontingentstunden sind, die man bezieht. Ich finde das eine schwierige Antwort. Selbstverständlich kostet dieser Flugeinsatz etwas, ob es nun die kantonalen oder die Bundesfinanzen sind, ist egal. Es kostet den Steuerzahler und die Steuerzahlerin Geld, und ich fände es wirklich hilfreich, wenn man das beziffern könnte. Ich kenne auch keine Verpflichtung, dass man alle diese Kontingentstunden innerhalb eines Jahres ausschöpfen muss.

Dann zur Aussage, dass dieser Helikopter drei Stunden im Einsatz war: Also entweder ist mein Empfinden völlig abhandengekommen, aber ich habe diesen Helikopter vor dem Mittagessen gehört, ich weiss das, und ich habe ihn am Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr immer noch gehört. Entweder haben die da oben Pause gemacht und dann zählen diese Stunden nicht zum Einsatz, aber sie sind einfach weiter geflogen, oder diese Zahl stimmt nicht. Ich bitte Sie, dies noch einmal zu überprüfen.

Zu den Sachbeschädigungen, die nicht stattgefunden haben von Seiten der Kundgebung: Die Aussage, dass diese durch die Kantonspolizei verhindert wurden und sonst mutmasslich stattgefunden hätten, ist eine pure Unterstellung, die ich falsch finde. Wir kommen zu den Sachbeschädigungen, die durch den Polizeieinsatz erfolgt sind. Sie sagen, dass zwei Personenwagen leicht beschädigt wurden. Ich habe Bilder herausgesucht aus den Medien, die im Umlauf waren, und ich



glaube, ich kann diese hier zeigen. Das ist ein leicht beschädigter Roller. Der kommt hier gar nicht erst vor und das ist ein Bild aus der Basler Zeitung. Ich hoffe, ich habe das Copyright hiermit nicht verletzt. Das ist ein ebenfalls leicht beschädigtes Fahrzeug und dann gerne noch das dritte Bild. Auch diese Beschädigung würde ich persönlich jetzt nicht als leicht bezeichnen. Ich finde wirklich, dass wir das anders verdient haben, dass wir da wirklich mit echten Tatsachen auch beliefert werden.

Dann die Beantwortung zur Verhältnismässigkeit (Frage 10): Ich finde die Antwort, dass dieser Einsatz von der Regierung als verhältnismässig eingeschätzt wurde, zeigt das ganz ganz grosse Problem. Aus meiner Sicht ist wirklich das Mass für die Verhältnismässigkeit völlig abhanden gekommen in diesem Zusammenhang. Ich kann nicht glauben und ich will mich nicht damit abfinden, dass wir solche enorme Geldsummen ausgeben. Ich glaube an andere Strategien. Ich will endlich eine Deeskalationsstrategie sehen, die funktioniert.

Und damit kommen wir auch zur letzten Frage. Sie schreiben oder sagen, dieses Verbot bezweckte die Deeskalation. Ja, hat nicht funktioniert. Deshalb bitte ich Sie wirklich, eine andere Strategie zu entwerfen und zu etablieren, die tatsächlich eine Deeskalationsstrategie ist, anstatt dass wir weitere Eskalationsmomente durch Polizeieinsätze erleben. In diesem Sinne bin ich natürlich zu wenig überraschend nicht zufrieden.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

### **13. Antrag 1 Andrea Strahm und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative zur Einführung einer nationalen Elternzeit**

[08.11.23 16:01:04, 23.5448.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Eingetragen hat sich Nicole Amacher.

*Nicole Amacher (SP):* Ja, wir stimmen der Mitte zu, es braucht endlich eine echte Elternzeit. In der Schweiz, wird praktisch alle unsere Nachbarländer mit mindestens 40 Wochen ganz selbstverständlich kennen. Da stimmt die SP vollkommen zu. Eine echte Elternzeit ist auch in der breiten Bevölkerung ein grosses Bedürfnis. Laut einer Studie von Sotomo vom April dieses Jahres sind 57 Prozent der Bevölkerung für eine ausgebauten Elternzeit und dies aus absolut gutem Grund.

Denn eine Elternzeit, wie es auch die EKFF vorschlägt, hat substantiell positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder, auf Familien, auf gleichstellungs- und gesundheitspolitischer Ebene, und erwiesenermassen sehr positive Effekte auf die Wirtschaft. So sorgt sie für mehr Arbeitskräfte, denn sie hat positive Auswirkungen auf die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Mütter, wirkt also dem Fachkräftemangel entgegen und erhöht zudem die Steuereinnahmen.

Um eine gute nationale Elternzeit zu bekommen, ist diese Standesinitiative insbesondere mit diesem Wortlaut ein zu schwaches Instrument, ohne jegliche Garantie und bringt uns nicht weiter. Wir können die vorliegende Standesinitiative inhaltlich nicht mittragen. Die Vorgabe von 20 Wochen und davon zwingend 14 Wochen für die Mutter, kommt schon als Kompromissvorschlag daher und verhindert in unseren Augen die Möglichkeit einer paritätischen Aufteilung der Elternzeit. Auch wenn diese Angaben als Mindestforderung formuliert sind, wir wissen, was daraus in Bern gemacht wird.

Wir begrüssen, dass die Mitte jetzt für eine nationale Elternzeit bereit ist und zählen auf die zukünftige Unterstützung. Eine nationale Elternzeit wäre schon in der Vergangenheit möglich gewesen. Also es ist wirklich keine neue Idee. Die SP setzt sich auf kantonaler, aber auch auf Bundesebene seit Jahren für eine echte Elternzeit ein. So forderte eine Motion von SP-Nationalrat Rätin Nadine Masshardt 2019 die Einführung einer nationalen Elternzeit, was aber vom Bundesrat und der bürgerlichen Mehrheit inklusive der CVP, jetzt Mitte, leider abgelehnt wurde. Und somit sind die bürgerlichen Parteien mitverantwortlich für die derzeitige Blockade.

Viel wirkungsvoller als diese Standesinitiative, und was wir dringend brauchen, ist ein erneuter griffiger Vorstoss auf Bundesebene, den Ihr, liebe Mitte, und hoffentlich auch weitere Parteien, unterstützt. Das bringt uns voran. Die SP Basel-Stadt will national nicht weniger, als wie bereits in Basel-Stadt mit der Motion Wyss Gölge, die sich auf die Empfehlung der EKFF von 38 Wochen abstützt, und die von Ihnen in einen Anzug umgewandelt wurde. Zudem haben Sie im April den Anzug Amacher, der sich auf die Motion Wyss Gölge bezieht, und nämlich speziell auf den Vorschlag 3 aus der Antwort der Regierung, freiwillige Vorlesung mit Staatsbeitrag zur Umsetzung auffordert, auch überwiesen.



Also ja, die SP Basel-Stadt will eine nationale Elternzeit und zwar eine wirkungsvolle. Das können und müssen wir uns auch in der Schweiz leisten. Aber leider erreichen wir das nicht mit dieser Standesinitiative. Deshalb können wir diese nicht unterstützen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Oliver Thommen.

*Oliver Thommen (GAB):* Es ist Herbstmessezeit und damit auch schon bald Weihnachtszeit, und das Schöne an dieser Spätherbstzeit ist, die Wahlkampfzeit ist vorbei. Und die Vorstösse, die von einer Fraktion unterschrieben wurden, um ein Thema im Wahlkampf noch zu setzen, sind dann vorüber. Wir können das dann geniessen, bis dann im nächsten Frühling/Sommer dann wieder die Wahlkampfvorstösse kommen.

Nichts desto trotz möchte ich der Mitte danken. Ich bin ähnlich wie Nicole Amacher froh, dass sich hier auch eine Mittepartei klar zur Elternzeit bekennt und diese auch ausbauen möchte und auch auf der nationalen Ebene sich dafür einsetzen müsste. Das GAB lehnt aber diese Standesinitiative ebenso wie die SP ab, und das aus zwei Gründen. Das Inhaltliche hat verdankenswerterweise Nicole Amacher schon gesagt, ich kann mich dem restlos anschliessen. Bezüglich strategischer Ebene stelle ich mir wirklich folgende Frage. Der Kanton Basel-Stadt reicht eine Standesinitiative bei der Bundesversammlung ein. Es wird dort darüber debattiert über eine Lösung, die von Sibel Arslan, Katja Christ, Eva Herzog, Sarah Wyss – die sind die Gewählten im Nationalrat und im Ständerat – wahrscheinlich nicht mal mitgetragen würde. Bei Patricia von Falkenstein bin ich nicht sicher, ob sie diese Lösung, so wie sie hier präsentiert wird, mittragen würde, aber die Mehrheit unserer eigenen Abgesandten müsste diese Standesinitiative ablehnen. Da können wir uns schon fragen, was senden wir für ein Zeichen nach Bern als Kanton, wenn wir eine Standesinitiative einreichen, die unsere eigenen Leute dann gar nicht gut finden. Also ich kann das wirklich nicht nachvollziehen.

Aber wie gesagt, ich danke, dass sie sich dafür einsetzen und ich hoffe, dass Sie sich dafür einsetzen, wenn dann im Bundesparlament endlich eine Lösung kommt, die ein bisschen progressiver ist, und dass sich Ihre Vertreterinnen Vertreter dann vielleicht auch für einen gut schweizerischen Kompromiss einsetzen, den Sie sich hier ja wünschen. Ich denke, Basel-Stadt muss nicht dieses Zeichen setzen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist der Luca Urgese.

*Luca Urgese (FDP):* Den einleitenden Bemerkungen von Oliver Thommen kann ich mich vorbehaltlos anschliessen. Diese Standesinitiative ist ein Widerspruch in sich. Sie kritisiert, dass heute alte Rollenbilder zementiert werden. Sie kritisiert das Ungleichgewicht zwischen Mann und Frau. Sie spricht von der Benachteiligung der Frauen und macht dann in ihrer Forderung genau dasselbe, indem sie ein eben solches Ungleichgewicht festschreiben will mit diesem Verhältnis von 14 zu 4 Wochen, die ja dann fix vorgeschrieben werden sollen. Sie kritisiert im Begründungstext konkrete Wochenvorgaben und schreibt dann in den Ziffern 2 und 3 fixe Anteile vor für Mann und Frau. Sie fordert eine Lösung, die von der Wirtschaft getragen wird, hat es aber offensichtlich verpasst, mit ebendieser Wirtschaft zu sprechen, wenn man sich die Empfehlungen aus der Wirtschaft zu diesem Vorstoss ansieht. Und schliesslich schreibt sie, dass verschiedene Lösungen geprüft werden sollen auf Chancen und Machbarkeit, weiss aber dann offensichtlich schon die richtige Lösung, denn sie verlangt ja keine Prüfung, sondern sie macht dann einen konkreten Vorschlag und stellt eine konkrete Forderung auf.

Das kann ich zwar durchaus nachvollziehen, denn eine solche Prüfung zu fordern, würde auch gar keinen Sinn machen, denn der Bundesrat hat bereits einen solchen Prüfungsauftrag und die Prüfung ist in Gange und das Ergebnis ist für diesen Winter angekündigt. Die Prüfung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen, die Prüfung der verschiedenen Varianten, das gibt es schon, dafür braucht es auch keine Standesinitiative.

Wir sollten darauf verzichten, solche widersprüchlichen Standesinitiativen nach Bern zu schicken, inklusive strategische Überlegungen des Kollegen Thommen, wo der Begründungstext nicht mit der Forderung übereinstimmt, denn das würde definitiv kein gutes Licht auf unseren Stand werfen. Deshalb lehnen Sie bitte diese Standesinitiative ab.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Sie haben es gesehen, wir sind für die Überweisung der Standesinitiative. Die Einführung einer nationalen Elternzeit zur Förderung der Gleichstellung ist ein Kernanliegen der Grünliberalen. Die Forderung nach Elternzeit wird auch Umfragen zufolge von einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit unterstützt. Die bestehende nationale



Gesetzgebung behindert die Geschlechtergleichstellung im Berufsleben der Frauen, die hauptsächlich das Risiko tragen, ihre Arbeitsplätze zu verlieren oder aufzugeben.

Um die Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarktpartizipation beider Elternteile nach der Geburt zu fördern, sind Anpassungen der gesetzlichen Regelung notwendig. Es gilt, ein Modell einzuführen, das die gemeinsame Betreuungsverantwortung der Eltern ins Zentrum stellt. Im Kanton Basel-Stadt haben wir erst diesen Juni über eine kantonale Elternzeit diskutiert. Diverse Stimmen haben den Vorstoss abgelehnt mit dem Wunsch nach einer einheitlichen nationalen Regelung anstelle eines Basler Finish.

Die vorliegende Standesinitiative bietet Hand dazu. Nun kann man sich fragen, warum ausgerechnet die GLP die Standesinitiative unterstützt, da wir ja selbst eben, wie es gesagt wurde, jederzeit einen entsprechenden Vorstoss im Nationalrat einreichen können. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, das haben wir bereits getan. Auf nationaler Ebene hat unsere Nationalrätin Kathrin Bertschy für die Einführung einer Elternzeitdruck gemacht, erhielt aber in den Gremien bisher keine Zustimmung. Es geht also nicht vorwärts.

Das Hauptargument gegen die Elternzeit waren die Kosten. Die GLP Basel sieht Möglichkeiten, diese finanziell ausgewogen zu gestalten, indem die Bewertung von Betreuungsarbeit zu Hause unabhängig von beruflichen oder Bildungsbezogenen Faktoren erfolgt. Diesen Aspekt wollen wir mit einer neu Behandlung des Geschäfts in Bern einbringen. Die GLP ist der Meinung, dass die vorliegende Standesinitiative dehnbare Bedingungen festlegt, um nochmals verschiedene Modelle zur Einführung einer nationalen Elternzeit zu prüfen und also Raum für Lösungsfindungen lässt. Wir sind denn auch der Meinung, dass vor allem Punkt 3 der Bedingungen in Bundesbern diskutiert werden muss. Die GLP setzt sich klar für eine paritätische Elternzeit ein, und der Anspruch auf Vaterschaftsentschädigung sollte nur bestehen, wenn beide Eltern nach der Geburt erwerbstätig sind.

Die derzeitigen 14 Wochen Mutterschaftsurlaub und zwei Wochen Vaterschaftsurlaub sind nach Meinung der GLP zu knapp, um eine angemessene externe Kinderbetreuung aufzugleisen, die den Ansprüchen an ein modernes Familienleben unter Berücksichtigung der kindlichen Bedürfnisse entspricht. Letztendlich wollen wir Grünliberalen die wachsende familiäre Vielfalt stärken und ebenso von der traditionellen Rollenverteilung wegkommen, in der Frauen immer noch oft berufliche Einschränkungen hinnehmen oder den Arbeitsmarkt aufgrund von Mutterschaft verlassen.

Weil unsere Präferenz bei einer nationalen Lösung im Vergleich zu einer kantonalen Lösung liegt, und da die Standesinitiative ausbaubare Bedingungen und Vorschläge zur Einführung einer nationalen Elternzeit prüfen soll, empfehlen wir sie zur Überweisung. Ja, das Instrument mag nicht optimal sein und ja, der Wahlkampf ist vorbei, aber als Gleichstellungspartei werten wir es als starkes Pro-Elternzeit-Signal aus Basel nach Bern für eine moderne und liberale Gesellschaft.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist André Auderset.

*André Auderset (LDP):* Sie haben gesehen, die LDP hat ein Minus eingetragen. Das liegt daran, dass wir davon ausgehen, dass wir Standesinitiativen sowieso nur als ein Instrument des absoluten Notfalls betrachten und eigentlich gar keiner Standesinitiative zustimmen. Wenn wir aber einer zustimmen würden, dann deshalb, weil für den Kanton Basel-Stadt ein spezielles Problem besteht, das wir damit den eidgenössischen Räten zur Kenntnis bringen wollen.

Das ist hier überhaupt nicht der Fall. Das ist wirklich eine gesamte eidgenössische Geschichte. Entweder macht man das oder man macht es nicht. Darum geht es jetzt meines Erachtens gar nicht. Aber wenn man das macht, dann sicher auf eidgenössischer Ebene. Es wird ja auch so in der Standesinitiative gefordert, eine nationale Elternzeit, und wenn man das will, dann bitte wenden Sie sich an den jeweils Ihnen nahestehenden nationalen Vertreter, die nationale Vertreterin in Bern, die dann einen entsprechenden Vorstoss einbringen können.

Im übrigen hat mir unsere Nationalrätin Patricia von Falkenstein erklärt, dass es eine Unzahl solcher Vorstösse bereits gibt in Bern. Die soll man doch zuerst abarbeiten. Was es sicher nicht braucht, ist jetzt noch eine Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt. Und deshalb empfehlen wir Ihnen, dem nicht zuzustimmen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat die Antragstellerin Andrea Strahm das Wort.

*Andrea Strahm:* Ich kann Sie beruhigen, es ist kein Wahlkampftool, das wir hier lanciert haben. Vielmehr geht der Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative auf einen Wunsch der Jungen Mitte Schweiz zurück. Er wurde bereits in neun Kantonen eingereicht, und im Baselbiet nur ganz knapp abgelehnt. Wenn wir ihn hier also so massiv ablehnen, dann sieht das schlecht aus.



Jedenfalls hat die Fraktion die Mitte / EVP sich entschieden, den Antrag zu unterstützen. Ich staune nun, wenn er ausgerechnet von links abgelehnt wird, und zwar mit Argumenten, die ich sachlich schlicht nicht nachvollziehen kann. Ich habe den leisen Eindruck, dass es hier um Vergangenheitsbewältigung geht, weil wir Sie offenbar noch unter dem Namen CVP offenbar einmal nicht unterstützt haben. Das tut mir natürlich aufrichtig leid, aber Sie haben jetzt die Gelegenheit, dies zu korrigieren.

Die derzeitige geltende Regelung sieht einen Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen und einen Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen vor. Die Väter müssen diesen innert sechs Monaten ab Geburt beziehen. Der Mutterschaftsurlaub wird teilweise schon vor der Geburt angerechnet, insbesondere wenn die Schwangerschaft in den letzten Wochen die Berufstätigkeit erschwert. Diese Zeit fehlt Eltern und Kind nach der Geburt. Die derzeitige Regelung der Elternzeit ist nicht mehr zeitgemäss. Dies gilt insbesondere für die unterschiedlichen Urlaube für Mütter und Väter. Ja, eine Frau, die geboren hat, ist natürlich körperlich gefordert. Sie stillt und leistet insofern einen grösseren Beitrag an die Geburt des Kindes, und das tut der Vater physisch insofern nicht. Anders als früher lebt eine Familie heute aber nicht mehr in einem grösseren Familienbund mit helfenden Grossmüttern und Tanten. Gerade weil die neugebackene Mutter körperlich mit Umstellungen zu kämpfen hat benötigt sie Unterstützung, und hier insbesondere diejenige des Kindsvaters. Zudem ist es für die Bindung auch des Vaters an das Kind essentiell, dass er möglichst früh die Betreuung mitgestalten und eine Beziehung zum Kind aufbauen kann. Eltern sind ein Tandem, und um Zwischenfragen zuvorzukommen, man kann den vorderen Sitz durchaus abwechselnd besetzen, denn die Sattelhöhe lässt sich variieren.

Wir investieren sehr viel in die Ausbildung junger Leute. Ein Studium kostet den Staat je nach Fakultät mehrere hunderttausend Franken. Aber auch ohne Studium kosten die jungen Leute die Gesellschaft eine Menge Geld, bis sie endlich flügge sind, bis sie Eltern sind. Es ist deshalb zentral, dass sie, wenn sie wollen, einer Erwerbstätigkeit nachgehen können, auch dann, wenn sie Kinder haben. Sie werden dies eher tun, wenn die Belastung erträglich ist.

Bleiben Eltern berufstätig, entfällt eine Eingliederung. Sie bleiben oder werden Steuerzahlende und tragen dazu bei, die Investitionen, die man in sie steckte, wieder zu amortisieren. Das gilt für Frauen und Männer gleichermaßen, und stehen beide Elternteile auf gesunden finanziellen Füßen, gibt es bei Trennungen weniger Elternteile, die auf Sozialhilfe oder andere Unterstützungen angewiesen sind.

Wenn Ihnen diese Standesinitiative zu wenig oder zu weit geht oder wirtschaftlich bedenklich, dann ist zu beachten, dass sie genau aus diesem Grund so formuliert ist, dass jetzt die Bundesversammlung darüber soll und eine sorgfältige Auslegeordnung machen kann und auch eine Vorlage vorlegen kann, die von links bis rechts akzeptiert wird. Es hat keinen Sinn, hier präziser zu werden und nachher scheitert die Vorlage. Ich sehe zwar schwarz angesichts der Voten. Ich hoffe dennoch auf Unterstützung und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von André Auderset. Sie wird angenommen.

*André Auderset (LDP):* Sie haben ganz stolz gesagt, dass neun Standesinitiativen bereits auf dem Tisch in Bern liegen. Liegt damit nicht genügend Papier auf dem Tisch in Bern in dieser Angelegenheit? Wieso braucht es noch eine zehnte?

*Andrea Strahm (die Mitte/EVP):* Ich glaube das liegt elektronisch vor (*Heiterkeit im Saal*).

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

## **Abstimmung**

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**16 Ja, 73 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001953, 08.11.23 16:22:21]

## **Der Grosse Rat beschliesst**

Die Standesinitiative nicht zu überweisen.



Die Standesinitiative

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Antrag abgelehnt mit 73 Nein-Stimmen bei 16 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

#### **14. Antrag 2 Joël Thüring auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend "Mehr Geld zum Leben – Reduzierter Mehrwertsteuersatz für Strom"**

[08.11.23 16:22:36, 23.5516.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug auf Erreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Eingetragen hat sich zuerst Daniel Sägesser. Er hat das Wort.

*Daniel Sägesser (SP):* Die SP-Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen, dies aus folgenden Gründen: Die vorgeschlagene Steuersenkung würde die Schweiz nach meinen Berechnungen pro Jahr rund 330 Millionen Franken kosten. Von dieser Steuererleichterung würden jene Menschen am meisten profitieren, die viel Strom verbrauchen. Das sind typischerweise nicht jene Menschen, die eine finanzielle Entlastung dringend nötig haben. Die Frage, wie diese Steuerausfälle gegenfinanziert werden sollen, beantwortet der Vorstoss zudem nicht. Bei einer Umsetzung wäre es also am Parlament in Bern zu entscheiden, wo diese 330 Millionen Franken pro Jahr weggespart werden sollen. Es ist zu befürchten, dass dies dann zum Nachteil derer geschieht, die eh schon knapp dran sind. Unter dem Strich würden damit dann jene, die eine finanzielle Entlastung wirklich nötig haben, also zusätzlich belastet.

Wie bereits vor einem Jahr bei der Motion Bolliger für einen Energieunterstützungsfonds zur finanziellen Entlastung der Bevölkerung ist die SP-Fraktion ausserdem der Meinung, dass wir insbesondere in Zeiten, in der ein systemrelevantes Gut, in diesem Fall der Strom, knapp ist, auf keinen Fall eine Vergünstigung der Mengeneinheit organisieren dürfen, da dies den Sparanreiz schmälert und so sogar zu einer weiteren Verknappung und damit Verteuerung des Guts beitragen könnte. Die SP-Fraktion ist sehr zu haben für Unterstützungsprogramme zu Gunsten jener, die es dringend nötig haben. Der Mechanismus muss dann jedoch von der Mengeneinheit, hier Kilowattstunden, entkoppelt sein.

Was uns von der SP auch stört, ist das Giesskannenprinzip dieser Steuersenkung. Es würde viel Geld an Leute verteilt, die es nicht dringend brauchen und in der Tendenz sogar denen am meisten, die es am wenigsten brauchen. Unterstützungsmaßnahmen sollten jedoch gezielt dem dringenden Bedarf entsprechen. Die SP unterstützt seit eh und je Massnahmen, die gezielt die Kaufkraft der unteren Einkommensschicht und der des unteren mittelsten Mittelstands stärkt und treibt solche Massnahmen auch selber energisch voran. Und in diesem Bereich konnten wir in den vergangenen Monaten auch einiges erreichen. Die Mietzinsbeiträge für Familien wurden erhöht. Im Moment ist auch eine Ausweitung der Mietzinsbeiträge auf alleinstehende Personen in der Vernehmlassung. Der Regierungsrat hat ein Projekt lanciert, in dem für Leute mit Ergänzungsleistungen ohne Vermögen mit Geldern aus dem Swisslos-Fonds die Heizkosten und Nebenkosten übernommen werden können. Der Gegenvorschlag zur Kitainitiative der SP entlastet Familien bereits ab nächstem Sommer ganz erheblich. Dieses Jahr haben wir ausserdem das Ein-Franken-U-Abo für Jugendliche lanciert. Auch das entlastet das Budget von Familien und von jungen Leuten ganz konkret.

Das sind alles sinnvolle Massnahmen, die denen etwas bringen, die es brauchen und ohne falsche Anreize zu schaffen. Und dann muss ich mich doch noch kurz zu den Erläuterungen in diesem Antrag äussern. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob wir uns etwas Sorgen machen müssen. Der Antragsteller, seines Zeichens der Präsident der Finanzkommission, betont in seiner schriftlichen Antragsbegründung mehrfach, dass er mit dieser Mehrwertsteuersenkung das Gewerbe entlasten möchte. Mit einer Mehrwertsteuersenkung das Gewerbe entlasten? Bezüglich der finanziellen Belastung für ist es für Unternehmen völlig unwichtig, wie hoch der Mehrwertsteuersatz ist, da Unternehmen die Mehrwertsteuer 1 zu 1 über den Vorsteuerabzug wieder zurückbekommen. Die Mehrwertsteuer belastet explizit nur private Personen.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, dem Antrag auf die Einreichung dieser Standesinitiative nicht zuzustimmen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist André Auderset.





*André Auderset (LDP):* Ich kann es kurz machen und praktisch auf das zu verweisen, was ich letztes Mal erzählt habe, denn genau so wie ein Elternurlaub ist auch eine Änderung bei der Mehrwertsteuer ganz klar eine Bundesangelegenheit, und es ist keine Standesinitiative nötig, da Basel nicht irgendwie speziell betroffen ist. Basel-Stadt oder Basel-Landschaft dürfen ziemlich genau gleich betroffen sein wie der Rest der Schweiz. Auch hier geht also die Empfehlung, doch bitte einen wohlgesinnten National- oder Ständerat seines Vertrauens zu befragen. Joël Thüring, Sie haben davon ja nun ein paar mehr seit den letzten Wahlen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist der Luca Urgese.

*Luca Urgese (FDP):* Ein kleiner Hinweis an André Auderset, Fabio Regazzi hat das bereits eingereicht im Bundesparlament. Da braucht es also keinen SVP-Nationalrat, der das auch nochmals nachholt. Aber das nur nebenbei. Die FDP lehnt diese Standesinsta ebenfalls ab und zwar aus vier Gründen.

Der erste Grund ist, das Mehrwertsteuer-System ist heute schon kompliziert genug. Wir brauchen nicht noch zusätzliche Komplexität, die wir in dieses System hineinbringen müssen. Wenn schon, dann wäre es überfällig, dass wir auf den Einheitssatz umstellen. Das würde dann das Gewerbe tatsächlich massiv entlasten. Und dann gibt es ja nicht nur die Kosten für den Staat, sondern es gibt ja auch die Kosten für die Wirtschaft. Die Kosten für eine einzelne Umstellung eines Mehrwertsteuersatzes belaufen sich auf geschätzte 150 bis 200 Millionen Franken. Jedes Mal, wenn der Mehrwertsteuersatz angepasst wird, fallen diese Kosten entsprechend an. Zu sagen, es belaste nur die natürlichen Personen, dann ist das ein bisschen eine kurzfristige Betrachtung. Die ganze Mehrwertsteuer muss ja verrechnet und abgewickelt werden. Man zahlt zwar keine Steuer, aber der administrative Aufwand beim Gewerbe ist dann doch ziemlich erheblich. Aber das hat mit der Standesinitiative ja nichts zu tun.

Zweiter Grund ist das Kosten-Nutzenverhältnis. Es kostet sehr viel, das haben wir bereits gehört, und was nutzt es jetzt dann konkret der Bevölkerung? Ich habe für mich persönlich nachgerechnet, was das heissen würde. Bei mir würde das im Jahr etwas in der Grössenordnung von 20 Franken ausmachen. Das ist nicht nichts, aber das sind auch nicht grosse Beträge. Also im Verhältnis zu den Kosten, die wir vorher genannt haben, muss man sich die Frage stellen, ob das jetzt die Massnahme mit einem sinnvollen Kosten-Nutzenverhältnis ist, auch wenn ich immer für die Entlastung der Bevölkerung zu haben bin.

Dritter Grund: Wir müssen für tiefere Stromkosten wirklich keine Standesinitiative nach Bern schicken. Wir haben hier in Basel-Stadt ganz direkte Hebel dafür, ein Drittel der Rechnung, die wir zahlen, sind kantonale Abgaben. Der Netzzuschlag, Lenkungsabgabe, Förderabgabe – da hätten wir auf kantonaler Ebene ganz direkte Hebel. Dafür müssen wir nicht den Umweg via Bundesversammlung machen, wir könnten ganz direkt darauf hinwirken.

Vierter Grund: Das Verhalten des Staates sollte in sich nicht widersprüchlich sein. Es macht doch keinen Sinn, dass wir mit Abgaben den Strom verteuern, durchaus mit der Absicht, eine Lenkungswirkung zu erzielen, und dann gleichzeitig aber auf der anderen Seite die Stromkosten politisch wieder reduzieren und damit eigentlich die Lenkungswirkung, die wir erreichen wollen, konterkarieren. Das ist ein widersprüchliches Verhalten des Staates. Man kann sich die Frage stellen, ob wir diese Lenkungswirkung überhaupt wollen, ob diese richtig ist und Sinn macht. Aber wenn man diese Frage bejaht, dann macht halt im Umkehrschluss eine Entlastung auf andere Ebene nicht Sinn, weil dann haben wir diesen Widerspruch, den wir politisch nicht wollen. Es leuchtet uns nicht ein, wieso das man einführen sollte, und deshalb lehnt die FDP diese Standesinitiative ab.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Ja, dem Gewerbe bringt dieser Vorstoss nicht wirklich viel. Die Vorsteuerabzüge der Unternehmen bringen für das Einzelunternehmen nichts. Die KMU sind konfrontiert mit diesen höheren Stromkosten, das ist eine Tatsache. Wenn es die ganze Branche betrifft, dann schaffen sie es normalerweise auch, diese Kosten weiter zu verrechnen und da, weil wir in einer Wettbewerbssituation sind, ist derjenige Betrieb im Vorteil, der die Energie möglichst effizient einsetzt. Das ist der Anreiz und das ist die Wirkung in unserer Marktwirtschaft. Derjenige, der die Ressource sehr effizient einsetzt, hat dann einen Wettbewerbsvorteil und nicht, wenn die Mehrwertsteuer für die Konsumentinnen und Konsumenten gesenkt wird.

Der zweite Punkt: Ja, Strom ist wichtig und systemrelevant, und wenn ein Gut knapp ist, dann sollte man nicht unbedingt die Preise senken. Das wurde auch schon mehrmals gesagt, denn das führt zu einem Mehrkonsum und zu einer erweiterten Knappheit. Daher ist dieser Ansatz meistens nicht der richtige, wenn man wirklich in einer knappen Situation ist. Unterstützungsmassnahmen, die die notwendig sind, sollen auf anderen Wegen stattfinden, nicht aufgrund des konsumierten Stroms, sondern aufgrund der Möglichkeit, die ein Haushalt hat, seine Rechnungen zu bezahlen. Da gibt es bessere Massnahmen als das Gut zu billiger zu machen.



Einen weiteren Punkt können wir eigentlich gut nachvollziehen. Der tägliche Bedarf – und Strom hat sicher zu einem gewissen Anteil den Charakter des täglichen Bedarfs - würde für einen tiefen Satz sprechen. Aber ein grosser Teil des Stromkonsums ist nicht täglich Bedarf, sondern ein ganz normaler Bezug von einem normalen Gut. Hier eine Differenzierung zu machen ist beim Strom relativ schwierig und deshalb erachtet es der Regierungsrat auch nicht als sinnvoll, den ganzen Strom unter täglichem Bedarf abzuhandeln, sondern das weiterhin als normales Gut zu betrachten.

Als Reaktion auch auf Luca Urgese zuletzt noch dies: Wir haben schon in der letzten Sitzung ein bisschen über die Abgaben gesprochen. Abgaben sind politisch gewollt, sie sind Teil der Energiepolitik in diesem Kanton, die sich bewährt hat. Daher beabsichtigt der Regierungsrat auch nicht, diese Abgaben zu senken. Ein grosser Teil müsste dann einfach via Steuern finanziert werden. Ein anderer Teil würde dazu führen, dass die Rückflüsse an die Haushalte und die Firmen, die wir bei der Lenkungsabgabe haben, einfach auch wegfallen würden, was dann für den normalen Haushalt ein Nullsummenspiel und für die energiesparsamen Haushalte eine Mehrbelastung wäre. Daher ist das auch nicht der Weg, den wir anstreben. Aus diesem Grunde empfiehlt Ihnen der Regierungsrat, diese Standesinitiative nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Somit hat der Anzugsteller Joël Thüring das Wort.

*Joël Thüring (SVP):* Ich danke für die Voten. Es war sehr interessant zuzuhören. Regierungsrat Kaspar Sutter hat am Schluss auch noch einen sehr wichtigen Punkt dieser Standesinitiative aufgenommen, die Frage, ob Strom ein lebensnotwendiger Bedarf ist. Wir sind der Meinung, ja das ist es deshalb ist es auch sinnvoll, dass man ihn gleich besteuert wie beispielsweise Medikamente oder Lebensmittel. Wir haben ja gerade in der Phase der Stromknappheit im letzten Winter gesehen, dass man Notfall-Pläne erstellen muss, weil es eben ein lebensnotwendiges Gut ist und ich möchte Sie einmal sehen, was wir machen würden, wenn wir einen oder vielleicht zwei oder vier Tage keinen Strom in diesem Land hätten. Es würde ein Bürgerkrieg ausbrechen, weil die Leute wahrscheinlich erste Plünderungen vornehmen würden. Dass also Strom ein lebensnotwendiges Gut ist, ist glaube ich unbestritten, und dass man ihn anders besteuert als beispielsweise Lebensmittel, erschliesst sich mir nicht.

Nun haben wir ja die Situation, Luca Urgese, dass die Mehrwertsteuer auf den 1. Januar 2024 ansteigen wird, das heisst die Belastung für den Haushalt wird durch die Mehrwertsteuererhöhung grösser, sie steigt von 7,7 auf 8,1 Prozent, beim reduzierten Satz von 2,4 auf 2,5 Prozent. Natürlich können Sie jetzt sagen – auch Daniel Sägesser ist darauf eingegangen, dass das am Schluss des Tages gar nicht so viel Geld ist, das der einzelne Haushalt hier einspart. Aber ich kann Ihnen versichern, Luca Urgese, für ganz viele Menschen, und Sie und ich gehören wahrscheinlich da nicht dazu, ist jeder Franken etwas wert. Die Belastung für die Bevölkerung im nächsten Jahr wird ohnehin zunehmen, Krankenkassenprämien steigen, die Inflation, die weiter einschlägt. Das, was wir hier kantonal an Entlastung beschlossen haben, ist längstens verpufft, wenn wir nur alleine schon schauen, was es an zusätzlichen Aufschlägen gibt.

Deshalb glaube ich, ist es sinnvoll, dass wir überall dort, wo wir können, den Bürger entlasten. Es ist ja auch auf gut Deutsch ein bisschen pervers, wenn der Staat quasi davon profitiert, dass die Energiepreise steigen und damit höhere Mehrwertsteuereinnahmen generiert. Es ist tatsächlich so, ich glaube Daniel Sägesser hat es gesagt, es sind etwa 320 Millionen Franken, die entsprechend eingenommen werden. Der Strompreis ist gemäss Elcom im Jahre 2021 um 27 Prozent angestiegen. Also diese Erhöhung macht wohl etwa 95 Millionen Franken aus, sprich die Mehreinnahmen für den Bund sind 95 Millionen Franken. Er profitiert also von der Energiekrise und das halte ich für einen falschen Weg. Und auch diese wenigen Franken sind für jeden Haushalt letztlich ein Geschenk, gerade in der aktuellen Situation.

Es ist schon ein bisschen speziell, dass ausgerechnet Sie, Daniel Sägesser, sagen, dass der Strom teuer sei und wir ihn stärker lenken müssten. Warum ist denn der Strom so teuer geworden? Wegen der missratenen Energiepolitik, die unter anderem Sie mit zu verantworten haben. Wären wir nicht aus der Kerntechnologie ausgestiegen, würden wir auch weiterhin auf diese Kerntechnologie setzen, dann hätten wir diese Stromknappheit nicht, dann würden auch diese Preise nicht so steigen, wie sie in den letzten Jahren gestiegen sind. Die IWB hat die Preise im letzten Jahr um 15 Prozent erhöhen müssten. In diesem Jahr werden es dann noch einmal 7 Prozent sein. Das sind teilweise massive Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger aufgrund einer Energiestrategie, die nicht funktioniert.

Wenn Sie jetzt sagen, dass wir mehr in erneuerbare Energie investieren müssen, richte ich meinen lieben Gruss an Ihre grünen Kollegen im Kanton Wallis aus, die bei einer Volksabstimmung eine Offensive im Solarbereich erfolgreich verhindert haben. Wir müssen auch ein bisschen ehrlich sein und sagen, dass wir die Bevölkerung ein bisschen hinters Licht geführt haben, und die SVP hat als einzige Partei damals davor gewarnt. Es wurde uns immer versichert, dass die Energiepreise mit dem Energiegesetz nicht steigen werden. Das Gegenteil ist der Fall, und deshalb glaube ich, ist es sinnvoll, dass wir jetzt die Bevölkerung dort entlasten, wo sie entlastet werden kann, und das ist eine einfache Möglichkeit.

Am Schluss noch zu André Auderset: Ich kenne Ihre Meinung dazu. Ich kann sie zu einem grossen Teil bei Standesinitiativen sogar teilen. Ich musste nur schmunzeln. Ich stimme selten Standesinitiativen zu, aber ich kann mich erinnern, einer zugestimmt zu haben, die aus Ihrer Partei gekommen ist. Ich weiss nicht, wo die ganz grosse spezielle Betroffenheit bei



Konversionstherapien im Kanton Basel-Stadt liegt. Das war eine Standinitiative von Patricia von Falkenstein. Man muss auch ein bisschen aufpassen, dass man die Argumente nicht immer so benutzt, wie Sie einem gerade selber in den Kran passen. Das ist dann auch nicht ganz so konsequent.

Insofern bitte ich Sie, diese Standesinitiative an die Bundesversammlung zu überweisen, damit diese Entlastung diskutiert und angegangen werden kann. Die einfachen Bürgerinnen und Bürger bedanken sich bei Ihnen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Sägesser. Sie wird angenommen.

*Daniel Sägesser (SP):* Es sieht nach dieser Debatte und auch mit Blick auf die Kreuztabelle etwas schlecht aus für die Überweisung dieser Standesinitiative. Würden Sie sich aber mit Ihren Kollegen und Kolleginnen in Bern dafür einsetzen, dass die Mehreinnahmen, die der Bund durch die Erhöhung der Strompreise macht, in die Entlastungsmassnahmen zur Verbilligung der Krankenkassen fliessen? Das würde den Menschen helfen.

*Joël Thüring (SVP):* Meine Partei unterstützt in Bern alle Massnahmen, die den einfachen Bürger und die einfache Bürgerin entlasten. Ich bin offen dafür, wenn diese Mehreinnahmen wieder irgendwie an den Bürger zurückgegeben werden. Ich bin aber dafür, dass wir sie dem Bürger zurückgeben.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

##### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

##### **Ergebnis der Abstimmung**

**10 Ja, 80 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001955, 08.11.23 16:41:12]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Die Standesinitiative nicht zu überweisen.

Die Standesinitiative ist erledigt.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben sich für Nichtüberweisen entschieden mit 80 Nein-Stimmen bei 10 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

### **15. Motion 1 Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Velopasserelle vom Gundeli über die Bahngleise zum Elsässertor**

[08.11.23 16:41:27, 23.5452.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Sie sind auf die Motion eingetreten und haben Sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert drei Monaten überwiesen.



## 16. Motion 2 Joël Thüring und Konsorten betreffend «Verlängerung der Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage»

[08.11.23 16:41:55, 23.5459.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Motionär Motionär hat mitgeteilt, dass er die Motion zurückziehen möchte, da diese schon umgesetzt wurde. Erhebt sich gegen den Rückzug Widerstand im Saal? Das ist nicht der Fall.

### Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion ist erledigt.

## 17. Motion 3 Patrick Fischer und Konsorten betreffend «Anpassung des Datenschutzgesetzes in Bezug auf die Videoüberwachung»

[08.11.23 16:42:17, 23.5460.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zu Stellungnahme entgegenzunehmen. Erster Einzelsprecher ist Raoul Furlano.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Um den Grossen Rat dazu zu bringen, etwas speditiver zu sein, fasst die die LDP jetzt da gerade alles ein bisschen zusammen. Es sind doch einige Anzüge und Motionen mit ähnlichen Themen eingegangen. Das betrifft vor allem die Motion, die wir jetzt behandeln, und es betrifft die Anzüge 5 und 9.

Da wollen wir einfach Redundanzen vermeiden. Wir haben das Glück, dass wir eine Regierungsrätin haben, und sie wird gut und genau auf unserer Linie argumentieren, warum sie diese annehmen will und warum nicht. Sie vertritt unsere Argumente, deshalb kürzen wir ab.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Beda Baumgartner.

*Beda Baumgartner (SP):* Ich möchte vorweg ein paar Dinge zur Kommunikation der SVP im Rahmen dieser Vorstösse, aber auch im ganzen vergangenen Wahlkampf sagen. Die Sprache, die Bilder und die Anspielungen, die Medienmitteilung, die gemacht wurden, sind und waren häufig hetzerisch, immer wieder fremdenfeindlich und spielen auch in einem historischen Kontext teilweise auf Dinge an, die für demokratische Fraktionen in diesem Saal nicht tragbar sein können. Der vorläufige, aber sicher nicht letzte Höhepunkt ist das gestrige Bild, welches auf Twitter mit offiziell von der SVP Basel-Stadt mit dem Titel «Stunde der Wahrheit» verbreitet wurde, verbunden mit einem schwarzen Hintergrund und einem Messer, gehalten von einem dunkelhäutigen Arm.

Damit wird einzelnen Parteien in diesem Saal klargemacht, dass ihre Stunde der Wahrheit geschlagen habe. Zudem gäbe es eine mögliche historische Anspielung, die hoch problematisch ist. Die durch Dolchstosslegende war eine von der deutschen Armee-Leitung lancierte Verschwörungstheorie, die die Schuld an der von ihr verantworten militärischen Niederlage im ersten Weltkrieg vor allem auf die Sozialdemokratie ...

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Darf ich Sie bitten, sich auf die Datenschutz-Thematik zu konzentrieren.

*Beda Baumgartner (SP):* Diese Suggestion tut so, als gäbe es einen Feind von Innen und ist komplett daneben, und sie ist vor allem unglaublich gefährlich. Und falls Sie von der Fraktion bereits wieder mit Relativierungen und Erklärungen aufwarten, auch wenn Sie nicht mit diesem Bezug gespielt haben, so ist das Bild trotzdem genug problematisch. Es wird eine Drohkulisse gegenüber gewählten Politikern und Politikerinnen aufgebaut, mit einer Bildsprache, die mit rassistischen Elementen spielt. Es ist uns wichtig festzuhalten, dass diese Kommunikation und dieses Narrativ nicht normalisiert werden darf und dass sie ein Klima schafft, die einer demokratischen Debatte in diesem Rat zuwiderläuft.



Gerne gehe ich nun zum vorliegenden Vorstoss ein. Die Überwachung im öffentlichen Raum ist zu Recht mit hohen Hürden verbunden. Sie greift in den Alltag von uns allen ein und ihr Einsatz ist auch bezüglich Wirkung und Sinnhaftigkeit nicht klar. Im Vorstoss wird bemängelt, dass der interne Prozess mit der Vorabkontrolle durch den Datenschutzbeauftragten langwierig sei. Stattdessen solle diese Kompetenz an die Staatsanwaltschaft delegiert werden. Diese seien ja in der Sicherheitsthematik die Experten.

Diese Schlussfolgerung ist hoch problematisch. Es ist eben zentral und wichtig, dass der Datenschutzbeauftragte nicht ausgelassen wird. Langwierig, wie es in der Motion gesagt wird, ist dieser Prozess übrigens meines Erachtens sicher nicht, wenn man sich anschaut, wie schnell die oben genannten Überwachungen angebracht wurden.

Und dann noch ein Wort zum Ort, wohin diese Kompetenz delegiert werden soll, nämlich zur Staatsanwaltschaft des Kanton Basel-Stadt: Diese Staatsanwaltschaft hat in mehreren Fällen bewiesen, dass die Prioritätensetzung zumindest fragwürdig ist und in diesem Kontext immer wieder auch problematisch ist. Und zusätzlich wird auch von Ihnen immer wieder bestätigt in diesem Saal, dass die Behörde enorm überlastet ist. Es wäre darum völlig falsch, diese Kompetenz bezüglich der Videoüberwachung an die Staatsanwaltschaft zu übertragen. Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, die Motion nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (GAB):* Auch im Sinne der Effizienz werde ich wie Raoul Furlano zu allen Vorstösse der SVP sprechen, aber ein bisschen länger.

Das GAB lehnt alle neuen Vorstösse aus der SVP-Wahlkampfküche zu den Themen Sicherheit, Überwachung, Abschottung, Kriminalisierung und Militarisierung ab. Dies betrifft einerseits diese Motion 3 von Patrick Fischer als auch die Anzüge 3 bis 9. Uns ist es wichtig, dass wir als Gesellschaft gemeinsam über die Ausrichtung unserer Sicherheitspolitik nachdenken, dabei aber unsere Werte und Prinzipien nicht aus den Augen verlieren. Die Gründe, warum wir die Vorstösse der SVP ablehnen, sind vielfältig und grundsätzlicher Natur. Wie bereits von meinem Kollegen Beda Baumgartner erwähnt, hat die SVP gestern im Zusammenhang mit diesem aber auch den folgenden Vorstössen diesen skandalösen Post veröffentlicht. Dieser ist auf vielen Ebenen problematisch und zeigt sehr gut auf, warum wir keine Sicherheitspolitik à la SVP in Basel haben wollen.

Es ist nichts Neues, dass die SVP mit ihren Kampagnen am Rande des Legalen fremdenfeindliche Ressentiments schürt. Ebenso ist die Verbreitung der Verschwörungstheorie, der Dolchstosslegende, die von Beda Baumgartner bereits erläutert wurde, höchst problematisch. In der Nachkriegszeit wurde diese Lüge zu einem zentralen Propagandainstrument rechts-extremer Gruppen und Parteien. Wie auch immer, das Bild kann definitiv als Drohung gegen die genannten Parteien und die gesamte Bevölkerung verstanden werden, womit wir wieder beim rassistischen Gedankengut wären, dass mit solchen Bildern eben bedient wird. Für das GAB ist klar, dass wir eine solche Politik der SVP nicht mittragen können.

Oftmals zeichnet sich die SVP durch eine fremdenfeindliche Rhetorik aus, die darauf abzielt, bestimmte Bevölkerungsgruppen zu diskriminieren. Sicherheitspolitik, meine Damen und Herren, sollte jedoch auf dem Grundsatz der Gleichbehandlung und der Wahrung der Menschen- und Grundrechte basieren. Diskriminierung und Rassismus gehören nicht in eine seriöse Sicherheitspolitik. Zudem lehnen wir einen Überwachungsstaat ab und sehen Massnahmen zur Videoüberwachung im öffentlich Raum kritisch. Wir verlangen eine transparente Auswertung der Videoüberwachung bei der Rosenanlagen, nur Kameras aufzustellen, ohne an den Ursachen der Problematiken zu arbeiten, individualisieren die strukturellen Probleme. Videokameras im öffentlichen Raum sind zeitlich zu befristen und können und sollen kein Normalzustand sein.

Die Vorstösse der SVP neigen dazu, kurzfristige, populistische, aber nicht nachhaltige Lösungen zu bevorzugen. Eine umfassende Sicherheitspolitik erfordert jedoch langfristiges Denken und die Berücksichtigung komplexer, miteinander verknüpfter Probleme und Fragestellungen. Allein durch den Ausbau von staatlichen Repression und Überwachung wird Basel nicht sicherer. Melanie Nussbaumer und ich habe mit unserem Anzug konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation im Drogenbereich zur Prüfung eingereicht. Dieser wird laut Kreuztabelle aber von der SVP abgelehnt. An konstruktiven Lösungen scheint die Partei nicht wirklich interessiert zu sein.

Wir lehnen sämtliche sicherheitspolitische Vorstösse der SVP ab, da sie unseres Erachtens nicht mit den grundlegenden Werten und Prinzipien unserer Gesellschaft vereinbar sind. Wir sollten uns darauf konzentrieren, Sicherheitsprobleme durch effektive Prävention und soziale Integration anzugehen, anstatt Migrant:innen für die Ungleichheiten in unserer Gesellschaft verantwortlich zu machen.

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement hat bereits diverse Massnahmen eingeleitet, um das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ernst zu nehmen. Für ein sinnvolles Beleuchtungskonzept, mobile-Polizeiposten an Brennpunkten braucht das JSD keine weiteren Vorstösse, da das bereits jetzt möglich ist, sondern es braucht ein zielführendes und weitsichtiges



Handeln der Kantonspolizei. Hierfür muss die zuständige Regierungsrätin des Departements die Verantwortung übernehmen und sich nicht von der SVP oder den Medien vorhertreiben lassen.

Daher appelliere ich an die Kolleg:innen aus allen Fraktionen, die sicherheitspolitischen Vorstösse der SVP in ihrem Gesamtkontext zu betrachten und nicht als mögliche kleine Lösungsschritte, und diese daher abzulehnen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Weil es die Vorredner getan haben, möchte auch ich etwas Allgemeines zu diesem Vorstosspaket sagen. Immer wenn Vorstösse nur von einer Fraktion unterschrieben sind und offensichtlich nicht das Bemühen gemacht wurde, Inputs ausserhalb der eigenen Bubble einzuholen, ist ein gewisses Misstrauen angebracht. Die Art der Formulierung eines Vorstosses ist auch bei uns in der Fraktion, ich sage es mal vorsichtig, nicht auf grosses Wohlwollen gestossen. Hätte man das vorher breiter gestreut, dann wäre er vielleicht in eine Form gebracht worden, die eine Überweisung vertretbar gemacht hätte. Sie sehen es aber anhand der Kreuztabelle, wir haben differenziert entschieden. Wir haben auch nicht das ganze Denken an die hoch geschätzte Frau Regierungsrätin delegiert, sondern uns eine eigene Meinung erlaubt.

Jetzt zu diesem Vorstoss, zur Motion Datenschutzgesetz: Ich könnte jetzt sagen, die SVP will, dass hier der Bock zum Gärtner gemacht wird und ich meine es ernsthaft, die Rolle der Staatsanwaltschaft ist eben eine andere als die Rolle des Datenschutzbeauftragten. In einem Rechtsstaat haben sie unterschiedliche Rollen und das wurde so sehr sorgfältigen IDG dargelegt und reguliert. Es besteht überhaupt kein Grund, davon abzuweichen. Da werden wirklich alle Prinzipien eines Rechtsstaates verletzt, ohne dass irgendwie nachgewiesen wären, dass das notwendig ist. Und es wurde bereits gesagt, wir konnten bei der Dreirosen relativ schnell handeln und jetzt auch wieder verlängern.

Ich sage es noch einmal: Diese Motion ist nicht zu überweisen, das andere ist der Kreuztabelle zu entnehmen. Wir werden nur noch bei absoluter Notwendigkeit das Wort ergreifen.

Aber vielleicht noch ein letztes Wort: Man muss auch nicht alles immer so komplex formulieren, wie es Oliver Bolliger gemacht hat. Manchmal gibt es einfache Lösungen, denen man dann einfach auch zustimmen und überweisen kann. Wenn man alles nur überhöht und komplex macht, nimmt man nicht nur das Sicherheitsbedürfnis, sondern auch die Sicherheit der Bevölkerung auch nicht ernst. Daher bitte ich beide Seiten um rhetorische Abrüstung in dieser wichtigen Thematik.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird angenommen.

*Pascal Messerli (SVP):* Sie haben kritisiert, dass wir bei diesem Vorstosspaket keine anderen Parteien abgeholt haben. Wie hat es denn die FDP beim letzten bildungspolitischen Sicherheitsvorstosspaket gemacht?

*David Jenny (FDP):* Wahrscheinlich das gleiche. Sie haben es zu Recht kritisiert. Joël Thüring hat ja auch gesagt, manchmal ist man nicht ganz konsequent.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher-Steiger.

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Ich verzichte auf eine Voransage zum Paket, aber ich möchte zu dieser konkreten Motion etwas sagen. Ich habe den Eindruck, der Motionär verkennt das ganze System des Datenschutzgesetzes, die ganze Mechanik. Ich glaube, er hat nicht begriffen, wenn ich das so sagen darf, wie das abläuft. Der Datenschutzbeauftragte ist nicht derjenige, der hier irgendetwas verzögert. Die Vorabkonsultation dauert in der Regel ein bis zwei Tage. Ich habe mich beim Datenschutzbeauftragten erkundigt, bei der Installation bei der Dreirosenanlage war es war es ein Arbeitstag und bei der Hafenstrasse waren es maximal anderthalb Arbeitstage. Die Arbeiten, die es zuweilen länger machen, sind die Reglementsarbeiten, die im Departement geschehen, die Ausarbeitungen des Reglements, oder die Beschaffung des Materials. Bei der Dreirosenanlage war die Materialbeschaffung Ursache für die Verzögerung.

Wenn Gefahr in Verzug ist, wenn tatsächlich konkret ein Verdacht besteht auf strafbare Handlungen, haben Sie jetzt schon die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen, einerseits im Polizeigesetz, wo aus Versammlungen heraus solche Straftatengefährdungen erkennbar sind, und die anderen gesetzlichen Grundlagen finden Sie in der Strafprozessordnung, und da ist tatsächlich schon die Staatsanwaltschaft zuständig, wenn konkret ein Verdacht auf strafbare Handlung besteht.



aber hier beim Achtzehner im Datenschutzgesetz gibt es um die präventive Massnahme für die Videoüberwachung, und da ist tatsächlich nicht die Stawa zuständig, sondern da soll der Datenschutzbeauftragte zuständig sein und zuständig bleiben.

Mein Fazit ist: Die Motion ist gänzlich unnötig, weil dort, wo es wirklich schnell gehen muss, kann es heute schon schnell gehen und den Datenschutzbeauftragten auszuhebeln macht keinen Sinn, im Gegenteil, es ist staatspolitisch unverantwortlich.

Die Motion ist also aus meiner Sicht abzuweisen und ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich danke Bruno Lötscher für das sehr inhaltliche Votum zu diesem Vorstoss. So gehört es sich eigentlich. Wir sind mit einem Vorstoss konfrontiert, und dann nimmt man inhaltlich dazu Stellung, wie das Bruno Lötscher getan hat, auch wenn er nicht meiner Meinung ist.

Weil es eine Pauschalkritik gab, möchte ich mir trotzdem erlauben, etwas zu sagen. Es ist schon lustig, jetzt werfen Sie uns also vor, ein Vorstosspaket gemacht zu haben – gut, David Jenny musste schmunzelnd zugeben, dass die FDP in dieser Frage auch nicht maximal konsequent ist. Wir haben in unserer Fraktion ausgewiesene Sicherheitsexperten, meine Damen und Herren, wir haben Felix Wehrli, wir haben Patrick Fischer sie beide sind in diesem Bereich tätig gewesen oder sind tätig. Wir haben mit Pascal Messerli einen Anwalt, der im Strafrecht auch viele Verteidigungen von Asylbewerbern vornimmt, also wir haben geballte Expertise und erlauben uns, zu verschiedenen Themen einen Vorstoss einzureichen. Oliver Bolliger, welches Signal senden Sie aus, wenn Sie alle Vorstösse ablehnen? Sie sind also dagegen, dass zum Beispiel ein Beleuchtungskonzept erstellt wird für ein sicheres Basel, dass zum Beispiel Frauen auf dem Nachhauseweg sich wohler fühlen, wenn sie durch dunkle Strassen laufen müssen oder durch dunkle Gassen, durch Parkanlagen. Das finde ich speziell, aber das dürfen Sie selbstverständlich. Aber ich finde es schwierig, wenn Sie eine Pauschalkritik äussern, als wäre alles prima.

Dieser Vorstoss von Patrick Fischer und auch die anderen Vorstösse haben die einen konkreten Zusammenhang, nämlich mit der aktuellen Sicherheitslage. Diese wurde in der Beantwortung eines Vorstosses der SP von Maher Kabakci überdeutlich beantwortet, und es wurde auch relativ deutlich gesagt, wo die Probleme liegen. Wir haben doch jetzt gesehen, dass diese Videoüberwachung, wie sie jetzt hier von Patrick Fischer auf einfachem Wege gefordert wird, dazu beiträgt, dass die Deliktzahlen abnehmen auf der Dreirosenanlage. Das hat die Polizei in einer Medienmitteilung dargelegt. Ich finde es schon speziell, wenn Sie dann immer mit derselben Keule kommen und uns irgendwelche Fremdenfeindlichkeit unterweisen. Ich wäre froh gewesen, all jene, die uns Fremdenfeindlichkeit vorwerfen, wären so laut gewesen, als überall in in Basel oder auf der Welt gegen Israel gehetzt wurde in den letzten Wochen. Da waren dann diese Stimmen etwas leiser. From the River to the Sea, Palestine will be free. Ich habe da wenige Empörung über diese Botschaften auf den sozialen Medien auch von linken Vertretern gehört, die uns jetzt hier Fremdenfeindlichkeit vorwerfen wegen eines Bilds, das wir übrigens schon mehrfach benutzt haben und nicht erst gestern. Jeder, der das kennt, weiss auch, in welchem Kontext man es sehen muss.

Deshalb ist es auch gut, dass wir diese Auseinandersetzung inhaltlich haben zu Vorstössen zum Thema Sicherheit, weil das eine der Kernaufgaben des Staates ist. Ich glaube, da sind wir uns ja alle einig. Die Herangehensweise ist vielleicht eine andere. Oliver Bolliger sieht es vielleicht «nur» auf der Schiene der Prävention. Wir oder ich sehen es eher auf der Schiene der Repression, die eben auch eine Rolle spielen soll, und Prävention, und damit sind wieder beim Vorstoss von Patrick Fischer, ist eben auch die Videoüberwachung. Sie verhindern präventiv Delikte und sie können Delikte besser und einfacher aufklären. Wir haben diese Videoüberwachung seit Jahren, bald Jahrzehnten auf sämtlichen Tram- und Buslinien der BVB. Wir alle leben damit, und die Delikte sind in diesen Tramzügen und Buslinien zurückgegangen, weil es auch eine präventive Wirkung hat.

Deshalb ist es doch sinnvoll, dass wir uns bei Themen im Bereich der Sicherheit auch untereinander mit solchen Vorstössen austauschen, diskutieren. Bruno Lötscher hat nun Argumente gebracht, die man durchaus auch so sehen kann bei diesem Vorstoss. Wir sehen es trotzdem etwas anders, das liegt in der Natur der Sache. Aber die Bevölkerung möchte, dass wir uns mit dem Thema der Sicherheit auseinandersetzen, auch in diesem Hohen Hause, weil hier können wir konkrete Massnahmen ergreifen. Wenn Regierungsrätin Stephanie Eymann die Videoüberwachung auf der Dreirosenanlage verlängert, weshalb auch mein Vorstoss hinfällig wurde, dann wird die Kritik darüber immer eher auf der linken Seite laut, lustigerweise, also selbst dort, wo die Regierung fundiert begründet, weshalb sie verlängert, sind Sie ja nicht bereit, eine fundierte Diskussion zu führen, sondern lehnen das ab, weil das aus irgendwelchen Gründen nicht in ihr Menschenbild passt. Das mag so gerechtfertigt sein, aber ich glaube, die Bevölkerung sieht das in diesem Kanton angesichts der vielen Delikte, angesichts der Kriminalstatistik, angesichts des Umstandes, dass wir die Gewalt tätigt Stadt der Schweiz sind, ein wenig anders. Deshalb finde ich auch, dass es richtig ist, wenn wir uns mit diesem Thema auseinandersetzen und auch respektieren, dass eine Partei, die unter anderem aus diesen Gründen gewählt wird und vor einigen Wochen zu den Wahlsiegern gehört hat, bei diesem Thema eben auch dran bleibt und ein Auge darauf wirft. Das sind wir der Bevölkerung



schuldig, zumindest meine Partei ist das der Bevölkerung schuldig. Dafür stehen wir auch ein und deshalb bitte ich Sie, den Vorstoss Fischer an dem Regierungsrat zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt zwei Zwischenfragen, die eine von Pascal Messerli, die andere von Oliver Bolliger. Sie werden beide angenommen.

*Pascal Messerli (SVP):* Zuerst möchte ich Joël Thüring als ehemaligem Grossratspräsidenten eine Frage stellen. Beda Baumgarten hat vorhin zwei Minuten auf verleumderische Art und Weise nicht zum Thema gesprochen. Hätten andere Ratsmitglieder dafür nicht längst einen Ordnungsruf erhalten?

*Joël Thüring (SVP):* Ich bin ehemaliger Grossratspräsident, ich muss eine kurze Antwort geben. Es muss jeder selber wissen, ich hätte es wahrscheinlich getan.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Zwischenfrage von Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (GAB):* Ich hätte einige Zwischenfragen, aber ich muss mich ja auf eine beschränken. Sind Sie wirklich überzeugt, dass Regierungsrätin Stephanie Eymann einen Vorstoss braucht, um einen mobilen Polizeiposten auf der Kaserne aufzustellen?

*Joël Thüring (SVP):* Diese Frage stelle ich mir bei ganz vielen Vorstössen, die Sie einreichen, tatsächlich auch. Sie könnten sich vielleicht dann selber die Antwort geben.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist die Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Nach dem rhetorischen Auf- und Abrüsten erlaube ich mir noch ein paar rechtliche Aufrüstungsmassnahmen aufzufahren. Es wurde auch schon viel gesagt.

Mir scheint es wichtig, dass wir die Kompetenzen des Datenschutzbeauftragten und sein Aufgabenfeld hier nicht hinterfragen. Das IDG hat seine Berechtigung, gerade in diesem Bereich, im öffentlichen Raum, wo der Zweck der Videoüberwachung ja ein doppelter ist. Es geht nicht um Strafverfolgung, die die Staatsanwaltschaft originär macht, sondern es geht auch um den präventiven Zweck. Es ist wichtig und richtig, dass der Datenschutzbeauftragte hier seine Rolle, die Persönlichkeitsrechte auch zu wahren, innehat.

Ich möchte auch sagen, dass in diesem aktuellen Anwendungsfall der Dreirosenanlage, den wir ja hier alle auch besprechen, diese Prozesse sehr gut funktioniert haben. Bruno Lötscher hat auch ausgeführt, was auch Zeit braucht. Die Überlegung, die man sich tatsächlich machen kann und die ich auch einmalmal medial so geäussert habe, ist, was ist, wenn wir Gefahr im Verzug haben? Ist dann der Prozess genügend schnell? Da darf man sich Überlegungen machen. Ich bin nicht ganz einverstanden, dass es dann eindeutigerweise über das Polizeigesetz geht. Es braucht eine Versammlung, es braucht einen Anlass. Es geht nicht einfach, dass man eine Anlage präventiv überwacht. Das geht nach Polizeigesetz nicht ganz, ebensowenig ist es wohl eine strafprozessuale Aufgabe, da braucht es den konkreten Tatverdacht. Aber selbstverständlich hat die Staatsanwaltschaft doch sehr viele Kompetenzen im Bereich der geheimen Zwangsmassnahmen, aber eben unter den den Voraussetzungen der StPO.

Also insofern denke ich, dass der Prozess gut funktioniert. Mühe habe ich mit dem Vorstoss hinsichtlich dieser Verlagerung zur Staatsanwaltschaft. Mir erscheint das wirklich aus der rechtlichen Perspektive nicht richtig, weil der präventive Zweck nicht eine Aufgabe ist, die die Staatsanwaltschaft zu gewährleisten hat. Da sind wir irgendwo dazwischen und deshalb ist es richtig im IDG, wo es jetzt auch geregelt ist. Eine Beschleunigung dieser Prozesse kann man sich mal in Ruhe überlegen. Ich bin jetzt aufgrund der aktuellen Beispiele nicht versucht zu sagen, das war zu langsam. Ich denke, es haben alle Behörden auch entsprechend schnell gehandelt.

Vielleicht doch noch ein Wort zu Beda Baumgartner. Ich finde es falsch, wenn man jetzt die Staatsanwaltschaft kritisiert aufgrund falscher Prioritätensetzung und der generellen Überlastung. Das kann nicht das Argument sein. Es geht hier um eine rechtliche Zuständigkeitsregelung, wo die Kompetenz richtigenfalls auch anzuordnen ist. Das ist der Grund in der





Summe, weshalb die Regierung diese Motion auch nicht überwiesen haben möchte und der Meinung ist, dass die heutigen Grundlagen doch ausreichend sind.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nun hat der Motionär Patrick Fischer das Wort.

*Patrick Fischer (SVP):* Ich könnte jetzt hier auch noch ein bisschen trommeln, aber ich verhalte mich mit Regierungsrätin Stephanie Eymann und deeskaliere. Ich bin zwar von der SVP, ich bin noch nicht so lange in der Politik und ich habe bis jetzt nichts gepostet. Natürlich stehe ich für mein Team, wenn es gewinnt und wenn es verliert. aber diese Aufrüstungsschlacht mache ich heute nicht mit und möchte sachlich sein.

Es geht darum, etwas zu verbessern, in das ich direkt Einblick habe. Wie man das jetzt schlussendlich löst, darüber kann man diskutieren. Sie sehen, ich bin immer noch erstaunt über die ablehnende Haltung, vor allem als SVP Politiker. Hier geht es darum, schnell Videos einzusetzen, wenn Gefahr im Verzug ist. Das ist langwieriger Prozess. Langwierig wird er je nachdem wegen des Datenschutzverantwortlichen, je nachdem wegen der Materialbeschaffung. Es müssen alle Punkte geprüft werden, und das wäre eine Möglichkeit gewesen, um wenigstens schnell, auch begrenzt nur für einen Monat, handlungsfähig zu werden.

Die kurzzeitige Videoüberwachung durch die Staatsanwaltschaft zu bewilligen, gibt uns wirklichen Handlungsspielraum, und wir können zum Beispiel einen langwierigen Prozess, wie er auf der Dreirosenanlage stattgefunden hat, beschleunigen. Wie es schon erwähnt wurde, arbeite ich ja selber in diesem Bereich. Es gibt schon Videos, nicht immer überall öffentlich, manchmal sind es ein Bancomat, der nur einen Teil aufnimmt, manchmal ist es ein Geschäft, und ich kann Ihnen sagen, ich habe auf diesen Videos schon viel gesehen, viel, das mich dazu gebracht hat, einen Fall zu lösen. Unter anderem könnte ein Tötungsdelikt nur aufgeklärt werden, weil ein Bancomat einen Täter erfasst hat, der nachher auf sein späteres Opfer getroffen ist. Und nur dank diesem Bild konnte der Täter eruiert werden und schlussendlich auch zur Rechenschaft gezogen werden. Ich schaue tagtäglich Videos aus Trams, wo Personen belästigt werden, sexuell, durch Exhibitionisten und auch das ist sehr wertvoll, unter anderem auch beim Einbruchdiebstahl. Vielleicht kennt es der eine oder andere, der eine Kamera zu Hause hat. Da wirkt es jetzt auch präventiv. Hier geht es ja gar nicht darum, präventiv zu wirken. Es geht darum, dass gewisse Leute, vor allem junge Leute, sehr mobil sind, dass sich schnell irgendwo ein Hotspot bildet, wie zum Beispiel beim Theaterplatz vor einigen Jahren, und dass man da intervenieren kann, wenn es zu Problemen kommt, sei es mit Sachbeschädigung oder aber vor allem durch Körperverletzungen.

Ein weiteres ein weiteres Beispiel: Ein Vergewaltiger konnte auch nur überführt werden, weil er aufgenommen wurde, zuerst einmal, weil er die Bankkarte des Opfers benutzt hatte und so gefilmt wurde, aber dann auch in unmittelbarer Tatortnähe durch eine Kamera. Und weiter konnten auch Vergewaltigungen oder Vergewaltiger entlastet werden, weil man durch Kameras gesehen hat, was wirklich passiert ist und dass es eben nicht so war, wie das Opfer geschildert hat, weil es vielleicht nicht mehr genau gewusst hat. Aber solche Kameras sind wichtig. Und sie sind ja schon da, in Bars, in Hotels, in Discos. Aber im öffentlichen Raum gibt es einen dunklen Fleck, den wir nicht immer beleuchten können.

Wie schon erwähnt wurde, Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das in der BaZ vom 29. September schon gesagt, dass die Erfahrungen aus der Videoüberwachung gezeigt haben, dass das, dass es mehrere Wochen in Anspruch nimmt und dass man eine Beschleunigung möchte. Diesbezüglich bitte ich Sie, diesen Vorstoss von mir zu überweisen, damit man diesen Prozess beschleunigen kann und so im besten Fall Leben retten oder auch nur etwas zur Sicherheit des Kantons beitragen kann.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Somit kommen wir zur Abstimmung.

## **Abstimmung**

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

## **Ergebnis der Abstimmung**

**14 Ja, 73 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001960, 08.11.23 17:13:56]

**Der Grosse Rat beschliesst**



Die Motion nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion nicht überwiesen mit 73 Nein-Stimmen bei 14 Ja-Stimmen und einer Enthaltung

## **18. Motion 4 Luca Urgese und Consorten betreffend automatisch ausgefüllte Steuererklärung**

[08.11.23 17:14:13, 23.5477.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zu Stellungnahme entgegenzunehmen.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Sie sind auf die Motion eingetreten und haben Sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert 3 Monate überwiesen.

## **19. Motion 5 Lorenz Amiet und Consorten betreffend «Wider die Auswüchse bei Lohnvergleichsanalysen im kantonalen Beschaffungswesen»**

[08.11.23 17:14:29, 23.5478.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zu Stellungnahme entgegenzunehmen. Erste Einzelsprecherin ist Nicole Amacher.

*Nicole Amacher (SP):* Bei den Lohnvergleichsanalysen im Beschaffungswesen geht es in keiner Weise darum, Unternehmen zu piesacken oder zu schikanieren, Lorenz Amiet. Der Kanton hat wirksame Prozesse zur Umsetzung des gesetzlichen Auftrags der Bundesverfassung, der Kantonsverfassung sowie auch im Beschaffungswesen geschaffen, mit dem wichtigen Zweck, dass die Gleichbehandlung aller anbietenden Unternehmen gegeben ist. Das ist wichtig und richtig. Im Beschaffungswesen reden wir von Grossaufträgen mit Auftragsvolumen ab 250'000 Franken.

Bewerben sich also Unternehmen für so einen Auftrag, müssen sie alle unter vielen weiteren gesetzlichen Vorgaben die Lohngleichheit nachweisen. Also noch einmal, es geht also darum sicherzustellen, dass Unternehmen, die einen Grossauftrag vom Kanton erhalten, die Vertragsbedingungen im Vergabeverfahren einhalten. Eine davon ist eben die Einhaltung der Lohngleichheit. Dies muss schon bei Eingabe der Offerte sichergestellt sein und nicht erst nach Erhalt eines Zuschlags. Dies wäre widersprüchlich und gegen die Gleichbehandlung der Offerierenden.

Seit 2021 werden in Basel-Stadt reguläre Kontrollen im öffentlichen Beschaffungswesen durchgeführt. Es war von Anfang an klar, und das steht auch im vom Regierungsrat beschlossenen Umsetzungskonzept, dass auch Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitenden der Lohnvergleichskontrollen betroffen sein werden. Bisher mussten Unternehmen ab 50 Mitarbeitende die Lohngleichheit mittels Selbstdeklaration und Logib nachweisen. Seit dem 1. November 2023 müssen nun alle, auch die Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitenden, die Lohngleichheit nachweisen. Dies ist wiederum wichtig, damit alle gleich lange Spiesse haben, also für die Gleichbehandlung aller, die sich für so einen Auftrag bewerben.

Und nein, ein Kreuz auf der Selbstdeklaration reicht dafür nicht aus, und deshalb komme ich noch mal zu Logib. Im Motionstext steht widersprüchlich, dass das ein irrelevantes, unverhältnismässiges Tool ist. Diese Diskreditierung ist einfach falsch. Logib ist nachgewiesen wissenschaftlich und rechtskonform und wurde international dafür ausgezeichnet, unter anderem für den Datenschutz und die einfache Anwendbarkeit. Zudem ist Logib für die Unternehmen kostenlos und wird vom Bund zur Verfügung gestellt. Es kann online angewendet werden. Es gibt ein breites Unterstützungsangebot mit Workshops, Hotlines usw., das den Unternehmen zur Verfügung steht. Das trifft sowohl für Modul 1 zu, welches aussagekräftig und verlässlich für grössere Unternehmen über 50 Mitarbeitende ist, und auch für Modul 2, das für Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitenden konzipiert ist oder mit nur wenigen Mitarbeiter:innen eines Geschlechts. Damit die Offerierenden im Vergabeverfahren gleichbehandelt werden, braucht es eine faire Vergleichbarkeit der Nachweise.



Diese ist gegeben, wenn die gleiche Berechnungsweise verwendet wird. Und das garantiert Logib, und somit die Gleichbehandlung aller Offerierenden.

Übrigens ist noch etwas im Motionstext richtigzustellen, nämlich die Aussage bezüglich der Lüge der Wettbewerbskommission hinsichtlich der Logibpflicht des Kantons. Der Kanton wurde von der Wettbewerbskommission wegen der Logibpflicht nicht gerügt. Es hat sich lediglich das Sekretariat der WEKO kritisch dazu geäussert.

Wir bitten, die konsequente Haltung der Regierung in der Einhaltung der Lohngleichheit im Beschaffungswesen zu unterstützen und sind gegen die Überweisung dieser Motion, die das Vergabeverfahren für alle unfairer macht.

*Claudio Miozzari (SP):* Nächster Einzelsprecher ist Regierungsrat Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Ich vertrete unseren Regierungspräsidenten, der heute Nachmittag leider nicht hier an der Sitzung teilnehmen kann und darf Ihnen die Haltung des Regierungsrats zur vorliegenden Motion schildern. Wir möchten Ihnen beliebt machen, die Motion nicht zu überweisen.

Eine Lohngleichheitsanalyse im öffentlichen Beschaffungswesen muss im Kanton Basel-Stadt mit dem Analysetool Logib erstellt werden. Logib Modul 1, das für Unternehmen ab 100 Mitarbeitenden zur Anwendung kommt, wie auch Logib Modul 2 für die kleineren Unternehmen wurden über Jahre entwickelt und bieten eine sichere und differenzierte Analyse, die von Unternehmen selbstständig durchgeführt werden kann. Der Kanton Basel-Stadt verwendet mit Logib somit ein Analysetool, das als wissenschaftlich und rechtskonform anerkannt ist. Es wurde auch international ausgezeichnet, unter anderem, weil Logib online einfach nutzbar ist und der Datenschutz vollumfänglich gewährleistet wird.

Es wird nun gefordert, dass Anbietende mit weniger als 50 Mitarbeitenden die Lohngleichheit mit einer blossen Selbstdeklaration belegen können. Der Nachweis mit einem Analysetool soll nur noch für Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden gelten. Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass dies dem Prinzip der Gleichbehandlung im öffentlichen Beschaffungswesen widerspricht. Dieses Prinzip besagt, dass in einem kantonalen Vergabeverfahren für alle Anbietenden die gleichen Voraussetzungen gelten müssen. Deshalb kann der Kanton nicht von grossen Unternehmen einen Nachweis zur Lohngleichheit als Teilnahmebedingung verlangen, den er von Kleineren nicht verlangt. Seit der Einführung der Lohngleichheitskontrollen im Jahr 2021 war klar, dass aus diesem Grund diese Regelung auch für die kleineren Unternehmen gelten muss.

Eine reine Selbstdeklaration erscheint dem Regierungsrat als ungenügend, auch deshalb, weil Lohnungleichheit nicht absichtlich herbeigeführt wird oder vertuscht wird von einem Unternehmen, sondern dass sich die allenfalls strukturell ergibt und es dann eben schon eine methodische Analyse braucht, um allfällige strukturelle Ungleichheiten aufzudecken. Deshalb sind wir der Auffassung, dass das blosse Kreuz bei der Selbstdeklaration ungenügend wäre.

Die Motion will als zweiten Punkt für den Lohngleichheitsnachweis andere Analysetools als Logib zulassen. Das ist nach Auffassung des Regierungsrats schwierig, weil wir sicherstellen müssen, dass die Ergebnisse von Lohngleichheitsanalysen unter den verschiedenen Bewerbern vergleichbar sind. Bei der Entwicklung von Logib Modul 1 und 2 wurde eben dies genau berücksichtigt. Die beiden Module sind aufeinander abgestimmt für die jeweilige Unternehmensgrösse. Sie sind somit auch in den Ergebnissen vergleichbar. Wir sind der Auffassung, dass das auch zumutbar ist für die Offerierenden, da sie kostenlos und einfach auch online anzuwenden sind.

Schliesslich noch etwas zur dritten Forderung, die Lohngleichheit müsse auch erst nach Erhalt des Zuschlags nachgewiesen werden. Das scheint uns nicht logisch. Das Beschaffungsgesetz sieht die Einhaltung der Lohngleichheit als Voraussetzung für Anbietende vor. Lohngleichheit bei der Eingabe der Offerte zu belegen macht deshalb Sinn. Das stellt sicher, dass der Kanton nur Angebote prüft, welche die Voraussetzungen des Beschaffungsrechts eben erfüllen, inklusive Lohngleichheit. Und dann ist auch zu beachten, dass es bei Verletzung der Teilnahme oder Vertragsbedingungen inklusive Lohngleichheit die Möglichkeit gibt, Bewerbende aus dem Verfahren auszuschliessen. Und das wäre ja dann eine Korrektur in einem zu späten Moment, wenn sich erst im Nachhinein herausstellt, dass so ein Nachweis nicht erbracht werden kann.

Deshalb sind wir der Auffassung, dass wir bei diesen geltenden Vorgaben bleiben müssen, damit wir eben die Lohngleichheit bestmöglich fördern können. Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie aus diesen Überlegungen die Motion uns nicht zur Stellungnahme überweisen.

*Claudio Miozzari (SP):* Nächster Einzelsprecher ist Niggi Daniel Rechtsteiner.

*Niggi Daniel Rechsteiner (GLP):* Wie der Motionär richtig ausführt, sind systematische Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern auf keinen Fall akzeptabel. Der Kanton Basel-Stadt als Besteller von Leistungen und Produkten soll und darf



geschlechtsspezifische Lohnunterschiede schon aufgrund der bundesverfassungsrechtlich geschützten Lohngleichheit nicht dulden. Ich darf hier im Namen der grünliberalen Fraktion sprechen und festhalten, dass für uns als Gleichstellungspartei die gerechte Entlohnung, unabhängig vom Geschlecht, ein grosses Anliegen ist.

Das haben wir bereits im November 2022 in der Stellungnahme zur Verschärfung des kantonalen Gesetzes betreffend Lohngleichheitsanalysen deutlich zum Ausdruck gebracht. Bei der Verschärfung auf 50 Mitarbeitende haben wir schon in der Stellungnahme darauf hingewiesen, dass die Nachweispflicht nach dem Kriterium der Anzahl Mitarbeitenden den falschen Anreiz setzt, mehrere Teilzeitstellen in weniger Vollzeitstellen zusammenzulegen. Das steht für uns in einem direkten Widerspruch zum Ziel der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Genau dafür ist ein breites Angebot an Teilzeitstellen wichtig.

Dieses Problem verschärft sich mit dem Senken der Nachweispflicht auf 10 Mitarbeitende. Kleine Unternehmen mit 18 Teilzeitstellen fallen unter die Nachweispflicht, während Unternehmen mit 9 Vollzeitstellen nicht verpflichtet sind. notabene bei gleichem Volumen an Arbeitsstellen und derselben Wirtschaftsleistung. Dies ist ein Beispiel, um den falschen Anreiz zu skizzieren.

Wir haben aber noch ein anderes Problem mit der Nachweis Pflicht auf dieser Flughöhe. Es wird suggeriert, dass Unternehmen mit 10 Mitarbeitenden und einem kleinen Pay Gap zwischen den Geschlechtern gerechtere Löhne bezahlen. Doch ist das tatsächlich der Fall? Macht hier die statistische Messmethode die richtige Aussage, auch wenn ein Stab von zehn Mitarbeitenden aus acht Frauen und nur zwei Männern besteht? Und sagt die Analyse etwas darüber aus, ob die acht Frauen untereinander gerecht entlohnt werden? Nein.

Kurzum, die Fraktion der Grünliberalen hat erstens Zweifel, dass die Lohngleichheitsanalyse auf einer Unternehmensgrösse von zehn Mitarbeitenden zu einem gerechteren Lohngefüge geführt. Wir denken zweitens, dass falsche Anreize hinsichtlich Angebot von Teilzeitstellen geschaffen werden und finden darum drittens die Motion von Lorenz Amiet für unterstützenswürdig und überweisen sie.

*Claudio Miozzari (SP):* Nächster Sprecher ist Raphael Fuhrer.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Ich bin im Moment daran, eine Offerte zu schreiben und dort ist natürlich das Thema Lohngleichheitsnachweis auch ein Thema. Ich kann Ihnen sagen, das ist eigentlich ein sehr kleiner Teil. Wenn wir eine Offerte machen, dann müssen wir uns Gedanken machen, was der Auftrag ist, was unser Verständnis des Auftrags ist, welche Personen wir für diesen Auftrag einsetzen möchten, welchen Stundenansatz wir verrechnen möchten, ob wir mit einem anderen Büro zusammenarbeiten möchten, ob wir es alleine machen, bis wann wer was macht, bis wann die Lebensläufe bereit sind, ob wir noch Abbildungen brauchen, wie es mit den Rechten aussieht, ob wir alles richtig gerechnet haben, ob wir vielleicht noch irgendwo Reserven brauchen, ob wir vielleicht eine Sitzung digital machen müssen, und so weiter. Bei uns im Unternehmen sollen sich alle Menschen wohlfühlen und bei uns sind die Lohngleichheitsanalysen seit langem Bestandteil der Unternehmenskultur und wir legen diesen Schein bei, wenn es nötig ist.

Zur Statistik: Wir reden hier ja von der Gesamtheit der Werte. Es ist nicht so, dass wir eine Stichprobe nehmen und dann befürchten müssen, dass diese Stichprobe nicht repräsentativ ist. Alle Mitarbeitenden in diesem Unternehmen sind Bestandteil dieser Lohngleichheitsanalyse und darum ist, wenn eine strukturelle Lohnungleichheit da liegt, gar nicht entscheidend, ob hier zehn Personen arbeiten, 100 Personen, 1000 oder 10'000. Wenn das Thema Lohngleichheit nicht gut verankert ist, dann sieht man das bei zehn Personen wie auch bei 100 Personen oder 1000 Personen. Darum zieht das Argument mit der Statistik nicht.

Die erste Forderung ist, dass man das nicht Selbstdeklaration machen kann. Da frage ich mich, auf welcher Basis man dies tut. Man setzt am Schluss einer Offerte ja auch das Häkchen «alle Angaben sind wahrheitsgetreu und entsprechend der Realität», und wenn man dort einfach das Kreuzchen setzt, bei uns gilt Lohngleichheit, dann ist das primär eine Selbsteinschätzung, aber das muss überhaupt nicht der Realität entsprechen. Und jedes Unternehmen führt doch Daten zum Beispiel zum Alter der Mitarbeitenden, zur Ausbildung und zum Lohn der Mitarbeitenden. Ich nehme an, die Lohnrechnungen werden ja ausgestellt auf der Basis des Wissens, wie hoch der Lohn pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter ist. Wenn man diese Daten sowieso schon in einer Datenbank pflegt, dann ist es kein grosser Aufwand, daraus das Logibmodell zu füttern und dann diesen Wert, also diese Nullhypothese, dass eben Lohnungleichheit herrscht, zu verwerfen.

Auch der weitere Punkt, dass mehrere Instrumente doch toll wären. Das ist ehrlich gesagt für ein Büro nicht besonders toll, wenn jeder Kanton wieder andere Nachweise fordert. Wir haben diesen Zettel von diesem Logibmodell, und wir wissen, in jedem Kanton können wir das belegen, auch beim Bund. Da hätten wir ehrlich gesagt nicht Freude, wenn plötzlich jeder Kanton und jedes Unternehmen anfängt, seinen eigenen Nachweise zu produzieren.

Alles in allem, aus Sicht des GAB ist diese Motion nicht verständlich. Die Lohngleichheit ist wichtig, Lohngleichheitsanalysen sind ein probates Mittel dazu, der Aufwand ist machbar und so wie es heute gehandhabt wird im Kanton Basel-Stadt ist es



für uns richtig. Ich kann aus der Praxis sagen, das ist keine grosse Sache, und ich möchte Sie auch gerade aus einer Sicht eines kleinen Unternehmens, in dem ich arbeite, bitten, diese Motion nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari (SP):* Es haben sich neben dem Motionär Lorenz Amiet keine weiteren Einzelsprechenden eingetragen. Damit geht das Wort an ihn.

*Lorenz Amiet (SVP):* Ich spreche hier auch im Namen der LDP. Nur der Präsident ist selbstverständlich berechtigt, hier Abstimmungen durchzuführen. Wenn ich eine durchführen dürfte, würde ich jetzt zunächst mal fragen, wer von Ihnen schon mal Logib ausgefüllt hat. Ich nehme zur Kenntnis, offenbar hat das Raphael Fuhrer schon mal getan. Ich vermute, das war kein Handwerksbetrieb. Zur Selbstdeklaration: Ich bin gleich mehrfach Logib geschädigt.

Lohnungleichheit ist für mich gesellschaftliche Selbstverständlichkeit, ebenso wie unternehmerische Vernunft, insbesondere in Zeiten von Fachkräftemangel. Seit eh und je, mindestens seit ich in die Firma eingetreten bin, behandeln wir weibliche und männliche Mitarbeitende gleich. Trotzdem hat Logib vor wenigen Monaten bei einer Firma von uns eine Lohnungleichheit von über 10 Prozent festgestellt. Gemäss Logib zahlen wir – und jetzt hören Sie gut zu – den Frauen zu viel. Warum? In einer Funktion kommt es bei uns in erster Linie nicht auf die Ausbildung, nicht auf das Alter an, sondern primär auf die Persönlichkeit und den Umgang dieser Personen mit unseren Kundinnen und Kunden. Und in dieser Funktion haben wir nahezu ausschliesslich Frauen. Ich langweile Sie jetzt nicht noch mit anderen Schmäckerln, solche, die ich selbst erlebt habe und solche, die mir zugetragen wurden.

Wissenschaftliche Lohnungleichheitsanalysen basieren auf Statistik. Alle. Statistik wird dann aussagekräftig, wenn die Probestösse immer signifikanter wird. Das ist eine Binsenwahrheit. Bei zehn Teilzeitstellen ist das schlicht mathematisch unmöglich. Stellen Sie sich zum Beispiel vor, wenn Sie eine Nachwahlbefragung machen und Sie fragen zehn Personen, was sie gewählt haben. Sie können sich die Spannweite der Resultate selbst vorstellen. Stellen Sie sich vor, dass Sie in dieser Firma mit zehn Teilzeitpersonen fünf verschiedene Berufe haben und von den zehn Personen eine Mitarbeiterin weiblich ist. Sie können sich vorstellen, wie die Resultate dann aussehen können. Die Analyse ist so nicht nur wertlos in der Aussage, sondern stellt für Kleinunternehmen auch einen erheblichen administrativen Aufwand dar. Und gehen Sie hier bitte nicht von einer Firma mit zehn Büroangestellten aus, sondern gehen Sie von gewerblichen Firmen aus, wo vielleicht eine Person im Büro ist und der Rest auf der Arbeitsstelle.

Ja, auch kleinere Unternehmen geschätzte Nicolas Amacher können hin und wieder einen Grossauftrag bekommen, auch kleine Firmen mit vielleicht zehn Gipsern, wovon eine eine Frau ist, oder zehn Elektrikern und einer Bürokräft, die weiblich ist, können solche Aufträge bekommen. Insbesondere leuchtet mir überhaupt nicht ein, warum die Analyse bereits gemacht sein muss, wenn man sich für einen Auftrag bewirbt. In der Stadt Bern zum Beispiel – und die Stadt Bern ist keinesfalls ein Paradies für Kleinunternehmen – kann der Auftragnehmer erst nachdem er die Ausschreibung gewonnen hat, innert 60 Tagen, die Analyse nachliefern. Wenn ein Auftrag gebucht ist, ist die Bereitschaft eines Unternehmers aus auch bedeutend grösser, eine solche Analyse zu erstellen und zu liefern, als wenn man riskieren muss, dass man alles für die Katze macht und den Auftrag nicht bekommt.

Lohnungleichheitsanalysen haben nur dann eine Berechtigung, wenn Sie aussagekräftig, praktikabel und verhältnismässig sind. Und dies ist derzeit, geschätzte Damen und Herren, in unserem kantonalen Beschaffungswesen alles nicht gegeben. Zur Tatsache, dass der Kanton auch noch vom WEKO-Sekretariat gerügt wurde (und ob das jetzt eine Rüge, ein Tadel oder eine Kritik ist, das spielt keine Rolle) will ich mich jetzt nicht vertieft äussern. Ich finde auch die Argumentation der Regierung schwierig, dass man nur auf der Basis eines einzelnen Tools Gleichheit schaffen kann. Andere Kantone oder auch der Bund schaffen das auch mit mehreren Tools.

Meine Motion ist keinesfalls eine Anti-Lohnungleichheitsmotion. Sie ist eine Pro-Gewerbemotion. Ich war sehr positiv überrascht, wie viele Kandidatinnen und Kandidaten von links bis rechts bei den letzten Wahlen ihre KMU-Freundlichkeit zur Schau stellten. Jetzt können Sie zeigen, dass es sich dabei nicht nur um ein Lippenbekenntnis handelte. In diesem Sinn danke ich Ihnen für die herzhafteste Debatte und ich danke Ihnen insbesondere im Namen des Gewerbes für die Überweisung der Motion.

*Claudio Miozzari (SP):* Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung.

**Abstimmung**

**Abstimmung**



JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht überweisen.

### Ergebnis der Abstimmung

**50 Ja, 42 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001963, 08.11.23 17:37:25]

### Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion zur Stellungnahme innert drei Monaten dem Regierungsrat zu überweisen.

*Claudio Miozzari (SP):* Sie haben sich für eine Überweisung entschieden mit 50 Ja-Stimmen und 42 Nein-Stimmen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* An dieser Stelle übernehme ich die Leitung wieder.

Besuch auf der Zuschauertribüne: Ich freue mich sehr, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, heute die beiden Ratsbüros aus den Kantonen Basel-Landschaft und Jura auf der Tribüne begrüssen zu dürfen. Attention, je vais parler en français. Le bureau du parlement jurassien avec sa présidente Madame Amélie Brahier, bienvenue à Bâle. (*Applaus*)

Die Geschäftsleitung des Landrats aus unserem Nachbarkanton Basel-Landschaft mit dem Präsidenten Pascal Ryf ist ebenso ebenfalls herzlich willkommen bei uns. (*Applaus*)

Im Anschluss an die Grossratssitzung treffen sich die Büros unsere drei Parlamente zu einem Austausch, bevor wir zusammen Abendessen werden.

## 20. Motion 6 Luca Urgese und Konsorten betreffend Gleichbehandlung von Ehegatten und Konkubinatspaaren bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer

[08.11.23 17:38:56, 23.5497.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (GAB):* Wie Sie in der Kreuztabelle sehen, ist das GAB offen. Ich mache es kurz. Ich gehöre zum Teil, der diese Motion ablehnt und diese auch bestreitet. Ein Teil der Fraktion erachtet es nicht als angezeigt, zum jetzigen Zeitpunkt die Erbschaftsteuer weiter abzubauen beziehungsweise ganz abzuschaffen. Auch wenn die Ungleichbehandlung von Paaren sicher nicht mehr zeitgemäss ist, ist es aus unserer Sicht aktuell der falsche Zeitpunkt für ein solches Signal. Auch mit der Abschaffung der Erbschaftssteuer für Konkubinatspaare erreichen wir nicht wirklich eine Gleichbehandlung. Das ist, denke ich, auch ein bisschen überhöht.

Die Erbschaftssteuer für Konkubinatspaare beträgt im Kanton Baselstadt sechs Prozent, im Vergleich zur Romandie oder zum Kanton Tessin ist das ein deutlich geringerer Betrag. Das GAB ist seit Jahrzehnten gegen die Abschaffung der Erbschaftssteuer, sie müsste aus unserer Sicht vor allem in der Vertikale wieder eingeführt werden, und deshalb lehnen wir diese Motion zum jetzigen Zeitpunkt ab. Denn die Erbschaftssteuer wäre ein wichtiger Punkt, um die grosse Ungleichheit in der Gesellschaft wieder zu korrigieren. Deshalb lehnt ein Teil des GAB diese Motion zum jetzigen Zeitpunkt ab.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Niggi Daniel Rechsteiner.

*Niggi Daniel Rechsteiner (GLP):* Seit sich die Erde dreht, entwickelt sich der Planet weiter. Die Menschheit entwickelt sich auch kontinuierlich weiter. So verhält es sich auch mit der Gesellschaft. Auch wenn nicht alle Entwicklungen als positiv zu werten sind, ist die Weiterentwicklung grundsätzlich etwas Positives. So verhält es sich auch mit dem Thema Gleichbehandlung in Bezug auf Lebensformen, was nichts anderes als Gerechtigkeit bedeutet.



Die vorliegende Motion weist auf eine Ungleichbehandlung bezüglich der Erbschafts- und Schenkungssteuern hin, die es zu überdenken gilt. Eine im Steuergesetz verankerte Regelung, wohl mehrere Jahrzehnte alt, verlangt die unterschiedliche Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen für Ehepaare und Konkubinatspaare. Es wurde also in einer Zeit, in der die Gesetzgebung keine nichtehelichen Lebensgemeinschaften kannte, eine Regelung erlassen, die nicht wirklich in unsere Zeit passt. Glücklicherweise sind nicht eheliche Lebensgemeinschaften heute auch gesetzlich berücksichtigt. Manche Menschen sind ob der rasch aufeinanderfolgenden Entwicklungsschritte in unserer Welt überrascht. Es geht ihnen zu schnell. Es gibt auch Menschen, welche Angst vor Veränderungen haben. Die Regelung einer Ungleichbehandlung kann aber nicht abgewartet werden, bis alle Ängste abgebaut sind. Es kann nicht sein, dass Paare ihren Lebensentwurf nach längst überholten Regelungen richten müssen. Es soll ja auch nicht so sein, dass ein Partnerschaftsmodell staatlich gefördert wird. Es soll in der heutigen Zeit durchaus möglich sein, die Form des Lebensmodells selbst zu wählen, was auch ein Stück Freiheit bedeutet, ohne dabei auf staatliche Einschränkungen Rücksicht nehmen zu müssen.

Viele Paare leben im Konkubinat und verzichten aus verschiedenen Gründen auf eine Heirat, und das gilt es auch zu akzeptieren. Weshalb muss ein langjähriges Konkubinatspaar, das keinen Anlass für eine Eheschliessung hatte, mehr Erbschafts- und Schenkungssteuern bezahlen? Da fehlt doch die Logik. Aus diesem Grund und im Sinne einer progressiven Gleichstellungspolitik spricht nichts gegen eine Änderung der Regelung betreffend Gleichbehandlung von Ehegatten und Konkubinatspaaren bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Der Vorstoss ist deshalb zu unterstützen. Es sollen Konkubinatspaare und Ehepaare gleichgestellt werden. Die grünliberale Fraktion empfiehlt Ihnen die Überweisung der vorliegenden Motion.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Auch ich bitte Sie, diesen Vorstoss an den Regierungsrat zu überweisen. Als ich die Kreuztabelle angesehen habe, musste ich ein wenig schmunzeln, dass ausgerechnet bei den beiden Parteien, die sich ja die Gleichstellung an vorderster Stelle auf die Stirn geschrieben haben, ein offen verzeichnet war. Nun geht es hier ja tatsächlich darum, eine Gleichbehandlung zu schaffen zwischen denjenigen, die als Ehegatten miteinander verbunden sind und den Konkubinatspaaren. Weshalb man hier jetzt nicht klar dafür sein kann, erschliesst sich mir nicht.

Es wurde von Niggi Rechsteiner schon einiges gesagt. Ich gehe davon aus, dass Luca Urgese nachher dann auch noch etwas dazusagen wird. In unserer Fraktion wurde das durchaus auch kontrovers diskutiert, weil es durchaus auch Stimmen gibt, die sagen, dass die traditionelle Ehe damit ein Stück weit tangiert wird. Trotzdem sind wir der Meinung, dass mit diesem Vorstoss ja niemandem etwas weggenommen wird, ausser dem Staat, dem Einnahmen weggenommen werden. Das führt dann dazu, dass einige andere in der Fraktion das auch gut gefunden haben, dass wir diesen Vorstoss an den Regierungsrat überweisen, weil damit der Staat weniger Einnahmen hat und damit auch vielleicht weniger machen kann.

Aber am Schluss ging es uns vor allem darum, dass wir diese Gleichbehandlung herstellen können, dass wir es schaffen, dass es hier keine Ungleichbehandlung gibt zwischen diesen Lebensformen. Das ist schon etwas, das man nicht vernachlässigen darf, gerade wenn ein Partner stirbt. Es gibt dann eine Ungleichbehandlung zwischen jemandem, der 40 Jahre mit dieser Person zusammengelebt hat und verheiratet war, und jemandem, der während 40 Jahren mit dieser Person zusammengelebt hat, ohne verheiratet zu sein. Letzterer ist dann von der Erbschafts- und Schenkungssteuer betroffen.

Das finden wir nicht gerecht. Es macht aus unserer Sicht auch keinen Sinn, dass man jemanden dafür bestraft, dass er nicht verheiratet war mit dem entsprechenden Partner oder mit der entsprechenden Partnerin. Es ist aus unserer Sicht letztlich auch nicht so, dass wenn wir diese Gleichbehandlung dann hinkommen, jemand sich eher dagegen entscheidet, zu heiraten. Die Ehe ist in vielerlei Hinsicht dann trotzdem noch etwas, was für Menschen einen Wert hat, unabhängig der finanziellen Situation der Erbschafts- oder der Schenkungssteuer. Deshalb glauben wir, hilft es vor allem denjenigen Menschen, die zusammengelebt haben – und es ist auch nicht eine willkürliche Entscheidung, ein Konkubinatspaar zu sein. Wenn der Partner verstirbt, hat man dann eine Lösung, die der Ehe gleichgestellt ist. Das finden wir zeitgemäss und ist etwas, was unserem Kanton gut anstehen würde.

Deshalb bitten wir Sie, diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Christine Keller.

*Christine Keller (SP):* Die SP ist, wie Sie gesehen haben offen genau wie das GAB. Ich selbst bin alt genug und schon lange genug dabei, um noch erlebt zu haben, wie man die Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen und für Ehegatten abgeschafft hat. Es ist klar, dass die SP sich seit Langem schon dafür einsetzt, dass diese grundsätzlich gerechte Steuer wieder eingeführt wird. Ein anderer Teil der Fraktion gewichtet aber den Gleichbehandlungsaspekt, wie es nun verschiedentlich von Vorrednern ausgeführt wurde, höher und findet tatsächlich, dass diese Ungleichbehandlung beseitigt



werden soll. Natürlich könnte man jetzt sagen, wir führen einfach die Erbschaftssteuer wieder ein, sowohl für Verheiratete wie auch für Konkubinatspaare, dann haben wir die Gleichbehandlung. Dies ist aber im Moment leider kaum eine realistische Alternative. Heute und hier möchte dieser Teil der Fraktion, zu dem ich persönlich auch zähle als jemand, die nie zum Traualtar geschritten ist, die Motion überweisen, der andere Teil möchte nicht einen weiteren Schritt zur Abschaffung der Erbschaftssteuer machen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Besser nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

*Alex Ebi (LDP):* Ganz kurz zu diesem Thema. Eigentlich sollte das schon längststens klar sein, wer sich auskennt im 3-Säulensystem in der Schweiz mit der AHV, der Pensionskasse und der freien Vorsorge weiss, dass wir in der zweiten Säule, bei der Pensionskasse, schon längststens diese Regelung haben und es ist wirklich an der Zeit, dass wir diese Regelung auch in diesem Bereich haben.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Somit hat der Motionär Luca Urgese das Wort.

*Luca Urgese (FDP):* Es gibt eine Ungleichbehandlung zwischen Ehegatten und Konkubinatspaaren. Das ist anachronistisch. Ich glaube, wir können klar und deutlich sagen, wir sind weiter, nicht erst aber insbesondere seit Annahme der Ehe für alle. Vor 20 Jahren, als die heutige Regelung eingeführt wurde, mag es noch so gewesen sein, dass wir noch nicht so weit waren. Damals als sich der Regierungsrat so ausgesprochen hat, dass die vollständige Gleichstellung noch nicht angemessen wäre. Ich freue mich sehr, dass der Regierungsrat nun offenbar seine Meinung geändert hat, zumindest jetzt bei der ersten Überweisung und das im Gegensatz zu Oliver Bolliger und dem GAB, die es nach wie vor für nicht den richtigen Zeitpunkt halten.

Aus unserer Sicht ist es höchste Zeit, für diese Gleichbehandlung zu sorgen. Andere Kantone, auch Kantone, die sonst nicht zuvorderst sind bei fortschrittlichen Anliegen wie Luzern, Nidwalden, Uri, Zug oder Graubünden, haben das bereits erkannt und entsprechend angepasst. Wir sind klar der Meinung, der Staat sollte nicht werten, welche Lebensgemeinschaften er besser findet, und deshalb solche Lebensgemeinschaften gegen andere Lebensgemeinschaften bevorzugen. Stimmt man dieser Aussage zu, dann ist die Annahme dieser Motion nichts anderes als die logische Konsequenz. Es geht nicht darum, ob man eine solche Steuer will, es geht nicht darum, wie hoch sie generell sein soll, sondern es geht um die Gleichbehandlung verschiedener Lebensformen. Ich danke Ihnen, wenn Sie dieses Anliegen ebenfalls unterstützen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Oliver Bolliger.

Wir kommen zur Abstimmung.

## **Abstimmung**

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

## **Ergebnis der Abstimmung**

**73 Ja, 8 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001966, 08.11.23 17:52:24]

## **Der Grosse Rat beschliesst**

Die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion überwiesen mit 73 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Gemäss Kreuztabelle sind die nächsten zwei Motionen nicht bestritten.





## **21. Motion 7 René Brigger und Konsorten betreffend Anpassung Basler Baurecht an die Solaroffensive**

[08.11.23 17:52:38, 23.5512.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Sie sind auf die Motion eingetreten und haben Sie dem Regierungsrat stillschweigend zur Stellungnahme innert 3 Monaten überwiesen.

## **22. Anzug 1 Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Ausbreitung der Tigermücke**

[08.11.23 17:53:05, 23.5453.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben in dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

## **23. Anzug 2 Daniel Seiler und Konsorten betreffend defizitären Versorgungsgrad des Kantons mit Hausärztinnen und Hausärzten**

[08.11.23 17:53:31, 23.5454.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihn dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

### **Schluss der 36. Sitzung**

17:54 Uhr



# Protokoll

der 37. Sitzung, Amtsjahr 2022 / 2023

Mittwoch, den 15. November 2023, um 9:15 Uhr

<b>Vorsitz:</b>	<i>Bülent Pekerman, Grossratspräsident</i>
<b>Protokoll:</b>	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
<b>Abwesende:</b>	<i>Andre Auderset (LDP), Leoni Bolz (SP), Erich Bucher (FDP), Alex Ebi (LDP), Lydia Isler-Christ (LDP), Andreas Zappalà (FDP); David Wüest-Rudin (GLP)</i>

## Verhandlungsgegenstände:

24.	Anzug 3 Felix Wehrli und Konsorten betreffend "Für mehr Klarheit: BODYCAMS für die Kantonspolizei" ..	2
24.	Anzug 3 Felix Wehrli und Konsorten betreffend "Für mehr Klarheit: BODYCAMS für die Kantonspolizei" ..	3
25.	Anzug 4 Roger Stalder und Konsorten betreffend "Mehr Grenzschutz – mehr Sicherheit" .....	5
26.	Anzug 5 Patrick Fischer und Konsorten betreffend "Gemeinsame Grenzschutzübungen in der Region Basel mit der Armee" .....	6
27.	Anzug 6 Daniela Stumpf und Konsorten betreffend "Beleuchtungskonzept für ein sicheres Basel" .....	8
28.	Anzug 7 Gianna Hablützel-Bürki und Konsorten betreffend "Ausschaffung krimineller Ausländer – der Regierungsrat soll beim Bund Druck machen" .....	8
29.	Anzug 8 Pascal Messerli und Konsorten betreffend "Mobile Polizeiposten in den Quartieren" .....	9
30.	Anzug 9 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend "Bälert – Kantonale App für eine Sofortalarmierung der Polizei" .....	11
31.	Anzug 10 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Deeskalation bei Kundgebungen .....	12
37.	Anzug 16 Tim Cuénod und Konsorten betreffend Kapazitätsausbau bei der Buslinie 36 und möglicher Schaffung einer Schnellbus-Ringlinie .....	14
32.	Anzug 11 Adrian Iselin und Konsorten betreffend Umnutzung Büroflächen zu Wohnraum .....	16
33.	Anzug 12 der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission betreffend Transparenz über den Einsatz von algorithmischen Systemen in der Verwaltung .....	19
34.	Anzug 13 Anouk Feuerer und Konsorten betreffend Mobile Spielplätze .....	19
35.	Anzug 14 Balz Herter und Konsorten betreffend gemeinsames Wachsen von Bevölkerung und Sicherheit .....	19
36.	Anzug 15 Balz Herter und Konsorten betreffend Vorbereitung auf Extremwetterereignisse .....	19
38.	Anzug 17 Christine Keller und Konsorten betreffend mehr Biodiversität auf Grünflächen – "Bunte Wiesen statt Rasen" .....	21
39.	Anzug 18 Eric Weber betreffend Rathaus-Turm öffentlich machen .....	21
40.	Anzug 19 Eric Weber betreffend der Plan von einer abgekühlten Stadt .....	22
41.	Anzug 20 Eric Weber betreffend Lärm verursacht Stress und macht krank .....	23
42.	Anzug 21 Eric Weber betreffend Sauber Stadt Basel – Bussgelder für Kippen-Sünder .....	24
43.	Anzug 22 Daniel Albietz und Konsorten betreffend Fusion von IWB, Primeo/EBM sowie EBL .....	25
44.	Anzug 23 Oliver Bolliger und Melanie Nussbaumer betreffend Ausbau schadensmindernden Massnahmen in der Suchtarbeit .....	28
45.	Anzug 24 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Roadmap Lastoptimierung und Energiespeicherung .....	31
46.	Anzug 25 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Wahltarife mit dynamischen Energie- und Netznutzungspreisen für flexible elektrische Lasten .....	31
47.	Anzug 26 Lisa Mathys und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den Ausbau der kantonalen PV-Anlagen und Einsatz einer Betriebsgesellschaft zur Umsetzung .....	33



## Beginn der 37. Sitzung

Mittwoch, 15. November 2023, 09:00 Uhr

### 24. Anzug 3 Felix Wehrli und Konsorten betreffend "Für mehr Klarheit: BODYCAMs für die Kantonspolizei"

[15.11.23 09:00:08, 23.5464.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung. Ich habe Ihnen keine Mitteilungen zu machen. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wird dies bestritten? Tonja Zürcher hat das Wort.

*Tonja Zürcher (GAB):* Wir bestreiten die Überweisung dieser Motion. Wir sind der Meinung, dass diese Bodycams nicht die zusätzliche Sicherheit bringen, die wir uns wünschen. Es ist eine Tatsache, dass diese Bodycams nicht dauernd laufen. Das ist auch nur schon aus arbeitsrechtlichen Gründen nicht zulässig. Wir sind auch dafür, dass die nicht dauernd laufen sollen, aber es gibt dadurch eine falsche Sicherheit. Man hat das Gefühl, dass alles, was auf diesen Bodycams aufgezeichnet ist, die Wahrheit ist, und wenn es nicht aufgezeichnet ist, dass das dann keine Tatsache ist. Und das ist aus unserer Sicht eine Verfälschung der Wahrnehmung. Vor allem wenn gleichzeitig von Seiten der Kantonspolizei noch eine Kampagne gemacht wird, die filmen von aussen möglichst unterbinden will und dadurch eine andere Perspektive, nicht eine richtige oder falsche, aber eine andere Sicht auf die Tatsachen eher verschleiert.

Deshalb sind wir dagegen, diese Motion zu überweisen. Sonst wird dafür, dass tatsächlich etwas für die Prävention gemacht wird und dass dafür geschaut wird, dass einerseits in der Gesellschaft, aber auch innerhalb des Polizeikorps Prävention gegen Gewalt gemacht wird.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich komme zu meiner Vorrednerin, Tonja Zürcher. Ich muss auf ihr Votum eintreten, ganz klar. Sie sind bekannt für Demonstrationen, es ist ganz klar, dass sie dann nicht gefilmt werden wollen. Das müssen Sie natürlich auch sagen, wenn man an Demonstrationen geht, könnte es ja sein, dass Sie gefilmt werden.

Ich möchte ein paar Punkte zu diesem Anzug sagen. Es ist bekannt, wir haben zu wenig Polizisten. Es fehlen Polizisten und dann nützt diese Kamera auch nicht, wenn wir zu wenig Polizisten haben. Ein Beispiel: Die Palästina-Demo vor der Grossratssitzung letzten Mittwochnachmittag, ich habe dreimal angerufen, es kommt keine Polizei. Ich muss einfach feststellen als Grossrat, wir sind in einem rechtsfreien Raum und dann muss ich sagen, die Bodycams sind Schnickschnack. Das darf man sagen, auf Hochdeutsch heisst das Schnickschnack. Schnickschnack bedeutet, wer es nicht weiss, es ist unwichtig, man sagt auch, das Pferd von hinten aufsatteln, usw. Wenn wir uns in einem rechtsfreien Raum befinden, und das muss ich ganz klar festhalten, sind solche Kameras Schnickschnack, weil die auch nichts nützen. Darum muss ich mir noch überlegen, wie ich abstimmen werde, ob ich vielleicht doch mit Tonja Zürcher abstimme, weil das Problem ist viel tiefer.

Das andere Problem ist folgendes. Die Polizei darf uns Bürger filmen. Okay, da habe ich nichts dagegen, aber wenn ich die Polizei filme, heisst es, das ist verboten. Jetzt muss ich einmal den Spiess umdrehen, darum freue ich mich, dass nach mir auch ein Polizist redet, Christoph Hochuli. Ich möchte einfach sagen, ich protestiere, wenn ich eine Rechnung bekomme von der Polizei von 500 Franken, ich hätte einen Polizisten gefilmt. Als Journalist oder Mensch wissen Sie, man darf in der Öffentlichkeit filmen. Das Problem ist einfach, und jetzt kläre ich das noch auf mit diesen Bodycams, Sie dürfen die Polizei filmen, aber Sie müssen im Hintergrund mehr als drei Leute haben. Sie dürfen auch ein Foto machen, es müssen aber mindestens drei Leute drauf sein, dann kann man Sie nicht belangen. Es ist dann einfach unfair, die Polizei darf einen einzelnen Menschen filmen, aber wenn ich einen einzigen Polizisten filme, heisst es gerade, das kostet 500 Franken. Ich zahle das, ich mache da keine Opposition, aber ich nehme mir das Recht, hier im Parlament zu sagen, es ist eine Frechheit, wenn man mir als Grossrat eine Rechnung von 500 Franken gibt, weil ich einen Polizisten mit einem Hund gefilmt habe und umgekehrt darf die Polizei filmen.

Ich bin so wütend auf die Polizei, dass ich diesen Anzug eigentlich nicht unterstützen kann, und dann wird die Abstimmung spannend, weil ich das Zünglein an der Waage bin zwischen links und rechts. Ich muss einfach ganz klar sagen, die Polizei



ist teilweise sehr arrogant. Wenn man sie braucht, kommt sie nicht, ruft man dreimal an, dann heisst es, wir haben zu wenig Polizisten und das finde ich einfach als Steuerzahler, Stephanie Eymann, eine Frechheit, dass wir da über Schnickschnack reden. Schauen Sie lieber dafür, dass wir genügend Polizisten haben. Die Bodycams braucht es nicht. Es braucht Polizisten, die kommen und die mir nicht am Telefon sagen, wir haben zu wenig Personal, wir können nicht vor das Parlament gehen, wenn da eine Palästina-Demo ist. Dann muss man einfach mal ganz ehrlich sein und sagen, dass hier in diesem Kanton einiges schiefgeht.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Christoph Hochuli.

*Christoph Hochuli (Mitte-EVP):* Das Gefilmt werden ist für Polizeiangehörige in der Schweiz mittlerweile alltägliche Realität. Oft erscheinen die Videos schon bald nach dem Ereignis im Internet. Teilweise wurden sie geschnitten und man sieht nur bestimmte Sequenzen des Ereignisses.

Die Stadtpolizei Zürich führte 2017 einen achtmonatigen Pilotversuch mit Bodycams durch. Dieser Versuch wurde wissenschaftlich begleitet und es wurde festgestellt, dass die Kameras tatsächlich eine präventive, deeskalierende Wirkung haben. In Einsätzen mit Bodycam kam es zu weniger physischer Gewaltanwendung gegenüber den Polizeiangehörigen als ohne Bodycam. Es gab ein Rückgang um ein Drittel. Gemäss dem Schlussbericht zum Pilotversuch könnte dank der Einführung von Bodycams in Zürich eine Reduktion von jährlich rund 50 Angriffen gegen Polizeiangehörige erreicht werden.

Abgesehen vom präventiven Charakter, können die Aufnahmen von Bodycams als Beweismittel in einem Strafverfahren oder auch in einem Beschwerdeverfahren verwendet werden. Zusätzlich zu Videoaufnahmen von Zuschauenden können auch die Bodycam-Aufnahmen aus Sicht der Polizei angeschaut werden und in die Beurteilung einfließen.

Die Stadtpolizei Zürich hat sich dafür entschieden, dass im Jahr 2024 definitiv Bodycams zum Einsatz kommen. Die entsprechenden Polizeiangehörigen werden mit der Aufschrift «Video» auf der Uniform gekennzeichnet sein. Zudem müssen die Polizeiangehörigen den Start der Aufnahme mündlich ankündigen. Die laufende Aufnahme wird mit einer blinkenden LED-Lampe angezeigt. Diese Regeln für Transparenz wären sicher auch in Basel sinnvoll. In der Pilotphase in Zürich war es so geregelt, dass die Polizeiangehörigen in der Regel selber entschieden, wann sie die Kamera einschalten. Aber die betroffenen Personen konnten ebenfalls ein Einschalten der Kamera verlangen.

Falls sich die Kantonspolizei Basel-Stadt für die Anschaffung und den Einsatz von Bodycams entscheiden sollte, muss die Anwendung der Bodycams und die Einsichtnahme in die Aufnahmen rechtlich und organisatorisch festgelegt, der Datenschutz gewährleistet und die Aufbewahrungsdauer der Videoaufnahmen reglementiert werden. Der Einsatz der Bodycams ist in Europa bereits weit verbreitet und etabliert. Beispielsweise haben zahlreiche deutsche und österreichische Städte Bodycams und in England wurden sie sogar flächendeckend in allen Polizeikörpern eingeführt.

Nun bitte ich Sie, auch im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, diesen Anzug an den Regierungsrat zu überweisen. Dann kann die Regierung und die Kantonspolizei prüfen, ob der Einsatz von Bodycams auch im Kanton Basel-Stadt sinnvoll ist und uns darüber berichten.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich unterbreche hier die Sitzung. Um 9:20 Uhr machen wir weiter. Wir werden in der Zwischenzeit das System runterfahren und wieder hochfahren.

## **24. Anzug 3 Felix Wehrli und Konsorten betreffend "Für mehr Klarheit: BODYCAMS für die Kantonspolizei"**

[15.11.23 09:26:10, 23.5464.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es kann weitergehen. Nächster Einzelsprecher ist Beda Baumgartner.

*Beda Baumgartner (SP):* Die Frage der Bodycams ist ja eine Frage, die weltweit diskutiert wird. In vielen Ländern läuft diese Diskussion, auch in einigen Kantonen der Schweiz sehr intensiv. Auch die Befürworter\*innen, das ist ja das Interessante an diesem Thema, wechseln dabei immer wieder. Teilweise sind die Polizeiangeestelltenverbände dagegen, teilweise dafür. Teilweise werden die Bodycams von Bürgerrechtsbewegungen gefordert, teilweise von Organisationen, die sich positionieren, dass es zu viel Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte gebe.



Diese Diskussion kann man sehr kontrovers führen, aber es stellen sich zu den Bodycams sehr konkrete Fragen bezüglich der Rahmenbedingungen, in denen sie existieren. Wo werden die Daten gespeichert, also auf welchem Server und in welchem Land? Wann werden die Kameras abgeschaltet? Laufen Sie durch? Wie werden die Bodycam-Aufnahmen vor Gericht verwendet? Verändert sich die Beweislast von anderen Beweisen oder die Indizien? Wie viele Bodycams sollen eingesetzt werden?

Darum ist es sicher sehr wichtig, dass man sich diesem Thema auf einer wissenschaftlichen Art und Weise annähert und das wurde ja, wie wir schon gehört haben, in Zürich auch gemacht. Und da muss ich meinem Vorredner sehr ungern leider ein bisschen widersprechen, Christoph Hochuli. Die Resultate, vor allem wenn man nicht die gekürzte Fassung der Studie liest, sondern die ausführliche Fassung der Studie, die sagen schon nicht genau das gleiche, wie einfach die Befürworter\*innen der Bodycams das immer gesagt haben. Was nämlich sehr interessant ist, ist in Zürich, dass der Widerstand sehr lange und sehr prägnant von Angestellten der Polizei kam und kommt. Und wenn man die Studie genau liest bei den Resultaten, dann sieht man zum Beispiel, dass die Befürwortung der Bodycams nach dem Pilotversuch deutlich abgenommen hat von über zwei Drittel der Polizistinnen und Polizisten auf 55 Prozent. Und was noch viel eindrücklicher ist, die Angst vor missbräuchlicher Nutzung der Aufnahmen der Bodycams ist von 39 Prozent auf 51 Prozent gestiegen. Und damit wir uns hier im Saal klar sind, wir reden hier von befragten Polizistinnen und Polizisten, die diese Äusserungen gemacht haben.

Auch wichtig ist in diesem Kontext, diese Illusion, dass wenn wir Bodycams haben, dass wir dann die Konfliktsituationen alle lösen. Ich meine, uns allen ist von der einen oder anderen Seite die Basel-Nazifrei-Demo von 2018 bekannt. Es ist wohl eine der am besten gefilmten Demonstrationen in diesem Kanton. Aber gleichzeitig hat der Umgang mit Videomaterial in Bezug auf diese Demo auch gezeigt, wo die vielen Fallstricke liegen, wenn man eben so viel Material herstellt. Wer verwaltet das Material? Wie wird es geschnitten? Wann wird der Sound eingestellt? Wann wird er abgestellt?

Die SP unterstützt Bestrebungen, gegen Gewalt an Polizisten und Polizisten vorzugehen und aus Sicht der SP sind vor allem vertrauensfördernde Vorkehrungen wichtig. Und ich würde nicht mal absolut ausschliessen, dass die SP nie einem Bodycam-Projekt zustimmen würde. Aber was auch völlig klar ist, ist, wenn es ein Bodycam-Projekt gibt, wenn es Bodycams gibt für Polizistinnen und Polizisten, dann braucht es ganz klare Regeln und dann braucht es auch Regeln, die nicht nur, wie Sie uns vielleicht jetzt vorwerfen würden, aus Sicht der Gefilmten funktionieren. Das ist ja auch so eine Frage, wer wird noch zusätzlich gefilmt, wie wird das abgegrenzt, wie wird das gehandelt bezüglich Unschuldigen, sondern dann braucht es das auch aus Sicht der Arbeitnehmenden.

Und es ist nur kohärent, wenn die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften immer sagen, Überwachung am Arbeitsplatz ist etwas, wo wir uns dagegen einsetzen, dann sind wir hier ganz konkret auch an diesem Punkt. Es geht darum, dass sie bei ihrer Arbeit gefilmt werden und das erhöht teilweise den Druck. Das war ja auch die Kritik in Zürich von Polizeibeamtenverbänden. Das erhöht den Druck auf den einzelnen Arbeitnehmenden, die einzelne Arbeitnehmende. Und darum noch zum Schliessen mit dem Satz aus der wissenschaftlichen Studie: Das randomisierte Experiment zum Mitführen und zum Einsatz von Bodycams gibt Hinweise, dass es Effekte gibt, aber es gibt keinen signifikanten Effekt und Beweis.

Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Somit hat der Anzugsteller Felix Wehrli das Wort.

*Felix Wehrli (SVP):* Ein wirksames Mittel, um bei widersprüchlichen Aussagen Klarheit zu schaffen, wäre eben die Einführung von Bodycams, welche mit Bild und Ton aufzeigen, was bei der Polizeiarbeit gut oder aber auch schlecht gelaufen ist. Und ja, Beda Baumgartner, natürlich müssen diese Daten abänderungsgeschützt gespeichert werden und sollten nur von Strafverfolgungsbehörden oder Gerichten eingesehen werden. Ich wäre sonst auch nicht dafür. Untersuchungen haben ergeben, Sie sehen das vielleicht anders, dass Bodycams keine eskalierende Wirkung haben, sondern ganz im Gegenteil, durch die deeskalierende Wirkung physische und psychische Gewalt aller Beteiligten reduzieren. Sie schützen dadurch sowohl die Polizist\*innen, aber auch die betroffenen Bürger und Bürgerinnen vor falschen Beschuldigungen.

Nun, es war mir schon beim Einreichen des Anzugs bewusst, dass nicht alle Fraktionen erfreut sind über den Anzug. Es sind die Fraktionen, welche in der Vergangenheit die Polizistinnen und Polizisten, welche auch für sie in der Öffentlichkeit während 24 Stunden für wenig Lohn auf der Strasse den immer gefährlich werdenden Dienst tun, für alles Mögliche vielmals, aber auch nicht immer, zu Unrecht beschuldigt werden. Wenn Sie sich ihrer Beschuldigungen, wie Polizeigewalt oder Racial Profiling, aber so sicher sind, dann müssen doch genau Sie den Bodycams zu stimmen.

Ich konnte während meiner vierzigjährigen Polizeiarbeit in den verschiedensten Abteilungen einiges an Erfahrungen sammeln und ich weiss, von was ich hier spreche. Falsche Anschuldigungen, wie sexuelle Belästigung, Polizeigewalt, Racial Profiling, Amtsanmassung, Begünstigung, usw. können sich fatal auswirken. Das geht bei den Polizist\*innen bis zu Versetzungen, Dienststellungen, Kündigungen, aber auch Suizid. Alles schon in Basel passiert. Das wissen gewisse Personenkreise und dies nützen sie schamlos aus. Genau hier könnten in Zukunft Bodycams grosses Unrecht und Leid verhindern, auch für Bürgerinnen und Bürger, welche vielleicht zu Unrecht für etwas beschuldigt werden. Es hilft somit



beiden Seiten. Bodycams schaffen ganz einfach Klarheit. Jeder Kontrollierte soll vom Polizisten auch verlangen können, dass dieser die Bodycams einschaltet.

Wenn man einen solchen Anzug ablehnt, ja, dann ist man einfach nicht an der Wahrheit interessiert, denn diese könnte ja auch schmerzhaft sein. Wie sagte es der ehemalige Grossrat und langjährige Strafgerichtspräsident Jeremy Stephenson einmal hier im Rat, bessere Beweise als Videoaufnahmen gibt es für ein Gericht nicht. Es wird sich bei dieser Abstimmung zeigen, bei wem Vertrauen in den Staat und damit auch die Polizei, sie gehört halt auch dazu, noch ein klein wenig vorhanden ist und Sie selber können ja mitbestimmen, sollte der Anzug überwiesen werden, was für Vorschriften es für Bodycams geben wird, Beda Baumgartner, auch Sie.

Dann noch etwas zur Information bezüglich Überwachung durch Private. Ich hatte diese Woche eine Versicherungsänderung und musste dazu einen Anruf tätigen. Am Telefon nahm ich dann zur Kenntnis, dass die Versicherung das Gespräch unter anderem zur Beweissicherung aufnimmt, es also gespeichert wird. Im Übrigen verwenden auch fast alle unsere Einkaufsläden oder Banken, Bahnhöfe und sehr viele private Firmen Videoaufnahmen zur Beweissicherung. Da gibt es dann keine grossen Regelungen, vielleicht reicht auch ein Kleber an der Eingangstüre. Auch hier in diesem ehrenwerten Haus werden Sie ja aufgenommen.

Ich bedanke mich bereits jetzt bei all jenen, welche den Wert der Bodycams richtig einschätzen, weiterhin mit ihrer Versicherung telefonieren, unbeschwert überall einkaufen können und weiterhin auch hier im überwachten Ratssaal mit Anstand debattieren, zanken und streiten können.

Ich bitte Sie, auch im Namen meiner Partei und dem Schweizerischen Polizeibeamtenverband, meinen Anzug zu überweisen. Er tut niemandem weh und verhilft zu mehr Sicherheit.

Vielleicht noch etwas zur Studie, die angesprochen wurde. Die besagt nicht, dass Bodycams schlecht sind, ganz im Gegenteil. Professor Dirk Baier von der Zürcher Hochschule, der die Studie gemacht hat, sagt auch, linksextreme Gewalt ist auf anhaltend hohem Niveau. Ich denke, das unterstützen Sie dann auch.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es liegen zwei Zwischenfragen vor, eine von Eric Weber, die andere von Nicola Göpfert. Nehmen Sie sie an? Sie werden abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst keine Überweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**46 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002051, 15.11.23 09:37:20]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Keine Überweisung. Der Anzug ist erledigt.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 47 Nein-Stimmen bei 46 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

## **25. Anzug 4 Roger Stalder und Konsorten betreffend "Mehr Grenzschutz – mehr Sicherheit"**

[15.11.23 09:37:36, 23.5465.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

*Beda Baumgartner (SP):* Ich rede auch für das GAB. Ich möchte Ihnen ans Herz legen, diesen Anzug nicht zu überweisen. Die grundlegende Forderung des Anzugs, die mag ja zu Teilen noch verständlich sein, wenn es um das Personal geht, dass



vielleicht stark ausgelastet ist. Aber der ganze Text vorneweg bis zur Forderung schürt ein Bild und eine angebliche Realität in der Schweiz, die es so nicht gibt. Plus ist es eine Illusion, und ich möchte das wirklich nochmal mit Nachdruck sagen, wenn man wirklich die Coronazeit in Basel-Stadt zitiert als Beleg, wie gut die Grenzkontrollen funktioniert haben, dann haben Sie, glaube ich, mit den Realitäten der Menschen, die sich im Dreiland bewegt haben während dieser Zeit, als die Grenzen geschlossen wurden, nicht viel zu tun. Es ist wirklich nicht ein Zustand, den wir wiederherstellen möchten, hoffe ich, in einer Mehrheit in diesem Parlament, dass wir in dieser engen Region, wo wir Grenzen jeden Tag, und zwar zu tausenden überwinden, dass wir diese noch verstärken und am Ende wirklich systematische Grenzkontrollen einführen, wie das jetzt teilweise im Anzug skizziert wird.

Darum bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Somit hat der Anzugssteller Roger Stalder das Wort.

*Roger Stalder (SVP):* Beda Baumgartner, Sie müssen keine Angst haben. Das Beispiel war einfach zum Aufzeigen in der Coronazeit, dass es eben schon Verbrecher gibt, die herüberkommen, wenn wir die Grenzen nicht schützen. Aber auch ich will keine Schliessungen. Grenzschiessungen wird es ganz sicher keine mehr geben, auch unter mir nicht und auch unter der SVP nicht.

Der Anzug ist ganz klar, und es steht unten auch ganz klar, wir wollen für eine Stärkung für das Grenzkorps sorgen und die Regierung stösst da nicht gerade auf offene Ohren in Bern. Und jetzt haben wir die Chance, mit dem Baselbiet zusammen, wo nämlich der gleiche Anzug überwiesen worden ist, da ein starkes Zeichen zu setzen, dass wir einen Grenzkorps bekommen, der diese Grenzen auch schützen kann und helfen wird, dass die Kriminalität, die von aussen kommt, auch bekämpft werden kann, gerade schon an der Grenze. Und um das geht es. Das ist ein weiterer Punkt oder ein weiteres Puzzleteil für die Sicherheit von Basel.

Darum bitte ich Sie wirklich, einen relativ harmlosen Anzug zu überweisen, damit man da Druck machen kann in Bern.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Beda Baumgartner.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**24 Ja, 65 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002053, 15.11.23 09:41:30]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Den Anzug nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 65 Nein-Stimmen bei 24 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

## **26. Anzug 5 Patrick Fischer und Konsorten betreffend "Gemeinsame Grenzschutzübungen in der Region Basel mit der Armee"**

[15.11.23 09:41:46, 23.5466.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.



*Patrick Fischer (SVP):* Schade, dass eigentlich nicht mehr Leute hier drinsitzen, denn es geht hier wieder mal um die Sicherheit. Ich danke aber vorerst, dass ich nicht nach dem letztwöchigen Angriff, wo ich mit der Dolchstosslegende konfrontiert wurde, nicht noch mit der Nibelungensage oder ähnlichem in Verbindung gebracht werde. Meine Motion wurde in Sippenhaft mit der SVP genommen und einige Parteien gaben offen und ehrlich zu, dass sie sämtliche Vorstösse der SVP generell und pauschal ablehnen. Ich halte das für falsch. Sie können jetzt jemanden zuhören, der über 28 Jahre Militärerfahrung und 23 Jahre Polizeierfahrung hat und am Schluss können Sie wählen, welchen Knopf Sie drücken.

Nun zur Sache. Die Armee führt immer wieder gemeinsame Übungen mit zivilen Partnern durch. Zuletzt im Mai 2023 hat die Territorialdivision 1 der Schweizer Armee mit dem Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit sowie der französischen Armee eine gemeinsame Übung durchgeführt. Auch im Baselland fanden solche Übungen in der Vergangenheit statt. Warum dieser Austausch mit zivilen Partnern enorm wichtig ist, liegt auf der Hand. Wenn es zu einem Einsatz kommt, müssen zivile Partner eng mit dem Militär zusammenarbeiten. Dann bleibt meistens auch nicht genug Zeit, sich kennen zu lernen, dann muss es funktionieren. Einzelne Organisationen verfallen oft in einen Art Tunnelblick. Sie sprechen eine eigene Sprache, haben eigene Abläufe und Prozesse und Materialien, die sich nicht vereinen lassen. Um im Fall der Fälle den Auftrag zusammen erfüllen zu können, muss man im Vorfeld sich austauschen, zusammen trainieren und Schnittstellen optimieren. Dadurch werden die Schwachstellen eruiert und das gegenseitige Verständnis gefordert.

Gerade Basel-Stadt ist mit dem Kriminaltourismus konfrontiert. Deliktsgut wird oftmals nach Frankreich abgesetzt. E-Bikes und elektronische Geräte können von den Geschädigten oftmals selbst im grenznahen französischen Ausland geortet werden. Wir wissen, woher die Kriminellen kommen, und wir wissen, wohin sie das Deliktsgut absetzen, oftmals in Frankreich, wo die Hehler ansässig sind. Sie können sich selbst überzeugen, gehen Sie mal mit dem Tram Nummer 3 Richtung Frankreich und schauen, wer dort alles sitzt. Ich kann Ihnen sagen, die Kriminalpolizei verfügt über etliche Videoaufnahmen, wo E-Bikes mit dem 3er quasi als Schlepper nach Frankreich gebracht werden. Dasselbe ist mit der Tramlinie 8. Die hat es immerhin schon in die nationalen Medien in Deutschland geschafft im Zusammenhang, dass Migranten so nach Deutschland einreisen.

Die Armee wird für Assistenzeinsätze sensibilisiert und ausgebildet und kann somit variabel eingesetzt werden. Flüchtlingsströme sind ein realistisches Szenario, wobei dem Grenzschutz eine sehr hohe Bedeutung zugemessen wird. Das Thema Grenzschutz gewinnt im Moment in Europa rasch wieder an Bedeutung. Es ist daher nicht mehr als logisch, dass wir uns als Grenzkanton mit diesem Thema beschäftigen. Wenn verschiedene Akteure zusammenarbeiten, benötigt es Absprachen und klare Richtlinien. Dies gilt in gemeinsamen Übungen zu erarbeiten. Wenn ein Ernstfall eintritt, bleibt häufig nicht genug Zeit dazu. Warum also nicht gleich zwei Fliegen auf einen Schlag? Das Einüben von Abläufen und die Kriminalitätsbekämpfung. Es geht doch hier nur darum, dass sich der Kanton Basel-Stadt für solche Übungen bewirbt, nicht mehr und nicht weniger. Es werden keine Grenzzäune gebaut, es werden keine Grenzen geschlossen. Es geht hier um eine Übung.

Als Offizier der Armee und als Kriminalpolizist sehe ich hier eine grosse Chance, die sich uns damit bietet. Die Kantonale Krisenorganisation übt regelmässig den Katastrophenfall, mit dabei Feuerwehr, Sanität, Polizei, usw. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sind sehr wertvoll. Sie können jetzt dagegen sein, weil ich und damit auch der Vorstoss von der für Sie falschen Partei kommt oder weil das Thema nicht Ihrem Weltbild entspricht. Aber bitte denken Sie über meine Worte nach und beim Drücken des Knopfes, wählen Sie weise.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**25 Ja, 64 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002055, 15.11.23 09:47:21]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Den Anzug nicht zu überweisen.





*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 64 Nein-Stimmen bei 25 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

## **27. Anzug 6 Daniela Stumpf und Konsorten betreffend "Beleuchtungskonzept für ein sicheres Basel"**

[15.11.23 09:47:34, 23.5463.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

## **28. Anzug 7 Gianna Hablützel-Bürki und Konsorten betreffend "Ausschaffung krimineller Ausländer – der Regierungsrat soll beim Bund Druck machen"**

[15.11.23 09:47:58, 23.5462.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ohne Notiz kann ich zu dem reden, ich habe mich auch gar nicht vorbereitet, aber es ist so in meinem Herzen drin, wenn ich das Wort kriminelle Ausländer höre. Die ganze Sache ist einfach schizopren. Liebe SVP, Sie freuen sich ja, wenn Sie viele Stimmen bekommen, und viele Stimmen gibt es eigentlich nur, wenn viele kriminelle Ausländer hier sind. Darum würde ich das Thema gar nicht bringen, weil der Anzug in einer linken Stadt nicht durchkommt. Aber wenn ich das Wort kriminelle Ausländer höre, muss ich natürlich auch reden als Einzelpartei. Die ganze Sache ist schizopren. Je mehr Ausländer, desto stärker die SVP, je weniger Ausländer, desto schwächer. Mit einem solchen Anzug sägen Sie den eigenen Baum ab. Das wollte ich sagen, das muss man mal überlegen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Somit hat die Anzugstellerin Gianna Hablützel-Bürki das Wort.

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Viele von Ihnen mögen sich vielleicht noch ungerne daran erinnern. Im Jahre 2010 hat die Schweizer Stimmbevölkerung die von der SVP lancierte sogenannte Ausschaffungsinitiative angenommen. Seither gibt es klare Regeln, wie, wer und wann aus der Schweiz ausgeschafft werden muss, wenn er gegen geltende Regeln verstösst. Auch wenn Sie dieses Volksverdict wohl hier in diesem Saale grossmehrheitlich zähneknirschend zur Kenntnis nehmen mussten, sind Sie sicherlich alle Demokraten genug, um zu akzeptieren, dass dies Volkswille ist und konsequent umgesetzt werden muss.

Schauen wir uns aber die genauen Zahlen einmal an, so muss man sagen, dass das Volksverdict nicht ausreichend umgesetzt ist. Offenbar wird da ganz bewusst der Volkswille missachtet, weil eine erfolgreiche Initiative zufälligerweise von der SVP den Eliten nicht passt und man sich um deren konsequente Umsetzung schert. So geht das nicht. Denn die vom Bundesamt für Statistik nach langem Zögern und jahrelangem Druck unserer SVP-Nationalräte in Bern vorgelegte Statistik, zuletzt aus dem Jahre 2021, zeigt ein sehr deutliches Bild. Nur gerade 58 Prozent der kriminellen Ausländer werden des Landes verwiesen. Beim Rest kommt eine sogenannte Härtefallklausel zum Tragen, das heisst, gut vier von zehn kriminellen Ausländern können in der Schweiz bleiben, obschon sie wegen einer Straftat verurteilt wurden, die eigentlich einen Landesverweis mit sich zieht.

Geht man noch ein wenig tiefer in die Statistik, so zeigen sich haarsträubende Situationen. Von verurteilten Ausländern infolge des Tatbestandes der vorsätzlichen Tötung sind knapp 12 Prozent nicht ausgeschafft worden. Bei den schweren Körperverletzungen 53 Prozent nicht, bei Einbruchsdiebstählen gut 35 Prozent nicht und besonders widerlich, bei strafbarer



Pornografie 91 Prozent nicht und bei sexuellen Handlungen mit Kindern 66 Prozent der verurteilten Ausländer nicht. Das zeigt deutlich, dass das System aktuell nicht funktioniert und zu lasch vorgegangen wird.

Angesichts des Umstandes, dass in Basel-Stadt gemäss polizeiliche Kriminalstatistik 64 Prozent der Straftaten von Ausländern und Asylanten begangen werden, zeigt sich, dass auch hier das Problem evident ist. Viel zu oft müssen wir immer wieder lesen, dass Personen Straftaten begehen, die eigentlich unser Land längst hätten verlassen müssen. Wir erwarten daher, dass sich der Regierungsrat beim Bundesrat und den Bundesbehörden dafür einsetzt, dass die geltenden Ausschaffungsrichtlinien konsequent angewendet werden und nach Möglichkeit die sogenannte Härtefallklausel, die zu grosszügig ausgelegt wird, entweder abgeschafft oder zumindest aufgeweicht wird. Denn gemäss Gesetz darf diese nur ausnahmsweise angewendet werden. Schaut man sich die eingangs erwähnten Statistiken aber an, muss festgehalten werden, dass bei dieser Menge kaum von Ausnahmen die Rede sein kann.

Ich bitte Sie deshalb, den Anzug an den Regierungsrat zu überweisen, damit unser Land und unser Kanton wieder sicherer wird und ein vor Jahren klar deklarerter Volkswille endlich umgesetzt wird.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**16 Ja, 72 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002058, 15.11.23 09:54:02]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Den Anzug nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 72 Nein-Stimmen bei 16 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

## **29. Anzug 8 Pascal Messerli und Konsorten betreffend "Mobile Polizeiposten in den Quartieren"**

[15.11.23 09:54:16, 23.5461.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

*Lea Wirz (GAB):* Mein Fraktionskollege Oliver Bolliger hat bereits ausgeführt zu allen diesen Sicherheitsvorstössen aus der Reihe der SVP, dass wir diese nicht unterstützen und dies aus ganz grundsätzlichen Gründen.

Die Vorstösse neigen dazu, dass sie kurzfristige Rezepte wollen für komplexe Probleme, die eine umfassende Bearbeitung benötigen und ein langfristiges Handeln und Denken unter Berücksichtigung komplexer, miteinander verknüpfter Probleme und Fragestellungen benötigen. Und alleine durch den Ausbau von repressiven Massnahmen werden wir diese Situation nicht verbessern. Wir lehnen deshalb auch diesen Anzug ab.

Die Polizei hat bereits heute die Möglichkeit, vermehrt Präsenz zu zeigen an einzelnen Hotspots und in Quartieren und tut dies bereits. Und da die Polizei offenbar bereits heute Mühe hat, Personal zu gewinnen, zu rekrutieren, scheint es nicht sinnvoll zu sein, weitere mobile Polizeiposten irgendwo zu installieren, sondern es braucht zielgerichtetes und nachhaltiges Handeln. Dazu brauchen wir umfassende Massnahmen, welche einen ganzheitlichen Charakter haben und nicht einfach einen repressiven.



Das JSD hat bereits Massnahmen ergriffen, um das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ernst zu nehmen und deshalb glauben wir nicht, dass einzelne mobile Polizeiposten dazu beitragen, dieses noch zu erhöhen, sondern wir glauben, dass es eben dieses ganzheitliche Handeln braucht und deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug hier abzulehnen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Mobile Polizeiposten braucht es nicht, weil wir zu wenig Polizei haben. Die Politik ist ein Geschäft. Wer mich nicht in eine Fraktion aufnimmt, braucht auch nicht meine Stimme. Auch jetzt bringt es nichts, ich werde auch hier Nein stimmen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Somit hat der Anzugsteller Pascal Messerli das Wort.

*Pascal Messerli (SVP):* Ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen. Ich nehme beim Grün-Alternativen Bündnis zur Kenntnis, dass Sie hier einfach gar keine Sicherheit wollen. Sie sind gegen die SVP, das darf man, Sie sind gegen die Polizei, Sie sind gegen Repression, Sie sind gegen sämtliche Vorschläge, die wir hier gemacht haben. Selbst machen Sie aber nie irgendwelche sicherheitspolitischen Vorschläge, dann geben Sie es doch einfach zu, dass Sie hier komplett gegen die Sicherheit sind und am liebsten die Anarchie in diesem Kanton einführen möchten. Das wäre vielleicht der ehrlichere Weg gewesen. Man sieht hier auch die Hufeisentheorie, ganz Rechts und ganz Links bekämpft sämtliche Sicherheitsvorstösse der SVP.

Hier geht es einzig und allein um das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Da kann man selbstverständlich sagen, dass diese Auslegung etwas anders ist. Jeder fühlt sich unterschiedlich sicher in diesem Kanton, aber ich denke, mobile Polizeiposten in den Quartieren machen durchaus Sinn und habe es auch in Riehen gesehen vor ein paar Jahren, als dieser Polizeiposten geschlossen wurde. Das war aus unserer Sicht ein Fehler. Hier wäre es gut, wenn man hier auch korrigieren könnte und in Riehen oder auch in anderen Quartieren wieder situativ mobile Posten verankern könnte. Ob jetzt das in Form von einem Biagio-Auto ist oder in Form von einem Container, das lassen wir bei uns hier in diesem Anzug bewusst offen. Wir haben ihn bewusst offen formuliert, dass die Polizei hier einen breiten Handlungsspielraum hat und hier situativ schauen kann, wo es eventuell Sinn macht, in welchem Quartier.

Dementsprechend bitte Sie, diesen mild geschriebenen Anzug, der wirklich viel Handlungsspielraum noch überlässt, an den Regierungsrat zu überweisen und dann werden wir in ein paar Jahren sehen, ob das Sinn macht, ob wir das vielleicht dann auch mal stehen lassen können oder ob die Polizei genug Handlungsspielraum hat, um hier situativ auch in Zukunft langfristig tätig zu sein.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**60 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002060, 15.11.23 10:00:04]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 60 Ja-Stimmen bei 28 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.



### 30. Anzug 9 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend "Bâkert – Kantonale App für eine Sofortalarmierung der Polizei"

[15.11.23 10:00:18, 23.5467.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldung eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Lorenz Amiet das Wort.

*Lorenz Amiet (SVP):* Ich gehe davon aus, dass ich nicht der Einzige in diesem Saal bin, der die Rega-App installiert hat. Vermutlich hat niemand hier drin die App zur Alarmierung von Rettungskräften für allein Arbeitende, welche vor allem in der Forstwirtschaft und in anderen Branchen weitverbreitet ist. Und ich bin sicher, dass niemand hier drin schon sich im Alter fühlt, wo er eine App braucht, um Rettungskräfte zu alarmieren, wenn ihm etwas zustossen sollte. Diese drei Beispiele zeigen immerhin, die Technologie für Sofort-Alarmierungs-Apps ist vorhanden, sie ist auch in der Schweiz weitverbreitet.

Was ist jetzt der Unterschied bei diesem Vorstoss? Der Unterschied ist der Umgang mit sensitiven Daten. Es geht hier einerseits darum zu alarmieren, wie man das bei anderen Apps auch schon kann, aber es geht vor allem auch darum, die Daten der Alarmierung so aufzubewahren, dass sie nicht gegen Datenschutzgesetzgebung verstösst. Anderswo gibt es solche Apps schon. In den USA weitverbreitet, aber auch in der EU, in Spanien gibt es solche Apps, also sprich, es gibt Apps, die der EU-DSGVO entsprechen und damit auch der schweizerischen Datenschutzgesetzgebung.

Viele hier drinnen sind sich einig, dass die Sicherheitslage in Basel-Stadt, ich formuliere es jetzt einmal sehr vornehm, zu wünschen übriglässt. Das wird mittlerweile auch auf der linken Seite von einigen anerkannt. Wenn eine Situation zu wünschen übriglässt, dann muss man Massnahmen ergreifen, um die Situation zu verbessern. Man muss alle Massnahmen prüfen, die dazu dienen, das Ziel zu erreichen, dass Basel-Stadt wieder ein sicherer Ort ist, um zu leben und sich zu bewegen.

Insbesondere sollte man Massnahmen prüfen, welche günstig zu haben sind, welche einfach umzusetzen sind und diese hier gehört meines Erachtens dazu. Ja, es gibt Vorstösse, da kann ich bestens nachvollziehen, dass man dagegen sein kann. Bei dieser hier habe ich, das muss ich Ihnen offen zugestehen, wenig Verständnis. Ich habe insbesondere auch wenig Verständnis, dass die Regierung diesen Vorstoss nicht übernehmen will, zumindest mal die Idee zu prüfen. Vielleicht kann die geschätzte Frau Regierungsrätin mir das dann im Anschluss mal noch bilateral erklären. Es geht darum zu prüfen, was die Idee kostet, welcher Aufwand zu betreiben wäre, um eine solche Alarmierungs-App einzuführen. Ein solcher Vorstoss muss nicht viele Seiten lang sein, ist schnell geschrieben mit wenig Aufwand und vielleicht stellt man ja danach dann fest, dass die Idee gar nicht so blöd wäre. Wer weiss.

Nun, nach «Chrüzlistich» sehen Sie das in der Mehrheit anders, ich nehme das zur Kenntnis. Ich danke trotzdem mal denen, die meine Idee für Prüfwert halten.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

#### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

#### Ergebnis der Abstimmung

**21 Ja, 69 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002062, 15.11.23 10:04:09]

#### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 69 Nein-Stimmen bei 21 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.



### 31. Anzug 10 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Deeskalation bei Kundgebungen

[15.11.23 10:04:24, 23.5472.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich bitte Sie, diesen Anzug von Fleur Weibel im Namen meiner Fraktion, der SVP, und auch der LDP-Fraktion nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Eigentlich haben Sie das Hauptargument, weshalb man dagegen sein muss, dass er überwiesen wird, bereits vorher bei einem anderen Vorstoss bewiesen. Sie haben einen Vorstoss von Felix Wehrli für Bodycams bei der Kantonspolizei nicht überwiesen. Das ist ein Element der Deeskalationsmöglichkeit, wenn man weiss, man wird gefilmt, dann herrscht generell mehr Zurückhaltung. Das gilt sowohl bei der Polizei vielleicht auf der einen Seite, aber ganz bestimmt auch bei den Demonstrierenden. Das haben Sie nicht überwiesen an den Regierungsrat. Vielleicht weil Sie etwas zu verheimlichen haben, ich weiss es nicht, aber genau mit diesem Vorstoss wäre eben Deeskalation bei Kundgebungen möglich gewesen, und zwar auf beiden Seiten, nämlich auf der Seite der Demonstrierenden, aber auch auf der Seite der Polizei. Und deshalb macht es nun aus unserer Sicht keinen Sinn, wenn Sie einen solchen Vorstoss an den Regierungsrat überweisen, das ist schlicht und ergreifend fast schon geheuchelt.

Und Frau Weibel, Sie nehmen es dann in Ihrem Vorstoss auch noch kurz auf, es gibt ja bereits einen Vorstoss, der sich mit der Deeskalation bei Kundgebungen befasst. Das ist der Vorstoss unseres geschätzten Ratskollegen Thomas Widmer-Huber, der vor einiger Zeit an den Regierungsrat überwiesen worden ist. Der befasst sich mit dem Thema der Deeskalation. Sie sehen dort das Problem darin, dass er sich «nur» mit den Demonstranten befasst und nicht mit der Polizei. Ja, aber hier muss ich sagen, die Polizei hat je nach Einsatz oder je nach Situation eine Einsatzbeurteilung vorzunehmen und setzt dann die geeigneten Mittel ein. Ich weiss, dass Sie von der Ratslinken der Meinung sind, die Polizei setzt meistens die falschen Mittel ein, ich glaube aber, die Polizei entscheidet im Falle einer Eskalation immer so, dass es in erster Linie um die Deeskalation geht. Das ist die Sache der Polizeileitung, das ist Sache der Einsatzleitung vor Ort und deshalb scheint es aus unserer Sicht auch nicht sinnvoll zu sein, wenn man nun einen Vorstoss grundsätzlicher Natur an den Regierungsrat überweist, der sich dann mit was genau befassen soll.

Das genannte 3D-Modell der Polizei funktioniert aus unserer Sicht zurzeit sehr gut. Man merkt, dass die Polizei einerseits weiterhin auch darauf schaut, dass es möglich ist, Kundgebungen im Kanton durchzuführen. Es sind immer noch eine Mehrzahl von Kundgebungen, die durchgeführt werden können, aber sie zeigt eben auch auf, dass wenn eine Kundgebung einerseits nicht bewilligt ist oder andererseits eskaliert, dass dann die geeigneten Mittel eingesetzt werden. Und wir möchten der Polizei diese Handhabe, so wie sie sie heute an den Tag legt, nicht wegnehmen und wir sind auch nicht der Meinung, dass nun der Regierungsrat uns aufzeigen muss, wann der Einsatz von Gummischrot gerechtfertigt ist und wann nicht, das entscheidet die Polizei vor Ort. Das können Sie, Fleur Weibel, nicht entscheiden, Sie sind dafür schlicht und ergreifen nicht kompetent genug, genauso wenig wie ich kompetent genug dafür bin. Es geht hier darum, dass das die Polizei vor Ort entscheiden muss. Dafür gibt es und kann es Situationen geben, es kann aber auch andere Möglichkeiten geben selbstverständlich und die werden ja dann auch entsprechend ausgeschöpft.

Deshalb glauben wir, braucht es diesen Anzug in dieser Form nicht, weil er in die operative Tätigkeit der Polizei zu stark eingreift und ich das nicht sinnvoll finde. Das wäre, wie wenn Sie jetzt dann künftig auch noch von der Polizei verlangen würden, dass sie uns berichten müssten, wie bei einem Verkehrsunfall die Polizei dann geeignete Mittel einsetzt, um die Unfallstelle zu sichern oder sicherzustellen, dass ein Beteiligter dann auch allenfalls vor Gericht zur Kasse gebeten wird. Wir glauben, hier geht es wirklich sehr stark um etwas Operatives, das in der Kompetenz der Polizei liegt. Wenn Sie mit der Polizeileistung insgesamt unzufrieden sind, dann sind ja schon bald wieder Wahlen im Kanton Basel-Stadt, dann können Sie für andere Mehrheiten sorgen im Regierungsrat, wobei Sie ja dort die Mehrheit haben, und darüber dann vielleicht auch etwas an der Polizeitaktik ändern. Ich glaube zwar nicht, dass dies der Fall sein wird.

Ich bitte Sie aber im Namen der SVP und der LDP, diesen Vorstoss nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Thomas Widmer-Huber.

*Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP):* Als Mitte/EVP-Fraktion unterstützen wir die Überweisung dieses Anzugs. Als ich von Fleur Weibel angefragt wurde, habe ich hin und her überlegt, ob ich den Vorstoss wirklich unterstützen soll, denn im Juni hatte der Rat ja, wie erwähnt, meinen Anzug überwiesen, der fordert, dass sich die friedlich Demonstrierenden von Vermummten und von Personen mit Schutzausrüstung distanzieren, grundsätzlich und auch räumlich.



Beim vorliegen Vorstoss geht es um Deeskalation auch in der Politik und dieses Anliegen unterstütze ich. Ich möchte jedoch festhalten, dass es beim 3D-Modell die Deeskalation und das Durchgreifen häufig gar nicht brauchen würde, wenn es nicht vermummte und gewalttätige Demonstrierende geben würde. Die Polizei hat auch eine Schutzfunktion. Sie kann in gewissen Situationen nicht einfach aus Distanz beobachten, sondern muss reagieren und eingreifen.

Von der Mitte/EVP-Fraktion verstehen wir die Unterstützung des Anzugs nicht als Kritik an der Polizei oder der Polizeidirektorin, es geht bei diesem Vorstoss um eine Auslegeordnung. Die Polizei stellt das 3D-Konzept vor als ihre Massnahmen betreffend Dialog, Deeskalation, Durchgreifen und sie legt dar, welche Optimierungen vorgenommen werden können.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Als Demo-König muss ich natürlich auch kurz dazu reden. Wir reden auch hier wieder am Thema vorbei. Es geht um Demonstrationen. Es steht ja im Text, es steht im Anzug, dass Demonstrationen Basel sehr beschäftigen, aber wir reden am Thema vorbei. Sie müssen zuerst einmal eine Demonstration beantragen, wenn Sie das legal machen, und darum möchte ich noch zwei Sätze dazu sagen.

Ich bekam an den Kopf geschleudert 2016: Herr Weber, Sie dürfen in Basel keine Demonstration beantragen. Dann bin ich so wütend geworden und habe einen Anwalt genommen und habe dann die Pegida-Demo vor dem Rathaus beantragt. Und weil ich so wütend gewesen bin auf die Polizei, weil sie gesagt haben, Herr Weber, Sie dürfen kein Demo beantragen, aber ich gesagt habe, ich will auch, habe ich extra einen Grossratstag genommen 2016, wo wir dann 600 Polizisten hatten vor dem Rathaus, hinter dem Rathaus, Kostenpunkt 700'000 Franken. Ich habe nie vergessen, wie der Polizist gesagt hat, Frau Eymann, es wäre halt mal schön, wenn Sie auch zuhören, wenn es um das Thema Polizei geht.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Erteilt Eric Weber den ersten Ordnungsruf.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Die Polizei verhindert ja im Vorfeld, dass man überhaupt demonstrieren darf. Darum habe ich gesagt, ich ziehe mich zurück. Ich habe das schon gesagt 2018, ich habe nie mehr eine Demonstration beantragt. Das habe ich eingehalten und ich werde das auch weiterhin einhalten. Ich habe mich zurückgezogen, weil wenn wir hier zum Thema Demonstration reden, darf man sich als Grossrat nicht so behandeln lassen. Darum habe ich bewusst die Polizei reingelegt und die Polizei ist darauf reingefallen, weil ich die Demonstration beantragt habe vor dem Rathaus.

Ich war kurz beruflich abwesend bei der AFD und dann habe ich noch eine zweite Demonstration beantragt für den November 2018. Das war auch mein Kind, November 2018, weil ich eine Rechnung bekommen habe von 6'000 Franken. Und dort habe ich auch gesagt, Samstag ist viel los, kommen die Leute, auch meine Idee, Mustermesse auch, offene Strassen, dort gibt es Schlachten. Die Polizei hat dann gesagt, kommen Sie nicht, ich bin auch nicht gegangen, bin zu Hause geblieben und die Polizei hat die Demonstration an eine andere Partei abgegeben.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Somit hat die Anzugstellerin Fleur Weibel das Wort.

*Fleur Weibel (GAB):* Ich danke für die breite Unterstützung meines Anzugs gemäss «Chrüzlistich» und möchte jetzt auch nicht die Diskussion ewig verlängern. Ich möchte kurz auf Joël Thüning eingehen, der ja meinen Anzug ausführlich diskutiert hat. Als erstes kann ich Ihnen versichern, ich möchte überhaupt nichts verheimlichen, weder persönlich noch sonst, sondern der Anzug geht genau in die andere Richtung und das hat Thomas Widmer-Huber sehr schön ausgeführt. Es geht tatsächlich darum, Transparenz zu schaffen und durch die Transparenz auch Nachvollziehbarkeit herzustellen, weil wir uns im Moment in einer Situation befinden, wo die Diskussion völlig verhärtet ist. Die Fronten sind total unterschiedlich, die Einschätzungen sind total unterschiedlich und es findet im Moment kein Dialog mehr statt, sondern beide Seiten haben jeweils ihre Perspektive auf die Sachlage und so kommen wir nicht weiter.

Wir haben den Anzug von Thomas Widmer-Huber, wo es darum geht, sich auch nochmal zu überlegen, wie wir mit Demonstrierenden, Demos umgehen. Es reicht aber nicht, auf dieser Seite nur sich darüber Gedanken zu machen, wie wir die Deeskalation unterstützen können, sondern wir brauchen auch auf Seiten der Polizei Massnahmen. Es geht dabei auch überhaupt nicht darum, jetzt in das operative Geschäft der Polizei einzugreifen, sondern es geht darum, besser zu verstehen, wie das operative Geschäft der Polizei in Bezug auf Kundgebungen funktioniert und dann zu schauen, passt das so, weil im Moment nicht transparent dargelegt ist, wie genau die Polizei mit Demonstrationen umgeht und wie sie dabei das 3D-Modell von Dialog, Deeskalation und Durchgreifen umsetzt.



Ich glaube, die Diskussion ist auch ein bisschen sinnbildlich. Joël Thüring und ich, wir vertreten wahrscheinlich sehr unterschiedliche Perspektiven auch auf Demonstrationen. Ich finde es beispielsweise überhaupt nicht normal, wenn alle paar Monate in Basel-Stadt Gummischrot-Einsätze stattfinden. Das besorgt mich, ganz ehrlich gesagt, und ich möchte wirklich nicht, dass wir früher oder später in Basel-Stadt in der Situation sind, wo eine Person soweit durch Gummischrot geschädigt wird, dass beispielsweise ein Auge verloren geht. Solche Sachen möchte ich nach Möglichkeit verhindern und da geht es eben darum, dieser Deeskalation jetzt Raum zu geben, sich das anzuschauen und dann zu schauen, funktioniert das gut oder braucht es hier Optimierungen.

Ich danke Ihnen deshalb für die Überweisung meines Anzugs.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**65 Ja, 25 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002064, 15.11.23 10:18:13]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 65 Ja-Stimmen bei 25 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

## **37. Anzug 16 Tim Cuénod und Konsorten betreffend Kapazitätsausbau bei der Buslinie 36 und möglicher Schaffung einer Schnellbus-Ringlinie**

[15.11.23 10:40:35, 23.5491.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

*Beat K. Schaller (SVP):* Der Anzug verlangt vom Regierungsrat unter anderem zu prüfen, ob eine Taktverdichtung des Busses 36 möglich und sinnvoll wäre. Klar, wir wissen es, der Bus 36 ist tatsächlich überlastet. Jetzt mit dem Wort Taktverdichtung wird natürlich stillschweigend angenommen, dass die BVB genügend Buschauffeure aus dem Hut zaubern könnten. Dem ist leider nicht so. Mir ist ein Vorfall zugetragen worden, als ein Buschauffeur die Fahrgäste bei einer Haltestelle bat auszusteigen, da er am Ende seiner Schicht angekommen sei und keine Ablösung bereit stehe. Wie es scheint, könnte die Personaldecke der BVB doch nicht so hoch sein, wie es uns weiss gemacht wird. Die SVP wird auf jeden Fall bei diesem Thema am Ball bleiben. Auch der Einsatz von Doppelgelenkbussen ist nicht einfach von heute auf morgen zu bewerkstelligen, benötigen doch diese Busse aufgrund ihrer Grösse speziell geschulte Chauffeure.

Eine Schnellbus-Linie, welche nur an bestimmten radialen Tram- und Buslinien anhält, bedient natürlich weniger Haltestellen, mit anderen Worten, ist für weniger Passagiere interessant. Wer nicht an einer solchen Haltestelle aussteigen will, ist der Gelackmeierte. Der Bus fährt ja auf den gleichen Spuren und den gleichen Strassen, hält aber weniger an. Weniger Passagiere können ein- und aussteigen und es ist für uns nicht nachvollziehbar, wie eine Reduktion des Angebots den ÖV attraktiver machen könnte. Wir geben Ihnen gerne einen Tipp, was Sie tun können, um den Bus 36 nicht noch zu verlangsamen, nämlich Tempo 30 generell nicht einführen. Das haben wir ja bereits gehört, dass wir dann massive Auswirkungen auf den ÖV haben.



Zur letzten Forderung nach der Umwidmung von Fahrspuren. Ja, Schlitzohrigen geht es ja nicht mehr, (man könnte sagen, der Wolf im Schafspelz) ein weiteres Salamischeibchen auf dem Weg, die Autofahrer aus unserem Kanton zu verjagen. Klar, es ist ja nur ein Anzug, prüfen und berichten, aber nehmen wir als Beispiel den Umbau des Rütimyerplatzes vor Jahren. Das war auch nur ein Anzug, da wurde dann die Bushaltestelle verlegt. Es entstand ein Chaos, die Bevölkerung wehrte sich, schlussendlich wurde die Haltestelle wieder zurückverschoben und der damalige Baudirektor sagte, ja, ich bitte Sie, das war ein Anzug, das mussten wir machen.

Dieser letzte Punkt ist für jeden, der für einen diversen und inklusiven Verkehr, der ohne Diskriminierung anderer Verkehrsformen auskommt, brandgefährlich und unbedingt abzulehnen. Deshalb namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen und ich danke Ihnen dafür.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Raffaella Hanauer.

*Raffaella Hanauer (GAB):* Ein guter und schneller ÖV ist enorm wichtig für unsere Region. Wir haben Klimaziele, die wir erreichen möchten, wir haben eine wachsende Bevölkerung. Die Bevölkerung nimmt zu, weil es auch attraktiv ist, im städtischen Zentrum zu wohnen und der ÖV muss dies auffangen können. Wir haben im Umweltschutzgesetz auch verankert, dass wir keine Zunahme des motorisierten Individualverkehrs möchten. Wir können uns das in Anbetracht der Klimaziele auch nicht leisten, daher müssen wir beim ÖV Verbesserungen machen, wo es sinnvoll ist.

Die Massnahmen, die im Anzug vorgeschlagen werden, das sind sehr günstige Massnahmen. Es sind Massnahmen wie beispielsweise Umweltpuren, die den ÖV schneller machen, die ihn auch zuverlässiger machen. Es sind Massnahmen, wie zum Beispiel der Expresskurs, die durchaus sehr gut und einfach machbar und umsetzbar sind. Diese Lösung, ein Expresskurs, eine Schnellbus-Linie hat sich auch auf anderen Linien, beispielsweise auf der Linie 30, teils auch schon bewährt. Es ermöglicht auch ein sehr effizienter Einsatz von Bussen und Personal und hinzu kommt noch, dass die Buslinie 36 eine Linie ist, wie auch schon im Anzug geschrieben steht, die von sehr vielen Leuten benutzt wird. Daher sind diese Massnahmen auch so, dass sie tatsächlich vielen Leuten auch einen Nutzen bringen werden und viele Leute davon profitieren würden.

Daher werden wir als GAB diesen Anzug überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Somit hat der Anzugsteller Tim Cuénod das Wort.

*Tim Cuénod (SP):* Zuerst einmal möchte ich sagen, dass ich mich über den breiten Support für diesen Anzug ausgesprochen freue. Ich glaube, er ist auch im Interesse gerade all derjenigen, die in den Basler Aussenquartieren wohnen, die entlang der 36er-Busstrecke liegen. Anzuerkennen ist, dass es beim 36er in den letzten Jahren ein, zwei Verbesserungen gegeben hat, insbesondere eine Taktverdichtung am Abend und Zusätze in den Abendstunden und zusätzlich auch jetzt die modernen und attraktiven Busse. Gleichwohl ist der 36er zum Teil auch nicht unerheblich überlastet zu gewissen Zeiten, was dann auch dazu führt, dass er dann deutlich langsamer ist. Weil wenn Sie einen überlasteten Bus haben, bis dann die Leute ein- und ausgestiegen sind an den Haltestationen, das wird dann ausgesprochen umständlich und das macht die Linie natürlich dann wiederum unattraktiver, wenn die Busse dann wesentlich länger haben, als das sowieso schon der Fall ist.

In einem Punkt vielleicht hat Kollege Beat K. Schaller recht, es gibt heute zu wenig Buschauffeure. Allerdings ist das ein Anzug, der innerhalb von zwei Jahren den Regierungsrat bittet zu prüfen und zu berichten, wie man die Situation beim 36er verändern könnte. Es geht hier also um eine mittel- und langfristige Perspektive. Es geht darum zu schauen, ob wir eine Taktverdichtung hinkriegen, das gibt es übrigens ja auch bei anderen Buslinien, zum Beispiel dem 30er, es geht um die Frage, wäre nicht eine vollständige Ringlinie attraktiv.

Die Frage der Schnellbus-Ringlinie, es wäre nicht gedacht, dass man damit den bestehenden 36er ersetzt, sondern das wäre ein Zusatzangebot, was ermöglichen würde, eine schnellere Verbindung gerade auch auf dieser Ringlinie, dass man dort etwas schneller vorankommt. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die finden, man sollte bei der S-Bahn-Entwicklung unbedingt eine Ringlinie oder derartiges machen. Ich halte die aktuellen Planungen diesbezüglich für sehr gut und ich hoffe auch, dass man in Bern damit Erfolg haben wird. Ich denke allerdings, was die Busverbindung anbelangt, wäre eine gewisse Ringlinie-Verbindung mit Express-Bussen durchaus prüfenswert.

Ich bin da sehr gespannt auf die Abklärungen des BVD und da insbesondere eben kurzfristig, erhoffe ich mir, das wichtigste kurz- und mittelfristig wäre eine Taktverdichtung zu Stosszeiten und die anderen Fragen sind aber wirklich grundlegender zu prüfen. Wobei mir auch bei der Taktverdichtung bewusst ist, dass das nur machbar ist, wenn man genügend Busfahrerinnen und Busfahrer hat.





*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### Ergebnis der Abstimmung

**72 Ja, 19 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002074, 15.11.23 10:51:02]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 72 Ja-Stimmen bei 19 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

## 32. Anzug 11 Adrian Iselin und Konsorten betreffend Umnutzung Büroflächen zu Wohnraum

[15.11.23 10:18:27, 23.5473.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

*Patrizia Bernasconi (GAB):* Auch wenn die Forderung so per se genommen verfangen kann, möchte ich diesen Anzug trotzdem bestreiten. Es gibt drei Punkte, die mich an diesem Anzug triggern.

Punkt 1. Renditedeckelung. Darunter können nur zwei Sachen gemeint sein. Entweder die vom Mietrecht limitierte Mietzinsrendite oder der vom Wohnschutz vorgesehene Schutz von bezahlbarem Wohnraum. Beide sind klar, sind aber klare Missbrauchsgesetzgebungen. Sie haben beide, ob es Ihnen gefällt oder nicht, eine Berechtigung. Wenn Sie einen Grund für die vermeintliche Investorenmisere brauchen, sollten Sie diese besser beim Zinsumfeld suchen.

Punkt 2. Das Vertrauen der Investoren zurückgewinnen. Dafür soll eine Spielwiese offeriert werden, diejenige der leeren Büroräumlichkeiten. Vor meinen Augen habe ich Projekte, wie jene in Bahnhofsnähe, dort sind Büroräumlichkeiten in Appartementwohnungen mit Service umgebaut worden. Wohnungen für kurze Bleibedauer, die nicht dem primären Wohnungsmarkt dienen. Oder auch das von einem Tessiner Investor initiierte Projekt im Raum Claraplatz. Dort sollen teure Einzimmerwohnungen entstehen, die sich niemand leisten kann.

Punkt 3. Die richtigen Fragen stellen. Da sind wir uns einig, nur dass die Fragen, die ich mir stelle, ganz anders sind als diejenigen, die dieser Anzug stellt. Bei mir geht es um bezahlbaren Wohnraum, auch für diejenige Personen, die im Moment kein Dach über dem Kopf haben. Das Thema wird auch noch von der Petitionskommission behandelt werden. Aber renditeorientierte Investoren helfen da nicht mit.

Ich möchte, anders als in diesem Anzug, eine bevölkerungsorientierte Wohnpolitik, die die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellt, nicht eine Wohnpolitik, die einzig dem Profitbedürfnis der Investoren dienen soll.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Ivo Balmer.

*Ivo Balmer (SP):* Auch wir von der SP-Fraktion bestreiten diesen Anzug. Erlauben Sie mir zwei Bemerkungen vorneweg. Um es klarzustellen, wir begrüssen Wohnprojekte, die aus Umnutzungen von Büro und gewerblichen Strukturen hervorgehen. Dies klar auch aus wohnpolitischen Überlegungen, aber vor allem auch aus ökologischen Gründen, Stichwort graue Energie.

Aber, und das ist der zweite Punkt, es gibt in der Wohnpolitik keine falschen Fragen. Und genau das wird in diesem Anzug suggeriert. Es ist gerade die Eigenheit der Politik, die gestellten Fragen politisch zu beurteilen und zu beantworten. Dieser Anzug unterstellt dem Staat explizit, sich mit falschen Fragen zu beschäftigen. Genau dieser Duktus und das ideologische



Narrativ zu einer sachlichen Fragestellung fassen das Grundproblem dieses Anzuges ganz gut zusammen. Dieser Anzug ist Effekthascherei, das ist Symbolpolitik und das lehnen wir ab.

Wichtig, die Frage, die hier gestellt ist, ist nicht falsch, aber wir kennen doch die zentralen Hinweise bereits aus der Beantwortung der Interpellation Nr. 78 betreffend Umnutzung von Büro zu Wohnraum. Diese Interpellation war also das richtige Instrument und deshalb braucht es diesen Anzug nicht. Die nachfolgenden Erläuterungen von mir stützen sich dann auch hauptsächlich auf diese Informationen aus dieser Beantwortung oder von Studien, die bereits von unserem Präsidiatdepartement in den letzten zehn Jahren in Auftrag gegeben wurden, oder von der Credit Suisse oder WüestPartner durchgeführt wurden.

Betrachten wir das Potenzial, das ist der Kern dieses Anzuges, das kennen wir. Wir kennen auch aus der Antwort der Interpellation das hauptsächliche Problem, das ist die Realisierung. Es sind nämlich nur etwa fünf bis 25 Wohnungen pro Jahr. Das Potenzial wurde damals viel höher abgeschätzt, das heisst, die Realisierung liegt etwa die Hälfte unterhalb dieses Potenzials. Die Herausforderungen sind auch klar, es ist vor allem der Anreiz des sogenannten Marktes. Es sind die Baukosten, die nur geringfügig kleiner sind, es sind die Lagequalitäten, Stichwort Lärm- und Schadstoffbelastungen. und es ist die bauliche Konstruktion und diese Eignung. Also Informationen über die Herausforderung und Best-Practice sind vorhanden, übrigens auch auf einer bereits existierenden Homepage unser Präsidiatdepartements.

Wieder konkret zurück zu diesem Anzug. Was möchte er eigentlich und da steht ganz konkret, wie sich die Leerstände von Büroräumlichkeit in Zukunft entwickeln. Erste Forderung, zweite Forderung, wie gross das zukünftige zusätzliche Potenzial in Bezug auf die Umnutzung von Büroflächen zu Wohnraum sein könnte. Also ich weiss jetzt echt nicht, zu a), zur ersten Vorfrage. Wir erheben doch schon lange Leerstandsquoten zu Geschäftsräumen sowie zu Wohnraum, und b) wir kennen, wie gesagt, das Potenzial, wir kennen auch die Herausforderungen und deshalb verstehe ich jetzt wirklich nicht, was der effektive Beitrag dieses Anzuges ist. Vor allem, und das möchte ich betonen, weil die echten Hemmnisse, nämlich die baurechtlichen Voraussetzungen, und das betrifft alles, Bauen im Bestand, also Sanierungen, Aufstockung, Umnutzung, überhaupt mit keinem Wort erwähnt wurden.

Nochmals ganz konkret zurück zu diesem Anzug. und da graut mir ähnliches wie Patrizia Bernasconi, Programm für das Vertrauen der Investoren. Also ich möchte mir das echt nicht ausmalen, wie wir jetzt mit Steuergeldern hier anfangen, Renditeorientierte, die anscheinend das Vertrauen verloren haben, zu subventionieren. Aus all diesen Gründen ist dieser Anzug im besten Fall ein weiteres Beschäftigungsprogramm für unsere Verwaltung. Es ist ein weiteres positionspotential Studientiger und im allerschlimmsten Fall ein Eigentümersubventionsprogramm. Beides entspricht nicht meinen sozialdemokratischen, aber auch liberalen Weltbildern.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Andreas Zappalà.

*Andreas Zappalà (FDP):* Die FDP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug zu überweisen. Nicht jetzt unbedingt, weil wir der Meinung waren, dass es diesen Anzug braucht, auch ich war am Anfang ein bisschen überrascht, wieso man jetzt schon wieder mit einem Anzug kommt, der die Büroflächen zum Thema macht. Wir hatten schon diverse Abklärungen in diesem Bereich, auch der HEV Basel-Stadt hat zusammen mit der Regierung schon Erhebungen gemacht, wie viel Potenzial besteht.

Ich war aber dann überrascht, dass die Regierung sich bereit erklärt hat, diesen Anzug zu übernehmen und ich erhoffe mir aus der Beantwortung des Anzuges, dass darüber hinaus auch Fragen beantwortet werden, die zum Beispiel von meinem Vorredner angesprochen wurde, wie sieht es baulich aus. Das Haupthindernis im Moment für solche Umnutzungen sind baurechtliche Vorgaben, weil Sie können nicht einfach in einen Büroraum eine Wohnung einbauen und sobald sie umnutzen und umbauen müssen, dann muss der Eigentümer Kosten in die Hand nehmen und das führt dazu, dass es dann nicht zwingend günstigen Wohnraum gibt. Und da bin ich auch mit meiner Vorrednerin einig, wenn wir mehr Wohnungen brauchen, dann vor allem im preisgünstigen Segment und nicht im Segment, wo eher teurer Wohnraum angeboten wird.

Aus diesem Grund bin ich zwar skeptisch, ob der Anzug wirklich das bringt, was man sich verspricht, aber ich hoffe, dass die Regierung in diesem Bereich Antworten liefern kann.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Somit hat der Anzugsteller Adrian Iselin das Wort.

*Adrian Iselin (LDP):* Der Kanton Basel-Stadt befindet sich in einer Wohnungsnot mit einem Wohnungsleerstand von 1,5 Prozent oder weniger. Die Bevölkerung wächst gemäss mittleren Bevölkerungswachstumsszenario weiter auf 224'000 Personen im Jahr 2045. Der Kanton ist also aufgrund der wirtschaftlichen Prosperität und des damit verbundenen Bevölkerungswachstums auf die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum angewiesen.



Der Nachfrage nach Wohnraum steht die Nachfrage nach Wirtschafts- und Büroflächen gegenüber. Die aktuellen Leerstände auf dem Büromarkt würden sich gemäss Aussage des Regierungsrates sowohl in nationalen als auch im internationalen Vergleich in einer gesunden Bandbreite bewegen. Die Frage ist aber, Ivo Balmer, wie sich diese Leerstände in Zukunft entwickeln werden. Die sich stetig weiter entwickelnde IT-Technologien sowie der Wunsch der Mitarbeitenden nach mehr Flexibilität sind ein Treiber des New Ways Of Working. Die Entwicklung hin zu Remote Working und Homeoffice sind bereits heute ein Fakt und die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass beides funktioniert. Remote Worker, wie ich es bin, brauchen gar keinen physischen Arbeitsplatz mehr in einem Büro. Mitarbeitende, welche einige Tage in der Woche von zu Hause aus arbeiten, benötigen keinen eigenen festen Arbeitsplatz mehr, sondern können einen Arbeitsplatz mit anderen Mitarbeitenden teilen.

Die Industrie in Basel rechnet deshalb bereits heute nicht mehr mit einem Mitarbeitenden pro Arbeitsplatz, sondern mit 1,4 bis 1,8 je nach Branche. Es ist also naheliegend, dass sich der Bedarf an Büroflächen in Zukunft massiv verringern könnte. Dazu kommt, dass nach der Konzentration der Büros von Roche und Baloise auf dem eigenen Campus viele Büroflächen in der Stadt frei wurden. Novartis lässt geeignete Fremdnutzungen zu, was wahrscheinlich ebenfalls zu Büroumzügen aus der Stadt auf den Novartis Campus führen wird. Startups finden zudem im Stücki-Areal günstige Bedingungen. Bei all dieser Entwicklung werden wir in Zukunft mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit zu viele leerstehende Büroflächen in Basel haben.

Es fragt sich deshalb, Ivo Balmer, wie hoch das zukünftige Umnutzungspotenzial im Stadtkern ist. In Zeiten der Wohnungsnot muss der Staat die richtigen Fragen stellen und gemeinsam mit den verschiedenen Akteuren Industrie, Gewerbe, Investoren, etc. Szenarien ausarbeiten und Lösungsansätze entwickeln. Fragen, wie sich die Mitarbeiterzahlen der Industrie in Basel entwickeln könnten, müssen der Industrie direkt gestellt werden. Wo arbeiten die Bewohner von Basel in Zukunft, zu Hause oder am Arbeitsplatz? Wo wohnen Sie, mit welchen Verkehrsmitteln fahren Sie zur Arbeit? Wo gehen die Kinder in die Kita, Tagesstruktur, Kindergarten und zur Schule? All diese Fragen betreffen die Infrastruktur des Kantons und haben einen Einfluss auf die Wohnraumplanung. Ich bitte den Regierungsrat deshalb, die Szenarien der Bevölkerungsentwicklung bis zu 40'000 Einwohner mehr bis 2045 durchzudenken und die Infrastrukturen planerisch zu erfassen.

Zum Schluss möchte ich mich für die breite Unterstützung bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken und bitte Sie, den Anzug zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Ivo Balmer. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*Ivo Balmer (SP):* Haben Sie nicht das Gefühl, das Potenzial, das ist bewiesen und es kann sein, dass es noch steigt, das Konkrete ist aber die Realisierung und dazu steht leider kein Wort in Ihrem Anzug.

*Adrian Iselin (LDP):* Mein Anzug ist eine Folge auf die Antwort auf meine Interpellation, wo der Regierungsrat gesagt hat, dass über die letzten zehn Jahre rund etwa 25 bis 30 neue Wohnungen geschaffen wurden aus der Umnutzung. Und ich glaube, das verkennt einfach das Potenzial vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

**44 Ja, 43 Nein, 4 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002066, 15.11.23 10:34:41]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir haben den Anzug überwiesen mit 44 Ja-Stimmen bei 43 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.

### **33. Anzug 12 der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission betreffend Transparenz über den Einsatz von algorithmischen Systemen in der Verwaltung**

[15.11.23 10:35:18, 23.5474.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

### **34. Anzug 13 Anouk Feurer und Konsorten betreffend Mobile Spielplätze**

[15.11.23 10:35:10, 23.5475.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

### **35. Anzug 14 Balz Herter und Konsorten betreffend gemeinsames Wachsen von Bevölkerung und Sicherheit**

[15.11.23 10:35:19, 23.5479.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

### **36. Anzug 15 Balz Herter und Konsorten betreffend Vorbereitung auf Extremwetterereignisse**

[15.11.23 10:35:41, 23.5480.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Lisa Mathys.



*Lisa Mathys (SP):* Die SP-Fraktion lehnt die Überweisung dieses Vorstosses ab. Wir sind realistisch genug zu wissen, dass er überwiesen werden wird. Unsere Bedenken gehen hier also vor allem zuhänden des Regierungsrates, dem die Beantwortung dann obliegt.

Die SP-Fraktion findet es angebracht, dass angesichts der sich häufenden Extremwetterereignisse die Funktionstüchtigkeit der entsprechenden Einsatzorganisationen überprüft werden muss. Wir würden jedoch hoffen, dass dies sowieso geschieht und die Regierung handeln würde, wenn es Bedarf dafür gäbe. Es ist also etwas unklar, wieso es diesen Vorstoss überhaupt braucht, aber das ist nur mal das eine.

Des Weiteren stört sich die SP-Fraktion daran, dass der Anzug schon sehr eindeutig einfach auf die Anschaffung neuer Gerätschaften abzielt und ein bisschen der Eindruck entsteht, dass da einfach prinzipiell mal die Aufstockung der Ressourcen finanzieller und personeller Art im Zentrum des Interesses stehen und es ist nun mal generell so, dass man die Ressourcen nicht allein an Extremereignissen ausrichten kann. Auch hier wäre es angezeigt, einen Unterbestand an Geräten, Fahrzeugen und Personal zu beheben. Wir würden erwarten, dass es die Regierung von sich aus beschliesst oder vorschlägt. Es geht also nicht um ein generelles Bestreiten des Anliegens an sich.

Last but not least, von unseren Kritikpunkten: Im Titel und in der Einführung ist von Extremwetterereignissen die Rede. In den ganzen Forderungen geht es dann aber plötzlich um Naturereignisse und mit Verlaub, das ist nun halt wirklich nicht dasselbe. Das macht diesen Vorstoss zusätzlich etwas diffus aus unserer Sicht. Es ist nicht klar, warum es bei den Prüfungsaufträgen plötzlich um «normale Naturereignisse» geht, was den zuvor schon erwähnten Eindruck bestärkt, der doch einige Fragezeichen zurücklässt.

Die SP-Fraktion wird den Vorstoss deshalb ablehnen. Nichtsdestotrotz freut es uns sehr, dass nun scheinbar alle hier anerkennen, dass es eine Häufung von Extremwetterereignissen gibt. Das war ja auch nicht immer so.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Somit hat der Anzugsteller Balz Herter das Wort.

*Balz Herter (Mitte-EVP):* Ich bedanke mich herzlich für die Aufnahme dieses Geschäftes. Ausser die SP sind ja zum Glück alle dafür und sehen den Sinn und Zweck dahinter, dass man in diese Richtung vorwärts macht, dass man neues Material, anderes Material beschafft. Ich glaube, der Fokus ist in den letzten Jahren irgendwo anders gewesen.

Man hat festgestellt, dass es deutlich mehr Starkwetter gibt, Extremwetter gibt. Wir haben es diesen Sommer gesehen, an einem Abend 160 Einsätze, 80 Bäume, die es genommen hat und wir haben in unserem Kanton einen einzigen Kranwagen, der so irgendetwas abschaffen kann. Von dort her muss man auch neue Mittel beschaffen. Wir müssen bereit sein für die Zukunft, es werden noch andere Herausforderungen kommen. Wir haben auch Brände in Wäldern und neuerdings auf irgendwelchen Grünflächen bei uns. Das ist auch etwas wegen den langen und trockenen Sommern, wo wir gewappnet sein müssen und auch entsprechende Materialien anschaffen müssen spezifisch auf diese Ereignisse.

Ich bitte um Überweisung dieses Anzuges.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**59 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002072, 15.11.23 10:40:47]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 59 Ja-Stimmen bei 26 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.



### **38. Anzug 17 Christine Keller und Konsorten betreffend mehr Biodiversität auf Grünflächen – "Bunte Wiesen statt Rasen"**

[15.11.23 10:50:52, 23.5492.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

### **39. Anzug 18 Eric Weber betreffend Rathaus-Turm öffentlich machen**

[15.11.23 10:51:16, 23.5493.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Die Touristen in Basel fragen, wo ist der Ratskeller. Die Touristen fragen, wie komme ich auf den Rathaus-Turm. Wenn Sie selber Tourist sind in anderen Städten, können Sie auch auf den Rathaus-Turm, auf die Kirchtürme, aber in Basel ist es nicht möglich. Diese Missstände möchte ich mit diesem Anzug sofort beseitigen und ich bitte Sie um Ihre Hilfe.

Unser Rathaus ist innen tot. Das Rathaus muss nicht nur für uns Grossräte da sein. Die Basler Regierung lebt es ja vor, dass unser Rathaus bei jeder Fasnacht seit 100 Jahren zu einem gesellschaftlichen Anlass mit Prominenten und Ehrengästen wird, aber die Bevölkerung bleibt vor verschlossenen Türen.

Mein Anzug will nun offene Türen. Sie kennen mich, Sie wissen, ich habe gute Ideen, aber ich bin scheinbar von der falschen Partei. Darum habe ich beschlossen, auch nicht mehr zu kandidieren, das soll die Partei massvoll machen.

2015 war der Tag der offenen Tür hier im Rathaus. Rund 90'000 Menschen stürmten das Rathaus für die Besichtigung. Sie sehen, es geht. Leider war ich gerade zu diesem Zeitpunkt in den Ferien und konnte nicht am Tag der offenen Tür teilnehmen. Mit ein paar leichten Umbauarbeiten, Türen zu machen zur Rathausverwaltung, ist der Turm für Touristen begehbar und oben können dann schöne Basler Postkarten verkauft werden. Pro Tag kommen an die tausend Touristen auf den Turm. Das sind im Jahr rund 300'000 und wenn jeder Bürger drei Franken bezahlt, dann sind das pro Jahr eine Million mehr im Staatshaushalt. Unten beim Eingang kann man einen Ehrenamtlichen hinsetzen, es gibt ja so viele Ehrenamtliche in unserem Kanton, die wollen alle arbeiten.

Ich meine es nur gut. Schauen Sie her, jedes Parlamentsmitglied hat Besuche auf der Tribüne. Und oft werde ich gefragt von meiner Besuchergruppe, können wir bitte auch auf den Turm. Fehlanzeige. Können wir bitte in den Rathauskeller, was essen und trinken. Fehlanzeige.

Als Grossrat ist man hier, um die Sachen für die Menschen zu verbessern. Und so bitte ich Sie erneut, springen Sie über Ihren Schatten, öffnen Sie die Türen hier im Kantonsparlament und hier im Rathaus. Wenn es in zehn Jahren endlich der Fall ist und ich dann nicht mehr hier bin, bitte denken Sie daran, es war Grossrat Eric Weber, der den Ball ins Rollen brachte, dass die Originalidee von mir kam. Wenn das nicht erwähnt wird, schreibe ich einen Leserbrief. Also bitte, geben Sie sich einen Ruck, wählen Sie für meinen guten Anzug, denn er hat es wirklich in sich. In der Legislatur 2013 bis 2017 stimmten viele Grossräte für meine Anliegen, wie Roland Lindner, unser Architekt, oder Peter Bochsler von der Partei DSP.

Das wäre meine Begründung, ich weiss, wovon ich spreche. Ich würde auch gerne auf den Rathaus-Turm. Ich war das letzte Mal auf dem Rathaus-Turm 2015, als Frau Canton mir ihn freundlicherweise geöffnet hat für meinen persönlichen Besuch, aber es sind ja nicht nur Grossräte, die dieses Anliegen haben, sondern auch die Bevölkerung. Ich finde es einfach traurig. Wir haben ein wunderschönes Gebäude und wir können nicht auf den Turm.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.



### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**1 Ja, 62 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002078, 15.11.23 10:57:28]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 62 Nein-Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung.

## **40. Anzug 19 Eric Weber betreffend der Plan von einer abgekühlten Stadt**

[15.11.23 10:57:10, 23.5494.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Eric Weber das Wort.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich habe Esther Keller gesagt, ich finde den Spruch sehr schön, Beschatten, Begrünen und Bewässern. Sie können es lesen, ich muss das jetzt hier nicht vorlesen, obwohl ich es vorlesen dürfte, weil die Leute es nicht gelesen haben. Auch da werde ich keinen Erfolg haben, aber ich habe es abgegeben. Ich kann sagen, ich bin das Original.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**1 Ja, 59 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002080, 15.11.23 10:59:00]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Den Anzug nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 59 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.



#### 41. Anzug 20 Eric Weber betreffend Lärm verursacht Stress und macht krank

[15.11.23 10:58:44, 23.5495.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Der Anzugsteller Eric Weber hat das Wort.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich habe mir auch zu diesem Anzug viele Gedanken gemacht. Warum wird die Bevölkerung nicht respektiert? Ich habe viel gelesen und habe folgendes festgestellt: Die meisten Leute haben leider nicht einen Wohnort an einer lauten Strasse, weil 50 Prozent von uns Grossräte, aber nicht ich, wohnen in Riehen oder auf dem Bruderholz. 2012 habe ich an der Feldbergstrasse gewohnt in einer WG und habe gemerkt, wie laut die Strasse ist. Ich habe auch recherchiert, wer jetzt an der Feldbergstrasse wohnt. Es ist nur unser zukünftiger Grossratspräsident, Balz Herter, mit Frau Brandenburger, die sind an der Feldbergstrasse gemeldet, wie ich das früher auch gewesen bin. Sie wissen gar nicht, wenn Sie auf dem Bruderholz wohnen oder in Riehen, wie laut solche Strassen in Kleinbasel sind.

Sie reden hier immer, ich bekomme es ja mit, von Klimakrise, Lärm und darum muss ich mich hier auch einbringen und sagen, es ist einfach zu laut, zu viele Autos. Sicherlich sind die meisten Grossräte reich und privilegiert und wohnen darum laut Statistik nicht in Kleinbasel, sondern in Riehen oder auf dem Bruderholz. Zum Lärm habe ich geschrieben: «Wer an einer stark befahrenen Strasse wohnt oder in einer Industriehalle arbeitet, erlebt, wie belastend andauernder Lärm sein kann.»

Und wenn man so lange im Grossrat ist, wird man ja irgendwie dazu erzogen. Schon in der Schule, im Gymnasium und jetzt auch hier im Parlament höre ich immer nur das Wort Klima, Klima, Klima, nochmal Klima und die Leute beklagen sich dann bei mir, dass es zu viel ist und dann habe ich gefunden, ja gut, dann muss ich auch noch etwas machen zum Thema Klima und Lärm. Hier geht es um Lärm. Zum Schluss sage ich ja in diesem Anzug: «Wenn wir uns anschauen, wie viele Menschen sich in Basel durch Lärm in ihrem alltäglichen Umfeld gestört fühlen, dann ist es eine ganz erhebliche Zahl. Vom Strassenverkehr fühlen sich drei Viertel beeinträchtigt. 20 Prozent davon sogar ganz erheblich.»

Und wenn ich hier in Basel mich informiere in den Zeitungen, heisst es ja immer, es sind zu viele Autos und dann sehe ich immer den Kampf zwischen Linken und Bürgerlichen. Die Linken wollen die Autos und Strassen entfernen und die Bürgerlichen wollen noch mehr Autos und Strassen und dann sehe ich da einfach, wie sich alle im Kreis drehen. Und darum sage ich: «Da die Lärmschutzbemühungen in den letzten Jahren nicht genügend waren, muss nun was gemacht werden.» Also man kann nicht immer nur Reden, weniger Autos oder mehr Autos, man muss auch über den Lärm reden. Und wenn Sie halt so reden, rede ich dann auch so und bringe das als Thema «Anzug betreffend Lärm verursacht Stress und macht krank». Das habe ich auch gemerkt.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

#### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

#### Ergebnis der Abstimmung

**1 Ja, 61 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002082, 15.11.23 11:03:20]

#### Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 61 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und keiner Enthaltung.





## 42. Anzug 21 Eric Weber betreffend Sauber Stadt Basel – Bussgelder für Kippen-Sünder

[15.11.23 11:03:03, 23.5496.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Eric Weber das Wort.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Jedes Jahr wird es schlimmer, die Menschen lassen einfach alles fallen, so auch die Zigaretten. Zum Glück bin ich seit Kindheit Nichtraucher und ich habe dieses Problem nicht. Ich glaube, ich machte schon eine schriftliche Anfrage oder ein Anzug, dass man die Basler Mülleimer umrüstet, dass dort die Zigaretten fachgerecht entsorgt werden können. Ich erinnere Sie an die Sowjetunion. Es war bekannt, wer dort im Jahre 1960 in der Sowjetunion nur eine einzige Zigarette auf den Boden warf, wurde sofort von der Polizei bestraft. Das ist bekannt. Aber bei uns im schönen Basel kann jeder machen, was er will, daher auch dieser Anzug, das ist ganz wichtig.

Dieser Anzug liegt mir sehr am Herzen. Dieser Anzug kommt aus einer inneren Haltung und Überzeugung für ein sauberes Basel. Was sollen die vielen Touristen denken, die mit dem Schiff von Amsterdam in Basel ankommen und dann in diese Stadt kommen, die nicht mehr sehr sauber ist. Die Strafen für Müll entsorgen sind viel zu lasch. Ich weiss das, denn ich habe noch nie in meinem Leben eine Müllmarke gekauft. Das ist alles viel zu teuer. Und ich sage bewusst Müllmarke, weil es bei Ihnen Bebbi-Sack heisst. Aber die meisten, die in Basel wohnen, wissen gar nicht, was ein Bebbi-Sack ist.

Viele meiner Eingaben wurden abgelehnt von der Parlamentsverwaltung, weil es hiess, das wären keine Schweizer Worte. Man muss sich das mal vorstellen. Daher sage ich nochmals, als Journalist, auch bei diesem Anzug, muss man halt Wörter verwenden, die auch Migranten verstehen, die man überall versteht und ich darf doch davon ausgehen, dass Sie alles Mögliche machen, um die lieben Migranten zu verstehen und diesen zu helfen. Darum sage ich Müllmarke und nicht Bebbi-Sack.

Es ist einfach so, das Thema mit den Zigaretten ist jetzt sehr aktuell. Letzten Samstag haben Sie ja mitbekommen, dass der Regierungsrat schon Antwort gegeben hat, und es heisst in dieser Antwort zum Thema «Wie sagt der Kanton den Kippen den Kampf an», der Kanton beschafft nur noch 110-Liter-Abfallkübel mit Aschenbecher. Ich frage dann zum Thema Zigaretten auf den Boden werfen, was zahlen Müllsünder in Basel im Regelfall, wenn sie erwischt werden, wenn sie Zigaretten auf den Boden werfen, oder ist das in Basel noch straffrei? Und die Regierung sagt, die Busse beträgt 80 Franken. Aber ich würde gerne wissen, wie viele Leute in Basel die 80 Franken bezahlt haben, die eine Zigarette weggeworfen haben.

Und hier wird irgendwie zu wenig gemacht und darum sage ich auch: Vielen Rauchern sei gar nicht bewusst, welchen Giftcocktail sie da zu Boden werfen. In allen herkömmlichen Zigaretten sei weit mehr enthalten als nur Tabak. In einem Zigarettenstummel stecken mehrere tausend Giftstoffe, etwa Nikotin, Blei, Chrom, Arsen oder Benzol. Je nach Lage und Witterung könne es viele Jahre dauern, bis sich ein kleiner Stummel vollständig zersetzt hat. In dieser Zeit werden die Giftstoffe freigesetzt. Sie gelangen über die Böden bis ins Grundwasser Basels. Die Kosten der Entfernung trägt der Kanton, somit auch jeder einzelne Bürger.

Ich habe auch diesen Anzug gemacht, weil man hier in Basel immer zum Thema Klima, Umwelt, Strassenbegrünung redet und dann verinnerlicht man das und dann sagt man, es gibt da ein Problem mit den Zigaretten. Vielen Rauchern ist gar nicht bewusst, welchen winzigen Giftcocktail sie da zu Boden werfen. Das beschäftigt immer mehr Menschen, insbesondere auch die Kinderspielplätze, weil auf diesen Kinderspielplätzen auch viele Zigaretten herumliegen. Es sind nicht nur Kondome und Spritzen, die herumliegen, sondern auch Zigarettenstummel.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### Ergebnis der Abstimmung

**1 Ja, 68 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002084, 15.11.23 11:09:11]



### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 68 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme und keiner Enthaltung.

### 43. Anzug 22 Daniel Albietz und Konsorten betreffend Fusion von IWB, Primeo/EBM sowie EBL

[15.11.23 11:08:57, 23.5505.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

*Daniel Sägesser (SP):* Ich spreche sowohl für die SP wie auch für das GAB. Wir erkennen keine schlüssigen Gründe, welche für eine solche Monsterumstrukturierung sprechen würden und eine Monsterumstrukturierung wäre es. Drei Firmen, zusammen rund 2'000 Mitarbeitende, über zwei Milliarden Franken Jahresumsatz, unterschiedliche Gesellschaftsformen, unterschiedliche strategische Ausrüstungen, komplett unterschiedliche Rechtsgrundlagen von zwei verschiedenen Kantonen. Eine solche Fusion wäre mindestens ein Generationenprojekt sowohl für die Politik wie auch für die drei Unternehmen selber. Für eine solche Übung müsste man schon sehr offensichtliche Vorteile nennen können. Die Begründung, mehr gross, mehr besser reicht bei weitem nicht.

Der Vorstoss verkennt auch mittelfristig absolut unüberwindbare Hindernisse einer solchen Fusion. Die Primeo hält aktuell 20 Prozent der Alpiq und diese wiederum 27 Prozent am AKW Leibstadt und sogar 40 Prozent am AKW Gösigen. Theoretisch gäbe es zwei Möglichkeiten, dieses Problem zu lösen. Erste Variante, die Primeo verkauft vor der Fusion ihre indirekten Beteiligungen an den Atomkraftwerken. Da kann man nur sagen, bonne chance an die Weidenstrasse. Oder die zweite Variante, Sie kippen den Paragraph 31 Abs. 3 aus der baselstädtischen Kantonsverfassung, welcher vorschreibt, dass sich der Kanton gegen die Nutzung der Atomenergie wenden muss und keine Beteiligungen an AKW halten darf. Auch hier wünschen Ihnen die Fraktionen der SP und GAB bonne chance. Auf diesen Abstimmungskampf würden wir uns freuen.

Ebenso problematisch bei einer Fusion sind die kantonal gänzlich unterschiedlichen energie- und klimapolitischen Zielsetzungen, bei deren Erreichung die Energieversorger eine ganz zentrale Rolle spielen. Baselland hat sich ein Netto-Null-Ziel bis 2050 gesetzt und der Kanton Basel-Stadt bis 2037. Basel-Stadt muss also eine ganz andere Pace an den Tag legen als der Kanton Baselland. Und ich habe vorhin eine solche Fusion als Generationenprojekt bezeichnet. Mit Netto-Null bis 2037 haben wir bereits ein Generationenprojekt, welches die IWB und ihre Ressourcen sehr stark fordert. Das letzte, was die IWB jetzt noch braucht, wäre ein solches Umstrukturierungsprogramm ohne jede Aussicht auf irgendeinen Mehrwert. Auch dass der Basler Regierungsrat durch die Wahl des Verwaltungsrates die letztendliche Kontrolle und Verantwortung für die IWB hat, ist sowohl energiepolitisch wie auch sozialpolitisch insbesondere in Anbetracht der grossen Aufgaben, die wir zu lösen haben, von entscheidender Bedeutung. Diesen Vorteil abzugeben, wäre ein grosser Fehler.

Eine spannende Frage stellt der Anzug allerdings tatsächlich. Es ist die Fragenummer 3: «Könnte eine Fusion dazu führen, dass der baselstädtischen Bevölkerung im Energiebereich dieselben Dienstleistungen und Produkte derselben Qualität wie im Nachbarkanton angeboten werden können und dies möglicherweise zu günstigeren Preisen?» Gerne beantworte ich Ihnen diese Frage auch ohne Überweisung, nein. Die Gasversorgung macht die IWB eh schon im ganzen Gebiet selber. Die würde nicht besser oder billiger nur weil noch ein paar Leute mehr mitreden, im Gegenteil. Bei einer Fusion der IWB mit der Primeo und EBL dürfte auch der Strompreis nicht billiger werden, sondern teurer. Denn obwohl immer wieder das Gegenteil behauptet wird, liegen die Strompreise der IWB dank ihrer nachhaltigen Beschaffungsstrategie mit einem sehr hohen Eigenproduktionsanteil unter dem Schweizer Durchschnitt. Ein 4-Personen-Haushalt bezahlt bei der IWB im Jahr 2024 gut 10 Prozent weniger für den Strom als bei der Primeo und bei der EBL. Bei einer Fusion würde aufgrund des Nicht-Diskriminierungsgrundsatzes der Grundversorgung der Strom in Basel teurer.

Auch bei den Strommarktkunden kann ich kein wesentliches Verbesserungspotenzial erkennen. Da ich selber für meine Firma den Strom am Markt beschaffe, weiss ich, dass die IWB auch im freien Markt sehr kompetitiv agiert. Auch kann ich nicht bestätigen, dass grössere Stromanbieter stärker im Markt sind als kleinere. Zumindest im wichtigen KMU-Segment mache ich eher die Beobachtung, dass die mittelgrossen Anbieter wie IWB und Primeo wettbewerbsfähiger auftreten als die grossen.



Aus diesen vielen Gründen werden die Fraktionen der SP und GAB diesen Anzug nicht überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist die Brigitte Kühne.

*Brigitte Kühne (GLP):* Auf den ersten Blick scheint es eine praktische Sache zu sein. Effizienzgewinn, Beseitigung von Doppelspurigkeit, Steigerung des Wettbewerbs, mehr innovative Produkte und Dienstleistungen, etc. Aber wir Grünliberalen sind überzeugt, die IWB ist bereits sehr kompetitiv unterwegs. Das wollen wir weiterhin so beibehalten. Die IWB ist mit innovativen Produkten und Dienstleistungen ebenfalls bereits jetzt unterwegs, auch das begrüssen wir sehr. Die IWB ist kunden- und auch politikorientiert. Gerade um die Energiewende zu erreichen, braucht es eine IWB, die zusammen mit der baselstädtischen Politik und der Bevölkerung nicht nur vorwärtsgehen will, sondern eben auch wirklich geht und das ist der Fall. Wenn wir mit anderen Kantonen zusammengehen im Energiebereich, wird es extrem kompliziert und behindernd.

Kommt ein weiterer Punkt hinzu. Wenn IWB, Primeo, EBM sowie EBL eine Fusion möchten, dann sollen sie dies bitte selber prüfen. Das ist auch liberal. Es ist hier in diesem Kontext nicht angebracht, dass die Politik eine Fusion von oben herab befiehlt respektive prüfen lassen soll.

Wir Grünliberalen bitten Sie deshalb, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Das Prüfen von Fusionen, Übernahmen, Teilübernahmen, Joint Ventures oder was auch immer ist in der Privatwirtschaft Tagesgeschäft. Ich habe es jedes Jahr, dass Leute an mich herantreten, um die Firma zu kaufen, um Teile zu kaufen, um zu verkaufen und Joint Ventures und weiss ich was nicht alles zu prüfen. Ich kann Ihnen sagen, in den allermeisten Fällen kommen solche Deals nicht zustande. In den 15 Jahren, seitdem ich meine Firma führen darf, haben wir genau einmal eine Firma gekauft. Geprüft haben wir es vielleicht fünfzig Mal, vielleicht auch mehr. Solche Prüfungen sind sinnvoll, weil sie geben Anlass dazu, Chancen zu finden.

Es geht hier nicht darum, von oben herab eine Fusion zu befehlen, Brigitte Kühne, weil dann hätte man eine Motion einreichen müssen. Man hat ganz bewusst einen Anzug eingereicht, um zu prüfen, ob es Sinn machen könnte, die Firmen als Ganzes zu fusionieren. Und da gibt es Hindernisse, sie wurden vorhin aufgezählt, aber man kann dabei auch zum Schluss kommen, dass es vielleicht Sinn macht, für gewisse Teile einen Joint Venture zu kreieren, oder dass es Sinn macht, dass die eine Firma der anderen gewisse Teile verkauft, weil es vielleicht in gewissen Teilbereichen Effizienzsteigerungsmöglichkeiten gibt. Wenn man jetzt sagt, wir wissen, was die Antwort dieses Anzugs sein wird, es geht sowieso nicht, dann finde ich das relativ mutig.

Wir bitten Sie deshalb, diesen Anzug der Regierung zu überweisen, damit man mal das Udenkbare denken kann und wenn wir dann die Antwort auf den Anzug haben, dann können wir immer noch sagen, ja, es macht wirklich keinen Sinn oder vielleicht sagen wir dann, in dem Bereich und in dem Bereich ist es durchaus sinnvoll. Besten Dank, wenn Sie Ja stimmen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort und hat es.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Die IWB ist ein Unternehmen, das die kritische Grösse definitiv erreicht hat mit einer Milliarde Umsatz, ungefähr 1'000 Mitarbeitenden, eine Milliarde Investitionen in den nächsten vier Jahren, die Sie hier drin entschieden und bewilligt haben als Gesetzgeber. Skaleneffekte, die sind oft möglich, aber die sind einfacher realisierbar bei kleinen Firmen, bei grossen Firmen kommt irgendwann der Punkt, wo mehr Grösse nicht unbedingt effizienter heisst.

Die IWB ist gut aufgestellt. Sie ist ein integriertes Unternehmen, sie hat Monopolstrukturen im Leitungsbereich oder in der Grundversorgung beim Trinkwasser, etc. und sie hat Bereiche, wo sie im Wettbewerb unterwegs ist. Sie produziert mehr Strom, als wir als Basel-Stadt brauchen, ein sehr wichtiger Asset, den wir alle sehr schätzen, jetzt vor allem in den Zeiten, wo die Strommärkte recht turbulent unterwegs sind. Im letzten Jahr der Energiemangellage haben mich viele andere Energiedirektorinnen und -direktoren darum beneidet, dass wir hier in Basel-Stadt einen Netzbetreiber haben, einen Stromproduzent haben, direkt einen Bezug haben zu ihm und gemeinsam diese Herausforderung von politischer und auch von Unternehmensseite stemmen können.

Auch bei der Energie- und Klimapolitik, es hilft uns sehr, dass wir eine starke IWB haben, die die Energie- und Klimapolitik, die wir und Sie hier in diesem Saal entscheiden, auch effektiv und effizient umsetzen können. Die IWB, wie schon gesagt, sie hat Monopolbereiche, Wasser-, Stromleitung, Glasfaserkabel, Grundversorgung im Strom und das ist wichtig, dass diese



Monopolbereiche im Besitz und in der Kontrolle von uns als Kanton bleibt. Der Regierungsrat sieht deshalb aus diesem Grund im Moment keinen Anlass, an den Eigentums- und Steuerungsstrukturen etwas zu verändern.

Was wäre bei einer Fusion. Es sind komplett anders aufgestellte Unternehmen. Hier bei uns eine öffentlich-rechtliche Anstalt, ein Eigentümer, ausgeübt durch Regierungsrat und die Oberaufsicht durch das Parlament mit ihrer Gesetzgebungskompetenz, auf der anderen Seite zwei Genossenschaften. Es ist dort ja auch nicht der Kanton Baselland, der Eigentümer ist dieser Gesellschaften, sondern die Primeo. Wir haben das Beispiel gesehen, die hat 56'000 Genossenschafter\*innen als Eigentümer\*innen. Das ist die Realität, wenn man versuchen möchte, diese beiden Unternehmen zu fusionieren.

Die beiden Genossenschaften in Baselland, die haben eine Fusion geprüft, im 2001 das letzte Mal, das finde ich naheliegender, gleiches Kantonsgebiet, gleiche Organisationsstruktur. Es kam nicht zustande, sie hat nicht stattgefunden. Und wenn man jetzt eine öffentlich-rechtliche Anstalt und zwei Genossenschaften fusionieren möchte, dann würde man höchstwahrscheinlich bei einer Aktiengesellschaft enden. Ich sehe im Moment keine andere Struktur, die möglich wäre. Das haben wir auch schon gemacht bei der Messe, Genossenschaft auf der einen Seite, privat-rechtliche Aktiengesellschaft auf der anderen Seite und da hat man die MCH gegründet.

Ich möchte auch schauen, was es heissen würde auf energiepolitische Entscheide, die Sie hier im Parlament in den letzten Jahren gefällt haben. Sie haben entschieden, dass die IWB 500 Millionen in den Fernwärmeausbau hier in Basel-Stadt investiert. Sie haben den Gasausstieg ins IWB-Gesetz geschrieben bis 2037. Der Verfassungsgeber hat bestimmt, dass es keinen Atomstrom und keine Beteiligungen an Atomstrom gibt. Im Gesetz steht, dass die IWB nur in erneuerbare Energie investieren kann, das haben alles Sie entschieden. Bei einer Fusion würde Ihre Kompetenz in diesem Bereich wegfallen. Es gäbe kein IWB-Gesetz mehr, das wäre dann die Aktiengesellschaft, die diese Entscheide unternehmerischer Seite fällen würde. Was bleiben würde, wäre das Energiegesetz natürlich für unser Staatsgebiet, das aber deutlich komplizierter und indirekter wäre zu handhaben. Beim Entscheid der Fernwärme zum Beispiel, dann werden die Entscheide nicht mehr hier in diesem Saal gefällt, ob die Fernwärme kommt und wie viel man investiert.

Ein weiterer Grund, die Atomstrombeteiligung habe ich schon gesagt, ist auch die Wasserversorgung. Auch da schreibt die Kantonsverfassung fest, dass es nicht an Unternehmen übertragen werden darf, an denen Private gewinnbeteiligt sind. Auch hier ein verfassungsrechtliches Problem, wenn man diese Fusion umsetzen könnte. Im Wettbewerbsbereich, dort hätten wir weniger Wettbewerb, wenn aus drei Anbietern einer wird. Also dort reduzieren wir den Wettbewerb, wenn wir jetzt diese drei wichtigen Anbieter der Region in eine Gesellschaft zusammenfassen würden.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diesen Anzug nicht zu überweisen. Die IWB hat grosse Aufgaben zurzeit in der Wärmetransformation insbesondere und die Fusion stellt sich heute nicht und deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Somit hat das Wort der Anzugsteller Daniel Albiez.

*Daniel Albiez (Mitte-EVP):* Ich danke für die spannende Diskussion. Zunächst danke ich herzlich Lorenz Amiet für sein engagiertes Votum zu mehr Mut zur Prüfung. Aber es ist offenbar nicht die Zeit für grosse Würfe im Moment oder auch Dinge nur anzuschauen, die auf den ersten Moment etwas spannend oder schwierig aussehen. Natürlich bin ich leicht ernüchert über die Haltung der Regierung und der ablehnenden Fraktionen, insbesondere der GLP. Sonst erlebe ich die GLP ja in finanzwirtschaftlichen und energiepolitischen Fragen eigentlich offen für innovative Ansätze und dachte, dass die Idee bei der GLP vielleicht auf Anklang stossen könnte. Vielleicht geschieht ja noch ein Gesinnungswechsel und selbst wenn nicht, die drohende Ablehnung eines Vorstosses gehört gewissermassen zum Amtsrisiko eines Grossrats, darum nehme ich das auch nicht persönlich.

Nun, die Argumente liegen auf dem Tisch, Sie können sie in meinem Anzug nachlesen. Darum fokussiere ich mich im Wesentlichen auf eine kurze Replik zu den Einwendungen. Wenn ich eine Motion eingereicht hätte, die die Fusion verlangt dieser drei Unternehmen, dann könnte ich die ablehnenden Stimmen akzeptieren. Verlangt wird von mir aber nicht die Fusion der drei Unternehmen, es kann ja sein, dass es sich am Ende als keine gute Idee erweist. Also es geht um die klassischen Anliegen eines Anzugs, nämlich zu prüfen und zu berichten und hier verweigert man sich nur schon einer Prüfung.

Der Antrag an die Regierung war Prüfung und Bericht. Ich bin bezüglich des Ergebnisses dieser Abklärungen völlig offen und finde die Fusion ja auch nicht zwingend, sondern einfach mal prüfenswert. Sich der Prüfung einer solchen Frage aber ganz zu entziehen oder so zu tun, als ob die Antworten bereits klar seien, das finde ich seltsam und ich staune, denn über so viel Fachkenntnis im Energiebereich verfüge ich selber nicht. Das heisst, ich bin zu wenig Experte, um eine solche Frage vom Schiff aus zu beantworten. Dafür braucht es Spezialisten und Leute, die die Dinge anschauen, handelt es sich doch bei der Energieversorgung um einen vielschichtigen, teilweise liberalisierten Markt mit zahlreichen Stakeholdern, Gesetze und Vorgaben auf Bundesebene, Kantone und Gemeinden als Konzessionsgeber, private und halb oder quasi staatliche



Anbieter. Das haben Sie alles in diesem Bereich und da braucht es kluge Köpfe, die solche Dinge prüfen. Ehrlich gesagt, habe ich vorhin nicht viel gehört, was die im Anzug aufgeführten Überweisungsgründe substanziell entkräftet hätte.

Daniel Sägesser nennt die Fusion ein Generationenprojekt. Die Fusion dreier Unternehmen mit insgesamt 2'000 Mitarbeitern. Da muss ich sagen, es wurden meines Wissens auch in diesem Kanton respektive von Konzernen mit Sitz in diesem Kanton schon viel grössere Fusionen in viel kürzerer Zeit als einer Generation vorgenommen. Diese Einwände, die waren eine gewisse Staatsdenke, in dem alles ein bisschen langsamer und ein bisschen mühsamer geht als in der Wirtschaft und ich denke, dass es kein Problem wäre, das juristisch und auch von der Konzernstruktur her umzusetzen.

Die Regierung wünscht sich natürlich eine starke IWB, aber auch hier finde ich, man soll hinschauen und überprüfen, wo welche Chancen bestehen. Tatsache ist nämlich, dass die Energiepreise in letzter Zeit erheblich steigen und aus meiner Sicht wäre es angezeigt, zumindest zu prüfen, ob eine effizientere Zusammenarbeit der drei regionalen Energieversorger einen positiven Einfluss auf die Preise hätte und ein Konglomerat im nationalen Wettbewerb, der ist eben auch national, nicht mit mehr Marktmacht auftreten könnte als die drei Anbieter allein.

Auch die anderen Einwände überzeugen wenig. Mir ist schon klar, dass es sich in Baselland um zwei Genossenschaften handelt. Das sind zwei Gesellschaften mit einer Genossenschaftsstruktur und hier ist eine Fusion grundsätzlich möglich. Man muss halt einfach diese Genossenschafter befragen.

Wenn wir die Energieversorgung der Bevölkerung grundsätzlich als Staatsaufgabe ansehen, wenn auch mit privaten Trägern, so steht einer Abklärung der Regierung bei den strategischen Organen auch zweier konzessionierter Genossenschaften nichts entgegen. Es geht um einen öffentlichen Anstoss mit offenem Ergebnis. Das fände ich spannend und bitte Sie daher, diesen Anzug zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**34 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002086, 15.11.23 11:29:18]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 58 Nein-Stimmen bei 34 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

#### **44. Anzug 23 Oliver Bolliger und Melanie Nussbaumer betreffend Ausbau schadensmindernden Massnahmen in der Suchtarbeit**

[15.11.23 11:29:04, 23.5506.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen. Kontakt- und Anlaufstellen sind eine starke Belastung für das jeweilige Quartier. Wenn man jetzt das Angebot ausweitet, längere Öffnungszeiten vorsieht und auch den Adressatenkreis öffnet, dann wird das nicht zur Entlastung von einem Quartier führen, sondern zu zusätzlicher Belastung. Es ist ja klar, dass mehr Leute mehr Littering, mehr Lärm und auch mehr Kriminalität verursachen. Auch wenn Sie



jetzt den Adressatenkreis derart öffnen und sagen, jeder, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, soll in diesen Kontakt- und Anlaufstellen konsumieren dürfen, egal ob er aus der Region Nordwestschweiz, vom benachbarten Ausland, Frankreich oder Deutschland kommt, dann führt das selbstverständlich dazu, dass ein Quartier zunehmend belastet ist und das der Bevölkerung nicht mehr zugemutet werden kann. Ich sehe dann schon diese grossen Probleme, die wir dann beispielsweise im Bereich Dreispitz haben, wenn dann ein neues Schulhaus am Walkeweg entstehen wird, dass dann dort zusätzlich viel mehr Drogenspritzen, etc. sein werden und deshalb zielt dieser Anzug völlig in die falsche Richtung.

Es ist auch der falsche Ansatz gesamthaft. Sie sagen, weil es mehr Drogensüchtige gibt, weil es mehr Konsumenten gibt, braucht es mehr derartige Angebote. Das Beste, um dem entgegenzuwirken, wäre, dass man diesen Drogenhandel endlich mal in den Griff bekommt. Wir haben letzten Monat den Anzug von Joël Thüring überwiesen, der explizit gegen den Drogenhandel im Kleinbasel vorgehen wollte. Sie haben den mitüberwiesen, ich weiss nicht, ob Sie inhaltlich dafür waren oder ob Sie vor den Wahlen einfach keine Diskussion bei diesem Thema wollen, aber Sie waren dort zumindest dafür. Das ist der richtige Ansatz und nicht, das Angebot für illegale Aktivitäten ausweiten.

Und eine Bemerkung erlauben Sie mir doch noch. Sie beschreiben insbesondere das Problem der Kokainkonsumenten, dass diese Tendenz steigend ist und es dementsprechend mehr Räume braucht, in denen Kokain geraucht werden kann. Ja, wenn es jetzt im Kanton Basel-Stadt mehr Spielsüchtige gibt, bräuchte es dann auch mehr Casinos? Wenn es mehr Raucher gibt, bräuchte es dann auch mehr Restaurants für Raucher? Wenn es mehr Autofahrer gibt, bräuchte es dann auch mehr Parkplätze? Wenn es mehr Kriminelle gibt, bräuchte es dann auch mehr Polizisten?

Ich denke nicht, dass Sie mir diese Fragen mit Ja beantworten würden. Also ist diese Argumentation in Ihrem Anzug der falsche und auch der Schritt und die Konsequenzen, die Sie daraus ziehen, sind falsch. Wir müssen hier den Drogenhandel bekämpfen und sicherlich nicht diese Angebote derart ausweiten, dass sie eine derartige Problematik für das Quartier oder für die Quartiere darstellen und dementsprechend bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Melanie Nussbaumer.

*Melanie Nussbaumer (SP):* Sie kennen sicher mittlerweile alle die vier Säulen der Drogenpolitik. Die sind Prävention, Therapie, Repression und Schadensminderung. Jede Säule beinhaltet verschiedene Massnahmen und das Ziel dieser Drogenpolitik ist, den Drogenkonsum und seine negativen Folgen für die Konsumierenden und auch für die Gesellschaft nachhaltig zu vermindern.

Und deshalb, hier schliesse ich gleich an das Votum von Pascal Messel an, wurden auch die K+A überhaupt gemacht. K+A sind da zur Entlastung für die Quartiere. Was denken Sie, was passiert, wenn diese K+A nicht ausgebaut werden oder nicht bestehen würden? Die drogenabhängigen Suchtkranken würden natürlich umso mehr im öffentlichen Raum sein. Das ist naiv, Entschuldigung, wenn ich das so sage, das ist naiv, wenn man denkt, wenn es keine K+A gibt, wenn es keine Angebote gibt, wo man hygienisch konsumieren kann, dass es dann keine Drogenabhängigen mehr gibt. Das ist einfach nur naiv, wenn man das denkt.

Diese Massnahmen, diese Vier-Säulen-Politik, die hat auch sehr lange sehr gut funktioniert. Die war gut austariert und die Balance hat gestimmt. Nun hat sich aber in diesem Jahr gezeigt, dass es in Basel, speziell im Matthäusquartier, nicht mehr ganz aufgegangen ist. Diese negativen Folgen des Drogenkonsums wurden zumindest wieder sichtbarer als auch schon. Und ja, das hat verschiedene Ursachen, neues Konsumverhalten, billigere Drogen, schlechte Wohnverhältnisse der Suchtkranken, heisses Wetter und andere.

Unser Anzug setzt, wie gesagt, nun bei der Schadensminderung an und fordert, verschiedene Vorschläge zu überprüfen. Das sind auch keine extrem radikalen Vorschläge, sondern das sind alles Sachen, die es schon gibt, es sind Massnahmen, die schon existieren. Es geht jetzt einfach darum, dass man auf der einen oder anderen Seite noch etwas anpassen muss. Die Vorschläge sind sozusagen in diesem Sinne auch abgesprochen mit Expertinnen und Experten, man konnte es schon an verschiedenen Orten testen. Es ist abgesprochen mit verschiedenen Institutionen, es sind Anpassungen, die auf Erfahrungen basieren, wo man sich abstützen kann. Diese Vier-Säulen-Politik, die ist auch sehr breit abgestützt, war immer sehr breit abgestützt, die SVP hat es nie mitgetragen.

In diesem Sinne freue ich mich, wenn Sie im Namen der SP-Fraktion den Anzug unterstützen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Nehmen Sie sie an? Sie wird abgelehnt. Der Anzugsteller hat das Wort.

*Oliver Bolliger (GAB):* Ich bedanke mich für die Debatte und danke der Regierung und den unterstützenden Fraktionen, dass Sie den Anzug von Melanie Nussbaumer und mir überweisen möchten.



Nun kurz zu den Einwänden von Pascal Messerli hinsichtlich dieses Anzugs. Es gibt nicht zwingend mehr Konsumenten und deswegen muss man die Kontakt- und Anlaufstellen verdreifachen, sondern der Konsum ist anders. Um das geht es hier. Die Kontakt- und Anlaufstellen müssen sich dem veränderten Konsum, dem Kokainkonsum, der mehrheitlich geraucht wird, anpassen und eine andere Infrastruktur einerseits ermöglichen und zudem auch noch die Frage der Öffnungszeiten prüfen. Und wenn Sie schon den Drogenhandel bekämpfen wollen, ja, dann schaffen Sie es nicht, wenn Sie die Schadensminderung abschaffen, sondern da müssen Sie grundsätzlicher Art gegenüber diesem Thema, was jetzt dieser Anzug auch nicht macht, aber da müssen Sie grundsätzlicher Art diesem Thema begegnen.

Wahrscheinlich ist es jetzt eher eine polemische Reaktion auf unsere ablehnende Haltung gegenüber den Sicherheitsvorstössen der SVP, dass Sie diesen Anzug so kategorisch ablehnen. Ich würde der SVP-Fraktion empfehlen, bei ihren zwei Parteimitgliedern, welche am Kleinbasler Drogenstammtisch vor drei Wochen anwesend waren, nachzufragen, welche Inhalte dort besprochen und geäussert wurden. Dann hätte die Fraktion erfahren, dass die im Anzug beschriebenen Lösungen von vielen der Anwesenden befürwortet wurden. Sei es von Fachpersonen, von den Anwohnenden, der Polizei wie auch von den Betroffenen.

Zurzeit leben wir in Zeiten, in denen wir auf gesellschaftliche und soziale Probleme primär mit Abschottung, Repressionen und Kontrolle reagieren. Oft geht es darum, soziale Probleme unsichtbar zu machen. Wir wollen dem Elend und deren negativen Auswirkungen im Alltag nicht begegnen. Erst recht nicht in einer Welt, die von Krise zur Krise schlittert. Ja, ich kann das auch gut nachvollziehen und habe sehr Verständnis für die Anwohnenden im Matthäusquartier. Ich denke, es geht uns allen immer mal wieder so, doch Menschen mit einer langjährigen Suchterkrankung können nicht ganz aus dem Blickfeld genommen werden.

Ich kann mich noch erinnern, als die Kontakt- und Anlaufstelle an der Spitalstrasse vis-à-vis der Frauenklinik war und das zuständige Departement, das ist schon länger her, die Visibilität der Süchtigen reduzieren wollte und daraufhin wurden bauliche Massnahmen eingeleitet. Anschliessend wurden dann die neuen K+A an den Rändern der Stadt gebaut und mit dem Wegzug der Heroinvertreibung Janus auf den Campus der UPK ist nun auch dieses Angebot aus der Mitte der Stadt verschwunden.

Menschen mit einer langjährigen chronischen Sucht benötigen Hilfe und Unterstützung auf verschiedenen Ebenen. Seien es suchtmmedizinische mit Substitutionsbehandlungen, sei es Soziales wie beispielsweise eine eigene Wohnung, Unterstützung bei den Organisationen, Finanzen und eine Psychiatrie, die bei akuten Krisen Schutz bieten kann. Das grösste Problem ist neben der Abhängigkeit von den Substanzen und vom illegalen Markt bei vielen Betroffenen die grosse Einsamkeit, die innere Leere und das Gefühl, für diese Gesellschaft keinen Wert zu haben. Nächstes Jahr feiern wir zehn Jahre UN-BRK, aber es muss klar festgehalten werden, dass die Inklusion bei Süchtigen definitiv sehr erschwert ist.

Deshalb braucht es auch weiterhin soziale wie institutionelle Räume, auch informelle, wo sich die Betroffenen treffen können. Hier hilft vor allem, Pascal Messerli, ein Rezept, nämlich der Ausbau von schadensmindernden Massnahmen, und zwar solche, die sich pragmatisch den Bedürfnissen der Menschen anpassen. Mit der Überweisung dieses Anzugs stärken Sie diesen für die gesamte Gesellschaft sinnvollen Ansatz.

Ich danke für Ihre Unterstützung und ich bin zuversichtlich, dass gemeinsam mit den Fachpersonen der Verwaltung sowie mit den Einrichtungen der Suchtarbeit sinnvolle und notwendige Massnahmen eingeleitet werden können, welche für die Öffentlichkeit, für die Anwohner und Anwohnerinnen, für die Betroffenen und auch für die Polizei eine Entlastung bringen wird.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.*

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**76 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002088, 15.11.23 11:40:21]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 76 Ja-Stimmen bei 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

#### **45. Anzug 24 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Roadmap Lastoptimierung und Energiespeicherung**

[15.11.23 11:40:08, 23.5513.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

##### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

#### **46. Anzug 25 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Wahltarife mit dynamischen Energie- und Netznutzungspreisen für flexible elektrische Lasten**

[15.11.23 11:40:29, 23.5514.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (GAB):* Sie fragen sich sicher, weshalb ich hier nun wieder stehe und dass ein Teil des GAB diesen Anzug bestreitet, wurde doch dieser von allen Fraktionen unterzeichnet.

Ehrlich gesagt, es ist primär aus einem Unbehagen und einem Gefühl heraus, dass die Forderungen dieses Anzugs nicht unseren politischen Grundwerten entsprechen und aus linker Sicht nicht wirklich zu unterstützen sind. Nun, es ist aber offensichtlich, dieser Anzug wird überwiesen werden und ich bin überzeugt, dass Daniel Sägesser, der ja in Energiefragen ein ausgewiesener Spezialist ist, mit dem Vorstoss gute Absichten hat und sich dies mit den dynamischen Preisen wohl überlegt hat. Trotzdem bestreite ich, auch um unsere Kritik überhaupt öffentlich äussern zu können und der Regierung, das ist der wesentliche Teil, auch etwas mitzugeben bei der Prüfung dieses Anzugs.

Wir lehnen grundsätzlich die Grundannahme ab, dass der Energiemarkt nach kapitalistischen Prinzipien in der Lage ist, die Preise für die breite Bevölkerung zu senken und zudem den Bedarf an Strom insgesamt zu reduzieren. Wir sind ganz und gar nicht überzeugt, dass die Ursache des Problems, nämlich der voll oder zu Teil privatisierter und liberalisierter Markt, ein Teil der Lösung sein kann. Und hier verweise ich gerne auf ein Zitat von Albert Einstein, erwiesenermassen einem sehr klugen Menschen der Welt: «Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.» Und genau dies sehen wir in diesem Anzug gegeben.

Zudem hegen wir grosse Vorbehalte der IWB, eine neue marktorientierte Spielweise zu ermöglichen. Ganz konkret bezweifle ich, das ist der Hauptteil, dass die Mehrheit der Bevölkerung aufgrund ihrer sozialen Realität in der Lage ist, ihren Alltag so umzugestalten, dass sie von dynamischen, also zeitvariablen Stromtarifen profitieren können. Und so frage ich mich, ob dann die Stromtarife zu Zeiten mit der hohen Inanspruchnahme überproportional ansteigen werden. Es stellt sich wie so oft die Frage, wer von solchen Massnahmen wirklich profitieren wird. Wir hegen den Verdacht, dass die dynamischen Stromtarife vor allem den privaten oder auch hier staatlichen Unternehmen zugutekommen, die Energiekosten für die Mehrheit der Menschen aber weiter steigen werden. Zudem erinnert mich diese Massnahme, vielleicht habe ich es auch nicht wirklich ganz begriffen, irgendwie an die variablen Preise bei den Skigebieten. Bei Sonnenschein gehen die Preise hoch, so dass die gleiche Leistung, umso mehr Verführung, umso mehr bezahlt werden muss, was dazu führt, dass bei Sonnenschein nur noch diejenigen unterwegs sind, die sich diese Preise leisten können. Alle anderen fahren dann, wenn es windet und schneit.

Wahrscheinlich wird es dann in Zukunft eine Vielzahl an neuen Energiepreis-Modellen geben als weitere Schritte für die Liberalisierung und als Miniversion des jetzt schon bestehenden Energie-Gamblings auf den europäischen Märkten. Mit





einem dynamischen Preis-Modell akzeptieren wir die Börsenrealität an den Energiemärkten und genau dies war vor einem Jahr für einige Unternehmen oder auch staatliche Museen das Problem. Wenn die Nachfrage nach Strom hoch ist, treibt dies, wie Sie alle wissen, die Preise in die Höhe. Vor allem am Morgen, am Abend, in der Nacht und über Mittag sind dann die Preise eher tief oder gar im negativen Bereich. Die Frage stellt sich, wer hier was optimieren kann. Ein Elektroauto kann vielleicht entsprechend geladen werden, aber das Abendessen für die Familie kann kaum um 15 Uhr gekocht werden.

Am preiswertesten und umweltfreundlichsten ist aber immer noch die Kilowattstunde, die nicht bereitgestellt werden muss, und es wäre vielleicht auch mal an der Zeit, dass Sie hier nicht nur neben technischen Lösungen im reichen Norden auch etwas in Richtung Wachstumsrücknahme bewegen.

Sie merken es, dieser Vorstoss von Daniel Sägesser lässt sich mit einer sozialistischen Überzeugung kaum in Einklang bringen und dies ist der Grund, weshalb ein Teil des GAB diesen Vorstoss ablehnt. Ich möchte der Regierung konkret den Auftrag mitgeben, zu prüfen, wie unsere Bedenken entkräftet werden können, dass die Kosten für diejenigen, die ihren Strombezug nicht optimieren können, nicht steigen werden. Es ist wichtig, diese Aspekte bei der Beantwortung zu berücksichtigen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Oliver Thommen.

*Oliver Thommen (GAB):* Ich wage jetzt einfach mal als Einzelsprecher für den anderen Teil der GAB-Fraktion zu reden.

Als Grüner muss ich sagen, finde ich diesen Vorstoss eine gute Idee, den es zu prüfen gilt. Weil die Realitäten des Börsenmarktes und auch die Realitäten der Energiewende, die wir auch wollen, dass sie sich ändern, dafürsprechen, dass die Preise nicht mehr so gestaltet werden können, wie sie heute sind und davon auch viel mehr Menschen dann profitieren können, vielleicht heute schon profitieren könnten, wenn wir das umstellen würden.

In diesem Sinne bitte ich Sie, um nur ganz wenig Ihrer Zeit zu stehlen, diesen Anzug zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Daniel Sägesser das Wort.

*Daniel Sägesser (SP):* Ich spreche zu Ihnen als Anzugsteller, aber auch im Namen der Fraktionen der SP und der SVP.

Es wurde mir von verschiedener Seite zugetragen, dass der Vorstossinhalt etwas schwer lesbar ist. In dem Sinne bedanke ich mich bei Oliver Bolliger, der mir durch sein Bestreiten eine zweite Chance gibt, Ihnen meinen Vorschlag doch noch in verständlicher Weise zu erläutern. Eigentlich ist es ziemlich einfach.

Bisher galt durch den Doppeltarif der IWB, in der Nacht ist Strom billig und am Tag ist der Strom teuer. Dieses Tarifmodell stammt aus den 60er- und 70er-Jahren, damals hat die Schweiz Atomkraftwerke gebaut, welche in der Nacht zu viel Strom und am Tag zu wenig Strom produzierten. Mit dem günstigen Nachttarif haben die Energieversorger einen Anreiz geschaffen, zeitlich flexible Verbraucher möglichst in der Nacht zu betreiben. Durch den Atomausstieg und den zunehmenden Anteil an neuen erneuerbaren Energien wie Wind und Sonne kommt nun aber etwas Bewegung in diese Logik. Die Regelmässigkeit, wonach Strom in der Nacht per se günstiger ist, gilt nicht mehr. Die Photovoltaik produziert bekanntermassen nur während dem Tag und die Windenergie folgt gar keiner Tag-/Nacht-Logik, sondern ist 100 Prozent wetterabhängig.

Wenn man dieses schwankende Angebot preislich abbilden möchte, eignen sich deshalb starre Tarifzeiten wie bisher nicht mehr. Eine bessere Orientierung bieten hier an den Strombörsen gehandelte Strompreise, welche sich entsprechend der Logik von Angebot und Nachfrage bilden. Mit zunehmendem Anteil an Solar- und Windstrom gibt es immer mehr Stunden, in denen Strom sehr billig oder sogar gratis ist. Ja, es kommt sogar immer häufiger vor, dass der Marktpreis sogar ins Minus fällt, man am Markt also sogar Geld bekommt, wenn man Strom verbraucht. Dies dann, wenn unflexible Kraftwerke, wie zum Beispiel Atomkraftwerke, die nicht kurzfristig ihre Stromproduktion reduzieren können, trotz Stromüberschuss weiter Strom ins Netz einspeisen.

Was ich nun vorschlage, sind sogenannte dynamische Stromtarife, die sich an diesen Börsenstrompreisen orientieren. In Ländern wie Deutschland oder Österreich werden solche Tarife bereits seit einigen Jahren angeboten. Im Rahmen des Energie-Mantelerlasses wurden kürzlich auch in der Schweiz regulatorische Hürden abgebaut, um solche Tarife einführen zu können. Es ist aber nicht meine Idee, dass der ganz normale Haushaltsstrom mit solchen dynamischen Stromtarifen abgerechnet werden soll, sondern was ich vorschlage, ist ein sogenannter Wahltarif. Ein solcher Wahltarif kann von Kundinnen und Kunden auf freiwilliger Basis für bestimmte Verbraucher gewählt werden. Dies sind dann typischerweise Verbraucher, die eine gewisse zeitliche Flexibilität im Betrieb haben, zum Beispiel Ladestationen von Elektroautos,



Wärmepumpenanlagen mit Pufferspeicher oder Batteriespeicheranlagen. Solche Verbraucher würden dann von smarten Energiemanagementsystemen des Gebäudes gezielt dann eingeschaltet, wenn viel Strom verfügbar und deshalb günstig ist.

Von der Anwendung solcher dynamischen Tarife profitieren buchstäblich alle. Zunächst natürlich die Stromkunden, die durch die Wahl eines solchen dynamischen Tarifs die gezielte Verlagerung des Stromverbrauchs in günstige Zeiten direkt von günstigen Stromkosten profitieren. Durch die bessere Übereinstimmung von Stromverbrauch und Stromproduktion steigt aber auch die Energieeffizienz, die Energieinfrastruktur wird effizienter genutzt und die Versorgungssicherheit steigt. Auch Stromproduzenten profitieren durch die preisstützende Wirkung der Verschiebung des Stromverbrauchs in Zeiten mit hohem Stromangebot. Sogar Stromkonsument\*innen, welche im Standardtarif bleiben, profitieren indirekt. Dies deshalb, weil die Optimierung der Verbrauchskurve auch die Grundversorgung allgemein günstiger macht, da die Grundversorgung weniger Strom in teuren Zeiten bereitstellen muss.

In dem Sinne würde ich mich als Anzugsteller, aber auch als Fraktionssprecher der SP und in ganz besonderem Masse auch als Fraktionssprecher der SVP sehr freuen, wenn ich durch diese Erläuterungen nicht nur Ihnen allen dieses etwas abstrakte Thema doch noch verständlich näherbringen konnte, sondern vielleicht sogar noch Oliver Bolligers Bedenken zerstreuen konnte und wir nun diesen Anzug dem Regierungsrat überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Oliver Bolliger. Wir kommen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**83 Ja, 5 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002091, 15.11.23 11:51:58]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 83 Ja-Stimmen bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

### **47. Anzug 26 Lisa Mathys und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den Ausbau der kantonalen PV-Anlagen und Einsatz einer Betriebsgesellschaft zur Umsetzung**

[15.11.23 11:51:45, 23.5515.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Beat K. Schaller.

*Beat K. Schaller (SVP):* Der vorliegende Anzug bemängelt ein ungenügendes Zubautempo bei den kantonalen PV-Anlagen und sieht einen Grund darin, dass die Finanzierung zu aufwendig sei. Hier wird als gegeben hingestellt, dass der Zubau von Photovoltaikanlagen zu langsam geschehe. Belege für diese Aussage bringt der Anzug nicht. Natürlich, aus Sicht der linken Politik ist dies nachvollziehbar, geht es Ihnen doch bei den Erneuerbaren gar nie schnell genug und wenn wir mit Schallgeschwindigkeit unterwegs wären. Was Sie sicher nicht beanstanden können, ist, dass in unserem Kanton zu wenig in Sachen Photovoltaik geschehe. Suchen Sie einfach auf der Grossratswebseite nach dem Stichwort Photovoltaik und Sie sehen, was ich meine. Leider, wie immer beim Thema Erneuerbare, denken Sie zu kurz. Sie wollen Dächer und Fassaden mit PV-Anlagen bestücken und damit diese Anlagen auch als vollwertige Produktionsanlagen dienen können, braucht es



zwingend begleitende Speichersysteme. Eine PV-Anlage kommt nie allein. Die Anlagen produzieren Flatterstrom, und zwar hauptsächlich dann, wenn wir ihn nicht brauchen, im Sommer.

Natürlich können Sie zur Vermeidung des Speicherproblems einen Gesetzesentwurf einbringen, der verlangt, dass Photovoltaik auch nachts und bei Regen Strom produzieren soll. Ein solches Gesetz von Ihrer Seite würde mich auch nicht wundern, sind durch für Sie die physikalischen Gesetze einfach grosse und ärgerliche Hindernisse auf dem Weg in die schöne neue Welt ohne fossile Energien. Wie eine Rahmenausgabenbewilligung das Speicherproblem beheben kann, das steht in den Sternen oder vielleicht doch nicht, es behebt das Problem nämlich gar nicht. Und dass Sie zur Rettung von Basel ausgerechnet Finanzierungen beiziehen wollen, das entbehrt nicht der Ironie. Bleibt nur zu hoffen, dass wir die PV-Anlagen noch finanzieren können, bevor Sie den Kapitalismus überwunden haben.

Und den letzten Punkt des Anzugs musste ich zwei Mal lesen. Der Regierungsrat soll Auskunft geben, ob eine Betriebsgesellschaft oder eine andere Organisationsform für eine möglichst effiziente Erfüllung des Auftrags sorgen könne. Dieser Punkt ist wirklich bemerkenswert. Gerade die Politiker, welche alles Heil im Staat sehen, trauen ihm nicht einmal zu, in Eigenregie effizient auf seinen eigenen Gebäuden Photovoltaik zu installieren. Nein, unser Staat sei in Ihren Augen so unfähig, effizient zu arbeiten, dass es eine Betriebsgesellschaft oder eine andere Organisationsform brauche. Ja, meine Damen und Herren, das ist genau der Topos, den die SVP seit Jahren auf den Tisch legt, wenn es um staatliches Bauen geht. Wir nehmen mit Freude zur Kenntnis, dass diese Skepsis jetzt auch auf der linken Seite angekommen ist und wir danken Ihnen herzlich für dieses wunderbare Wasser auf unsere Mühlen. Und was diesen Anzug angeht, er ist unnötig, er traut dem Staat gar nicht zu, dass er das Geforderte leisten kann.

Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es liegen zwei Zwischenfragen vor. Eine von Lisa Mathys und die andere von René Brigger. Sie werden abgelehnt. Nächster Einzelsprecher ist Michael Hug.

*Michael Hug (LDP):* Die LDP-Fraktion kann diesen Vorstoss nicht unterstützen. Wie im Vorstoss selbst geschrieben wird, gibt es viele Vorstösse, wie die Motion «Aufbruch ins Solarzeitalter», die überwiesen sind. Das Netto-Null-Ziel bis 2037 ist beschlossen. Es besteht eine Klimaschutzstrategie, die bei den Gebäuden unter anderem mehr Solarproduktion vorsieht. Die Ziele sind gesetzt und bekannt, der Kanton kann handeln und umsetzen. Die Umsetzung wird also bereits vorangetrieben.

Der Vorstoss sieht vor, dass eine Rahmenausgangsbewilligung gesprochen werden soll und eine Betreibergesellschaft eingerichtet werden soll, aber weshalb? Ist es die Aufgabe des Kantons, selbst PV-Anlagen zu kaufen, zu betreiben, auf die Dächer zu stellen? Aus einer liberalen Sichtweise ist das nicht der Fall, solange private Institutionen, Gesellschaften bestehen, die das selbst anbieten. Es gibt in der Schweiz bereits Firmen, die Flächen anmieten, das ganze Material auf die Dächer stellen und den Strom dort verkaufen und dafür eine Miete zahlen und dafür auch Kosten übernehmen. Vorteile davon sind, dass der Kanton selbst keine Investitionskosten eingehen muss und kein Betriebsaufwand hat. Er verdient dadurch Geld und die Privaten werden somit nicht quasi aus dem Markt gedrängt.

Und das ist mir schon, auch gegenüber den anderen Fraktionen, die hier liberal sind, ein wichtiges Argument. Wollen wir wirklich, dass man hier die öffentliche Hand so privilegiert und sagt, sie sollen alle Dachflächen auch vom Finanzvermögen mit einer Betreibergesellschaft bespielen mit PV-Anlagen, die dann Eigentum sind von der öffentlichen Hand, wenn es Private gibt, die das auch und vielleicht besser machen können, weil sie ja schon Erfahrung haben in diesem Bereich? Das kostet uns am Ende kein Geld, aber bringt den gleichen Nutzen, vielleicht sogar noch schneller, weil keine Betreibergesellschaft installiert werden muss und es braucht auch keine Rahmenausgabenbewilligung für diese Massnahmen.

In diesem Sinne bin ich aus liberalen Überlegungen überzeugt, dass man diesen Vorstoss nicht überweisen muss, um dennoch die Ziele, die wir uns setzen, umsetzen zu können.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist René Brigger.

*René Brigger (SP):* Leider hat Beat K. Schaller die Zwischenfragen nicht aufgenommen, aber es ist klar, dass Basel-Stadt bei der Solarproduktion in Rückstand gerät. Noch vor wenigen Jahren waren wir im Mittelfeld, aktuell sind wir bei den 26 Kantonen ganz am Schluss. Zweitens auch, dass aktuelle neue Solaranlagen eine Speichermöglichkeit haben, Batterien haben, also ein weiteres Argument, das entfällt. Dann die liberalen Einwände. Erstens geht es bei Solaranlagen nicht nur ums Dach, es geht auch auf Freiflächen und am meisten Potential ist an den Fassaden. Und dann ist es schon so, ich berate oder vertrete ja viele Hauseigentümer, vor allem genossenschaftliche. Die wollen das eigentlich und es ist relativ komplex



und kompliziert, in Basel noch mehr. Wir haben diverse, sogar eine Motion letzte Session überwiesen, wo es darum geht, baulich das zu verbessern. Das ist ein Teil, der wichtig ist.

Das WSU ist momentan daran, einen Ratschlag zu machen zu sogenannten Solaroffensiven. Der Ratschlag sollte im 2024 kommen und diese Idee wäre ein idealer Bestandteil, um diesen Ratschlag auch betreffend Rahmenkredit allfälliger kantonalen Betriebsgesellschaften, etc. abzuhandeln. Die Rahmenausgabe haben wir schon gehabt beim Velo, geben Velokredit, eine gute Idee. Die privaten Betreibergesellschaften, die stellen vielleicht rein physisch die Solarpaneele auf, aber die planen nicht, die machen nicht die Baueingabe und die machen zum Teil nicht den Betrieb. Abgesehen davon ist die IWB schon aktuell, macht da gewisse Leistungen und denkbar wäre, dass die IWB dieses übernimmt und dieses auch koordiniert und schneller durchzieht, auch im Interesse vieler Hauseigentümer, die eigentlich wollen, aber vor lauter Probleme und vor lauter Markt nicht Bescheid wissen. Selbstverständlich ist das freiwillig, von daher bitte überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nun hat die Anzugstellerin Lisa Mathys das Wort.

*Lisa Mathys (SP):* Ich komme zu meinem Vorstoss. Ich möchte das jetzt nicht verlängern, weil wir alle Hunger haben und in die Mittagspause gehen möchten. Ich möchte einfach kurz reagieren noch auf einige Unterstellungen, dass die Quellen fehlen, dass wir in Rückstand geraten sind in Basel-Stadt. Im Vorstoss habe ich das tatsächlich nicht nochmal verlinkt. Ich kann Ihnen, Beat K. Schaller, aber sehr unseren Masterplan der SP Basel-Stadt ans Herz legen, dort sind selbstverständlich alle Quellen verlinkt, auch die entsprechenden Statistiken, also das ist ein Fakt. Wir waren mal vorweg beim Zubautempo und wir sind in Rückstand geraten. Das heisst, wir sind jetzt irgendwo unter ferner liefen und das kann uns als Basel-Stadt sicher nicht genügen.

Dann von Seite LDP der Vorwurf wegen der Konkurrenz für Private. Ich bin nicht sicher, ob das wirklich klar genug gelesen wurde im Vorstoss. Es geht um die Dächer der Gebäude, die dem Kanton gehören. Also es geht um die eigenen Dächer, um die eigenen Gebäude, die ausgestattet werden sollen und da bin ich dann doch nicht der Meinung, dass man diese alle im Contracting irgendwie abgeben sollte oder so, da kann der Kanton durchaus auch selber seine Anlagen dann haben auf den eigenen Gebäuden, das würde sicher Sinn machen.

Kurz zur Organisationsform. Die Frage ist ganz bewusst offen formuliert. Es geht einfach darum, dass wir sicherstellen müssen, dass wir möglichst gezielt, fokussiert, schnell vorankommen beim Ausbau unserer eigenen PV-Anlagen auf unseren eigenen Gebäuden. In welcher Form, dass man das macht, da bin ich wirklich offen. Es wäre eine Möglichkeit, dass man sagt, wenn das eine eigene Betriebsgesellschaft ist, die dafür eingesetzt wird, dass es so am schnellsten geht. Wenn die Regierung zu einem anderen Schluss kommt, sind wir da offen. Wichtig ist, zu Bautempo erhöhen, Vorbild sein, das ist unsere Aufgabe als Kanton Basel-Stadt.

Deshalb danke ich Ihnen herzlich für die Überweisung des Vorstosses.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wurde bestritten von Beat K. Schaller. Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**66 Ja, 24 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002093, 15.11.23 12:05:23]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 66 Ja-Stimmen bei 24 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

Es liegt ein Ordnungsantrag vor von Lorenz Amiet. Er möchte kurz begründen und den Antrag stellen.



*Lorenz Amiet (SVP):* Wir haben am Nachmittag noch genau ein umstrittenes Traktandum zu behandeln und selbst bei diesem sind die Mehrheitsverhältnisse klar. Alles andere ist einstimmig beziehungsweise bei Interpellationen dürfen noch ein paar erklären, ob sie zufrieden sind oder nicht. Es ist unverhältnismässig aus unserer Sicht, diese Sitzung, vielleicht dauert sie dann noch 45 Minuten oder so, durchzuführen. Wir beantragen Ihnen deshalb, die Nachmittagssitzung abzusetzen. Wir haben im Dezember nicht so viele persönliche Vorstösse wie jetzt im November und wir haben einen Sitzungstag mehr. Wir kommen also da bestens durch. Besten Dank für die Unterstützung.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich stelle den Gegenantrag, am Nachmittag um 15:00 Uhr weiterzumachen. Wir stimmen darüber ab.

### **Abstimmung**

Ordnungsantrag Verzicht auf die Nachmittagssitzung.

JA heisst keine Nachmittagssitzung, NEIN heisst eine Nachmittagssitzung durchführen

### **Ergebnis der Abstimmung**

**17 Ja, 65 Nein, 7 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002095, 15.11.23 12:07:24]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Nachmittagssitzung durchzuführen

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir machen am Nachmittag um 15:00 Uhr weiter. Mit 65 Nein-Stimmen und 17 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen sind Sie dem Antrag gefolgt.

Ich unterbreche hiermit die Sitzung und wir sehen uns um 15:00 Uhr wieder.

### **Schluss der 37. Sitzung**

12:07 Uhr



# Protokoll

der 38. Sitzung, Amtsjahr 2022 / 2023

Mittwoch, den 15. November 2023, um 14:38 Uhr

<b>Vorsitz:</b>	<i>Bülent Pekerman, Grossratspräsident</i>
<b>Protokoll:</b>	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
<b>Abwesende:</b>	<i>Andre Auderset (LDP), Leoni Bolz (SP), Erich Bucher (FDP), Alex Ebi (LDP), Lydia Isler-Christ (LDP), Andreas Zappalà (FDP); David Wüest-Rudin (GLP)</i>

## Verhandlungsgegenstände:

48.	Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Aufnahme der Grossratsgeschäfte und Abstimmungsdaten in die Open Government Data Plattform des Kanton Basel-Stadt, Schreiben des Ratsbüros .....	3
49.	Interpellation Nr. 76 Annina von Falkenstein betreffend Informationsbedarf der Hauseigentümerschaften über Neu- oder Umbauten und Renditemöglichkeiten vor dem Hintergrund des verstärkten Mieterschutzes, Schriftliche Beantwortung.....	3
50.	Interpellation Nr. 77 Michael Hug betreffend notwendige Korrektur des Vertrauensverlustes von Wohnungsbau-Investoren, Schriftliche Beantwortung .....	4
51.	Interpellation Nr. 78 Adrian Iselin betreffend Umnutzung leerstehender Büroflächen in Wohnraum, Schriftliche Beantwortung.....	4
52.	Interpellation Nr. 79 Nicole Kuster betreffend Einsetzung einer «Task Force Wohnen» mit dem Ziel, zusätzlichen Wohnraum rasch schaffen zu können, Schriftliche Beantwortung.....	4
53.	Interpellation Nr. 83 Pascal Pfister betreffend Folgen der Erhöhung des Referenzzinssatzes und Massnahmen zum Schutz der Mieter:innen, Schriftliche Beantwortung .....	4
54.	Interpellation Nr. 90 Daniel Seiler betreffend Drucksachen und Jahresberichte, Schriftliche Beantwortung	4
55.	Interpellation Nr. 120 Pascal Messerli betreffend die Lohngleichheitskontrollen im öffentlichen Beschaffungswesen für kleine Unternehmen, Schriftliche Beantwortung.....	5
56.	Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten zu Pilotprojekten für Zusammenschlüsse zum Eigenverbrauch (ZEV) über das öffentliche Netz (virtuelle ZEV), Stellungnahme des RR.....	5
57.	Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Streichung der Mitgliedgebühren der IWB App Enerjoy, Schreiben des RR .....	5
58.	Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend Arbeitsbewilligung und Ausbildungsbeendigung für Asylsuchende bis zur tatsächlichen Ausreise, Schreiben des RR.....	6
59.	Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Alleinerziehende vor Armut schützen, Schreiben des RR.....	6
60.	Anzug Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Funktionskontrolle bei den thermischen Solaranlagen, Schreiben des RR.....	6
61.	Interpellation Nr. 85 Nicola Goepfert betreffend keine neue Gasinfrastruktur in der Langen Erle, Schriftliche Beantwortung.....	6
62.	Interpellation Nr. 126 Anina Ineichen betreffend Sofortmassnahmen im Solarausbau, Schriftliche Beantwortung.....	7
63.	Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einen tieferen Verzugszins bei Steuer-Ratenzahlungen, Stellungnahme des RR.....	7



64.	Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Aufstockung von Lehrstellen und Praktika beim Kanton, Schreiben des RR .....	10
65.	Interpellation Nr. 84 Heidi Mück betreffend Provisorium für die Primarschule Kleinhüningen auf dem Ackermätteli, Schriftliche Beantwortung .....	10
66.	Interpellation Nr. 132 Daniel Seiler betreffend Beschwerde des Kantons Basel-Stadt sowie der Einwohnergemeinde der Stadt Basel gegen die Verkehrsordnung der Kantonspolizei Basel-Landschaft in der Rheinstrasse zwischen Augst und Pratteln, Schriftliche Beantwortung .....	10
67.	Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Information von Beziehenden von Langzeitnothilfe, Schreiben des RR.....	11
68.	Anzug Oliver Bolliger betreffend sinnvoller Regulierung von Geldspielautomaten im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR.....	11
69.	Motion David Jenny und Konsorten betreffend Frühlingsputz in der Systematischen Gesetzessammlung: Aufhebung oder Totalrevision des Gesetzes betreffend den Austritt in Behörden, die Beschränkung der Stimmgebung bei Wahlen und die Ausschliessung der Wählbarkeit von Verwandten zu Mitgliedern von Behörden (SG 138.100), Stellungnahme des RR .....	11
70.	Interpellation Nr. 72 Felix Wehrli betreffend Anpassungen des Polizeigesetzes (PoIG) zum Schutz von Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen vor einer offenen Drogenszene an div. Orten im Kleinbasel, Schriftliche Beantwortung .....	11
71.	Interpellation Nr. 92 Eric Weber betreffend Hacker in den Social Media, Schriftliche Beantwortung .....	12
72.	Interpellation Nr. 123 Mahir Kabakci betreffend die Sicherheitssituation im Kleinbasel, Schriftliche Beantwortung.....	13
73.	Interpellation Nr. 124 Eric Weber betreffend Gewalt in Freibädern in Basel, Schriftliche Beantwortung ...	13
74.	Interpellation Nr. 91 Oliver Bolliger betreffend Förderung der Betreuung im Alter im Kanton Basel-Stadt, Schriftliche Beantwortung.....	14
75.	Interpellation Nr. 97 Salome Bessenich betreffend Finanzierung der Praktikumsplätze für die Ausbildung der Hebammen, Schriftliche Beantwortung .....	15
76.	Interpellation Nr. 111 Oliver Thommen betreffend Massnahmen während Hitzeperioden, Schriftliche Beantwortung.....	15
77.	Interpellation Nr. 115 Melanie Eberhard betreffend Förderung der niederschweligen Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche mit psychischer Belastung, Schriftliche Beantwortung.....	16
78.	Interpellation Nr. 122 Lydia Isler-Christ betreffend Haltung des Regierungsrats zur Anpassung der Tarifstruktur für ambulante Physiotherapie, Schriftliche Beantwortung .....	16
79.	Interpellation Nr. 128 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Wirksamkeit der Vier-Säulen-Politik, Schriftliche Beantwortung.....	17
80.	Interpellation Nr. 135 Tim Cuénod betreffend der Öffnung des Gartenbades St. Jakob (Sportbad) Ende September / Anfang Oktober, Schriftliche Beantwortung.....	17



## Beginn der 38. Sitzung

Mittwoch, 15. November 2023, 14:59 Uhr

### 48. Anzug Olivier Battaglia und Konsorten betreffend Aufnahme der Grossratsgeschäfte und Abstimmungsdaten in die Open Government Data Plattform des Kanton Basel-Stadt, Schreiben des Ratsbüros

[15.11.23 14:59:55, 21.5430.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Das Ratsbüro beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Für das Ratsbüro hat das Wort Catherine Alioth.

*Catherine Alioth (LDP):* Open Government Data oder kurz OGD sind Daten des öffentlichen Sektors, die im Interesse der Allgemeinheit kostenlos zur freien Nutzung zugänglich gemacht werden, soweit dies rechtlich zulässig ist. Bei OGD handelt es sich um eine Vielzahl und Vielfalt von Daten wie Rohdaten, Datensätze, Datensammlungen, Statistikdaten, Geodaten, etc., die strukturiert und maschinenlesbar bereitgestellt werden, damit sie gesichtet, nachgeführt und weiterverarbeitet werden können.

Seit Ende September dieses Jahres stehen die Abstimmungsdaten, die Sitzungsdaten des Grossen Rates, die politischen Vorstösse sowie die Geschäfts- und Personendaten produktiv auf der OGD-Plattform zur Verfügung. Ausgeschlossen sind Datensätze, deren Veröffentlichung nicht im öffentlichen Interesse liegt, die geheim gehalten werden sollen, beispielsweise Personendaten oder die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse enthalten, so dass einer Freigabe ohne Rücksprache mit den Betroffenen nicht stattgegeben werden darf.

Das Ratsbüro ist der Meinung, dass nun alle gewünschten Daten als Rohdaten auf der OGD-Plattform zur Verfügung stehen und ausgewertet werden können. Sollte eine weitere Aufbereitung der Daten notwendig sein, so wird dies von den Spezialisten der Fachstelle OGD übernommen. Die Webseite der Fachstelle OGD informiert laufend über neu publizierte Datensätze auf dem Datenportal Basel-Stadt.

Gestützt auf diesen Ausführungen beantragt Ihnen das Ratsbüro, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

### 49. Interpellation Nr. 76 Annina von Falkenstein betreffend Informationsbedarf der Hauseigentümerschaften über Neu- oder Umbauten und Renditemöglichkeiten vor dem Hintergrund des verstärkten Mieterschutzes, Schriftliche Beantwortung

[15.11.23 15:02:52, 23.5308.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Interpellantin hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht und mitgeteilt, dass sie mit der Antwort nicht zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.





**50. Interpellation Nr. 77 Michael Hug betreffend notwendige Korrektur des Vertrauensverlustes von Wohnungsbau-Investoren, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:03:18, 23.5309.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht und mitgeteilt, dass er mit der Antwort zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.

**51. Interpellation Nr. 78 Adrian Iselin betreffend Umnutzung leerstehender Büroflächen in Wohnraum, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:03:38, 23.5310.01]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht und mitgeteilt, dass er mit der Antwort nicht zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.

**52. Interpellation Nr. 79 Nicole Kuster betreffend Einsetzung einer «Task Force Wohnen» mit dem Ziel, zusätzlichen Wohnraum rasch schaffen zu können, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:03:55, 23.5311.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Interpellantin hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht und mitgeteilt, dass sie mit der Antwort nicht zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.

**53. Interpellation Nr. 83 Pascal Pfister betreffend Folgen der Erhöhung des Referenzzinssatzes und Massnahmen zum Schutz der Mieter:innen, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:04:14, 23.5317.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist. Der Interpellant verzichtet. Die Interpellation ist erledigt.

**54. Interpellation Nr. 90 Daniel Seiler betreffend Drucksachen und Jahresberichte, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:04:41, 23.5356.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.



*Daniel Seiler (FDP):* Die Antwort ist insofern zufriedenstellend, dass man sagt, man will schauen, dass man den Digital-First bei diesen Drucksachen vorantreiben und auch unterstützen will. Ich beobachte das kritisch und wenn das im nächsten Frühling wieder so ist, dass wieder diese Flut von all diesen Jahresberichten in gedruckter Version kommen, werde ich die Interpellation noch einmal wiederholen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **55. Interpellation Nr. 120 Pascal Messerli betreffend die Lohngleichheitskontrollen im öffentlichen Beschaffungswesen für kleine Unternehmen, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:05:39, 23.5441.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugeteilt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Pascal Messerli (SVP):* Da hier alles so schnell geht, kann ich es auch kurz machen. Ich bin nicht zufrieden mit der Beantwortung der Interpellation, aber es wurde ja letzte Woche eine Motion von meinem Fraktionspräsidenten Lorenz Amiet überwiesen und basierend auf dem kann ich das hier abschliessen und auf die Motion verweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **56. Motion Niggi Daniel Rechsteiner und Konsorten zu Pilotprojekten für Zusammenschlüsse zum Eigenverbrauch (ZEV) über das öffentliche Netz (virtuelle ZEV), Stellungnahme des RR**

[15.11.23 15:06:29, 23.5031.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter. Er verzichtet auf ein Votum.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion nicht zu überweisen. Die Motion ist erledigt.

## **57. Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Streichung der Mitgliedgebühren der IWB App Enerjoy, Schreiben des RR**

[15.11.23 15:07:21, 21.5219.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.



**58. Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend Arbeitsbewilligung und Ausbildungsbeendigung für Asylsuchende bis zur tatsächlichen Ausreise, Schreiben des RR**

[15.11.23 15:08:04, 19.5093.03]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

**59. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Alleinerziehende vor Armut schützen, Schreiben des RR**

[15.11.23 15:08:31, 21.5438.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

**60. Anzug Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Funktionskontrolle bei den thermischen Solaranlagen, Schreiben des RR**

[15.11.23 15:08:56, 21.5437.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

**61. Interpellation Nr. 85 Nicola Goepfert betreffend keine neue Gasinfrastruktur in der Langen Erle, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:09:16, 23.5319.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht und mitgeteilt, dass er mit der Antwort nicht zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.



## **62. Interpellation Nr. 126 Anina Ineichen betreffend Sofortmassnahmen im Solarausbau, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:09:40, 23.5488.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Anina Ineichen (GAB):* Wenn ich die Interpellationsbeantwortung lese, dann kommt mir das Pendant in den Sinn: «Hätte, hätte, Fahrradkette». Es ist alles im Konjunktiv geschrieben. Vieles wurde nicht erreicht, obwohl seit 2011 das Potenzial bekannt ist, seit 2012 gibt es erleichterte Massnahmen, seit 2013 gibt es erleichterte Massnahmen für alle dank dem neuen Raumplanungsgesetz und im 2014 wurde die Bewilligungspflicht in eine Meldepflicht umgesetzt. Trotzdem, so kann man es in den Jahresberichten nachlesen, 2011 schrieb der Kanton noch, wir wollen eine Vorreiterrolle sein bei den eigenen Liegenschaften, wir wollen überall Dächer haben. Nun, 14 Jahre später ungefähr, steht in meiner Beantwortung nur noch von einem Vorbild. Das ist eine Minderung dessen, was man eigentlich erreichen wollte und das ist schade, weil es hätte viel gemacht werden können. Ich habe mich beim Lesen doch gefragt, statt alles hinzuschreiben, was man noch machen könnte, wenn man denn möchte, hätte man auch einfach die Bewilligungspraxis so anpassen können, dass es für alle stimmt, hätte man etwas machen können und es wurde halt nichts gemacht. Das ist sehr bedauerlich, darum nicht befriedigt.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **63. Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einen tieferen Verzugszins bei Steuer-Ratenzahlungen, Stellungnahme des RR**

[15.11.23 15:11:31, 23.5029.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Tanja Soland. Sie verzichtet. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für das GAB ist Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (GAB):* Ich bin froh, dass die Regierung in ihrer Stellungnahme zur Motion diese nun nicht mehr grundsätzlich ablehnt, sondern als Anzug überwiesen haben möchte. Darüber bin ich dankbar und es zeigt auf, dass hinsichtlich Bezahlung von Steuerforderungen und den Schwierigkeiten, die dadurch entstehen können, es doch einige Punkte gibt, die optimiert werden könnten. Trotzdem halte ich an der Überweisung als Motion fest. Weshalb.

Die Antwort der Regierung versteckt sich meiner Meinung nach hinter verfahrenstechnischen Gründen. Es fehlt der Mut oder der Wille, hier diese kleine für mich zumindest logische Korrektur vorzunehmen. Es wundert mich, dass eine weitere Prozentkategorie bei der Schlussrechnung so eine grosse Herausforderung darstellt. Anstatt eines tiefen Verzugszinses möchte die Regierung nun die Möglichkeit von Steuererlassen ausweiten. Dies ist in der Tat ein wichtiges Anliegen. Meine Erfahrung beim Beantragen von Erlass von Steuerforderungen mit der Steuerverwaltung ist eher ernüchternd. Da war früher wirklich einiges einfacher und besser. Eine Vereinfachung der Praxis wäre hier klar angezeigt und ich begrüsse es, dass die Regierung dies auch so sieht und Massnahmen einleiten oder prüfen möchte.

Aber die Motion verlangt ja eigentlich etwas ganz anderes. Ziel der Motion war es, den seit diesem Jahr erhöhten Verzugszins für diejenigen, welche Ratenzahlung tätigen, aber ihre Steuerforderung später als die Fälligkeit bezahlen, also den 31. Mai, auf zwei Prozent zu reduzieren. Wie meine Interpellation gezeigt hat, die ich vor diesem Vorstoss eingereicht habe, bezahlt ein Grossteil der Steuerpflichtigen ihre Steuern verzögert, also nach dem Fälligkeitsdatum vom 31. Mai und sie müssen daher einen Verzugszins leisten. Es gibt einige Menschen, bei denen der 13. Monatslohn die Funktion hat, die Restschuld der noch offenen Steuerforderung zu begleichen und keine Vorauszahlung darstellt. Ein Grossteil der Steuerpflichtigen müssen also Verzugszinsen leisten und auch wenn diese höhere Zinsbelastung für einzelne eher tief und gut verkraftbar vielleicht ist, geht es bei der Festlegung von Zinssätzen auch um grundsätzliche Gerechtigkeitsfragen.



Alles wird teurer und hier könnte aus meiner Sicht eine kleine verkräftbare Entlastung zur Anwendung kommen. Wenn ein erheblicher Teil ihre Steuern nicht per 31.5. bezahlen können, und so ist es auch formuliert in meiner Motion, dann sind diese gemeint mit nicht fristgerecht bezahlen können. Die Gründe sind diesbezüglich vielseitig und teilweise besteht dieser Mechanismus seit Jahrzehnten. Es muss also nicht extra von der Steuerverwaltung geprüft werden, ob sie das hätten tun können oder nur willentlich nicht getan haben. Es ist ja schon erwiesen, sonst hätten sie ja die Steuerforderung per Ende Mai beglichen. Und mit der Verbindung der Forderung, dass zuvor Ratenzahlungen geleistet werden müssen, damit nicht diejenigen belohnt werden, die mittels Abwarten von Zahlungen eine Optimierung ihres Kapitals erwirken, können diese von diesem Bonus reduzierten Verzugszins ausgeschlossen werden. Ich glaube aber, dass dies wirklich nur auf eine kleine Minderheit in diesem Kanton zutrifft.

Und ja, mit dem reduzierten Verzugszins werden Ratenzahlungen honoriert. Dies ist aber aus Sicht der Schuldenprävention bewusst gewollt und dies wird seit vielen Jahren auch so gepredigt und dies können wir jetzt mit einem kleinen Bonus bewusst fördern.

Ich bin immer noch überzeugt, dass die Unterstützung der Motion keine wirklich grosse Herausforderung darstellt und ich würde mich wirklich freuen, wenn diese Motion nochmals als Motion überwiesen wird.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion weiterhin als Motion zu überweisen und nicht in einen Anzug abzuschwächen. Oliver Bolliger hat jetzt schon viel gesagt. Es ist vielleicht auch mal etwas Neues, dass wir uns überall einig sind in diesem Thema, aber bei diesem Thema ist es sicherlich etwas Gutes, wenn wir das bei der Motion belassen.

Ich bin normalerweise immer ein Fan von der offenen, transparenten und ehrlichen Kommunikation von Regierungsrätin Tanja Soland, in diesem Bereich verstehe ich aber ihrer Argumentation nicht wirklich. Es war der Regierungsrat bzw. die Steuerverwaltung, welche hier diesen Zins um 0,5 Prozent erhöht hat von 3 auf 3,5 Prozent. Dann kam die Interpellation Oliver Bolliger, dann wollte man dies nicht rückgängig machen und jetzt wollen wir hier eine Senkung. Die Argumentation, weshalb man das erhöht hat, war ja angeblich, dass man mit privaten Gläubigern nicht mehr konkurrenzieren kann, weil dann dort der Zins weniger hoch ist. Gleichzeitig sagt man jetzt, wenn man das wieder senkt, dass es überhaupt keine wirkliche Belastung für die Bevölkerung ist und dass es gar keine Auswirkung hat. Das macht ja keinen Sinn in der Argumentation. Einerseits soll es konkurrenzieren, andererseits spielt es gar keine grosse Rolle. Und hier finde ich dann schon, ist es etwas unnötig, wenn man hier jetzt einen höheren Zins hat, wenn man gerade bei den Leuten etwas nehmen möchte, wo ja wirklich das Geld eher knapp ist, wenn man Ratenzahlungen bei den Steuern vereinbaren muss.

Es wurde ja auch schon bei der Erstüberweisung diskutiert, dass der Kanton auf dieses Geld nicht wirklich angewiesen ist. Sonst müsste ja der Kanton hoffen, dass die Mehrheit der Leute die Steuern später bezahlt, dass man dann mehr Zinsen einnimmt, aber man hat ja gesagt, es ist nicht so, dass der Kanton darauf angewiesen ist. Dann finden wir es nicht verhältnismässig, dass man gerade bei diesen Leuten, die Mühe haben mit Steuern zahlen, noch etwas nimmt, auch wenn es nur 30 Franken sind bei Steuerschulden von 4'500. Das sehen wir in diesem Bereich nicht ein und aus diesem Grund bitten wir Sie auch, hier bei der Motion zu bleiben.

Auch dieser Gegenvorschlag, der jetzt vom Regierungsrat mehr oder weniger gemacht wurde mit diesem Steuererlass, das ist ja auch nicht wirklich vergleichbar. Ein Steuererlass ist dann nur bei den ganz hohen Hürden überhaupt zulässig und wird bewilligt. Da haben wir bei der Motion Oliver Bolliger viel mehr Menschen darunter, vor allem die, die mit diesem erhöhten Zinssatz belastet sind, und beim Steueranlass bleibt das wahrscheinlich dann bei einem Einzelfall, so dass diese Steuern erlassen werden können. Oder man macht vielleicht die Voraussetzung, schraubt sie etwas runter, aber es ist trotzdem nicht eine grosse Mehrheit, die von diesem Steuererlass dann irgendwie profitiert und man kann sich durchaus die Frage stellen, ob das überhaupt so sein soll, dass hier mehr Steuererlass gewährt werden soll.

Aber ich denke, man würde besser fahren, wenn man jetzt einfach diese Motion als Motion belässt und hier diese Erhöhung des Zinses wieder rückgängig macht und auf diese zwei Prozent herunterschraubt. Das wirkt doch im Ganzen viel gerechter, wie wenn man jetzt nur in Einzelfällen den Härtefallgesuchen entspricht und einen Steuererlass anstrebt.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Melanie Nussbaumer.

*Melanie Nussbaumer (SP):* Ich halte mich kurz. Die SP-Fraktion war bei der Erstüberweisung für die Motion, jetzt sind wir für eine Überweisung als Anzug. Und zwar aus dem Grund, dass die Stellungnahme vom Regierungsrat uns sehr überzeugt hat. Ich wiederhole jetzt hier nicht alle Argumente, die darin stehen, das können Sie gerne auch nachlesen, aber was uns



natürlich ganz wichtig ist, ist, dass wir nicht neue Ungleichbehandlungen schaffen damit. Und was uns auch überzeugt hat, ist, dass mit einem Anzug wirklich versucht wird, dass der Zugang zum Steuererlass vereinfacht wird und das wäre uns ein grosses Anliegen. Wir werden hier auch genau hinschauen, dass das auch wirklich passiert, weil wie Oliver Bolliger das gesagt hat, ist es im Moment nicht so einfach, einen Steuererlass zu bekommen. Deshalb würden wir das als sehr positiv einschätzen, wenn das jetzt wirklich mit dieser Motion, in diesem Sinne auch danke an Oliver Bolliger für diesen Anstoss, vereinfacht wird. Das ist wichtig für Leute, die in schwierigen Situationen sind, dass sie wirklich einfache Anträge stellen können für einen Steuererlass und dass dann auch einfach gewährleistet wird.

In diesem Sinne ist die SP-Fraktion für Überweisung als Anzug.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Fraktionssprechende mehr eingetragen sowie auch keine Einzelsprechende. In der zweiten Runde hat Regierungsrätin Tanja Soland das Wort und hat es.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Wir bezahlen im Kanton Basel-Stadt die Steuern schon sehr spät. Die meisten Kantone, wenn nicht sogar alle anderen, bezahlen die Steuern im Jahr, wo sie eigentlich fällig wären. Wir bezahlen sie bis Ende Mai, das ist wirklich spät. Und wenn wir jetzt Ratenzahlungen noch bevorzugen wollen, wenn wir jetzt sagen, dann zahlt sie noch später, dann ist das einfach kein Vorteil für die Bevölkerung. Das wird nur noch später und wird noch weiter hinausgezogen. Es ist auch etwas fragwürdig von der Gleichberechtigung für all die Personen, die bereits ihre Steuern korrekterweise vor dem 31. Mai bezahlen. Es ist einfach ein riesiger bürokratischer Aufwand für sehr, sehr wenig, darum erachte ich das nicht als sinnvoll. Das ist ein grosser Aufwand, das anzuschauen, wer bezahlt Raten, wer nicht, das muss man dann wahrscheinlich manuell machen, das geht dann wahrscheinlich nicht mit der Software, die wir haben. Das erscheint mir einfach sehr fragwürdig.

Und ja, wir nehmen nicht Geld ein mit den Verzugszinsen, das ist nicht eine Aufgabe, die wir haben. Wir wünschen uns, dass alle Personen die Steuern rechtzeitig und vorher bezahlen können. Das ist uns wichtig. Aber wenn wir das schon haben, wenn wir Zins geben auf Ihr Geld, dann gibt es halt auch einen Belastungszins. Der Kanton möchte keine Bank sein. Das ist nicht die Aufgabe von uns und das wollen wir nicht und dann müssen wir mit den Zinsen, ebenso mit dem Zins, den wir geben, wenn Sie früher bezahlen, auch mit dem Belastungszins hochgehen, sonst macht das keinen Sinn.

Wir haben angeboten, dass wir das anschauen können, dass wir den Erlass auch auf die Belastungszinsen ausweiten können. Wir können schauen, wie das möglich ist, das wäre dann halt auch kein Giesskannenprinzip. Ich habe verstanden, die SVP möchte dieses Giesskannenprinzip, bei Oliver Bolliger bin ich mir nicht ganz sicher. Der Regierungsrat möchte es nicht, der möchte dort, wo es Sinn macht, dass man verzichtet, und nicht einfach für alle. Am Ende unterstützen wir noch die spätere Steuerzahlung, das scheint mir einfach nicht sinnvoll.

Von dem her bitte ich Sie, die Motion als Anzug zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, die Motion als Anzug zu überweisen. Oliver Bolliger beantragt Überweisung als Motion. Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Überweisung als Motion.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**55 Ja, 29 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0002117, 15.11.23 15:24:36]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben sich für den Anzug entschieden mit 55 Ja-Stimmen bei 29 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung.



#### **64. Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Aufstockung von Lehrstellen und Praktika beim Kanton, Schreiben des RR**

[15.11.23 15:24:56, 21.5303.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

##### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

#### **65. Interpellation Nr. 84 Heidi Mück betreffend Provisorium für die Primarschule Kleinhüningen auf dem Ackermätteli, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:25:25, 23.5318.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Heidi Mück (GAB):* Ich hätte gerne gesagt, ich bin zufrieden, ich hätte sogar gerne eine schriftliche Stellungnahme abgegeben, aber ich bin es nicht, weil ja alles noch in der Schwebe ist. Ich kann Ihnen den einzelnen Schlüsselabschnitt vorlesen aus der Antwort des Regierungsrats, da heisst es: Die Standortsuche ist noch nicht vollständig abgeschlossen, es werden weitere Alternativen in näherer Umgebung geprüft, welche keine Grünfläche in Anspruch nehmen. Diese Antwort ist von Anfang September und ich bin ständig immer wieder in Kontakt. Ich glaube, ich nerve die Leute langsam, die dort im ED oder im Baudepartement sind, weil ich immer wieder frage, wie weit sind Sie, wie weit sind Sie und ich bekomme immer die Antwort, ja, es ist alles noch in der Schwebe. Deswegen bin ich auch noch nicht zufrieden von dieser Antwort.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

#### **66. Interpellation Nr. 132 Daniel Seiler betreffend Beschwerde des Kantons Basel-Stadt sowie der Einwohnergemeinde der Stadt Basel gegen die Verkehrsanordnung der Kantonspolizei Basel-Landschaft in der Rheinstrasse zwischen Augst und Pratteln, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:26:44, 23.5521.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Daniel Seiler (FDP):* Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass Basel-Stadt in Baselland Einsprachen erhebt gegen Strassen. Wenn man dann die Erklärung anschaut, hat sie dort Grundbesitz und hat ein Bauprojekt, das am Laufen ist. So weit verständlich. Dass das Bauprojekt aber frühestens 2025 startet und es gegen eine temporäre Öffnung dieser Strasse gegangen ist, die eigentlich dann wieder aufgemacht werden soll, wenn die dringend notwendigen Erschliessungen dieses Gebiets gemacht werden, ist natürlich diese Beschwerde nicht ganz im Sinne der Sache, weil es eigentlich der Sache nicht hilft, wenn die erst im 2025 anfängt. Aufgrund von dem kann ich nicht ganz zufrieden sein.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



**67. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Information von Beziehenden von Langzeitnothilfe, Schreiben des RR**

[15.11.23 15:28:10, 21.5230.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

**68. Anzug Oliver Bolliger betreffend sinnvoller Regulierung von Geldspielautomaten im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR**

[15.11.23 15:28:37, 20.5292.03]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigen, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

**69. Motion David Jenny und Konsorten betreffend Frühlingsputz in der Systematischen Gesetzessammlung: Aufhebung oder Totalrevision des Gesetzes betreffend den Austritt in Behörden, die Beschränkung der Stimmgebung bei Wahlen und die Ausschliessung der Wählbarkeit von Verwandten zu Mitgliedern von Behörden (SG 138.100), Stellungnahme des RR**

[15.11.23 15:29:02, 23.5216.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

**70. Interpellation Nr. 72 Felix Wehrli betreffend Anpassungen des Polizeigesetzes (PoIG) zum Schutz von Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen vor einer offenen Drogenszene an div. Orten im Kleinbasel, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:29:49, 23.5296.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.





*Felix Wehrli (SVP):* Ich bin teilweise befriedigt. Zum einen stelle ich fest, dass die Regierung die Situation erkannt hat und auch schon ein bisschen etwas gemacht hat dagegen. Es hat sich allerdings noch nicht sehr viel verbessert. Die Regierung legt die Schwerpunkte fest, ich würde da empfehlen, dass sie auch kontrolliert, ob die tatsächlich auch gemacht werden, nicht jetzt gerade bei dieser Situation. Und was mich ein bisschen stört, ist, dass die Statistik über die Nationalitäten nicht geliefert werden kann, obwohl die Nationalitäten immer aufgenommen werden.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **71. Interpellation Nr. 92 Eric Weber betreffend Hacker in den Social Media, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:31:03, 23.5358.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich möchte ganz sachlich etwas fürs Protokoll festhalten. Ich bin Social Media-Experte, ich bin Nr. 1 in Instagram, Nr. 1 in YouTube und in TikTok. Darum will ich von der Staatsanwaltschaft wissen, wie viele Leute sich mit der Kriminalität in Social Media beschäftigen, da mein TikTok-Konto gehackt wurde. Ich sagte hier im Parlament im September: Ich hatte über 50 Millionen Klicks bei TikTok und das ist so, das stimmt. Das ist bekannt, das ist festgehalten, es waren über 50 Millionen Zuschauer und das ist Rekord in der Schweiz. Warum haben mich zehn Grossräte wegen dieser Interpellation angesprochen? Zehn Grossräte haben mich angesprochen und gefragt, Eric Weber, wo ist Ihr TikTok. Viele Grossräte interessieren sich für mich. Das dürfen diese ja auch und ich habe Antwort gegeben als Kollege, was passiert ist.

Ich möchte darum in dieser Interpellation wissen, wie viele Leute in Basel wegen Kriminellen in Social Media ermitteln. Aber in der Antwort wird keine Zahl genannt. Darum bin ich mit dieser Antwort unzufrieden. Ich bin nicht befriedigt. Sie wissen die fünf Ws: Wer, was, wie, wo, warum, wie viele. Ich möchte wissen, wie viele Leute im Bereich Cyber-Kriminalität und deren Bekämpfung in Basel-Stadt tätig sind. Aber in dieser Antwort steht nur, obwohl ich diese Fragen genau gefragt habe: «Bei der Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt bzw. bei deren Kriminalpolizei wurde deshalb das Dezernat Digitale Kriminalität aufgebaut.» Aber wie viele Leute sind in diesem Dezernat?

Ich habe über meinen Anwalt eine Anzeige gegen diesen Hacker gemacht, weil ich weiss, wer er ist. Dann ist nichts passiert, dann habe ich diese Anzeige nochmals persönlich abgegeben mit meiner Unterschrift. Am selben Tag klingelt das Telefon wegen dieser Interpellation. Da wird von der Polizei gefragt, das müssen Sie sich vorstellen, haben Sie die Adresse von diesem Herrn so und so? Die Polizei kann doch im Computer schauen, wo Herr XY wohnt, wir haben diesen Namen genannt. Aber da ruft die Polizei meinen Anwalt an und fragt, haben Sie die Adresse von diesem Herrn und wie alt er ist. Das ist alles bekannt.

Darum bin ich mit dieser Interpellationsbeantwortung nicht zufrieden. Ich weiss nicht mehr wie am Anfang. Ich werde in den nächsten Tagen nochmals zur Staatsanwaltschaft gehen und werde diese Frage stellen, wie viele Leute arbeiten in diesem Dezernat Social Media und ob meine Anzeige auch behandelt wird. Es kann ja nicht sein, dass man bestohlen wird und 50 Millionen Zuschauer plötzlich im Mülleimer sind. Alle meine Kontakte gingen verloren, aber ich brauche das nicht, es sind junge Menschen. Mich hat das dann schon beschäftigt und ich wurde noch nie wegen einer Interpellation von so vielen Kollegen angesprochen, Eric Weber, was ist passiert, wo ist Ihr Konto. Ich habe gesagt, das wurde gehackt und das war traurig, aber ich habe es überwunden. Ich habe dann nur noch einen kleinen TikTok gemacht, um mich abzugewöhnen, weil ich so viele gemacht habe, verschiedene Klagen am Hals habe und darum bringt es das eigentlich gar nicht.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



## **72. Interpellation Nr. 123 Mahir Kabakci betreffend die Sicherheitssituation im Kleinbasel, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:35:50, 23.5469.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Mahir Kabakci (SP):* An dieser Stelle möchte ich mich beim Regierungsrat für die ausführliche und klare Beantwortung meiner Interpellation bedanken. Es freut mich zu sehen, dass das Thema die gebührende Aufmerksamkeit erfährt und der Regierungsrat sich bereits intensiv damit auseinandersetzt. Die polizeiliche Kriminalstatistik mag nicht quartiergenau sein, aber die Evidenz für die Herausforderung der Sicherheitssituation im unteren Kleinbasel ist unübersehbar. Die differenzierte Analyse der aktuellen Situation und ergriffenen Massnahmen, wie verstärkte Patrouillen, Sozialarbeitereinsätze und Videoüberwachung, sind aktuell leider nötig. Wir müssen jedoch sicherstellen, dass diese Massnahmen nicht nur kurzfristig wirken, sondern langfristig zu einer nachhaltigen Verbesserung führen.

Die Sicherheit im unteren Kleinbasel ist vielschichtig und erfordert einen ganzheitlichen Ansatz. Die Wechselwirkung von Kriminalität, Drogenmissbrauch, sozioökonomischer Faktoren und Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum erfordert eine integrierte Herangehensweise. Es ist ermutigend zu hören, dass interdepartementale Massnahmen entwickelt werden, und ich appelliere an den Regierungsrat, die departementsübergreifende Zusammenarbeit in diesem Bereich zu stärken.

Die Blickrichtung über die Grenze und die Zusammenarbeit mit unseren deutsch-französischen Nachbarn sind entscheidend. Es ist erfreulich zu hören, dass die polizeiliche Zusammenarbeit über TRINAT-SÜD bereits besteht. Aber ich plädiere dafür, diese Zusammenarbeit zu vertiefen und von den Best Practices anderer Städte zu profitieren. Sicherheitsprobleme sind selten lokal begrenzt und eine länderübergreifende Perspektive kann wertvolle Einblicke und Lösungsansätze bieten.

Besonders am Herzen liegt mir die Situation der jungen Menschen mit unklarem Asylstatus. Es ist erfreulich zu sehen, dass der Regierungsrat sich auch in diesem Bereich bemüht, aber wir sollten auch beim Bund für die Möglichkeit kämpfen, dass diese jungen Menschen arbeiten können. Eine geregelte Beschäftigung könnte nicht nur ihre Perspektive verbessern, sondern auch die Sicherheit in unserem Quartier positiv beeinflussen und könnte eine Win-Win-Situation sein. An dieser Stelle appelliere ich auch an alle SVP-Grossrätinnen und -Grossräte, machen Sie sich doch bitte in Bern dafür stark bei ihren Nationalrätin und Ständerätin, dass diese Blockade aufgehoben wird. Denn wenn Sie möchten, dass junge Menschen Perspektiven haben und sich in die Gesellschaft integrieren können, dann müssen sie die Möglichkeit haben, den Zugang in die Gesellschaft zu haben.

Das untere Kleinbasel steht vor grossen Veränderungen, insbesondere mit der Öffnung des Industrieareals Klybeck und der Modernisierung der Hafenanlagen. Diese Veränderung bietet die Chance, nicht nur die Sicherheitsverbesserung, sondern auch lebenswerte Räume zu schaffen. Es ist wichtig sicherzustellen, dass diese Entwicklungen im Einklang mit den Bedürfnissen und Wünschen der Bevölkerung stehen.

Insgesamt sind wir vor bedeutenden Herausforderungen, aber auch Chancen. Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger sollte und muss Priorität haben. Ich rufe dazu auf, dass wir gemeinsam über Parteigrenzen hinweg an nachhaltigen Lösungen arbeiten. Nur durch eine gemeinsame Anstrengung können wir eine sichere und lebenswerte Umgebung für alle schaffen, ohne Diskriminierung, Hass und Hetze mit einer guten Analyse für langfristige, wirksame und realistische Lösungen.

Somit kann ich mitteilen, dass ich teilweise zufrieden bin.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **73. Interpellation Nr. 124 Eric Weber betreffend Gewalt in Freibädern in Basel, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:40:10, 23.5470.02]



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich bin sehr unzufrieden. Alle Fragen sind nicht beantwortet worden. Ich habe gefragt: Wie sah es in den letzten Monaten mit Gewalt in den Freibädern Basels aus? Wie viele Anzeigen gab es in den letzten Monaten zu Taten, die sich in Basels Badis zugetragen haben? Ich frage ja wirklich, mehr kann ich nicht machen, darum gebe ich auf: Wie viele Anzeigen gab es in den letzten Monaten zu Taten, die sich in Basels Badis zugetragen haben? Ich habe das gefragt. Die Regierung sagt: Der Regierungsrat ist überzeugt, dass die beliebten und gut unterhaltenen städtischen Gartenbäder gefahrlos genutzt werden können. Als Alternative kann bei grossem Andrang in den Gartenbädern während den heissen Sommermonaten auch ein «Schwumm im Bach» genossen werden. Ich habe nach Zahlen gefragt, die sind nicht geliefert worden.

In der parlamentarischen Sommerpause habe ich in 20 Minuten gelesen: Die Täter sind meist wirtschaftlich schwächer gestellte Männer mit einer problematischen Vorstellung von Männlichkeit. Ich habe mir dann die Arbeit gemacht, ich bin schockiert gewesen, als ich den Zettel bekommen habe, weil keine Antwort gegeben worden ist. Ich habe die Antwort recherchiert und die gebe ich jetzt zu Protokoll. Sexuelle Übergriffe in Schwimmhallen und Freibädern wurden in Basel überwiegend von Ausländern begangen. Laut Polizeistatistik waren Migranten in den letzten neun Monaten für 71 Prozent der Übergriffe verantwortlich. Die Täter stammen aus Afghanistan, Syrien und Irak. Und jetzt kommt es, an die Polizei: Tatsächlich könnten es noch mehr Migranten sein, da Schweizer mit Migrationshintergrund nicht extra ausgewiesen wurden.

Ich bin entsetzt über die bedrohliche Entwicklung für vor allem junge Frauen. Wenn Sie selber zwei hübsche Töchter haben wie ich, macht man sich Gedanken dazu. Hätte ich jetzt zwei Söhne, würde ich mir, das muss ich ganz ehrlich sagen, keine Gedanken machen. Aber ich beschäftige mich mit meiner Sache, ich habe zwei hübsche Töchter und dann macht man sich Gedanken dazu. Weil als Papi bekomme ich auch einiges mit. Aus Gesprächen weiss ich, dass viele Frauen, nicht nur junge, auch ältere, Angst haben und sich nicht mehr in bestimmte Bäder trauen. Ich bin traurig, dass die Regierung nicht einmal einen Blick in die Statistik wirft.

Ich melde mich wöchentlich bei den Behörden an. Ich lasse mir das auch seit zwei Jahren bestätigen, wo ich gewesen bin und recherchiere. Ich sage, Grüezi, Eric Weber, Grossrat, und viele freuen sich und sagen, schön, Sie einmal kennenzulernen. Dann sage ich, danke schön. Aber wenn ich dann hier eine solche Antwort bekomme mit einem solchen Satz, der journalistisch ungenügend ist, ich sammle das und hefte meine Statistik, die ich recherchiert habe zu diesen Zahlen, an im Archiv, damit keiner sagen kann, es ist hier nicht besprochen worden.

Für mich zeigt sich hier das ganze Ausmass der gescheiterten Integration von Asylbewerbern. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich solche Verhältnisse etablieren, auch deshalb diese Interpellation.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **74. Interpellation Nr. 91 Oliver Bolliger betreffend Förderung der Betreuung im Alter im Kanton Basel-Stadt, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:45:12, 23.5357.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Oliver Bolliger (GAB):* Ich bedanke mich für die schriftliche Beantwortung meiner Interpellation. Das Thema Betreuung im Alter brennt vielen Menschen unter den Nägeln und die zurzeit nicht befriedigende Situation ist mit ein Grund, weshalb dieses Thema in unterschiedlichen Vorstössen wiederholt eingebracht wurde und wird. Gespannt warten wir auf die Antwort der Regierung zum Anzug Wyss und Mattmüller, der sollte in den kommenden Wochen bis Ende Jahr vorliegen, um eine Auslegeordnung zu erhalten, aber hoffentlich auch erste gesetzliche Verbesserungen für die Betroffenen sowie den leistungserbringenden Institutionen des Kantons Basel-Stadt.

Zu meiner ersten Frage betreffend Betreuungsgutsprachen analog Kanton Bern bin ich froh, dass die Regierung darlegen kann, dass gewisse Betreuungsleistungen bereits jetzt finanziert werden. Es ist aber halt schon so, dass die Finanzierung



dieser Leistungen für viele der Beteiligten einem Dschungel gleicht. Hier die Übersicht zu halten, ist beinahe unmöglich und braucht oftmals Unterstützung.

Die Beantwortung der Interpellation zeigt, dass unsere Leistung insgesamt besser daher kämen müssten als die Lösungen im Kanton Bern, welche mittels Betreuungsgutsprachen finanziert werden. Die Auflistung der Angebote für die Betreuung in der Interpellationsbeantwortung ist nur bedingt hilfreich. Es werden zwar diverse Handlungsfelder aufgelistet, doch es bleibt ein zu grober Ausschnitt. Besonders interessant wäre eine Übersicht der Finanzierung über die niederschweligen Angebote der diversen kleineren Organisationen. Die Finanzierung von niederschweligen Angeboten mit einer einfachen Logik wäre sehr zu empfehlen und ich hoffe, dass diese Punkte in der Beantwortung des Anzugs Wyss zum Tragen kommen werden und das Potenzial hier vielleicht auch besser ausgeschöpft werden kann.

Was mich aber wenig erstaunt, ist die Beantwortung meiner dritten Frage. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass aktuell kein Handlungsbedarf bestehen würde. In Anbetracht der zwei grossen Linien, ambulant vor stationär und demografischer Wandel, scheint mir dies ein wenig fragwürdig. Wir sollten hier einen Schritt nach vorne machen und die Zaghaftheit ablegen. Die Abwägung zwischen Wünschbaren und dem im Kanton Basel-Stadt Machbaren in Anbetracht dessen, dass sehr wohl bei uns ein gewisser Spielraum in den Finanzen besteht, würde ich mir etwas mehr Mut wünschen. Ich bin überzeugt, dass sich die Förderung der Betreuung im Alter sogar mittelfristig auszahlen würde.

Ich bin mit der Beantwortung teilweise befriedigt.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **75. Interpellation Nr. 97 Salome Bessenich betreffend Finanzierung der Praktikumsplätze für die Ausbildung der Hebammen, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:48:07, 23.5363.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Salome Bessenich (SP):* Vielen Dank für die Beantwortung. Ich bin damit zufrieden.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **76. Interpellation Nr. 111 Oliver Thommen betreffend Massnahmen während Hitzeperioden, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:48:31, 23.5420.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Oliver Thommen (GAB):* Mit der Interpellation bin ich teilweise zufrieden. Warum. Vieles wird eigentlich ausführlich erklärt und dafür danke ich dem Regierungsrat auch, dass er dies hier tut. Unbefriedigend finde ich aber, dass dieser Hitzeaktionsplan, den es gibt, nur ein internes Dokument ist. Ich denke, es wäre gut, da gerade, vielleicht nicht für die ganze Öffentlichkeit von wahnsinnigem Interesse, aber sicher für die politischen Gremien doch ein gewisses Interesse daran bestehen könnte, wie so ein Plan aussieht. Und dass dieser einfach in einer geheimen Schublade liegt, finde ich jetzt ein bisschen schwierig und da fände ich es besser, wenn das wie transparent gegen aussen einsehbar ist.



Der zweite Punkt ist, dass ich allgemein ein bisschen das Gefühl habe, dass es etwas ein Laissez-faire vorherrschende Behandlung dieses Themas ist. Es wird zwar viel gemacht, aber im Bereich der Datenauswertung oder der Datenbereitstellung, ganz klar ist mir das jetzt nicht geworden, im Bereich der öffentlichen Unternehmen, im Bereich des Einbezugs und der Unterstützung der Arbeitgebenden, im Bereich der Bereitstellung oder Kommunikation von kühlen Orten im Sommer sowie ein ganzheitliches Konzept für Schulen oder Bildungsinstitutionen fehlt es meines Erachtens. Und gerade dort ist auch etwas die Frage, ob man es wieder etwas mehr auf die Schulleitungen beziehungsweise die Schulleitung dann auf die Lehrkräfte zuschiebt.

Von dem her bin ich eher nur teilweise zufrieden und Sie werden wieder von mir hören.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

### **77. Interpellation Nr. 115 Melanie Eberhard betreffend Förderung der niederschwelligen Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche mit psychischer Belastung, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:51:01, 23.5435.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Melanie Eberhard (SP):* Vielen herzlichen Dank für die Beantwortung der Interpellation. Ich habe diese im Herbst eingereicht, da damals insbesondere die nationale Organisation Pro Juventute Alarm geschlagen hat aufgrund der vielen Fälle, die sie schweizweit haben aufgrund der hohen Belastung der Kinder und Jugendlichen, die sehr unter der Situation leiden aufgrund der aktuellen Multikrise. Ich bin teilweise zufrieden mit der Beantwortung der Regierung, da die Regierung sehr deutlich gemacht hat, in welchen Bereichen sie bereits aktiv ist. Insbesondere begrüsse ich es, dass auch im schulischen Kontext Angebote entwickelt wurden, insbesondere auch während der Coronakrise, und diese nun auch evaluiert und entsprechend der aktuellen Bedürfnisse weiterentwickelt und etabliert werden.

Auf der anderen Seite kam mir auch gerade in den letzten Wochen und Monate vermehrt zu Ohren, dass auch hier in Basel die Angebote, beispielsweise der JuAr, aber beispielsweise auch der telefonischen niederschwelligen Angebote von Pro Juventute, etc., dass die Auslastung sehr hoch ist, immer noch sehr hoch ist und in diesem Sinne erhoffe ich mir, dass auch in diesem Bereich weitergearbeitet wird und die Augen da offen gehalten werden und wo nötig Anpassungen und Ergänzungen erbracht werden.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

### **78. Interpellation Nr. 122 Lydia Isler-Christ betreffend Haltung des Regierungsrats zur Anpassung der Tarifstruktur für ambulante Physiotherapie, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:52:53, 23.5468.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Interpellantin hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht und mitgeteilt, dass sie mit der Antwort teilweise zufrieden ist. Die Interpellation ist erledigt.



## **79. Interpellation Nr. 128 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Wirksamkeit der Vier-Säulen-Politik, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:53:18, 23.5501.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Niggi Daniel Rechsteiner (GLP):* Ich danke dem Regierungsrat für die umfassende Beantwortung der Fragen zur aktuellen Umsetzung der Vier-Säulen-Politik. Die Erklärungen zu den einzelnen Punkten sind nachvollziehbar und haben einen entsprechenden Informationsgehalt. Die Beantwortung ist sachlich und korrekt. Es geht aus der Beantwortung hervor, dass der Regierungsrat die Verschärfung der Situation festgestellt hat, dies konnte auch bereits der Presse entnommen werden. Es ist auch sehr erfreulich, dass insbesondere der Beeinträchtigung der Anwohnenden besondere Aufmerksamkeit zukommt.

Es wird über Gremien berichtet, die intensiv und interdisziplinär die Situation beurteilen und somit, Zitat: können auf Entwicklungen rasch reagiert und Lösungsansätze pragmatisch und zielgerichtet umgesetzt werden. Leider sind nur wenige Massnahmen von der Bevölkerung wahrnehmbar, ausser die Kameras in der Dreirosenanlage. Gemäss deren Äusserungen, also den Äusserungen der Bevölkerung, ist keine signifikante Entlastung spürbar. Das hat man auch beim Drogenstammtisch 2.0 gehört.

Gemäss den Ausführungen des Regierungsrates bewähre sich das Konzept und dies schon seit mehr als 20 Jahren. Das stimmt, die Vier-Säulen-Politik ist ein Erfolgsmodell. So weit ist die Beantwortung zufriedenstellend. Was ich aber in der aktuellen Situation und mit den bekannten Auswüchsen, wie man der medialen Berichterstattung entnehmen kann, vermisse, sind wirksame, rasche und pragmatische Massnahmen ausser Kameras. Auch die proaktive Ausarbeitung von Massnahmen durch die Regierung ist nicht sonderlich wahrnehmbar. Es ist für die betroffenen Personen so nicht zufriedenstellend. Diesbezüglich würde auch ich mehr erwarten.

Deshalb ist die Beantwortung der Interpellation lediglich teilweise zufriedenstellend.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **80. Interpellation Nr. 135 Tim Cuénod betreffend der Öffnung des Gartenbades St. Jakob (Sportbad) Ende September / Anfang Oktober, Schriftliche Beantwortung**

[15.11.23 15:55:53, 23.5527.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Tim Cuénod (SP):* Ich bin mit der Antwort teilweise befriedigt. Befriedigt bin ich damit, dass man mir Auskunft gegeben hat über die Besucherzahlen im St. Jakob in den genannten Wochen. Nicht befriedigt bin ich damit, dass man keine Veränderung vornehmen möchte. Ich möchte es auch begründen.

Es waren dieses Jahr natürlich besonders herrliche Tage Ende September / Anfang Oktober. Man hätte das Gartenbad ruhig noch eine Woche länger offenlassen können, auch eine Woche später waren es noch 27/28 Grad. Mir ist wohl bewusst, dass das natürlich nicht jedes Jahr so ist, aber für all diejenigen, die es geniessen konnten, zumindest bis eine Woche vor diesem Termin in den letzten September- und ersten Oktobertagen, schwimmen zu gehen, das war doch ein Genuss.

Nicht befriedigt bin ich vor allem auch, weil ich nicht verstehe, wieso das Gartenbad Ende April und Anfang Mai, wo die Temperaturen doch im Schnitt deutlich tiefer sind, wieso da das Sportbad geöffnet ist im Gartenbad St. Jakob, und es geht ausschliesslich ums Sportbad, und nicht Ende September / Anfang Oktober, wo die Durchschnittstemperaturen wesentlich höher sind. Von dort her würde ich mir eine Veränderung diesbezüglich nach wie vor wünschen.

Die Ausnahmesituation dieses Jahres hat gezeigt, dass das auch nachgefragt wird, dass es sich auch häufig wettermässig lohnt. Das wird mit der Klimaerwärmung sicher nicht seltener werden, dass man schöne Herbsttage hat, wo man das



geniessen kann. Es wäre gut, auch im Sinne einer besseren Nutzung der bestehenden Sportinfrastruktur, wenn man diese Öffnungszeiten um zwei Wochen auch im Herbst verlängern könnte.

Insofern befriedigt bin ich über die Zahlen. Ich bedaure, dass nicht mehr Menschen das geniessen und verstehe die Menschen nicht so ganz offenbar, dass mehr Leute Ende April / Anfang Mai schwimmen gehen wollen, wo es doch wesentlich kälter ist. Aber unbefriedigt bin ich damit, dass man nicht prüfen will, ob man das, was dieses Jahr stattfinden konnte, wieso man das nicht jedes Jahr machen könnte. Ich denke, es wäre ein Gewinn und auch im Sinne der besseren Nutzung der vorhandenen Sportinfrastruktur.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Ich schliesse hiermit diese Session.

### **Schluss der 38. Sitzung**

15:59 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1  
23.9050

Abstimmungsdatum

08. November 2023 09:06:41

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabacki Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nicht anwesend	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
von Wartburg Christian (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein		
Thüring Joël (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	87	26	14	15	11	9	7	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	26	14	15	11	9	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	10	3	4	0	0	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	90	27	14	15	11	9	7	5	1	1





Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3  
23.5354

Abstimmungsdatum

08. November 2023 09:09:05

Geschäft

Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 - 2027,  
Bericht und Antrag der WVKo

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja		
Thüring Joël (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	90	29	14	14	11	9	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	29	14	14	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	1	4	0	0	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	29	14	15	11	9	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3  
23.5354

Abstimmungsdatum

08. November 2023 09:09:50

Geschäft

Wahl eines nebenamtlichen Richters am Strafgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2022 - 2027,  
Bericht und Antrag der WVKo

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja		
Thüring Joël (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	28	15	15	11	9	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	15	15	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	3	0	0	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	29	15	15	11	9	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4  
23.1353

Abstimmungsdatum

08. November 2023 09:18:13

Geschäft

Zahl der den Wahlkreisen der Stadt Basel und den Gemeinden Bettingen und Riehen im Grossen Rat zustehenden Sitze, Wahlen 2024, Ratschlag des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja		
Thüring Joël (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	88	28	13	15	11	8	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	28	13	15	11	8	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	8	1	3	0	0	2	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	2	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	29	16	15	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5  
23.0398

Abstimmungsdatum

08. November 2023 10:09:36

Geschäft

Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich Basler Clubförderung für die Jahre 2023–2026, Bericht der BKK

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja		
Thüring Joël (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	28	16	15	11	9	7	6	0	0
Nein	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	16	15	11	9	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	2	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	29	16	15	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5  
23.0398

Abstimmungsdatum

08. November 2023 10:10:29

Geschäft

Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich Basler Clubförderung für die Jahre 2023–2026, Bericht der BKK

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja		
Thüring Joël (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	29	16	15	11	10	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	16	15	11	10	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	2	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	29	16	15	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5  
23.0398

Abstimmungsdatum

08. November 2023 10:12:05

Geschäft

Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich Basler Clubförderung für die Jahre 2023–2026, Bericht der BKK

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt
Gander Thomas (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabacki Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
von Wartburg Christian (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein		
Thüring Joël (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	17	0	0	1	10	0	0	5	1	0
Nein	76	29	16	14	0	9	7	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	16	15	10	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	1	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	2	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	29	16	15	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 5  
23.0398

Abstimmungsdatum

08. November 2023 10:12:50

Geschäft

Bewilligung von Staatsbeiträgen im Bereich Basler Clubförderung für die Jahre 2023–2026, Bericht der BKK

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ent
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja		
Thüring Joël (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	84	29	15	14	5	9	7	5	0	0
Nein	6	0	0	0	5	0	0	0	1	0
Ent	2	0	0	1	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	15	15	11	9	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	0	1	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	1	2	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	29	16	15	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6  
23.1278

Abstimmungsdatum

08. November 2023 10:21:58

Geschäft

Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Ausstellungsraum Klingental für die Jahre 2024 bis 2026,  
Ausgabenbericht des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja		
Thüring Joël (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	94	29	16	15	11	10	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	95	29	16	15	11	10	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	2	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	29	16	15	11	10	7	6	1	1





Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 7  
23.1277

Abstimmungsdatum

08. November 2023 10:30:44

Geschäft

Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Basler Kunstverein für die Jahre 2024 bis 2027, Ratschlag des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja		
Thüring Joël (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	92	29	16	14	11	10	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	16	14	11	10	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	1	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	1	2	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	29	16	15	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8  
23.1272

Abstimmungsdatum

08. November 2023 10:51:12

Geschäft

Bewilligung eines Staatsbeitrags an GGG Migration für die Jahre 2024–2027, Ratschlag des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja		
Thüring Joël (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	90	27	16	14	11	9	7	6	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	16	14	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	1	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	2	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	29	16	15	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8  
23.1272

Abstimmungsdatum

08. November 2023 10:51:56

Geschäft

Bewilligung eines Staatsbeitrags an GGG Migration für die Jahre 2024–2027, Ratschlag des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
von Wartburg Christian (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein		
Thüring Joël (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	90	28	16	13	11	9	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	16	13	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	2	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	2	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	29	16	15	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 8  
23.1272

Abstimmungsdatum

08. November 2023 10:52:53

Geschäft

Bewilligung eines Staatsbeitrags an GGG Migration für die Jahre 2024–2027, Ratschlag des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja		
Thüring Joël (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	90	28	16	14	11	9	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	16	14	11	9	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	1	0	1	0	1	0	1
Nicht anwesend	4	1	2	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	29	16	15	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
22.0872

Abstimmungsdatum

08. November 2023 11:40:16

Geschäft

Neubau Hebelschanze für den Sonderbestand Universitätsbibliothek sowie Instandsetzung und Erweiterung Bernoullianum zur Ausgabenbewilligung für die Projektierung sowie Zonen- und Linienänderung für die Hebelschanze im Bereich Hebelstrasse, Schönbeinstrasse, Klingelbergstrasse sowie Zonenänderungen im Bereich Postlezzistrasse und St. Johannes

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabacki Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
von Wartburg Christian (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ent	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein		
Thüring Joël (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	23	0	13	0	9	0	0	1	0	0
Nein	64	28	0	15	0	9	7	5	0	0
Ent	4	0	3	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	28	16	15	10	9	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	2	0	1	0	0	1	1	0
Stimmberechtigt	93	28	16	15	10	10	7	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
22.0872

Abstimmungsdatum

08. November 2023 11:41:05

Geschäft

Neubau Hebelschanze für den Sonderbestand Universitätsbibliothek sowie Instandsetzung und Erweiterung Bernoullianum zur Ausgabenbewilligung für die Projektierung sowie Zonen- und Linienänderung für die Hebelschanze im Bereich Hebelstrasse, Schönbeinstrasse, Klingelbergstrasse sowie Zonenänderungen im Bereich Postlezzistrasse und St. Johanne

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ent
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ent	Wehrli Felix (SVP)	Ent
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja		
Thüring Joël (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	72	28	7	15	0	10	7	5	0	0
Nein	15	0	6	0	8	0	0	1	0	0
Ent	5	0	3	0	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	16	15	10	10	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	2	0	1	0	0	1	1	0
Stimmberechtigt	93	28	16	15	10	10	7	6	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 11  
23.5335

Abstimmungsdatum

08. November 2023 12:06:16

Geschäft

Petition P465 "Tempo 30 für die Neuweilerstrasse", Bericht der PetKo

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nicht anwesend
Gander Thomas (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabacki Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nicht anwesend
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht anwesend	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nicht anwesend	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt		
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	68	25	12	12	5	8	6	0	0	0
Nein	7	0	0	1	2	0	0	4	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	1	1	0	0
Abgestimmt	77	25	12	13	7	8	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	5	2	0	1	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	18	3	6	1	3	2	0	2	1	0
Stimmberechtigt	82	27	12	14	8	8	7	5	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 12.6  
23.5559

Abstimmungsdatum

08. November 2023 15:19:19

Geschäft

Interpellation Nr. 141 Beda Baumgartner betreffend unwürdige Unterbringung von geflüchteten Menschen in Basel-Stadt

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabacki Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht abgestimmt
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein		
Thüring Joël (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	80	25	13	14	10	7	6	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	81	25	13	14	10	7	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	13	3	3	1	0	3	1	1	0	1
Nicht anwesend	6	2	2	0	1	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	28	16	15	10	10	7	6	1	1





Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13  
23.5448

Abstimmungsdatum

08. November 2023 16:21:58

Geschäft

Antrag 1 Andrea Strahm und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative zur Einführung einer nationalen Elternzeit

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabacki Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein		
Thüring Joël (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	16	0	0	1	0	9	6	0	0	0
Nein	73	27	15	14	11	0	0	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	27	15	15	11	9	6	6	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	0	1	1	0	1	1
Nicht anwesend	6	2	3	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	28	15	15	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 14  
23.5516

Abstimmungsdatum

08. November 2023 16:40:50

Geschäft

Antrag 2 Joël Thüring auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend "Mehr Geld zum Leben – Reduzierter Mehrwertsteuersatz für Strom"

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabacki Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
von Wartburg Christian (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein		
Thüring Joël (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	10	0	0	0	10	0	0	0	0	0
Nein	80	27	15	15	0	10	7	6	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	15	15	10	10	7	6	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	6	2	3	0	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	28	15	15	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 17  
23.5460

Abstimmungsdatum

08. November 2023 17:13:33

Geschäft

Motion 3 Patrick Fischer und Konsorten betreffend «Anpassung des Datenschutzgesetzes in Bezug auf die Videoüberwachung»

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht anwesend	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabacki Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ent	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
von Wartburg Christian (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Nein		
Thüring Joël (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	14	0	0	1	11	1	0	0	1	0
Nein	73	27	15	14	0	6	6	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	88	27	15	15	11	8	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	5	1	0	0	0	1	1	1	0	1
Nicht anwesend	7	2	3	0	0	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	28	15	15	11	9	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 19  
23.5478

Abstimmungsdatum

08. November 2023 17:37:03

Geschäft

Motion 5 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend «Wider die Auswüchse bei Lohnvergleichsanalysen im kantonalen Beschaffungswesen»

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja		
Thüring Joël (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	50	0	1	15	11	9	7	6	1	0
Nein	42	27	15	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	27	16	15	11	9	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	2	2	0	0	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	28	16	15	11	9	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 20  
23.5497

Abstimmungsdatum

08. November 2023 17:52:02

Geschäft

Motion 6 Luca Urgese und Konsorten betreffend Gleichbehandlung von Ehegatten und Konkubinatspaaren bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Schaller Beat K. (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Brigger René (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ent	Urgese Luca (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Battaglia Olivier (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ent
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nicht anwesend
Faesch Lukas (LDP)	Ja		
Thüring Joël (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	73	19	9	15	11	7	6	6	0	0
Nein	8	5	3	0	0	0	0	0	0	0
Ent	4	1	2	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	85	25	14	15	11	7	6	6	1	0
Nicht abgestimmt	8	3	2	0	0	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	2	0	0	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	93	28	16	15	11	9	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 24  
23.5464

Abstimmungsdatum

15. November 2023 09:37:25

Geschäft

Anzug 3 Felix Wehrli und Konsorten betreffend "Für mehr Klarheit: BODYCAMS für die Kantonspolizei"

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ent
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	46	0	0	12	11	10	7	6	0	0
Nein	47	28	18	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	18	12	11	10	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	3	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	29	18	12	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 25  
23.5465

Abstimmungsdatum

15. November 2023 09:41:35

Geschäft

Anzug 4 Roger Stalder und Konsorten betreffend "Mehr Grenzschutz – mehr Sicherheit"

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
von Wartburg Christian (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	24	0	0	12	10	2	0	0	0	0
Nein	65	28	18	0	0	8	5	6	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	90	28	18	12	10	10	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	1	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	0	3	0	0	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	29	18	12	11	10	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 26  
23.5466

Abstimmungsdatum

15. November 2023 09:47:26

Geschäft

Anzug 5 Patrick Fischer und Konsorten betreffend "Gemeinsame Grenzschutzübungen in der Region Basel mit der Armee"

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
von Wartburg Christian (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nicht abgestimmt	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	25	0	0	3	11	4	0	6	1	0
Nein	64	29	15	9	0	6	5	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	29	15	12	11	10	5	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	3	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	0	3	0	0	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	29	18	12	11	10	6	6	1	1





Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 28  
23.5462

Abstimmungsdatum

15. November 2023 09:54:07

Geschäft

Anzug 7 Gianna Hablützel-Bürki und Konsorten betreffend "Ausschaffung krimineller Ausländer – der Regierungsrat soll beim Bund Druck machen"

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
von Wartburg Christian (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	16	0	0	6	10	0	0	0	0	0
Nein	72	28	18	6	0	9	5	5	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	28	18	12	10	9	5	5	1	0
Nicht abgestimmt	6	1	0	0	1	1	1	1	0	1
Nicht anwesend	6	1	0	3	0	0	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	29	18	12	11	10	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 29  
23.5461

Abstimmungsdatum

15. November 2023 10:00:08

Geschäft

Anzug 8 Pascal Messerli und Konsorten betreffend "Mobile Polizeiposten in den Quartieren"

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	60	27	0	12	11	9	0	1	0	0
Nein	28	2	17	0	0	0	4	4	1	0
Ent	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Abgestimmt	89	29	17	12	11	9	5	5	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	1	0	0	1	1	1	0	1
Nicht anwesend	6	1	0	3	0	0	1	1	0	0
Stimmberechtigt	94	29	18	12	11	10	6	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 30  
23.5467

Abstimmungsdatum

15. November 2023 10:04:14

Geschäft

Anzug 9 Lorenz Amiet und Konsorten betreffend "Bälert – Kantonale App für eine Sofortalarmierung der Polizei"

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
von Wartburg Christian (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	21	0	0	0	11	10	0	0	0	0
Nein	69	29	18	12	0	0	4	5	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	29	18	12	11	10	4	5	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	0	0	0	3	1	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	3	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	29	18	12	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 31  
23.5472

Abstimmungsdatum

15. November 2023 10:18:18

Geschäft

Anzug 10 Fleur Weibel und Konsorten betreffend Deeskalation bei Kundgebungen

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	65	29	18	0	0	9	4	5	0	0
Nein	25	0	0	12	10	1	0	1	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	29	18	12	10	10	4	6	1	0
Nicht abgestimmt	5	0	0	0	1	0	3	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	3	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	29	18	12	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 32  
23.5473

Abstimmungsdatum

15. November 2023 10:34:01

Geschäft

Anzug 11 Adrian Iselin und Konsorten betreffend Umnutzung Büroflächen zu Wohnraum

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ent	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Ja
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ent
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ent	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	44	0	1	12	10	10	6	4	0	1
Nein	43	25	15	0	0	0	0	2	1	0
Ent	4	2	2	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	27	18	12	10	10	6	6	1	1
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	1	0	1	0	0	0
Nicht anwesend	5	1	0	3	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	29	18	12	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 36  
23.5480

Abstimmungsdatum

15. November 2023 10:40:25

Geschäft

Anzug 15 Balz Herter und Konsorten betreffend Vorbereitung auf Extremwetterereignisse

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Ent	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nicht abgestimmt
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	59	0	17	12	11	9	4	6	0	0
Nein	26	26	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	87	27	17	12	11	9	4	6	1	0
Nicht abgestimmt	8	2	1	0	0	1	3	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	3	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	29	18	12	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 37  
23.5491

Abstimmungsdatum

15. November 2023 10:50:40

Geschäft

Anzug 16 Tim Cuénod und Konsorten betreffend Kapazitätsausbau bei der Buslinie 36 und möglicher Schaffung einer Schnellbus-Ringlinie

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	72	29	18	12	0	1	7	5	0	0
Nein	19	0	0	0	10	8	0	1	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	0	1	0
Abgestimmt	93	29	18	12	10	10	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	3	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	29	18	12	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 39  
23.5493

Abstimmungsdatum

15. November 2023 10:57:06

Geschäft

Anzug 18 Eric Weber betreffend Rathaus-Turm öffentlich machen

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	62	17	12	11	9	7	2	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	63	17	12	11	9	7	2	4	1	0
Nicht abgestimmt	30	10	6	1	2	3	5	2	0	1
Nicht anwesend	7	3	0	3	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	18	12	11	10	7	6	1	1





Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 40  
23.5494

Abstimmungsdatum

15. November 2023 10:58:38

Geschäft

Anzug 19 Eric Weber betreffend der Plan von einer abgekühlten Stadt

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	59	15	11	12	9	6	2	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	60	15	11	12	9	6	2	4	1	0
Nicht abgestimmt	34	13	7	0	2	4	5	2	0	1
Nicht anwesend	6	2	0	3	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	28	18	12	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 41  
23.5495

Abstimmungsdatum

15. November 2023 11:02:58

Geschäft

Anzug 20 Eric Weber betreffend Lärm verursacht Stress und macht krank

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht abgestimmt
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	61	15	13	11	10	6	2	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	62	15	13	11	10	6	2	4	1	0
Nicht abgestimmt	31	12	5	1	1	4	5	2	0	1
Nicht anwesend	7	3	0	3	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	18	12	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 42  
23.5496

Abstimmungsdatum

15. November 2023 11:08:49

Geschäft

Anzug 21 Eric Weber betreffend Sauber Stadt Basel – Bussgelder für Kippen-Sünder

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht abgestimmt	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nicht anwesend	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nicht abgestimmt	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Nein
Wirz Lea (GAB)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht abgestimmt
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	68	21	12	11	10	5	4	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	69	21	12	11	10	5	4	5	1	0
Nicht abgestimmt	24	6	6	1	1	5	3	1	0	1
Nicht anwesend	7	3	0	3	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	27	18	12	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 43  
23.5505

Abstimmungsdatum

15. November 2023 11:28:55

Geschäft

Anzug 22 Daniel Albietz und Konsorten betreffend Fusion von IWB, Primeo/EBM sowie EBL

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Yilmaz Semseddin (SP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
von Wartburg Christian (SP)	Nicht abgestimmt	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	34	0	0	10	11	8	0	4	1	0
Nein	58	28	17	2	0	2	7	2	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	17	12	11	10	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	3	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	29	18	12	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 44  
23.5506

Abstimmungsdatum

15. November 2023 11:39:59

Geschäft

Anzug 23 Oliver Bolliger und Melanie Nussbaumer betreffend Ausbau schadensmindernden Massnahmen in der Suchtarbeit

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Islar-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	76	29	17	11	1	6	6	6	0	0
Nein	13	0	0	1	10	1	1	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	1	0	0	1	0
Abgestimmt	91	29	17	12	11	8	7	6	1	0
Nicht abgestimmt	4	0	1	0	0	2	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	3	0	0	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	29	18	12	11	10	7	6	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 46  
23.5514

Abstimmungsdatum

15. November 2023 11:51:35

Geschäft

Anzug 25 Daniel Sägesser und Konsorten betreffend Wahltarife mit dynamischen Energie- und  
Netznutzungspreisen für flexible elektrische Lasten

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Ja
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ent
Christ Tobias (GLP)	Nicht abgestimmt	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	83	27	12	12	11	10	6	5	0	0
Nein	5	0	5	0	0	0	0	0	0	0
Ent	2	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	90	27	18	12	11	10	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	0	3	0	0	0	2	0	0
Stimmberechtigt	93	28	18	12	11	10	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47  
23.5515

Abstimmungsdatum

15. November 2023 12:05:00

Geschäft

Anzug 26 Lisa Mathys und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den Ausbau der kantonalen PV-Anlagen und Einsatz einer Betriebsgesellschaft zur Umsetzung

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Ja	Zappalà Andreas (FDP)	Ja
Wirz Lea (GAB)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	66	28	18	1	0	9	6	4	0	0
Nein	24	0	0	11	11	1	0	1	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	91	28	18	12	11	10	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	0	3	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	92	28	18	12	11	10	6	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47  
23.5515

Abstimmungsdatum

15. November 2023 12:07:02

Geschäft

Anzug 26 Lisa Mathys und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den Ausbau der kantonalen PV-Anlagen und Einsatz einer Betriebsgesellschaft zur Umsetzung

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Stumpf Daniela (SVP)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Nein	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Brigger René (SP)	Ent	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht anwesend
Yilmaz Semseddin (SP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ent
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GAB)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nein	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
von Wartburg Christian (SP)	Nein	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP)	Nein
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ent
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Hoppler Laurin (GAB)	Nicht abgestimmt	Zappalà Andreas (FDP)	Ent
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Nigon Gabriel (LDP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Thüning Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	17	2	1	3	9	0	1	1	0	0
Nein	65	23	16	8	2	7	5	3	1	0
Ent	7	2	0	1	0	3	0	1	0	0
Abgestimmt	89	27	17	12	11	10	6	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	0	3	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	92	28	18	12	11	10	6	5	1	1





Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 63  
23.5029

Abstimmungsdatum

15. November 2023 15:24:14

Geschäft

Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einen tieferen Verzugszins bei Steuer-Ratenzahlungen, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Stumpf Daniela (SVP)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Stalder Roger (SVP)	Nein
Gander Thomas (SP)	Ja	Wüest-Rudin David (GLP)	Nicht anwesend
Cuénod Tim (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Brigger René (SP)	Nicht anwesend	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Yilmaz Semseddin (SP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht anwesend
Hug Michael (LDP)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Vergeat Jo (GAB)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GAB)	Nicht abgestimmt	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Thommen Oliver (GAB)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Bernasconi Patrizia (GAB)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Zürcher Tonja (GAB)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Feurer Anouk (GAB)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Ja	Mück Heidi (GAB)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Goepfert Nicola (GAB)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GAB)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Friedl Harald (GAB)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Auderset André (LDP)	Nicht anwesend
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Dill Alexandra (SP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nicht anwesend	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP, P)	Nicht abgestimmt
Sägesser Daniel (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
von Wartburg Christian (SP)	Ja	Braun-Gallacchi Beat (FDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP)	Ja
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Gallacchi Pasqualine (Mitte-EVP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Hanauer Raffaella (GAB)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Fuhrer Raphael (GAB)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Ineichen Anina (GAB)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Girard Fina (GAB)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Bolliger Oliver (GAB)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Hoppler Laurin (GAB)	Nein	Zappalà Andreas (FDP)	Nicht anwesend
Wirz Lea (GAB)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Nigon Gabriel (LDP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Kuster-Simon Nicole (LDP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Ja	Bartha Béla (GAB)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nicht abgestimmt
Thüring Joël (SVP)	Nein		
Schaller Beat K. (SVP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	GAB	LDP	SVP	Mitte-EVP	GLP	FDP	Fraktionslos	Präsidium
Ja	55	25	0	10	1	10	4	5	0	0
Nein	29	0	17	0	10	0	2	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	25	17	10	11	10	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	6	2	1	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	10	3	0	4	0	0	1	2	0	0
Stimmberechtigt	90	27	18	11	11	10	6	5	1	1

## Anhang B

### Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse und Kenntnisnahmen

#### Überweisung an Kommissionen

- |    |  |       |      |            |
|----|--|-------|------|------------|
| 1. | Zuwahl gemäss § 29 GOG im Sinne einer temporären Erhöhung der Pensen von Dr. iur. Dorrit Schleiminger und lic. iur. Dominik Kiener aufgrund der gesundheitlichen Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit zweier Präsidienmitglieder am Strafgericht Basel-Stadt, Ratschlag des Gerichtsrates | JSSK  | GerR | 23.5519.01 |
| 2. | Petition P470 "Umnutzung leere Bürogebäude zu Wohnraum"  | PetKo |      | 23.5549.01 |

#### An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

- |    |   |  |     |            |
|----|---|--|-----|------------|
| 3. | Anzug der Gesundheits- und Sozialkommission betreffend Schaffung von «Sozialen Anstellungen» innerhalb der kantonalen Verwaltung und kantonsnahen Betrieben bei erfolgreicher Integration, Schreiben des RR |  | FD  | 20.5268.03 |
| 4. | Anzug Brigitte Gysin und Konsorten betreffend Prävention Verkehrssicherheit für Velofahrer:innen, Schreiben des RR  |  | JSD | 21.5429.02 |
| 5. | Motionen:   |  |     |            |
| 1. | Pascal Pfister und Konsorten betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen   |  |     | 23.5542.01 |
| 2. | Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend ganzheitliche Sexualaufklärung im Kanton Basel-Stadt   |  |     | 23.5543.01 |
| 3. | Tobias Christ und Konsorten betreffend ein gesundes Stadtklima  |  |     | 23.5544.01 |
| 4. | Tobias Christ und Konsorten betreffend eine zukunftsfähige Mobilität  |  |     | 23.5545.01 |
| 6. | Anzüge:   |  |     |            |
| 1. | Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend einwandfreie Tramwarehallen erhalten statt verschrotten  |  |     | 23.5530.01 |
| 2. | Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Anpassung der Förderbeiträge für erneuerbare Heizlösungen  |  |     | 23.5531.01 |
| 3. | Luca Urgese und Konsorten betreffend Velospur in der St. Jakobs-Strasse   |  |     | 23.5532.01 |
| 4. | Beat K. Schaller und Konsorten betreffend der Kannenfeldpark soll wieder eine Erholungszone sein  |  |     | 23.5533.01 |
| 5. | Heidi Mück und Konsorten betreffend Erweiterung der Zielgruppe für Drug Checking im Rahmen von „Safer Dance Basel“ und dem Drogeninformationszentrum „DIBS“   |  |     | 23.5534.01 |
| 6. | Catherine Alioth und Konsorten betreffend die Umsetzung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung während des Maturitätslehrgangs gemäss Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV)                            |  |     | 23.5539.01 |
| 7. | Eric Weber betreffend schöner Bahnhofsvorplatz Basel SBB  |  |     | 23.5540.01 |
| 8. | Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Spenden statt Entsorgen, Pilotprojekt in Entsorgungsstellen   |  |     | 23.5546.01 |
| 9. | Anina Ineichen und Konsorten betreffend eine sichere Veloverbindung zwischen Rankhof und Wettsteinplatz   |  |     | 23.5547.01 |

#### Kenntnisnahme

- |    |   |  |    |            |
|----|---|--|----|------------|
| 7. | Anzug der Bildungs- und Kulturkommission betreffend Abgeltung an die Museen für Schulklassenbesuche, Schreiben des RR (stehen lassen) |  | PD | 20.5252.03 |
|----|---|--|----|------------|

8.	Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einsetzung einer regierungsrätlichen Klimakommission in Basel-Stadt, Schreiben des RR (stehen lassen)	PD	21.5488.02
9.	Schriftliche Anfrage Michael Hug betreffend Begrünungsmassnahmen von Brücken, Schreiben des RR	BVD	23.5396.02
10.	Schriftliche Anfrage Sandra Bothe betreffend zur Entwicklung einer evidenzbasierten kantonalen Digitalisierungsstrategie für die Zukunft des Lernens an den Schulen von Basel-Stadt, Schreiben des RR	ED	23.5403.02

## Anhang C

### Schriftliche Stellungnahmen zu Interpellationsantwortungen

#### **Interpellation Nr. 76**

23.5308.01

betreffend Informationsbedarf der Hauseigentümerschaften über Neu- oder Umbauten und Renditemöglichkeiten vor dem Hintergrund des verstärkten Mieterschutzes

Diese Antwort ist nicht zufriedenstellend. Der Regierungsrat tut nicht genug, um Hauseigentümerinnen und -Eigentümer über ihre Rechte und Möglichkeiten im Hinblick auf die neuen Gesetzesvorschriften zu informieren.

Der Regierungsrat hat ein Gesetz in Kraft gesetzt, ohne Klarheit über die Folgen für die Betroffenen geschaffen zu haben. Es genügt bei derartigen Einschränkungen der Eigentumsfreiheit nicht, auf eine Website zu verweisen und sich auch zu überlegen, künftig weitere Massnahmen zur besseren Information der Betroffenen zu treffen.

In der wohl wichtigsten Frage, ob und wie weit Mietzinsaufschläge vorgenommen werden dürfen, wird auf die Kommission verwiesen, die Einzelfälle prüfe. Das ist nicht verlässlich. Erst recht, wenn darauf hingewiesen wird, es müsse sich eben erst eine Praxis entwickeln. Fazit: Im Vorfeld könnten keine eigentümergebundene oder detaillierten Auskünfte an die Eigentümerschaften erfolgen; diese Kapitulation irritiert:

Wer als Eigentümer anständig vorabklären will, was er tun darf hinsichtlich teilweiser Abwälzung von Renovationskosten und von Klimaschutzmassnahmen an seine Mieter, bekommt keine verbindliche Antwort. Es muss also in Kauf genommen werden, von einer Kommission oder einem Gericht korrigiert zu werden, auch wenn keinerlei unredliche Absicht vorhanden war. Das ist stossend und unüblich in unserem System. Es reicht nicht, darauf hinzuweisen, dass die «Grössenordnung der voraussichtlichen Rendite grundsätzlich selbst abgeschätzt werden kann». Verbindlichkeit von Behördenauskünften ist wichtig, fehlt aber in diesem Bereich völlig. Wer Investitionen für seine Mietliegenschaft plant, braucht klare Angaben hinsichtlich der erzielbaren Rendite, das ist auch für den Erhalt von Hypotheken unerlässlich.

Auch nicht nachvollziehbar ist die schwammige Antwort auf die Frage, ob eine Zusammenarbeit mit dem Hauseigentümergebundene erfolgen könne. Weshalb nicht ein klares Ja auf diese Frage? Das wäre eine win-win – Situation, beispielsweise gemeinsame Sprechstunden anzubieten und die Eigentümerschaften aktiv im Bring-System zu informieren. Es ist unklar was der Regierungsrat meint mit «...diesbezüglich auf sie zugehen».

Auch die dritte Frage ist nicht zufriedenstellend beantwortet: Wenn schon mehr Aufwand, mehr Unklarheit durch die gesetzlichen Einschränkungen der Eigentumsfreiheit für die Eigentümerschaften geschaffen werden, könnte das Auskunftseinholen vereinfacht werden. Ein «one-stop-shop» könnte wenigstens temporär, in den Anfangszeiten der neuen Regelungen eingerichtet werden.

Aus dieser Antwort ist nicht zu entnehmen, dass der Regierungsrat Anstrengungen unternimmt, um die Hauseigentümerschaften im Rahmen der neuen Gesetzgebung zu unterstützen. Aus dieser Haltung sind keine positiven Auswirkungen auf das Erstellen neuer Wohnungen oder auf Renovationen durch Private erkennbar. Neue und renovierte Wohnungen braucht es aber im Kanton, wenn die Bevölkerung tatsächlich, wie prognostiziert anwachsen soll.

Annina von Falkenstein

#### **Interpellation Nr. 77**

23.5309.01

betreffend notwendige Korrektur des Vertrauensverlustes von Wohnungsbau-Investoren

Ich bedanke mich bei der Regierung für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich bin mit der Beantwortung befriedigt. Insbesondere der Passus: «Es ist dem Regierungsrat ein grosses Anliegen, dass Investorinnen und Investoren auch künftig in Basel aktiv sind.», sehe ich als wichtige Grundlage an für künftige Massnahmen. Auch die Passage «Im Vorfeld der Abstimmung zur Initiative «JA zum Echten Wohnschutz» und insbesondere seit der Umsetzung haben einzelne Investorinnen und Investoren angekündigt, weniger in Wohnraum im Kanton Basel-Stadt investieren zu wollen. Entsprechende Rückmeldungen hat der Regierungsrat auch direkt von Fach- bzw. Interessensverbänden erhalten. Auch der Regierungsrat hat im Vorfeld der Abstimmung vor einem zurückhaltenden oder abwartenden Verhalten von Wohnungsbauinvestorinnen und -investoren gewarnt. Aktuell ist tatsächlich eine gewisse Zurückhaltung bei Investorinnen und Investoren festzustellen. Die Gründe dafür sind aber vielschichtig und hängen wohl auch mit anderen Entwicklungen wie steigenden Hypothekenzinsen zusammen.» lassen aufhorchen. An dieser Stelle frage ich mich, weshalb die Regierung zur genannten Initiative sich im Vorfeld der Abstimmung nicht klarer geäussert hat. Letztlich nehme ich die Regierung beim Wort, wenn Sie schreibt, dass der Regierungsrat die Verwaltung damit beauftragt habe, die Wohnraumschutzbestimmungen beziehungsweise deren Auswirkungen zu evaluieren und dass bei Fehlwirkungen, der Regierungsrat Verbesserungsvorschläge erarbeiten würde. Gelegenheit dazu hat Sie bereits bei der Behandlung mehrere Motionen (u.a. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend Anpassung der Wohnschutzbestimmungen in Bezug auf das Bewilligungsverfahren).

Michael Hug

**Interpellation Nr. 78**

betreffend Umnutzung leerstehender Büroflächen in Wohnraum

23.5310.01

Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Statthalter und liebe Kolleginnen und Kollegen

Der Kanton Basel-Stadt befindet sich in einer Wohnungsnot mit einem Wohnungsleerstand von 1,5% oder weniger. Die Bevölkerung wächst gemäss mittlerem Bevölkerungsszenario weiter auf 224'000 Personen im Jahr 2045. Der Kanton ist also aufgrund der wirtschaftlichen Prosperität und des damit verbundenen Bevölkerungswachstums auf die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum angewiesen. All dies ist der Antwort auf die Interpellation Nr. 77 Michael Hug betreffend «notwendige Korrektur des Vertrauensverlustes von Wohnungsbau-Investoren» zu entnehmen.

Der Nachfrage nach Wohnraum steht die Nachfrage nach Wirtschafts- und Büroflächen gegenüber. Die aktuellen Leerstände auf dem Büromarkt würden sich gemäss Aussage des Regierungsrates sowohl im nationalen als auch im internationalen Vergleich in einer gesunden Bandbreite bewegen. Die Frage ist aber, wie sich diese Leerstände auf dem Büromarkt in Zukunft entwickeln werden?

Sich stetig weiterentwickelnde IT-Technologien sowie der Wunsch der Mitarbeitenden nach mehr Flexibilität sind ein Treiber des "New Ways of Working". Die Entwicklung hin zu "Remote Working" und "Home Office" sind bereits heute ein Fakt und die Corona Pandemie hat gezeigt, dass beides funktioniert. "Remote Worker" - wie ich es bin - brauchen gar keinen physischen Arbeitsplatz mehr in einem Büro. Mitarbeitende, welche einige Tage in der Woche von zu Hause aus arbeiten, benötigen keinen eigenen, festen Arbeitsplatz mehr, sondern können einen Arbeitsplatz mit anderen Mitarbeitenden teilen ("Desk Sharing"). Die Industrie rechnet deshalb bereits heute nicht mehr mit einem Mitarbeitendem pro Arbeitsplatz, sondern mit 1.4 bis 1.8 (je nach Branche). Es ist also naheliegend, dass sich der Bedarf an Büroflächen in Zukunft massiv verringern könnte. Dazu kommt, dass nach der Konzentration der Büros von Roche und Baloise auf dem eigenen Campus viele Büroflächen in der Stadt frei wurden. Die Ankündigung von Novartis, geeignete Fremdnutzungen zuzulassen, wird wahrscheinlich ebenfalls zu Bürorumzügen aus der Stadt auf den Novartis Campus führen. Start Ups finden zudem im Stücki-Areal günstige Bedingungen. Bei all dieser Entwicklung werden wir in Zukunft mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit zu viele leerstehende Büroflächen in Basel haben. Es fragt sich deshalb, wie hoch das Umnutzungspotential von Büro- zu Wohnraum, insbesondere im Stadt-Kern, ist.

All diese Entwicklung hat der Regierungsrat bei der Beantwortung der Fragen vollkommen ausser Acht gelassen. Er beschränkt sich lediglich darauf festzustellen, dass die Umnutzung von leerstehenden Büroflächen zu Wohnraum in den letzten zehn Jahren lediglich einen kleinen Beitrag zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum darstellt. Das zukünftige, zusätzliche Potential in Bezug auf die Umnutzung von Büroflächen zu Wohnraum wird vom Regierungsrat nicht evaluiert. Meines Erachtens eine verpasste Chance.

Ich bin mit dem Regierungsrat einig, dass sich der Staat grundsätzlich nicht in die strategische Ausrichtung und Immobilienstrategien privater Unternehmen oder Eigentümerschaften einmischen soll und darf. Er soll und muss aber in Zeiten von Wohnungsnot die richtigen Fragen stellen und gemeinsam mit den verschiedenen Akteuren (Industrie, Gewerbe, Investoren, etc.) Szenarien ausarbeiten und Lösungsansätze entwickeln. Fragen, wie sich die Mitarbeiterzahlen der Industrie (Roche, Novartis, etc.) in Basel entwickeln könnten, müssen der Industrie direkt gestellt werden. Wo arbeiten die Bewohner von Basel in Zukunft? Zu Hause oder am Arbeitsplatz? Wo wohnen sie? Mit welchen Verkehrsmitteln fahren sie zur Arbeit? Wo gehen die Kinder in die Kita, Tagesstruktur, Kindergarten und zur Schule? All diese Fragen betreffen die Infrastruktur des Kantons und haben einen Einfluss auf die Wohnraumplanung. Der Regierungsrat hat meines Wissens gar nichts getan, um die Szenarien der Bevölkerungsentwicklung - bis zu 40'000 Einwohner mehr bis 2045, je nach Szenario - durchzudenken und die Infrastrukturen planerisch zu erfassen.

Investoren, welche den dringend gebrauchten neuen Wohnraum schaffen könnten, werden abgeschreckt, weil die Rendite per Volksabstimmung gedeckelt ist. Es wäre eine Gelegenheit für den Regierungsrat, das Vertrauen der Investoren, die sich von Basel abwenden, teilweise zurückzugewinnen, wenn ein Programm zur Umnutzung von Büroräumlichkeiten gemeinsam geschaffen würde. Ein Runder Tisch oder ähnliche Initiativen mit Hauseigentümern, Investoren, Eigentümern von Büroflächen, etc. wäre sicher hilfreich für die Planung des weiteren Vorgehens.

Der Regierungsrat hat diesen wichtigsten Teil der Hausaufgaben hinsichtlich der Folgen des Bevölkerungswachstums nicht gemacht. Vor diesem beschriebenen Hintergrund ist der Interpellant mit der Antwort nicht zufrieden.

Adrian Iselin

**Interpellation Nr. 79**

betreffend Einsetzung einer «Task Force Wohnen» mit dem Ziel, zusätzlichen Wohnraum rasch schaffen zu können

23.5311.01

Der Wohnraum ist knapp, seit 1942 herrscht mit Ausnahme dreier Jahre Wohnungsnot, dh. der Leerstand liegt unter 1.5%. Die kantonalen gesetzlichen Bestimmungen werden immer strenger und die Regulierungsdichte nimmt laufend zu. Es ist bemühend in Basel zu bauen. So monieren Investorinnen und Investoren die strenge

Gesetzeslage, die langen und komplexen Baubewilligungsverfahren oder gar widersprüchlichen Anforderungen, wenn z.B. der Denkmalschutz „Ja“ und das AUE „Nein“ sagt. Basel verliert an Attraktivität für Investorinnen und Investoren.

Die in der Interpellationsantwort angeführten Bestrebungen auf Bundesebene sind begrüssenswert, können aber die vorgenannten Basler Herausforderungen für Investorinnen und Investoren nicht schnell genug, wenn überhaupt abfedern.

Es ist bedauernswert, dass der Regierungsrat „Doppelspurigkeiten“ befürchtet und keine Task-Force einsetzen will. Entsprechend ist die Antwort nicht zufriedenstellend.

Nicole Kuster

**Interpellation Nr. 85**

betreffend keine neue Gasinfrastruktur in der Langen Erle

23.5319.01

**Antwort:** Nicht zufrieden.

**Begründung:** Leider bin ich mit der Antwort der Regierung zu meiner Interpellation betreffend keine neue Gasinfrastruktur in der Langen Erle nicht zufrieden. Dies, weil die Antworten ungenau und unvollständig sind. So wird bei der Beantwortung der ersten Frage gesagt, dass die GVM-Infrastruktur auch in Zukunft systemrelevant bleibt für das nationale und internationale Transportnetz. Es wird jedoch nicht ausgeführt, welchen prozentualen Anteil die GVM-Zollmessstation Kleinhüniggen am übergeordneten nationalen und internationalen Transportnetz trägt und welcher Anteil, der über diese Anlage fliesst, aktuell zur lokalen Versorgung dient. Wurde eine Kapazitätsreduktion durch das Wegfallen der lokalen Versorgung in die Planung der Infrastruktur einbezogen, welche eine solche Infrastruktur überflüssig machen würde?

In der Antwort auf die zweite Frage wird dann das eidgenössische Rohrleitungsgesetz und die entsprechende Verordnung erwähnt, womit begründet wird, weshalb Alternativstandorte ausgeschlossen wurden. Im genannten Art. 7 Abs. 2 RLSV steht, dass der zulässige Betriebsdruck "in der Regel" nicht mehr als 25 bar betragen darf. Das lässt darauf schliessen, dass Ausnahmen möglich sind. Weiter wird Siedlungsgebiet in der Verordnung nicht erwähnt, sondern Bauzonen.

Die Regierung äussert sich weder zu den Fragen noch in den Vorbemerkungen dazu, dass mitten in eine der wichtigsten Grundwasserschutzzone und Naherholungsgebiet eine neue Gasinfrastruktur gebaut werden soll, für welche eine Abschwächung der Grundwasserschutzzone notwendig ist. Die Planung und das Vorgehen diesbezüglich empfinde ich als wenig sensibel und bedenklich.

Nicola Goepfert